G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Helmut Ridder
Neuwahlen? Aber ja, nein danke!

Amerikanische Experten über die neuen Atomkriegspläne des Pentagon
Interviews mit Admiral a.D. Eugene Caroll, Paul Warnke, Townsend Hoopes und John Steinbruner

Klaus Naumann
Die Geschichte in die eigenen Hände nehmen
50. Jahrestag der Machtergreifung – Was kann man tun?

Eva Michels
Atomwaffenfreie Zonen „von unten"

Joachim Oltmann
Das Paradepferd der Totalitarismustheorie

Arbeitsgruppe Alternativen der Wirtschaftspolitik
Sondermemorandum '82

11'82

November 1982 Einzelheft 6,50 Im Abonnement 4,75 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,25 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

November 1982

CHRONIK DES MONATS OKTOBER 1982 1281

KOMMENTARE UND BERICHTE

Neuwahlen? Aber ja, nein danke! ..... *Helmut Ridder* 1284

Nach der Wende, vor der Wende ..... *Georg Fülberth* 1289

Krieg gegen das Volk ..... *Regina Bohne* 1292

HAUPTAUFSÄTZE

Amerikanische Experten über die
neuen Atomkriegspläne des Pentagon
Die geplante „Enthauptung" der Sowjetunion
und die besondere Rolle
der Pershing-II-Raketen
..... Interviews mit Admiral a. D. Eugene Carroll,
Paul Warnke, Townsend Hoopes, stellv. Luftwaffenminister a. D.,
und John Steinbruner, Brookings-Institution 1297

Die Geschichte in die eigenen Hände nehmen
Anregungen zum 50. Jahrestag der faschistischen
Machtergreifung. Was kann man tun? ..... *Klaus Naumann* 1310

Atomwaffenfreie Zonen „von unten"
Aktionsvorschläge und Beispiele aus Städten,
Gemeinden und Landkreisen ..... *Eva Michels* 1330

Schweden und die „Nordflanke"
der NATO ..... *Jürgen Heinrich* 1341

Die Zukunft der Arbeit
Bericht zum Bielefelder Kongreß über „Wege aus
Massenarbeitslosigkeit und
Umweltzerstörung" ..... *Joachim Eisbach* 1359

Das Paradepferd der Totalitarismustheorie
Der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter im
November 1932 ..... *Joachim Oltmann* 1374

ALTERNATIVEN

Arbeitsgruppe Alternativen der Wirtschaftspolitik
Sondermemorandum '82
Mehr Arbeitsplätze und soziale Sicherheit
Alternativen zum Krisenkurs der Wirtschaftspolitik 1391

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Bankgeschäfte und Wirtschaftsentwicklung ..... *Jörg Goldberg* 1403

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Warum habe ich als Amerikaner Angst vor der Militärpolitik meines eigenen
Landes? (Wortlaut eines Flugblatts) 1405

Neuwahlen? Aber ja, nein danke!

Alle reden von Neuwahlen. Alle wollen Neuwahlen. Die einen haben sie versprochen. Die anderen haben sie gefordert. Die Wendigen von der dritten Partei mit den drei Punkten sind in diesem Punkt zwar etwas einsilbig. Schließlich hat die dritte Kraft die Wende zur Drei-Prozent-Marke geschafft und ist auch sonst durch ihre Überbeanspruchung als Wendeangel und Hüter des liberalen Gewissens stark beschädigt worden. Aber dagegen sind sie auch nicht. Also wollen auch sie.

Neuwahlen am 6. März 1983. Der 5. März fällt nämlich 1983 nicht auf einen Sonntag wie vor fünfzig Jahren, als ein neuer Reichstag gewählt werden mußte, weil der Reichspräsident den alten aufgelöst hatte, „nachdem sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat" und „damit das deutsche Volk durch Wahl eines neuen Reichstages zu der neugebildeten Regierung des nationalen Zusammenschlusses Stellung nimmt" (RGBl. I S. 45).

Ja, da ist also höchst lästiger- aber bis auf weiteres unvermeidlicherweise auch noch das Volk – die „Bürger draußen im Land", so heißen sie doch in der die Ferne des Volks so angemessen ausdrückenden Versprachlichung –, das in seiner Mehrheit Neuwahlen will. Und sich fragt, ob die Obgenannten wirklich wollen. Nämlich wollen, daß ihre Leute in Regierung und parlamentarischer Opposition von jenem Volk durch Wahlen neue politische Aufträge erhalten. Oder ob sie nur wollen, daß das Volk das will, was es gefälligst wollen soll. Ein Wille, zu dem es vielleicht durch wiederholtes Wählen wieder heranreifen kann. Nur so könnte ein nach den vielzitierten „bitteren Erfahrungen" von 1933 ff. schier unlösbar gewordenes Problem gegenstandslos werden: Wie Regierung und Opposition einem unreif gewordenen Volk ihr Vertrauen entziehen, es absetzen und ein neues Volk wählen könnten.

Wie dem auch sei, mitspielen müßte bei einer solchen Wiedereinführung der „pausenlosen Wählerei" (man wird förmlich mitgeschüttelt, wenn man die Ober- und Untermänner das vor dem Fernsehschirm aussprechen hört) vor allen Dingen auch die Verfassung, die bei uns so heilig ist, daß sie von besonders hoch- und eigens zu diesem Zweck angestellten Hütern vor dem Volk geschützt werden muß (das denn auch entgegen den Forderungen undeutscher Revolutionsideologen schon bei der Entstehung des Grundgesetzes im Abseits gestanden hat). Doch was das Grundgesetz zu „vorgezogenen Neuwahlen", die es als solche gar nicht vorgesehen hat, sagt oder mit bindender Wirkung für alle Staatsorgane durch das Bundesverfassungsgericht sagen lassen würde, darüber gibt es, so gern man auch sonst auf die Richtigkeit bundesverfassungsgerichtlicher Entscheidungen vertrauen mochte, nicht geringe Zweifel und Unklarheiten. Und allen drei genannten Wegen, die zu dem heiß ersehnten Ziel

der Neuwahl des Bundestags am 6. März 1983 führen sollen –

a) Rücktritt des Bundeskanzlers und bei der Wahl des neuen Bundeskanzlers Herbeiführung einer Situation nach Art. 63 Abs. 4 Satz 3 GG (= im letztmöglichen Wahlgang erhält ein Kandidat des Bundestages zwar die meisten, aber nicht die Stimmen der Mehrheit des Bundestages, so daß der Bundespräsident den Bundestag auflösen kann),

b) der amtierende Bundeskanzler findet mit seinem nach Art. 68 GG gestellten Antrag, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, so daß der Bundespräsident auf seinen Vorschlag den Bundestag auflösen kann,

c) durch ein grundgesetzänderndes Gesetz wird die Selbstauflösung des Bundestages (durch qualifizierten = Zwei-Drittel-Mehrheits-Beschluß) ausdrücklich gestattet –

sagt man nicht zuletzt nach, sie „manipulierten" das Grundgesetz. Dies freilich wieder in unterschiedlichen Graden. Die Grundgesetzänderung z.B. sei die „sauberste Lösung", also ungeachtet des beträchtlichen Aufwands wohl nur eine Mini-Manipulation. Fragen über Fragen also, die da der Verfassungsjuristen gestellt sind und deren sie sich auch mit Eifer annehmen. Indes die CDU der Sauberkeit wegen die Verfassungsänderung zu favorisieren scheint. Was man aber nicht isoliert sehen darf. Denn ohne die SPD würde es mit der für eine Verfassungsänderung erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag hapern. Und daß die SPD nicht nur die kleine Manipulation, sondern sogar schon deren Geruch verabscheut und deswegen den dritten Weg verworfen hat, ist von Egon Pilatus Bahr, der immer um mindestens zwei Ekken weiter sieht als auch die meisten seiner Parteifreunde, im „Vorwärts" (Nr. 42 v. 14. 10. 1982, S. 4) noch einmal klargestellt worden. „Die SPD würde lieber heute als morgen wählen, lieber morgen als übermorgen." Aber: „Nachdem die von der SPD angebotenen Vorschläge abgelehnt wurden, muß die neue Mehrheit selbst sehen, wie sie die besprochenen Neuwahlen erreicht." Denn die CDU hat, als sie Helmut Schmidt zum Rücktritt aufforderte, „Neuwahlen versprochen, sie hat sie im Rahmen der Verfassung versprochen. Sie soll das Versprechen einlösen", und zwar, wie Bahr meint, durch Rücktritt von Bundeskanzler Kohl (mit den Folgen der Lösung a), siehe oben). Tut sie das nicht, so kann die SPD, die „gespannt" ist, „ob . . . ein weiterer Wortbruch folgt", mit dem unschätzbaren Kapital von zwei CDU-Wortbrüchen wuchern, um die Parteibasis wieder in Ordnung zu bringen.

Daraus ergibt sich: Bundeskanzler Kohl wird nicht zurücktreten, weil das eine große Manipulation der Verfassung wäre. Den ebenso qualifizierten Weg b) (siehe oben), der von den moralisch aufgewühlten Verfassungsjuristen mit einem hinreichenden Maß von Entrüstung bedacht worden ist, wird er auch kaum wählen können. Da sich für die kleine Manipulation auf dem Wege c) (siehe oben) die SPD sperrt, wird die CDU händeringend auf diese Lösung verzichten müssen, am besten von vornherein (und ein den Verzicht rechtfertigendes, wenn auch vergleichsweise kleineres Quantum von verfassungsjuristischer Entrüstung liegt ja schließlich auch zu c) vor). So kriegt die Bundesregierung den Klotz vom Bein, das Wahldatum 6. März. Wie die „Welt" schon vorgeschlagen hat, sollte sie „den Bürgern die Problematik erläutern und um Vertrauen bis 1984 bitten." „Gebt uns zwei Jahre Zeit!" Das hört sich schließlich auch besser an, als wenn gleich vier Jahre gefordert werden. Und zwei Jahre, mit weniger kann auch die SPD kaum auskommen, weil sie ja nicht nur mit den Turbulenzen an der (immerhin wegen des „Verrats" usw. nicht weiter schrumpfenden) Basis fertig werden, sondern auch das schwierige Geschäft der Integration der Grünen betreiben muß, um wieder regierungsfit zu werden. Das könnte

durchaus gelingen. Und damit könnte gelingen, was nur von einer höheren, gewissermaßen überparteilichen Warte aus, der aber alle Staatsparteien verpflichtet sind, richtig gewürdigt werden kann und worauf es in einem von allen demokratischen Radikalismen freien und infolgedessen „freiheitlichen" System allein ankommen kann: Die Kontinuität der Regierungspolitik im Wechsel der Regierungen. Mußte 1982 die Regierung wechseln, um einem Politikwechsel infolge zunehmender Unbotmäßigkeiten in der sozialliberalen Parteimitgliedschaft und Wählerschaft vorzubeugen, so könnte nach Abwendung der Gefahren schon 1984 das sozialliberale Image wieder gefragt sein (ob mit oder ohne F.D.P., ist dann freilich von drittrangiger Bedeutung).

*

Fast hätten wir bei der Betrachtung des Ringens der altetablierten parteipolitischen Kräfte um das gemeine Beste, das Grundgesetz, die Fragen an das Grundgesetz in Sachen Neuwahlen und das Volk vergessen.

Da haben wir es in der Tat mit einer Verfassung zu tun, die auch schon ein gerüttelt Maß von Antidemokratismen enthält. Schon die Grundgesetzväter selbst haben sich nach Kräften bemüht, *anstelle einer Verfassung ein Regierungsinstrument* zu schaffen. An das kurzlebige Unternehmen gleichen Namens unter dem Lordprotektor Oliver Cromwell werden sie dabei kaum gedacht haben. Aber was Friedrich Wilhelm IV. und Bismarck schon vor ihnen von einer Verfassung gefordert hatten und nach ihnen Konrad Adenauer und seine Integrationsopposition noch fordern sollten – nämlich daß die Verfassung sich nicht gleichsam als ein Mißtrauen säendes „Stück Papier" zwischen die Regierung und die vertrauensvoll zu ihr aufschauenden Landeskinder schöbe, sondern eben Regieren ermögliche und fördere –, das steckte ihnen schon im Kopf. Und überdeutlich im Messer. So haben sie durch Amputation übler unmittelbar-demokratischer und parlamentarisch-demokratischer Institute, der Volksabstimmungen z.B. und der Möglichkeit, eine Regierung einfach so, d.h. „unkonstruktiv" zu stürzen, den bescheidenen demokratischen Parlamentarismus von Weimar hinterher, d.h. nach dem Ende des Nazi-Staats, noch einmal verdientermaßen dafür bestraft, daß die Nazis und ihre Helfer ihn kaputtgemacht hatten – nicht durch legale Benutzung demokratischer Institutionen, die im Bewußtsein der Staatsmänner und maßgeblichen politischen und ökonomischen Kräfte von Weimar längst verschrottet waren, sondern durch illegale Indienstnahme unter Betrug, Drohung, Erpressung, Nötigung, Verhaftung von Abgeordneten usw., wie beim „Ermächtigungsgesetz" vom 24. März 1933. Allerdings: Jeder, der in diesem Lande eine untere, höhere oder Hochschule absolviert hat, weiß nichts von dem, was hinter dem Gedankenstrich des vorigen Satzes steht. Fast jeder glaubt an den dicht gewebten Kranz der Legenden um die Ursachen des Endes der Republik, die sich nie als eine solche hat entfalten können. Er glaubt zu wissen, daß die „plebiszitären Elemente" der Reichsverfassung schuld waren. Er glaubt, daß die „Arbeitsunfähigkeit" des Reichstags die „Katastrophe" herbeigeführt habe usw.. Eine „Arbeitsunfähigkeit", die darin bestand, daß das Parlament die Notverordnungen nicht akzeptieren und die von der Regierung erwünschten Gesetze nicht beschließen wollte, weswegen es denn eben aufgelöst werden mußte. Er glaubt, daß sich so etwas doch mindestens in einem „Notstand" nicht gehörte, weil er nicht weiß, daß der „Notstand" den Stand signalisiert, in dem nicht alle, sondern nur die meisten den Gürtel enger schnallen müssen, um eine Systemausgestaltung zu retten, die sich zum Selbstzweck erhoben hat.

Aber das Grundgesetz erhebt keine kon-

krete Systemausgestaltung zum Gebot der Verfassung. Und haben die Grundgesetzväter die Demokratie auch mit spitzen Fingern angefasst und einigermaßen malträtiert, so haben sie sie doch nicht pauschal verurteilt, sondern sogar pauschal verordnet, ohne die „freiheitlichen", „abwehrbereiten" usw. einzelnen Abstriche zu generalisieren. Und weil sie sie verordnet haben, darf die Interpretation das Grundgesetz nicht wider den Strich dieses Gebots bürsten. Deshalb sind die Selbstverständlichkeiten einer parlamentarisch-demokratischen Organisation der politischen Willensbildung bürgerlich-liberaler Herkunft, soweit sie nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind, auch unter dem Grundgesetz Selbstverständlichkeiten. Und um solche Selbstverständlichkeiten geht es in Wahrheit bei der von dem ganzen Spektakel über „Manipulationen" usw. verbogenen verfassungsrechtlichen Frage, wie Neuwahlen zum Bundestag vor Ablauf der Legislaturperiode zustande kommen könnten, wenn sie wirklich gewollt wären.

Da darf man allerdings zunächst einmal nicht so tun, als ob die auch für die SPD noch zu schmutzige „saubere" Lösung der durch eine Grundgesetzänderung ausdrücklich gestatteten Selbstauflösung des Bundestags die erste Manipulation in der langen Geschichte von bisher vierunddreißig Grundgesetzänderungen sein würde. Fast alle diese Verfassungsänderungen sind betrieben worden, um eine aktuell für notwendig gehaltene Gesetzgebung, oft ganze „Pakete" einer solchen, und andere Maßnahmen zu ermöglichen; keiner der dafür stimmenden Volksvertreter der immerwährenden latenten Großen Koalition der staatstragenden Parteien hat deswegen auch nur eine schlaflose Nacht verbracht. Manipulation und Manipulation ist offenbar zweierlei; nur die scheint wirklich eine Manipulation zu sein, die die Gefahr der Stimulierung demokratischen Potentials mit sich bringt. Und: Ist ein Gebrauchmachen von Rechten in bestimmter Absicht eine Manipulation? Wer manipuliert dann nicht?

Alsdann erinnere man sich der vielen (allerdings rechtliche Freiheit und politische Gebundenheit regelmäßig und heil- und hoffnungslos durcheinander bringenden) Aussprüche über die Gewissensfreiheit der Parlamentarier, über ihr „freies Mandat" usw., die immer dann fällig sind, wenn demokratieferne Entscheidungen gerechtfertigt werden sollen (Herr Genscher hält Entscheidungen von Parlamenten und Regierungen gegen den Wählerwillen sogar für eine verfassungsrechtliche Pflicht, wie er anläßlich des Wendemanövers nicht ohne Stolz auf seine politisch illegitime Leistung verkündet hat). Wenn nun schon alle Volksvertreter wirklich Neuwahlen wollten, weil sie unter dem Druck ihres Gewissens nach legitimatorischem Nachschub lechzen, dann müßten sie doch, statt sich von diesem Druck durch Nichtbenutzung des Gewissens einfach frei und ihr Gewissen rein zu halten, wohl ihr Mandat niederlegen und dadurch den Weg für Neuwahlen frei machen. Das verbietet das Grundgesetz gewiß nicht. Nicht einmal das Bundesverfassungsgericht würde das tun, obwohl es gerade noch die Sammlung seiner demokratietheoretischen Kuriositäten mit der wahrlich erstaunlichen Erkenntnis angereichert hat, daß die Abgeordneten mit ihren Reden im Bundestag „in der Verfassung normierte Staatsaufgaben erfüllen" (vgl. „Juristenzeitung", 1982, S. 557). Und die laut Liste in den Bundestag nachrückenden Bewerber dürften das Mandat um ihres ebenso gequälten und lechzenden Gewissens willen nicht annehmen. Und wenn auch nur die einfache Mehrheit der Abgeordneten und ihrer Listenfreunde so verfahren würde, wäre der Bundestag bestimmt – und diesmal real – arbeitsunfähig und wären Neuwahlen fällig. Und warum sollte es des komplizierten Verfahrens einer Summe einzelner Mandatsniederlegungen usw. bedürfen, wenn man mit einem einfachen Mehrheitsbeschluß über

die Auflösung dasselbe Ergebnis erzielen kann? Wie nach Art. 11 der Verfassung der insofern gar nicht „freiheitlichen", aber durchaus Freien und Hansestadt Hamburg, der wohl Selbstverständliches und dem grundgesetzlichen Gebot der Entsprechung der verfassungsmäßigen Ordnung in Bund und Ländern (Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GG) nicht Zuwiderlaufendes zum Ausdruck bringen muß. Andernfalls müßte ja schnellstens das Bundesverfassungsgericht angerufen und die Grundgesetzwidrigkeit des hamburgischen Art. 11 geltend gemacht werden, worüber aber bisher nichts verlautet, auch nicht seitens der Experten, die gleichwohl die Verurteilung der Abgeordneten des Bundestags zu einem 4-jährigen Staatsdienst für ein unantastbares verfassungsrechtliches Muß halten (eigentlich schade, daß das Bundesverfassungsgericht so schofel um die Gelegenheit gebracht wird, aus diesem Anlaß zu der laufenden Diskussion über die vorzeitigen Bundestagsneuwahlen einige Erkenntnisse über die Unentbehrlichkeit oder mindestens Nützlichkeit des parlamentarischen Selbstauflösungsrechts beizusteuern). Danach erscheint allerdings auch die „Manipulation" des Grundgesetzes durch eine Verfassungsänderung, die die Selbstauflösung des Bundestags von einer Zwei-Drittel-Mehrheit gestattet, als möglicherweise grundgesetzwidrig, aber nicht, weil sie die Selbstauflösung erlauben, sondern weil sie eine höhere als die einfache Mehrheit vorschreiben würde.

Es wäre alles so einfach. Ohne einen Rücktritt des strahlenden neuen Bundeskanzlers, der doch gar nicht auf sein junges Glück verzichten will und ahnen könnte, daß die eigenen Freunde einen anderen Freund auf den leer gewordenen Schild erheben könnten. Ohne die Stellung der Vertrauensfrage, die eine Waffe der Vorwärtsverteidigung ist, über deren Einsatz der Bundeskanzler aber allein befinden darf, wobei er das Risiko läuft, daß dies als „Manipulation" bezeichnet wird und wiederum ganz überraschende Ergebnisse dabei herauskommen. Ohne die erörterte Grundgesetzänderung, die die latente Große Koalition allerdings noch fester zementieren würde und mit einiger Sicherheit wegen der Vorschrift einer qualifizierten Mehrheit grundgesetzwidrig wäre (ganz abgesehen davon, daß sie sich wegen Art. 42 Abs. 2 GG auch noch textändernd mit der Grundregel der einfachen demokratischen Mehrheitsentscheidung auseinandersetzen müßte).

Das Einfache ist aber offensichtlich unvorstellbar. Es kann sich auch nicht vernehmbar machen in dem Lärm, den die zusammenstoßenden Bretter erzeugen, mit denen die Köpfe durch die Legenden über das, was vor 50 Jahren in diesem Land geschah, zugenagelt worden sind. Sicher wird man sich sagen müssen, daß wir das noch nie so gemacht haben in den mehr als hundert Jahren erbitterten, mal mehr, 1933 ff. sogar total, mal weniger erfolgreichen Abwehrkampfs gegen eine nicht als Staatsauftrag mißverstandene und deswegen zwangsläufig mißratende Demokratie. Ja, und dann natürlich noch die Frage: Wo kämen wir denn hin? Am Ende gar ein Schrittchen näher zu der Demokratie ohne Zusatzprädikate, die damals, vor 13 Jahren, doch immerhin „gewagt" werden sollte? War das nun ein zaghafter Versuch, Abschied zu nehmen von dem von den Vätern ererbten, mit der Muttermilch eingesogenen, dem Taufwasser zugesetzten, von allen Institutionen realisierten und von jedermann inhalierten ewig-deutschen Antidemokratismus und von seiner vom Grundgesetz begünstigten, aber nicht gebotenen Realisation als *Staats*demokratie, dem aus ideologischer Schwäche geborenen und Proklamation und Realitäten verwechselnden dürftigen Kontrapunkt zur *Volks*demokratie? Oder nur ein unüberlegter Zungenschlag oder ein Mißverständnis oder. . . .?

Helmut Ridder

Nach der Wende, vor der Wende

Die „Wende" ist erst teilweise vollzogen. Nach den Plänen von CDU/CSU und FDP soll das dickere Ende nachkommen. Möglich ist aber auch daß es, wie in Hamburg und Hessen, eine schöne Bescherung wird.

Noch sind Strauß und Dregger nicht voll da. Stattdessen zu Lande und in der Luft: Kohl. Daß er ausreichte, um Schmidt zu „stürzen", beweist, wie demontiert die sozialliberale Koalition inzwischen war. Ob die Bundesrepublik auf einem Kurs der Kriegsgefahr, der Demokratieeinschränkung, Umweltzerstörung und des Sozialabbaus regierbar werden wird oder ob dieses Unternehmen scheitert: dies ist die Frage der nächsten Monate.

Das Kabinett des Bürgerblocks zieht mit dicken Strichen die Linien aus, welche die sozialliberale Koalition bei gleichzeitiger Demonstration eines scheinbaren oder tatsächlichen schlechten Gewissens, manchmal gehemmt durch innerparteiliche Auseinandersetzungen in der SPD, bereits angelegt hatte. Die fröhliche Forschheit, welche die CDU/CSU dabei an den Tag legt, soll signalisieren, daß sie weiß, was sie will, während die Vorgänger nur wußten, ohne genügend energisch zu wollen. Das ist teilweise ungerecht.

Zum Beispiel Ausländer. Kohl will die Türken los sein, wenngleich „auf menschlich anständige Weise". (An diese Wiederkehr des Ludwig Erhardschen Weihnachtstons werden wir uns wohl eine gewisse Zeit gewöhnen müssen.) Immerhin könnten Bedenken aus Teilen der Kirchen, die in den Unionsparteien irgendwie gehört werden müssen, verlangsamend wirken. Die strukturelle Grundentscheidung aber fiel bereits 1973: Anwerbestopp für ausländische Arbeiter.

Wörner will die konventionelle Rüstung verstärken – nicht als Alternative zu Cruise Missiles und Pershing II, es wird noch draufgesattelt. Bei der Steigerung der Militärausgaben haben sich allerdings auch die sozialliberalen Kabinette nicht lumpen lassen. „Neu" ist die Wiederentdeckung der Militärklausel im Elysée-Vertrag von 1963. Der Kontakt zur französischen Nuklearmacht (jetzt einschließlich der Neutronenwaffe) ist bereits ein Traum der „deutschen Gaullisten" Anfang der 60er Jahre gewesen. Da gibt es zahlreiche Wege, um den 1954 ausgesprochenen Verzicht auf eine westdeutsche Produktion von ABC-Waffen erträglicher zu gestalten.

Blüm will eine Lohnpause. Das ist dreist, aber nicht absolut neu. Glotz' Mahnung, der Sozialstaat müsse umdefiniert werden, ist wolkiger, läge aber, würde sie zum Klartext, nicht weit daneben. Zu den Vorfahren solcher Ideen gehört nicht nur die Forderung eines CDU-Kanzlers 1966, die westdeutschen Lohnabhängigen sollten pro Woche zwei Stunden mehr ohne zusätzlichen Lohn arbeiten. Die Absenkung der Reallöhne erfolgte bereits in den letzten Jahren der sozialliberalen Koalition. Das kam nicht von allein: die Loyalitätsbindung großer Teile der Gewerkschaftsführung hat hier vorgearbeitet und die Durchbrechung der Lohnleitlinien, die in den Septemberstreiks 1969 gelang, ab 1974 de facto wieder rückgängig gemacht. Köstlich auch der Einfall des Kanzlers Schmidt vor mehreren Jahren, die Stadtverwaltung von Offenbach per Telegramm aufzufordern, sie solle hundert Mark zusätzliches Urlaubsgeld, die sie bereits bewilligt hatte, nicht auszahlen, denn das passe nicht in die politische Landschaft. Die völlige Umstellung des Bafög auf Darlehen und die Vorabbegrenzung der Einkommenssteigerungen im Öffentlichen Dienst kamen ebenfalls nicht aus heiterem Himmel. Und keines-

wegs zufällig waren die gewerkschaftlichen Demonstrationen vom 23. Oktober noch während der Amtszeit Schmidts konzipiert und sollten sich ursprünglich gegen die Politik der sozialliberalen Koalition richten.

Zimmermann will die Innere Sicherheit auf seine Art verbessern. Er mustert wohlgefällig die Instrumente, welche sozialliberale Emsigkeit ihm bereitgelegt hat. Kein Zweifel kann daran bestehen, daß er sie noch energischer nutzen wird.

Mit die erste Botschaft des Kohl-Kabinetts an Strauß bestand in der Versicherung, der Rhein-Main-Donau-Kanal werde gebaut, das Altmühltal zerstört. Daran ändere sich selbstverständlich nichts.

Wo ist also die Wende? Sie besteht aus drei Teilen. Der erste war 1973, beginnend mit Brandts Regierungserklärung vom 18. Januar, in welcher der Reformstopp praktisch schon angekündigt wurde. Im selben Jahr kam der Übergang zur restriktiven Haushaltspolitik, 1974 begann die nur schwer durchschaubare Disziplinierung der Gewerkschaften. Die zweite Phase setzte tatsächlich am 1. Oktober 1982 ein. Sie ist weniger durch das Auftreten neuer Elemente als durch die entschlossenere Bündelung der bereits vorhandenen gekennzeichnet. Deren Gesamtheit kann schon eine neue Qualität herstellen. Das wird allerdings nicht durch eine einfache Fortschreibung des jetzigen Kurses zu machen sein, hierzu ist ein dritter Akt nötig.

Ein solcher Durchbruch wird vorbereitet: Strauß kündigt seinen Marsch auf Bonn an. Schwarz-Schilling treibt das Vorhaben der Verkabelung – die Autobahnen der 80er Jahre – voran und spitzt es zu: Nicht nur die Programme, auch Teile der technischen Installierungsarbeiten sollen den Privatunternehmern überantwortet werden. Der Staat stellt das soziale Netz der Bürgschaften bereit.

In dieser Mischlage von Altem und Neuem überwiegt zur Zeit noch die Betonung der Kontinuität. Beides zusammen soll bei den nächsten Bundestagswahlen Stimmen und Legitimierung für den dritten Akt sichern. In diesem können dann die Hüllen fallen und die westdeutschen Ausgaben von Reagan und Thatcher offen auftreten. Das wirtschaftliche Regierungsprogramm ist schon fertig: am 7. September, noch zu Schmidts Zeiten, veröffentlichte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sein Papier „Initiative für Wachstum und Beschäftigung". Seit den 20er Jahren zeigen die Denkschriften der Spitzenverbände der „Wirtschaft" (damals vor allem des RDI) an, wohin der Wind zu wehen hat. Das neue Dokument enthält die Mahnung: „Mit einer bloßen Kurskorrektur ist es nicht getan". Dann folgen die Vorschläge: Schluß mit den staatlichen Ausgabenprogrammen „alter Art" und den Vorschlägen zur Arbeitszeitverkürzung; die Sozialaufwendungen sollen dem Subsidiaritätsprinzip folgen und den „dauerhaft niedrigeren Wachstumsraten angepaßt werden". In den staatlichen Einnahmen muß es zu einer „Verlagerung von den direkten zu den indirekten Steuern" kommen. Die Umweltpolitik sei „an unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit" zu orientieren. Selbst dann wird die „Beschäftigung bestimmter Arbeitslosengruppen. . . . auch bei höherem Wirtschaftswachstum an gewisse Grenzen stoßen". Der BDI weiß ebenfalls den Ruf nach dem „Kurswechsel" mit dem Lob der Kontinuität zu verbinden: die „Tarifpartner sind aufgerufen, die in der zurückliegenden Lohnrunde gefundene Politik fortzusetzen".

Ein Problem dieses Konzepts liegt darin, daß seine Verwirklichung – so der BDI – „einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen" wird. Da stellt sich die leidige Frage, wie denn eine solche Politik der Massenbelastungen über die Hürden von Wahlen zu bringen sein wird. Der vorgezogene Termin des 6. März könnte, wenn es klappt, da erst einmal Luft schaffen. Das Ärgernis, daß bei der Einrichtung des

vierjährigen Wahlturnus Milton Friedman nicht vorher gefragt wurde, bleibt. Damit stellt sich die Frage nach den Gegenkräften.

Die SPD tut sich erst einmal schwer. Kein Wunder: jede Kritik der neuen Regierung trifft ja auch ihre eigene jüngste Vergangenheit. Zur Ablenkung führt Brandt im Bundestag den „Kleinen Mann" vor. Diesen armen Teufel kennen wir aber schon aus Kohls Oppositionsreden. Der „Kleine Mann" scheint eine Art Fraktionsmaskottchen der jeweiligen Parlamentsminderheit zu sein: stumm, geduckt, der eines Anwalts bedürftige, eigener Initiative beraubte Gute Deutsche, er raucht und trinkt zwar, aber streikt und demonstriert nicht – zum Glück nur eine Fiktion.

Bedrückend ist, daß die SPD sich auf eine langdauernde Opposition einrichtet. Das entspricht nicht so sehr einer Prognose des nächsten Wahlergebnisses wie der Eigendefinition ihrer künftigen Rolle, die ihr überdies noch von den prokapitalistischen Medien bestätigt wird. Dabei ist keineswegs ausgeschlossen, daß auch am 6. März, sollte dann tatsächlich gewählt werden, Pershing II, Cruise Missiles, Sozialabbau, „Innere Sicherheit" und das Bonner Atomprogramm ebenso in der Minderheit bleiben werden wie schon in Hamburg und Hessen. Die Vertreter der dominanten Richtung in der SPD sind – auf der Linie des Löwenthal-Papiers – aber nicht bereit, daraus eine Mehrheit für die Friedensbewegung und für demokratische Alternativen zu machen. Diese könnte sozialdemokratische Minderheitskabinette oder auch Koalitionen unter SPD-Führung tragen. Das setzt allerdings eine Umorientierung der Sozialdemokratischen Partei in zentralen Fragen voraus. Dann doch lieber Opposition. Diese soll offensichtlich nicht durch ihre Alternativen zum Bürgerblock definiert werden, sondern durch das Bemühen, das Lager links von der CDU wieder unter sozialdemokratischer Führung in die „Solidarität der Demokraten" zurückführen. Zugleich würde dadurch allerdings den Konservativen ein Monopol auf die Interpretation des Begriffs „Wende" zugeschanzt.

Brandts Reden von der „neuen Mehrheit" hätten in diesem Zusammenhang, wie ehrlich immer gemeint, nur die Funktion einer Vorfeldbereinigung. Ähnliches gilt wohl für die Entscheidungen über die Person des Kanzlerkandidaten: Schmidt verzichtet darauf, eine Wahlniederlage mit der Folge: Fortsetzung der Opposition zu tragen, die nur dann sicher ist, wenn man von vornherein auf Zusammenarbeit mit dem Potential links von der SPD verzichtet. Der Kandidat Vogel hätte eine mehrfache Aufgabe: einerseits könnte bewiesen werden, daß er Wahlen nicht gewinnen kann, daß ein relatives Ausgreifen nach links also nichts bringt. Dieses Exempel wurde bereits 1980 an Eppler in Baden-Württemberg statuiert. Andererseits liegt hier zumindest die Andeutung einer Öffnung zu alternativen Bewegungen. An deren Stärke und Klarheit wird es liegen, ob das nur ein taktisches Spiel bleibt, oder ob sich hier der allererste Ansatz zu innerparteilichen Wandlungen in der SPD ergibt.

Denn eine Alternative besteht tatsächlich und damit auch ein ganz anderer Begriff von „Wende". Es gibt keinen Anlaß, die unbeholfene Kurzformel hierfür: „Unregierbarkeit", mit Hochverrat, Naturkatastrophen, Zugverspätungen und allerlei Notstandsfällen zu verwechseln. Unregierbar – oder auch nur schwerer regierbar – wäre die Bundesrepublik nach einer solchen Wende lediglich für das Monopolkapital. Sie wäre ein Land ohne Mittelstreckenraketen, Marschflugkörper und Berufsverbote, mit einer neuen Perspektive auf die Rettung der Umwelt, soziale Gerechtigkeit, Arbeit für alle (auch die Ausländer) und Frieden. „Milchreis mit Zucker und Zimt" nennt Herbert Wehner wohl solche Vorstellungen. Doch sie haben eine Chance, mehrheitsfähig zu werden.

Die Entscheidung ist offen. Anders als in der Vergangenheit liegt sie auch parlamentarisch nicht allein bei der SPD, die selbst auf dieser Ebene ihr Oppositionsmonopol verloren hat. Zu den Voraussetzungen gehören zweifellos Umschichtungen in dieser Partei und Klärungen in den demokratischen und sozialen Bewegungen, auch der Verzicht auf Ausgrenzungen. Ein früher Wahltermin ist vielleicht geeignet, das Potential links von der CDU/CSU noch vor diesen notwendigen inneren Neuentscheidungen gleichsam kalt zu erwischen. Darauf gründet sich die Hoffnung der Rechten: festere Etablierung der Bürgerblockkoalition, der dann nur eine loyale Sozialdemokratie und eine perspektivlose, teils sektiererische, teils schon halb vereinnahmte alternative „Randgruppe" gegenüberstünde. Doch dies ist eine Rechnung, die nicht aufgehen muß. „Wende" ist kein reaktionärer Begriff. Georg Fülberth

Krieg gegen das Volk

Mitte Oktober 1982 war die Sache unmißverständlich klar:

„Die von den USA unterstützte Armee El Salvadors ist zur Gegenoffensive gegen die Guerilleros übergegangen, die in wenigen Tagen vier Städte okkupiert haben (. . .) Militärkreisen zufolge wurden rund 4000 Soldaten in die entlegenen umkämpften Gebiete entsandt. Es handelt sich um Soldaten, die in den USA ausgebildet worden sind." („Süddeutsche Zeitung" vom 15. Oktober 1982, nach einer Reuter-Meldung).

Zur Zeit sind 38 % der rund fünf Millionen-Bevölkerung El Salvadors arbeitslos. Die übrige Bevölkerung ist unterbeschäftigt, findet also nur zu gewissen Jahreszeiten Arbeit für Hungerlöhne. In diesem kleinsten Land Zentralamerikas (20935 Kilometer im Quadrat), eingekeilt zwischen zwei eng mit Washington verbündeten Staaten (Guatemala und Honduras), tobt, so steht es in unseren Zeitungen, seit Jahren ein „Bürgerkrieg". Ein Krieg also zwischen zwei sich bekämpfenden „Bürgerarmeen", beide ausgerüstet mit gleichartigen Waffen?

Nein, davon kann die Rede nicht sein – so wenig wie in Guatemala heute und in Nicaragua bis zur siegreichen Revolution im Juli 1979, als Diktator Somoza mit Hilfe der amerikanischen Botschaft und der CIA seinen Befehlsbunker in Managua verlassen konnte und nach Miami geflogen wurde. *„Hoch lebe die Garde – zum Teufel mit dem Volk!"* lautete die Kampfparole der sich „Nationalgarde" nennenden nicaraguanischen Somoza-Armee, und dieser Slogan erinnert an den Schlachtruf der Franco-Anhänger im spanischen Bürgerkrieg: „Viva la muerte!" (Es lebe der Tod!)

Wenn also in den zentralamerikanischen Ländern kein konventioneller Bürgerkrieg im Gange ist – was dann? Hierzulande und auch in den Vereinigten Staaten von Amerika wird offenkundig noch immer nicht begriffen, daß, was sich in Zentralamerika abspielt, kein Bürgerkrieg ist. Aber was denn sonst? Wie soll man diese blutigen Kriege anders verstehen und interpretieren? Wie soll man sich die ununterbrochenen Massaker an wehrlosen Dorfbewohnern irgendwo im Gebirge oder in anderen abgelegenen Landesteilen erklären? Von solchen Massaker-Meldungen sind unsere Zeitungen voll.

Das eingangs wiedergegebene Zitat läßt deutlich erkennen: es handelt sich um Spezialkriege gegen das Volk, ideologisch angestiftet und militärstrategisch geplant von US-amerikanischen Militärberatern im Verein mit einem CIA-Team im Rahmen der seit der Kennedy-Ära (1961/1963) erdachten und ins Werk gesetzten Counter Insurgency, wörtlich „Gegenaufstand', spanisch *„contrainsurgencia"* im Interesse einer schmalen besitzenden Oligarchie, auf die die USA sich in diesen Ländern stützen: Großgrundbesitzer, einige Industrielle, Bankiers, dazu ausländische Multis und eben die Armee, die „Nationalgarde" im Dienst des Besitzbürgertums. Diese dünne Herrschaftsschicht, die auf Kosten der breiten Volksmasse um ihre traditionellen Privilegien in Politik, Ökonomie, Gesellschaft, Kultur (und Armee) bangt, führt Krieg gegen das die Befreiungsbewegungen – Guerilleros – begünstigende verelendete Volk, blutig, heimtückisch, erbarmungslos, mit amerikanischer militärischer, politischer, technischer, finanzieller Unterstützung.

Kriege gegen das Volk hat es freilich ohne und mit – mehr mit – nordamerikanischer Militärhilfe schon immer gegeben. Die US-amerikanischen Militärinterventionen begannen Mitte des vorigen Jahrhunderts, sobald eine sozialrevolutionäre Bewegung in Mittel- und Südamerika „amerikanisches Eigentum" zu gefährden schien. Das war die Phase des unverhüllten amerikanischen Imperialismus. In den 50er Jahren unseres Jahrhunderts intervenierte Washington mit „Marines" und Flugzeugen massiv zum Beispiel 1954 in Guatemala, um den frei gewählten Präsidenten Jacobo Arbenz zu stürzen. Er hatte es gewagt, brachliegendes Land der United Fruit Company an landlose Arbeiter zu verteilen. Der Putsch verlief außerordentlich blutig, und der neue starke Mann Castillo Armas wurde vom amerikanischen Botschafter in die Hauptstadt eingeflogen. Seitdem wurden alle reformwilligen Kräfte von der Armee im Verein mit amerikanischen Militärberatern oder/und CIA-Funktionären vernichtet.

Doch erst mit der siegreichen kubanischen Revolution unter Fidel Castro und Ernesto „Ché" Guevara 1959/60 kam es zu jenem politisch-ideologischen Impetus in der Ausbildung und Indoktrinierung Zehntausender von lateinamerikanischen Offizieren in *Counter Insurgency*, "contrainsurgencia" als *Special war*. Präsident J.F. Kennedy erteilte dazu 1961/62 alle erforderlichen Befehle, und in der amerikanischen Dschungelzone von Panama (entlang dem Kanal) fand das Pentagon ideale Trainingsbedingungen zugleich für den *Special war* in Vietnam. Es war Kennedys Idee, „mit ihren Mitteln" – denen der Kommunisten, wie seine Berater sie verstanden und interpretierten, alle sozialrevolutionären Bewegungen und Erhebungen in der „westlichen Hemisphäre" und in Südostasien zu bekämpfen.

Von Eisenhower hatte der junge Präsident aus Boston die Planung und Vorbereitung der Kuba-Invasion in der Schweinebucht geerbt; sie schlug im April 1961 fehl, weil Castros und „Chés" Revolutionstruppen aufmerksam waren. Dieses Scheitern hat die Kennedy-Administration nicht verwinden können, und auch Nachfolger L. B. Johnson litt unter diesem Trauma: in der Karibik gibt es ein an Moskau angelehntes kommunistisches Land, ausgerechnet auf der wunderschönen Zuckerinsel Kuba. Seitdem gibt es den „castristischen Kommunismus", und er übte tatsächlich in den 60er Jahren eine ungeheure Faszination aus auf alle lateinamerikanischen Länder, auf die in bitterster Armut dahinvegetierenden Massen, auch auf die Intellektuellen. Und Washington wußte das auch. Darum sinnt seitdem jede Administration in Washington auf eine Zurückeroberung Kubas „für die freie Welt".

Der kubanisch-revolutionäre Elan hat sich abgeschwächt; die Faszination auf

den Subkontinent, Washingtons „Hinterhof" – oder auch „Vorgarten" – hat deutlich nachgelassen. Doch seitdem gibt es Befreiungsbewegungen, Freiheitskämpfer, Guerilleros in beinahe jedem lateinamerikanischen Land. Alle diese Bewegungen wurden in den 60er Jahren durch einheimisches Militär, im Verein mit amerikanischen Militärberatern und -Strategen, blutig niedergeschlagen. Die Kriege gegen das die Freiheitskämpfer unterstützende Volk haben in den 60er und 70er Jahren vor allem in Brasilien, Argentinien, Uruguay, Peru, Bolivien, Nicaragua und neuerdings auch in El Salvador und Guatemala (spärlich noch in Honduras) an Schärfe und an grausamer Perfektion zugenommen.

In einem längst vergessenen Buch des Kennedy-Bruders Robert Francis K. – „Bekenntnis zur Gerechtigkeit" (Düsseldorf 1966) – kann man von Seite 196 an, unter der Kapitelüberschrift: „Gegenrevolution – Gegenspionage – Gegenoffensive" nachlesen, wie Robert Francis Kennedy mit bekümmertem Unterton feststellt:

„. . . aber die Kunst der Gegenrevolution haben wir noch nicht gemeistert. Was aber im praktischen Sinne vielleicht noch wichtiger ist: wir haben die Technik, fremde Nationen in der Selbstverteidigung gegen kommunistischen Terror und Guerilla-Infiltration zu schulen, noch nicht perfektioniert. Eine solche kriegerische Auseinandersetzung kann sehr lange dauern und sehr kostspielig sein. Aber wenn wir dem Kommunismus Einhalt gebieten wollen, ist sie unerläßlich. Und wir sind entschlossen, diese Aufgabe bis zum Ende durchzuführen" (S. 202).

Welche Aufgabe?

Gegenrevolution – Gegenspionage – Gegenoffensive außer in Südostasien (1966 war ein Höhepunkt von Johnsons Vietnamkrieg) auch in Lateinamerika, wo es gärte, die Volksmassen aufzuwachen begannen, sich ihrer notvollen Lebenssituation bewußt wurden – nicht zuletzt auch das Werk zahlreicher katholischer Priester, Ordensleute, Bischöfe, die in der Folge des im Dezember 1965 zuende gegangenen zweiten Vatikanischen Konzils eine Bekehrung erfuhren und sich auf den Weg zu einer „Kirche der Armen und mit den Armen" machten –: und so bis heute.

„. . . und wir sind entschlossen, die Aufgabe bis zum Ende durchzuführen": die Aufgabe der Counter insurgency, der *„contrainsurgencia"*, der Gegenrevolution, des Spezialkrieges *(special war)* der im Dienst des Besitzbürgertums stehenden Armeen in allen lateinamerikanischen Republiken, die, bemerkenswerterweise, in den 60er Jahren zu Militärdiktaturen geworden waren. Die Zehntausende von Offizieren, indoktriniert und geschult in der US-amerikanischen Panama-Kanalzone *„School of the Américas"*, die dem Pentagon unterstand, hatten ihre Lektionen gelernt. Im Augenblick, wo eine sozialrevolutionäre Partei oder gar eine sozialistische Partei Wahlen gewonnen hatte, fanden sich putschfreudige Offiziere und veranstalteten einen mal blutigen, mal unblutigen „golpe de fuerza", einen Staatsstreich, etablierte sich eine mehr oder weniger faschistoide Militärdiktatur im Interesse der herrschenden Oligarchien und stets freudig begrüßt von Washington. Es genügte, stramm antikommunistisch zu sein, um von Washington anerkannt zu werden. Seitdem, seit den frühen 60er (Kennedy-) Jahren, durchleidet der Subkontinent diese nicht mehr zu zählende Menge von „Golpes", um die überkommene Herrschafts- und Besitzstruktur zu schützen und, notabene, auch zum Zweck der persönlichen Bereicherung (extremes Beispiel: Bolivien und Kolumbien). In dem Augenblick mußten sich die Befreiungsbewegungen „in die Berge" zurückziehen; begann der „schmutzige Krieg", so eine offizielle Bezeichnung für den bewaffneten Gegenaufstand, die „contrainsurgencia", von 1964/65 an in Brasilien, von 1973/76 an in Argentinien und Uru-

guay – und eben auch in Zentralamerika, beginnend mit Nicaragua und heute in El Salvador und in Guatemala, diesem indianerreichsten Land.

Hören wir noch einmal, wie Robert Francis Kennedy Mitte der 60er Jahre die von Washington eingeleiteten, doch damals ‚noch nicht perfektionierten" gegenrevolutionären Maßnahmen beschrieben hat:

„1. Ein Spezialausschuß von hohen Beamten ist in Washington gegründet worden, der unsere Maßnahmen gegen Rebellion und Erhebungen überwachen wird.
2. Während des Jahres 1964 werden über 57000 auswärtige Regierungsbeamte, viele von ihnen in hohen Stellungen, Spezialkurse zur Bekämpfung von Aufruhr und Revolten besuchen.
3. Die Spezialstreitkräfte – Special Warfare Forces – der amerikanischen Armee sind gegenüber 1961 auf die sechsfache Stärke gebracht worden.
4. Sondereinsatzausbildung wird jetzt in verschiedenen Sprachen im *Special Warfare Center in Fort Bragg* (North-Carolina), im *Police and Jungle Warfare Training Center* (Polizei- und Dschungelkriegsschule) in *Panama* sowie in Ausbildungszentren in Europa (Bad Tölz), auf Okinawa und in Vietnam betrieben." (am angegebenen Ort, Seite 203).

Hiermit ist im wesentlichen das amerikanische Trainings- und Indoktrinationsprogramm für die Counter Insurgency in Lateinamerika und anderswo (damals z. B. für Vietnam) grob beschrieben worden.

Lateinamerikanische Quellen erwähnen, daß von 1962/63 an bis hoch in die 70er Jahre hinein so gut wie alle lateinamerikanischen Verteidigungsminister, Geheimdienstchefs und Polizeichefs durch die Schulungskurse in der Panama-Kanalzone gegangen und im Sinn der Washingtoner – kapitalistischen – Ordnungsvorstellungen in ihr Land zurückgekehrt sind und dann, wie oben erwähnt, bei passender Gelegenheit geputscht, die Macht an sich gerissen haben. An diesem Erbe trägt der ganze Subkontinent noch immer sehr schwer.

Seit rund zwanzig Jahren also gibt es die hoch bewaffneten konterrevolutionären Kriege der Herrschenden gegen das unbewaffnete Volk in den lateinamerikanischen Republiken beziehungsweise Militär-, Rechtsdiktaturen. Getroffen werden sollen, außer den Freiheitskämpfern direkt, alle jene Volksschichten, hauptsächlich auf dem Lande, doch auch in den Slums der Großstädte, bei denen die Armee eine Unterstützung der Guerilleros „vermutet". Daher die entsetzlichen Horrormeldungen in unseren Zeitungen über fortwährende Abschlachtungen (Massaker) ganzer Dörfer, die Ausmordung ganzer Regionen in entlegenen Gegenden etwa Guatemalas und El Salvadors.

Es soll nicht verschwiegen werden, daß es in allen lateinamerikanischen Armeen vereinzelt kleine Gruppen reformwilliger, sozialrevolutionärer junger Offiziere aus dem Volk gegeben hat, die zu den Freiheitskämpfern übergelaufen sind, mit ihnen gekämpft haben; daß es auch überall katholische Priester und Ordensleute gab und gibt, die offen oder insgeheim mit den Freiheitskämpfern zusammenarbeiten, Grund für die erschreckend hohe Zahl von Ermordungen scheinbar beliebiger Geistlicher – so vor allem in El Salvador, wo eine Parole der Nationalgarde lautet: „Diene deinem Vaterland – Töte einen Priester." An die Armeen haben sich, von den Militärdiktatoren geduldet und gefördert, zahlreiche paramilitärische Mörderbanden („Todesschwadron", „Antikommunistische Allianz", „Mano Blanco") angeschlossen und betreiben willkürliche Lynchjustiz. Das heißt: sie morden auf eigene Faust, hinterlassen überall Angst und Schrecken. Man wird ohne Übertreibung von einem staatlichen Terror – von oben also – sprechen dürfen, ein Sachverhalt, den Menschenrechtskommissionen und katholi-

sche Bischöfe oft und oft ausgesprochen, auch im Vatikan zur Sprache gebracht haben.

In Argentinien ist der „schmutzige Krieg" vorüber. Die Zahl der „Desaparecidos", der „Verschwundenen", geht in die Tausende: Verschleppte durch Armee, Polizei, Geheimdienste, paramilitärische Banden, die von ihren Angehörigen niemals wieder gesehen worden sind. In El Salvador und in Guatemala tobt der Krieg gegen das Volk in unverminderter Heftigkeit; wer Glück hat, rettet sich über die Grenze bis nach Mexiko, das allen Verfolgten großzügig Asyl bietet.

Daß die *contrainsurgencia* Hand in Hand ging mit fürchterlichen Folterungen eingefangener Guerilleros und „verdächtiger" Zivilpersonen, darunter Frauen, Greise, Kinder, ist bekannt. Die Gefangenen-Hilfsorganisation Amnesty International hat hierüber durch die Jahre authentisches Material vorgelegt.

Am massivsten und schrecklichsten wütete die *contrainsurgencia,* der gegenrevolutionäre Kampf der Militärs und paramilitärischen Mörderbanden plus Geheim- und Folter-„dienste", seit dem 11. September 1973 in Chile – dem Tag des Sturzes und der kaltblütigen Ermordung des frei gewählten Sozialisten Salvador Allende.

Nicht einmal im tiefen Südamerika, Tausende von Meilen von den südlichen Grenzen der USA entfernt, konnte Washington ein „sozialistisches Experiment" hinnehmen und im Interesse der breiten Volksmassen unterstützen. Es mußte im Zuge der konterrevolutionären Strategie auf dem ganzen Subkontinent mit äußerster Gewaltanwendung beseitigt werden. Henry Kissinger in seinen „Memoiren – 1973–1974" urteilt (von Seite 481 an): „Die Nixon-Regierung war sich sehr wohl der Tatsache bewußt, daß die chilenische Junta mit groben und gelegentlich (!) auch brutalen Mitteln arbeitete. Aufs ganze gesehen hielten wir aber den Regierungswechsel (als ob es sich um einen – friedlich – „Wechsel" gehandelt hätte) in Chile für eine gute Sache – sogar im Hinblick auf die Menschenrechte. Deshalb wollten wir der militärischen Führung eine Chance geben . . ."

Die „Chance" dauert nun schon volle neun Jahre mit massivster US-amerikanischer Militär- und Finanzhilfe; anders wäre General Pinochet längst davongejagt worden.

Regina Bohne

Georg Fülberth (Hrsg.)
Geschichte der Bundesrepublik in Quellen und Dokumenten
Kleine Bibliothek Band 268
450 Seiten, DM 14,80

Gegenwärtig existiert kein anderes auf die Geschichte der Bundesrepublik bezogenes Quellenwerk. Die Dokumente setzen sich zusammen aus offiziellen Texten von Regierungen, Parteien und Verbänden, Zeitungsberichten, Tabellen, Statistiken, Gesetzestexten, Gutachten, Erinnerungen, Flugblättern und Aufrufen. Themen der Dokumentation: Wirtschaft, Militärwesen, Innen- und Außenpolitik, das Verhältnis zu den Entwicklungsländern, innere Sicherheit, demokratische Oppositionsbewegungen usw. Mit einem Vorwort und kurzen Kapiteleinleitungen des Herausgebers. Der chronologisch aufgebaute Band wendet sich an Lehrer, Schüler, Studenten sowie an alle politisch und zeitgeschichtlich Interessierten.

Amerikanische Experten über die neuen Atomkriegspläne des Pentagon

Die geplante „Enthauptung" der Sowjetunion und die besondere Rolle der Pershing-II-Raketen

Interviews mit Admiral a.D. Eugene Carroll, Paul Warnke, Townsend Hoopes, stellv. Luftwaffenminister a.D., und John Steinbruner, Brookings-Institution

Nachdem (1.) selbst der oberste verantwortliche Militär in der Bundesrepublik, Bundeswehrgeneralinspekteur Jürgen Brandt, vor dem Bundeskabinett ausdrücklich festgestellt hat, daß die „Nachrüstung" nicht, wie Bonn immer behauptet, eine Antwort auf die sowjetischen SS-20-Raketen ist, sondern der Versuch, der NATO neue „Optionen" zu verschaffen („Mediatus", 4/1982) – und nachdem (2.) das „Leitlinien-Dokument" des Pentagon die „Option" einer nuklearen „Enthauptung" der Sowjetunion erstmals regierungsoffiziell zur „Grundlage der Atomkriegsstrategie" der USA gemacht hat, ist es jetzt höchste Zeit, die wirkliche, d.h. die militärische Funktion der „Nachrüstung" und insbesondere den Zusammenhang zwischen „Enthauptungs"-Strategie und Pershing-II-Stationierung in der Bundesrepublik aufzuklären und mit allem Nachdruck ins öffentliche Bewußtsein zu rücken. Dies könnte entscheidende neue Impulse für die Mobilisierung eines alle Bevölkerungsgruppen und Parteien erfassenden demokratischen Widerstandes geben, ohne die schwer vorstellbar ist, wie die näherrückende Stationierung der Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles gestoppt werden soll. (Vgl. den mit der Dokumentation der neuen amerikanischen Atomkriegsplanungen verbundenen Artikel von Karl D. Bredthauer, „Von der Anti-Hitler-Koalition zur Anti-Reagan-Koalition? Wiederholt sich die Geschichte?" in Heft 8/1982 der „Blätter"; auch als Sonderdruck Nr. 283 erhältlich.)

Unser Washingtoner Mitarbeiter Konrad Ege hat für den amerikanischen Rundfunksender Pacifica Radio und für die „Blätter" vier Interviews gemacht, die die angesprochenen Zusammenhänge sehr deutlich hervortreten lassen. Die Aussagen dieser hochrangigen US-Experten sind ein Alarmsignal erster Ordnung. Keinem politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik, auch keinem Abgeordneten oder Wahlkandidaten, sollte die Stellungnahme zur wirklichen Funktion der „Nachrüstung" – die Waffen für einen atomaren „Enthauptungs"-Schlag der USA gegen die Sowjetunion zu installieren, und zwar mitten in unserem Land! – erspart bleiben.

Konrad Ege schickte uns die folgenden Vorbemerkungen über das Gespräch und seine Interviewpartner. D. Red.

„Paul Warnke, John Steinbruner, Townsend Hoopes und Admiral Eugene Carroll wollen, daß das amerikanische Militär stark ist, stark genug, um dem größten Gegner der Vereinigten Staaten – in ihren Augen: der Sowjetunion – entgegentreten zu können. Sie haben einen Großteil ihrer Karrieren damit verbracht, für dieses Ziel zu arbeiten. Townsend Hoopes war beispielsweise Under Secretary of the Air Force in der Johnson-Regierung Ende der 60er Jahre und war von daher an der Planung des US-Krieges in Indochina mitverantwortlich beteiligt. Das gleiche gilt für Admiral Eugene Carroll. Er war der Kommandant des Flugzeugträgers Midway, von dem zahllose Bombardierungsflüge über Vietnam ausgegangen sind. Carroll wurde später zum Director of Military Operations unter General Alexander Haig befördert. Zu dieser Zeit war Carroll in Stuttgart stationiert und für die Operationen aller US-Streitkräfte in Europa und im Nahen Osten verantwortlich. (Carroll glaubt heute noch, daß Haig ein verantwortungsbewußter, fähiger NATO-Befehlshaber war). In den letzten Jahren seiner Karriere (er trat 1980 in den Ruhestand) war Carroll dann für die Planung auf den Gebieten nuklearer und konventioneller Waffen im Pentagon verantwortlich. Paul Warnke hat von 1966 bis 1969 als General Counsel im Verteidigungsministerium gearbeitet. Zuvor war er Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs. In den ersten beiden Jahren der Carter-Regierung war Warnke Direktor der Arms Control and Disarmament Agency und leitete die US-Delegation bei den SALT-Verhandlungen. John Steinbruner ist heute der Direktor für Foreign Policy Studies in der Brookings Institution, einer der führenden „Denkfabriken", und arbeitet zeitweilig als Berater für die CIA und das Verteidigungsministerium.

Diese vier Männer haben nicht nur gemeinsam, daß sie schon jahrelang im ‚defense establishment' tätig sind. Sie sind auch übereinstimmend davon überzeugt, daß das Militärprogramm der Reagan-Regierung einen Nuklearkrieg viel wahrscheinlicher macht. Natürlich stellen die vier die amerikanische Nuklearwaffenpolitik als solche nicht in Frage. Sie sind davon überzeugt, daß Atomwaffen zur ‚Verteidigung' der USA, Westeuropas und anderer Verbündeten notwendig sind. Allerdings sehen sie auch, daß Reagans Nuklearwaffenprogramm kein Verteidigungsprogramm ist. Reagan – wie auch Carter während der zweiten Hälfte seiner Amtszeit – ist überwiegend daran interessiert, Erstschlagwaffen zu stationieren. Und da ist es schon von Bedeutung, wenn ein John Steinbruner sagt, daß die Pershing II als ‚Speerspitze eines präemptiven Angriffs eingesetzt werden könnten', und wenn ein Eugene Carroll erklärt, für ihn sei klar, daß die Reagan-Regierung ihre Militärstrategie darauf ausgerichtet hat, ‚einen Atomkrieg zu führen, zu überleben und zu gewinnen'.

Die nachdrückliche Kritik des Reagan-Programms ist, wenn sie von Leuten wie Steinbruner, Warnke, Carroll und Hoopes kommt, ein deutlicher Hinweis darauf, daß zumindest in den USA die Möglichkeit bestehen sollte, in einer breiten Koalition gegen das Reagan-Atomkriegsprogramm vorzugehen."

Konrad Ege

**Interview mit Admiral Eugene Carroll,
bis 1980 im Pentagon verantwortlich für nukleare und konventionelle Planung in Europa**

„Leitlinien-Dokument" und Waffenprogramme des Pentagon passen genau zusammen

Konrad Ege: Herr Admiral, in der Presse ist über Pentagonpläne für die Führung eines Atomkrieges berichtet worden. Wie denken Sie über diese Pläne, insbesondere das sogenannte „Leitlinien-Dokument" des Pentagon?

Admiral Carroll: Die Berichte scheinen zuzutreffen, und sie sind konsistent. Mr. Scheer von der „Los Angeles Times" hat die vom Nationalen Sicherheitsrat mit der Zustimmung Präsident Reagans ausgegebene Leitlinie erörtert, und die „New York Times" hat Auszüge eines von Verteidigungsminister Weinberger herausgegebenen Dokuments mit der Bezeichnung „Leitlinien für die Verteidigungsplanung" publiziert, in welchem gleichfalls die Notwendigkeit, Vorbereitungen für einen länger andauernden Atomkrieg zu treffen, behandelt wird. Es ist deshalb vernünftig, die Schlußfolgerung zu ziehen, daß es sich hier um die derzeitige Politik des amerikanischen Verteidigungsministeriums handelt. Zugleich stimmen die „Leitlinien" mit den Waffen überein, die, wie es scheint, angeschafft werden. Wir versuchen, hunderte neuer Gefechtsfeldwaffen, Cruise Missiles, neue Unterseeboot-Systeme, die MX-Rakete zu beschaffen. Sie alle passen zu der Vorstellung, daß wir bereit sind, einen Atomkrieg zu führen und zwar einen zeitlich ausgedehnten Atomkrieg.

300 Milliarden Dollar, damit wir einen Atomkrieg führen können . . .

Ege: Sie sind also der Auffassung, daß diese Planungen für einen Atomkrieg zur Zeit realisiert werden?

Carroll: Ich habe einige der Waffen erwähnt, die wir gegenwärtig beschaffen. Sprechen wir einmal über die Kosten. Präsident Reagan hat die Kosten seines strategischen Programms auf 222 Mrd. Dollar veranschlagt. In Wirklichkeit werden diese Kosten sträflich unterschätzt. Das Haushaltsamt des Kongresses hat darauf hingewiesen, daß die Kosten möglicherweise um 25 % zu niedrig angesetzt werden; sie schließen nicht die Kosten der nuklearen Munition, also der eigentlichen Sprengköpfe dieser Waffen, ein. Man kann deshalb mit Sicherheit sagen, daß in Wirklichkeit 300 Mrd. Dollar oder mehr ausgegeben werden sollen, damit wir einen Atomkrieg führen können. Ich denke, das ist ein klarer Beweis dafür, daß hier eine neue Strategie verwirklicht wird; eine Strategie, die die Vereinigten Staaten von der Vorstellung, es ginge uns um die Abschreckung eines Atomkriegs, abkehrt und zu einer Haltung hinführt, bei der es darum geht, einen Atomkrieg zu führen, zu überleben und zu gewinnen.

Ege: In der Terminologie der Atomkriegsstrategie ist ein neuer Ausdruck aufgetaucht: wir wollen fähig sein, in einem Atomkrieg „die Oberhand zu gewinnen" (to „prevail"). Ist das lediglich ein anderes Wort für „siegen"?

Carroll: In der Tat. Der Präsident ist bei verschiedenen Gelegenheiten von Reportern gefragt worden, wie man einen Atomkrieg gewinnt. Nun, der Präsident kann ebensowenig wie irgendjemand sonst definieren, was es heißt, einen Atomkrieg zu gewinnen. Das entzieht sich einer Definition in logischen Begriffen. Deshalb sind sie dazu übergegangen, verschiedene Euphemismen zu verwenden: wir werden „die Oberhand gewinnen", wir werden „ein gewisses Maß an Überlegenheit" erreichen, eine Fülle von Redensarten, die alle auf die eine oder andere Weise bedeuten, daß wir einen Feind besiegen wollen, indem wir Atomwaffen einsetzen.

Ege: Wenn man darauf insistiert, was „die Oberhand gewinnen" bedeutet, dann sagt Minister Weinberger: nun gut, wenn Sie sich auf einen Krieg vorbereiten, dann bereiten sie sich darauf vor zu siegen.

Carroll: Ja, die Militärs planen immer zu gewinnen. Das ist ihr Beruf, und ich finde, sie sollten deshalb so lange nicht kritisiert werden, als es eine Möglichkeit gibt, „gewinnen" zu definieren . . .

Pershing II – Erstschlagwaffe ohne Vorwarnzeit

Ege: Teilen Sie die Auffassung, daß die Regierung versucht, eine Erstschlagfähigkeit zu erlangen?

Carroll: Sie wird das vehement bestreiten, aber zwei Dinge sollten im Auge behalten werden: 1. haben wir bereits die Fähigkeit, die Sowjetunion mehrfach zu zerstören, sofern dies nötig ist, um einen Angriff auf uns zu vergelten. Die MX-Raketen, die Trident-II-Raketen, die Pershing II – sie alle geben uns die Fähigkeit, die zentralen strategischen Kräfte der Sowjetunion fast ohne Vorwarnzeit anzugreifen. 2. Die Sowjets werden diese Bedrohung als real betrachten, als eine Erstschlagdrohung.General Allen hat als Stabschef der US-Luftwaffe vor dem Kongreß ausgesagt, daß die Sowjets, gleichgültig, wofür wir diese Waffen zu benutzen beabsichtigen, sie als Erstschlagwaffen betrachten und entsprechend auf ihre Stationierung reagieren würden.

Die neue Atomkriegsdoktrin hat sich seit 1975 schrittweise entwickelt

Ege: Sehen Sie irgendwelche größeren Unterschiede in der Nuklearpolitik der Reagan-Administration gegenüber der Carters?

Carroll: Insofern ja, denke ich, als eine Steigerung festzustellen ist. Gewiß, PD 59, die Präsidenten-Direktive, die den Übergang von der Abschreckung zur Strategie der Atomkriegsführung förmlich feststellte, wurde unter Präsident Carter verabschiedet. Diese Wendung hat eine lange Entstehungsgeschichte, faktisch seit 1975, dem Jahr, in dem diese Vorstellung in der US-Planung wirksam zu werden begann. Es gab also eine breite Grundlage. Was Präsident Reagan zur Strategie der Kriegführung beigetragen hat, ist eine Menge Geld, eine Menge Rhetorik und eine Menge praktischer Veränderungen auf dem Gebiet der Verteidigungsplanung, die der Vorbereitung eines Atomkrieges dienen.

Die Doktrin der Atomkriegführung hat sich also über einen längeren Zeitraum hin ausgebildet. Unter Präsident Reagan hat sie sich lediglich beschleunigt. Vor allem aber hat sie eine noch größere Bedeutung durch seine politische Rhetorik erlangt – wenn er beispielsweise dem britischen Parlament erzählt, daß wir eine Hoffnung und einen Plan dafür haben, das marxistisch-leninistische System auf den Schutthaufen der Geschichte zu bringen. Wenn ich ein Mitglied des marxistisch-leninistischen Systems wäre, würde ich das, glaube ich, als eine Bedrohung auffassen . . .

Ege: Wie sah es mit der nuklearen Kriegsplanung aus, als Sie noch im aktiven Dienst waren?

Carroll: Die Planung für die Führung eines Atomkrieges ist beschleunigt worden, seit ich vor zwei Jahren in den Ruhestand trat, und Aussagen vor dem Kongreß zeigen, daß alle Truppenteile ihre Ausbildung und ihre Übungen auf diesem Gebiet intensivieren. Die Marine gelangt bei jeder Seeübung, fast ohne Ausnahme, zu einer nuklearen Phase, in der von der Annahme ausgegangen wird, daß wir Atomwaffen einsetzen und daß wir mit Atomwaffen angegriffen werden. Die Army hat das Dield Manual 100-5 herausgebracht, das den Heereskommandeuren erklärt, wie man einen Atomkrieg auf dem Gefechtsfeld führt. Es gibt große Manöver, manche von ihnen im globalen Maßstab, manche davon in regionalem Maßstab, zum Beispiel auf dem europäischen Kriegsschauplatz und auf dem pazifischen Kriegsschauplatz. Die Planung schenkt der Frage, wie man einen Atomkrieg führt, eine Menge Aufmerksamkeit. Ich könnte darauf hinweisen, daß die jüngste Wiederauferstehung der Zivilverteidigung ein anderes Element dieser Pläne für die Führung eines Atomkrieges ist. Die Regierung versucht die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß wir nicht nur imstände sind, all diese neuen Waffen zu kaufen undsie anzuwenden, sondern daß wir selbst uns gegen die Waffen des Feindes schützen können. Dies ist nämlich die Voraussetzung dafür, daß die Leute die Vorstellung eines Atomkriegs akzeptieren.

Wir bereiten uns darauf vor, einen Atomkrieg zu führen . . .

Ege: Admiral Carroll, worin sehen Sie den gefährlichsten Aspekt der Atomstrategie Reagans, jenen Aspekt, der uns einem Atomkrieg am nächsten bringt?

Carroll: Sehr einfach gesagt: wir bereiten uns darauf vor, einen Atomkrieg zu führen. Wir rechtfertigen diese Vorbereitung mit der Behauptung, daß wir einen Atomkrieg abschrecken können, wenn wir darauf vorbereitet sind, ihn zu führen. Ich ziehe aber die Schlußfolgerung: wenn wir uns auf den Krieg vorbereiten, wenn wir diese neuen Atomwaffensysteme entwickeln, produzieren, stationieren und ihre Anwendung üben, dann werden sie früher oder später infolge einer Fehlkalkulation eingesetzt werden, und diese Gefahr wird durch die Politik der Konfrontation und der Herausforderung verschärft. Wenn man die Worte von Mr. Weinberger in seinem Leitlinien-Dokument liest, daß wir nämlich neue Gebiete militärischer Konkurrenz mit der Sowjetunion eröffnen

wollen, daß wir ihnen die Nutzung des Weltraums unmöglich machen wollen, daß wir im Weltraum die militärische Überlegenheit erreichen wollen, dann beginnt man zu erkennen, daß die Möglichkeit von Fehlkalkulationen sich in alle Richtungen ausdehnt . . .

Es bleibt nicht mehr viel Zeit. Man muß jetzt handeln.

Je weiter wir diese neuen Waffenentwicklungen vorantreiben, desto schwieriger wird der Rüstungskontrollprozeß. Die Cruise Missile ist ein Waffensystem, das, wie wohl jeder anerkennt, schreckliche Verifikationsprobleme aufwirft. Die Vereinigten Staaten beabsichtigen, nuklearfähige Cruise Missiles auf vielen ihrer Überwasserkriegsschiffe und ihrer U-Boote zu stationieren. Wenn diese Cruise Missiles erst einmal installiert sind, wird es keine Möglichkeit geben, ihre Zahl festzustellen oder, auf welchen Schiffen sie sich befinden. Wir können sie herumwandern lassen wie Murmeln in einer Schachtel . . . Wie soll man also ein Abkommen über die Begrenzung der Zahl von Cruise Missiles verifizieren? Ja, die Technologie geht in Richtung auf Waffenentwicklungen, die eine Verifikation in Zukunft viel schwieriger machen werden als bei unserem gegenwärtigen System, das die Trägerwaffen und die Waffenplattformen zählt. Es bleibt nicht mehr viel Zeit. Man muß jetzt handeln.

Interview mit Paul Warnke,
ehemaliger Chefunterhändler der USA bei den SALT-II-Verhandlungen

Konrad Ege: Mr. Warnke, vor einigen Jahren haben Sie geschrieben: Wir brauchen SALT, um zu überleben. SALT ist nicht in Kraft getreten, die Genfer Verhandlungen scheinen ziemlich auf der Stelle zu treten – und zur gleichen Zeit verwirklicht die Regierung ein 300 Mrd. Dollar-Rüstungsprogramm auf dem Gebiet der Atomwaffen. Sind wir, seit Sie vor ungefähr vier Jahren aus der Regierung ausschieden, dem Nicht-Überleben näher gekommen?

Paul Warnke: Ja. Ich denke, wir sind einer Zeit näher gekommen, in der die Menschheit infolge eines nuklearen Schlagabtausches ausgerottet werden könnte . . .Anders als bei irgendeiner Konfrontation mit konventionellen Waffen ist es auf nuklearem Gebiet so, daß man die Gefahren für sich selbst erhöht, wenn man die Atomwaffen der anderen Seite gefährdet, denn die andere Seite muß dann erwägen, ihre Atomwaffen im Alarmfall sofort einzusetzen („Launch on warning"). Der Slogan dazu wird manchmal so formuliert: Laß sie los, bevor du sie verlierst (loose them before you lose them). Und das ist der Grund, warum das fortgesetzte Wettrüsten das menschliche Überleben gefährdet.

Der Ratschlag des absoluten Wahnsinns

Ege: Die Administration spricht von der Führung eines länger andauernden Atomkrieges, davon, in einem solchen Krieg die Oberhand zu behalten und einen Atomkrieg möglicherweise sogar zu gewinnen. Wie fühlen sie sich bei solchen Äußerungen?

Warnke: Was mir auffällt, ist daß die Äußerungen hoher Regierungsbeamter einander ständig widersprechen. Wir haben das sogenannte Leitlinien-Dokument, das durch Indiskretion an die „New York Times" gelangte. Darin ist die Rede von Atomstreitkräften, die die Oberhand gewinnen und den Krieg zu Bedingungen beenden, die für die Vereinigten Staaten vorteilhaft sind. Innerhalb weniger Tage sagten sowohl Verteidigungsminister Weinberger als auch Präsident Reagan, daß sie anerkennen, daß es in einem Atomkrieg keinen Sieger geben kann. Schön, aber kürzlich ist berichtet worden, daß der Nationale Sicherheitsrat eine Strategie empfohlen hat, die uns befähigt, einen langandauernden Atomkrieg zu führen und zu gewinnen. Das ist eine Idiotie. Das ist der Ratschlag des absoluten Wahnsinns.

Ege: Die Administration läßt einige Waffensysteme wie die Pershing II und die MX bauen, die manchmal als Erstschlagwaffen charakterisiert werden. Halten Sie das für zutreffend?

Warnke: Wenn man vom Erstschlag spricht, dann beinhaltet dies die Fähigkeit, einen Erstschlag zu führen und die andere Seite davon abzuhalten, zurückzuschlagen. In diesem Sinne ist es nicht möglich, jemals eine Erstschlagfähigkeit zu erreichen, weil man nie sicher sein kann, über die Fähigkeit zu verfügen, die andere Seite an einem Vergeltungsschlag zu hindern . . .

Die Pershing II wird von den Sowjets naturgemäß als eine Bedrohung ihrer Befehls- und Kontrollstrukturen betrachtet

Ege: Die Cruise Missiles und die Pershing-II-Raketen sind in Europa sehr umstritten. Meinen Sie, daß die Stationierung dieser Raketen Westeuropa sicherer machen wird?

Warnke: Nein, keinesfalls. Das Problem ist,wie ich schon sagte, daß alles, was die Fähigkeit der anderen Seite, über eine überlebensfähige nukleare Vergeltungsstreitmacht zu verfügen, bedroht, zugleich die Sicherheit derjenigen gefährdet, die die entsprechenden Waffen zur Bedrohung dieser Überlebensfähigkeit anhäufen. Das Problem mit der Pershing II ist, daß sie eine sehr kurze Flugzeit hat, ungefähr 6 Minuten vom Startpunkt in Westdeutschland bis zur Zerstörung sowjetischer Ziele. Das wird von den Sowjets naturgemäß als eine Bedrohung betrachtet, die sich hauptsächlich gegen ihre Befehls- und Kontrollstruktur richtet. Deshalb werden die landgestützten Cruise Missiles und die Pershing II Westeuropa meiner Meinung nach nicht sicherer machen. Ich denke, daß sie es weniger sicher machen werden . . .

Zweifellos wird die Fortsetzung des Wettrüstens eine Rüstungskontrolle schwieriger machen. Blicken wir nur einige Jahre zurück. Angenommen, wir hätten es geschafft, die SALT-Gespräche Ende 1968 zu beginnen, dann wäre es möglich gewesen, die Entwicklung von MIRVs (Mehrfachsprengköpfe) zu verhindern. Wäre es uns gelungen, die MIRV-Entwicklung zu stoppen, dann hätte die Rüstungskontrolle viel wirksamer werden können, als es nach der Entwicklung von MIRVs möglich ist. Solange jede Rakete nur einen einzigen Sprengkopf hatte, konnte sie nur eine Rakete auf der anderen Seite bedrohen.

Das würde jedermann davon abhalten, in den Begriffen eines Erstschlags zu denken. Rüstungskontrolle ist also nach der Einführung der MIRVs schwieriger. Betrachten wir nun, welche Entwicklungen jetzt absehbar sind: Dinge wie mobile Raketen und Cruise Missiles! Mobile Raketen sind schwieriger zu verifizieren als stationäre Raketen mit festen Abschußstellungen; und ganz sicher ist die Verifikation von Cruise Missiles schwieriger als die von ballistischen Raketen, weil sie so klein sind; und mit den bodengestützten Cruise Missiles wird die Zahl möglicher Startpunkte faktisch unbegrenzt. Wenn wir also die Rüstungskontrolle nicht bald wiederbeleben können und sehr schnell vorantreiben, dann wird ein Abkommen immer schwerer zu erreichen und immer weniger wert sein. Wir werden nie mehr in der Lage sein, ein Abkommen zu erreichen, das so gut ist wie das, was wir jetzt haben könnten.

Günter Neuberger (Hrsg.)
Der Plan Euroshima
Aus Reden und Schriften von Reagan, Weinberger u. a.
2., aktualisierte Auflage
prv-aktuell. Kleine Bibliothek Band 252
212 Seiten, DM 10,—

Diese Buch gibt dokumentarisch Aufschluß darüber, was Präsident Reagan, der Mann, der das größte Rüstungsprogramm der Geschichte in Gang setzte und jetzt von „Null-Lösung" spricht, wirklich vorhat. Die Reagan-Administration hat viele brisante Ansichten und Vorhaben in dankenswerter Offenheit ausgeprochen. „Dieser Verteidigungshaushalt ist so groß, die Betonung der Nuklearwaffen so stark und der Redeschwall über die sowjetische Bedrohung so extrem, daß man dem Gefühl nicht widerstehen kann, daß wir uns darauf vorbereiten, einen Atomkrieg zu führen und zu gewinnen." (William Fulbright, ehemaliger US-Senator)

Interview mit Townsend Hoopes,
stellv. Luftwaffenminister a.D.

Die Pershing II – eine unnötige Provokation

Konrad Ege: In der westdeutschen Friedensbewegung gibt es Leute, die sagen, die Pershing II sei eine Erstschlagwaffe, die zu einem sehr frühen Zeitpunkt in den Anfängen eines Konflikts mit der Sowjetunion eingesetzt werden soll und deshalb eine sehr gefährliche, destabilisierende Waffe sei. Wieweit stimmen sie dieser Einschätzung zu?

Townsend Hoopes: Nun, ich denke, ich stimme fast völlig mit dieser Einschätzung überein. Sowohl die Pershing II als auch die bodengestützten Cruise Missiles sollen in Europa stationiert werden und sind zugleich die ersten jemals in Mitteleuropa stationierten Raketen mit der Fähigkeit, in die Tiefe des sowjetischen Territoriums einzudringen. Und dies ist, denke ich, eine unnötige Provokation.

Zwingt die Pershing II Moskau zum automatischen „Alarmstart" seiner Gegenschlagswaffen?

Ege: Sowjetische Regierungsvertreter sollen Berichten zufolge gesagt haben, daß die Pershing II sie dazu zwingen wird, im Alarmfall sofort ihren Gegenschlag zu starten (eine „launch on warning posture" einzunehmen). Richard Burt sagte kürzlich, er halte das für reine Propaganda. Man solle es nicht ernst nehmen. Was halten Sie davon?

Hoopes: Ich bin nicht sicher, daß ich zu dieser Frage eine feste Meinung habe. Wenn ich in der Sowjetunion wäre, würde ich zweifellos empfinden, daß die Stationierung der Pershing II in Westeuropa eine zusätzliche Bedrohung der territorialen Integrität meines Landes darstellt. Ich wäre beunruhigt. Ob mich dies zum sofortigen Einsatz im Alarmfall veranlassen würde, kann ich nicht sagen.

Die Vorstellung „Sieg im Atomkrieg" ist die treibende Kraft . . .

Ege: Sprechen wir von dem Leitlinien-Dokument. Kennen Sie irgendwelche anderen Regierungsdokumente aus neuerer Zeit, in denen von einem Sieg im Atomkrieg die Rede ist?

Hoopes: Ich kenne keine. Und die Regierung hat sich sorgfältig vor weiteren öffentlichen Äußerungen gehütet. Was ich nicht weiß, ist, ob ihre Auffassung sich in irgendeiner Weise geändert hat. Ich befürchte, sie hat sich nicht geändert. Diese Auffassung (Sieg im Atomkrieg, d.Red.) ist wirklich die treibende Kraft hinter dem von ihr vorgeschlagenen, äußerst exzessiven militärischen Aufbauprogramm.

Ege: Die Reagan-Administration hat ihre Rhetorik mittlerweile gemäßigt. Glauben Sie, daß das Ausdruck einer Veränderung ihrer Politik ist?

Hoopes: Ich bin nicht sicher. Man könnte da seine Zweifel haben. Man wird ganz einfach abwarten müssen, was die Reagan-Administration tut, wenn der

Punkt eines möglichen Abkommens mit der Sowjetunion erreicht ist, sei es bei den Gesprächen über die Mittelstrecken-Atomwaffen oder sei es bei den sogenannten START-Gesprächen . . .Ich bin, offen gestanden, ziemlich überrascht, daß die Welt seit dem Beginn dieser Verhandlungen so ruhig dagesessen hat. Man merkt schon von weitem, daß es keine Fortschritte gibt. Nichtsdestotrotz hat die Reagan-Administration diese Fragen in gewisser Weise in den Gefrierschrank legen können, politisch gesehen, und dies einfach dadurch, daß sie in Genf sitzt und mit der Sowjetunion spricht. Ich glaube nicht, daß man von den Gegnern der Aufrüstung erwarten kann, daß sie auf die Dauer stillhalten werden.

Interview mit John Steinbruner, Direktor des Foreign Studies Program der Brookings Institution

Was ein „Enthauptungs"-Schlag bedeutet – am Beispiel der USA

Konrad Ege: In einer der letzten Ausgaben der „Foreign Policy" haben Sie über nukleare „Enthauptung" geschrieben. Was bedeutet dieser Begriff?

John Steinbruner: Der Begriff, der ziemlich bildhaft, vielleicht zu bildhaft ist, soll auf die Tatsache verweisen, daß unsere zentrale Befehlsstruktur, der Präsident, die militärischen Befehlsstränge, die vom Präsidenten bis zu den einzelnen Kommandeuren hinab verlaufen, daß all dies durch einen präemptiven (d.h. „vorwegnehmenden") Angriff verwundbar ist. Es wäre nicht sehr schwierig, diese Kommandostruktur ernstlich zu beschädigen und möglicherweise außer Funktion zu setzen. Wenn das geschähe, würden wir unsere Fähigkeit, koordiniert zu handeln, verlieren. Wir wären danach nicht in der Lage einzuschätzen, was unsere gegenwärtige militärische Lage ist und welche Waffen wir gegen militärische Ziele einsetzen sollten. Wir würden aber eine Menge Zerstörungsfähigkeit in Form von U-Booten, Bombern und einzelnen Raketen in Silos übrig behalten, um einen Vergeltungsschlag zu führen, und würden dies zweifellos auch tun. Was ich damit sagen will, ist, daß wir eine Abschreckungsstreitmacht haben, die einen Angriff vergelten könnte. Möglicherweise blind, aber nichtsdestotrotz unter fast allen Umständen, die wir uns vorstellen können. Es gibt Entwicklungsprogramme, die den Schutz unseres Kommandosystems etwas verbessern werden, aber wenn man sich intensiv mit dem Problem beschäftigt, stellt man fest, daß es ein hoffnungsloses Unterfangen wäre, diese zentrale Befehlsstruktur vor einem Angriff aus heiterem Himmel mit Hunderten oder gar Tausenden von Waffen zu schützen.

Ege: Wie verwundbar ist die Sowjetunion gegenüber einer Strategie der nuklearen Enthauptung?

Steinbruner: Ihre Verwundbarkeit ist weitgehend vergleichbar mit der der Vereinigten Staaten. Es gibt einige Unterschiede: so ist die Sowjetunion weniger abhängig von Satelliten, die besonders verwundbar sind; sie haben kür-

zere Verbindungslinien zu ihren Streitkräften, sie sind landgestützt und sie haben beträchtliche Anstrengungen unternommen, ihre Befehlsstränge und Verbindungslinien zu schützen. Die Sowjetunion ist, wenn man die Beschaffenheit ihres Systems berücksichtigt, wahrscheinlich abhängiger von der Unversehrtheit ihrer zentralen Befehlsstruktur. Außerdem ist sie wahrscheinlich viel empfindlicher für die allgemeine Verwundbarkeit, die beträchtlich ist. Wenn man all dies berücksichtigt, dann haben beide Seiten ein sehr ernstes Problem, und ich bezweifle, daß eine Seite wesentlich schlechter dran ist als die andere.

Die Pershing II als Speerspitze eines präemptiven Angriffs

Ege: Eine der Fragen, mit denen man sich in der Friedensbewegung in der Bundesrepublik beschäftigt, ist die Tatsache, daß die Pershing II die ideale Waffe gegen die sowjetischen Befehlszentralen zu sein scheint. Wie sehen Sie das?

Steinbruner: Diese Möglichkeit liegt im Wesen der Pershing II. Von Stationierungsorten in Westeuropa aus hat sie eine sehr kurze Flugzeit in die Sowjetunion, verglichen mit den Interkontinentalraketen. Die Angaben sind nicht einheitlich, aber nach dem Flugprofil der Pershing II würde die Sowjetunion wahrscheinlich nur 6 bis 8 Minuten Warnzeit erhalten, und dies ist nicht genug Zeit, um noch viel damit anfangen zu können. Und wenn Sie sich vorstellen, daß die Pershing II eine größere Reichweite erhält, als für die gegenwärtige Version geplant ist, dann könnte sie große Teile des zentralen Befehlssystems in der Sowjetunion angreifen. Diese Grundtatsachen bedeuten, daß die Pershing II sie (die Sowjets) eben allein aufgrund der Beschaffenheit dieser Rakete einer Bedrohung aussetzt, die nach Einschätzung der Sowjets ihre zentralen Befehlssysteme präemptiv ausschalten könnte. Und diese sind der verletzlichste Punkt. In diesem Sinne vermittelt die Pershing II den Eindruck, daß sie als Speerspitze eines präemptiven Angriffs eingesetzt werden oder vorgesehen sein könnte. Sie ist deshalb vom sowjetischen Gesichtspunkt aus eine ganz besonders bedrohliche Waffe.

Die Pershing II ist unter den heutigen US-Waffen das schlimmste Beispiel für „Destabilisierung"

Ege: Sie würden also sagen, daß die Pershing II das atomare Gleichgewicht in Europa instabiler macht.

Steinbruner: Ich glaube, es geht nicht darum, daß das Gleichgewicht instabiler wird. Die Pershing II wirkt nicht nur in der von mir beschriebenen Weise provokativ, sie ist auch in hohem Grade verwundbar, bevor sie abgeschossen wird. Und wenn in der strategischen Theorie irgendetwas gewiß ist, dann die Erkenntnis, daß ein Waffensystem, das bei seinem Einsatz sehr zerstörerisch und einem Präemptivschlag gegenüber sehr verwundbar ist, destabilisierend wirkt. Die Pershing II ist unter unseren derzeitigen Waffensystemen wahrscheinlich das schlimmste Einzelbeispiel einer Waffe, die diese Prinzipien verletzt.

Eines der wichtigsten Rüstungskontrollabkommen, das jetzt anzustreben wäre, müßte die Verhütung einer weiteren Modernisierung der strategischen Streitkräfte auf beiden Seiten beinhalten. Wir könnten eine sehr ernste Verschlechterung der Bedingungen internationaler Sicherheit bekommen, die nicht in unserem Interesse liegt, wenn wir eine neue Runde konkurrierender Waffenentwicklungen in Gang setzen. Wir sollten sehr daran interessiert sein, einer solchen Entwicklung, so gut wir können, vorzubeugen. Das ist das Ziel der Freeze-Vorschläge. Mit diesem Ziel stimme ich zweifelsfrei überein . . .

Welche Waffenentwicklungen sind besonders abträglich für Abrüstungsvereinbarungen?

Ege: Sind in Ihren Augen irgendwelche Waffensysteme, die sich zur Zeit in den USA oder der Sowjetunion in der Entwicklung befinden, besonders abträglich für Abrüstungsvereinbarungen?

Steinbruner: Es gibt mehrere. U-Boot-gestützte Cruise Missiles z.B. Und diese befinden sich in den Vereinigten Staaten nicht nur in der Entwicklung, sondern bereits in den ersten Stadien der Indienstnahme. Sie werden Rüstungskontrollverhandlungen sehr viel schwieriger machen. Der Grund liegt darin, daß diese Waffen ihren konventionell ausgestatteten Gegenstücken sehr ähnlich sehen. Außerdem können sie auf praktisch jeder Art von Waffenplattform, ganz sicher aber auf jedem U-Boot stationiert werden. Das bedeutet aber, daß die Frage des Zählens, also die Verifikation, ein wirklich großes Problem wird. Was diese Waffen an zusätzlicher Zielabdeckung oder sonstigen sicherheitspolitischen Vorteilen bieten mögen, ist die Inkaufnahme dieser Nachteile nicht wert. Dies ist also, wie mir scheint, genau die Art von Waffen, deren Indienstnahme wir verhindern sollten.

In den Vereinigten Staaten macht man sich nicht klar, welche Konsequenzen es hätte . . .

In den Vereinigten Staaten macht man sich nicht klar, welche Konsequenzen es hätte, wenn die Sowjets Waffen dieser Art vor unseren Küsten stationieren würden. Dadurch erhielten sie möglicherweise die Fähigkeit, in gewissem Grade unser Befehlssystem mit nur kurzer Vorwarnzeit anzugreifen, eine Möglichkeit, die sie bisher nicht oder nur in sehr geringem Umfang besitzen. Auf lange Sicht hätte also die Sowjetunion durch diese Waffen wahrscheinlich mehr zu gewinnen. Wir sollten daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß wir besonders interessiert sein müßten, diese Waffen zu stoppen. Ein anderes sehr gutes Beispiel sind Antisatelliten-Waffen. Wir sind gegenwärtig sehr abhängig von Verbindungs- und Aufklärungssatelliten im Weltraum. Ihre Bedeutung wird im Laufe des nächsten Jahrzehnts noch wachsen. Wir sollten also daran interessiert sein, die Einführung von Waffentypen, die solche Satelliten angreifen können, zu verhüten . . . .

Ege: Mr. Steinbruner, das kürzlich bekannt gewordene Leitlinien-Dokument des Pentagon besagt, daß gegen Ende dieses Jahrzehnts das Programm der gegenwärtigen Regierung für die Modernisierung der strategischen Atom-

streitkräfte voll zu wirken beginnt, während die Sowjetunion sich beträchtlichen ökonomischen Problemen gegenüber sehen wird. Das Leitlinien-Dokument sagt, daß dies die Gelegenheit eröffnen wird, die künftige amerikanisch-sowjetische Konkurrenz in einer für die USA vorteilhaften Weise zu gestalten. Wie soll man das interpretieren?

Steinbruner: Das Leitlinien-Dokument suggeriert, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein sollte, die Sowjetunion unter wirtschaftlichen Druck zu setzen, zusätzlich zu dem militärischen Druck, den wir auf sie ausüben, und daß wir aus einem derartigen Verhalten Nutzen für unsere Sicherheit ziehen könnten. Ich persönlich halte dies für einen sehr fragwürdigen Vorschlag. Die sowjetische Volkswirtschaft ist stärker und weniger beeinflußbar durch unsere gegen sie gerichteten Aktionen, als die Regierung annimmt. Es stellt sich deshalb schlicht die Frage nach der Wirksamkeit einer solchen Politik. Zusätzlich ist nach der Wünschbarkeit einer solchen Politik zu fragen. Ich habe den Eindruck, daß wir dazu verurteilt sind, auf dem gleichen Planeten zusammen zu leben, ob uns das gefällt oder nicht, und daß wir unter diesen Umständen am besten nach Wegen eines friedlichen Zusammenlebens suchen sollten. . . .Mir scheint, wir sollten die sowjetische Wirtschaft ermutigen, sich der Welt zu öffnen und mit dem Rest der Welt, einschließlich der Vereinigten Staaten, normale wirtschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Das entspricht unseren Sicherheitsinteressen wahrscheinlich auf lange Sicht besser als jeder Versuch, die Sowjetunion unter Druck zu setzen.

Drohungen erreichen das Gegenteil von dem, was sie bewirken sollen . . .

Ege: Wie verstehen Sie die Feststellung, daß die Vereinigten Staaten fähig sein werden, die künftige amerikanisch-sowjetische Konkurrenz in einer für die USA vorteilhaften Weise zu gestalten.

Steinbruner: Diese Äußerung geht von der Annahme aus, daß die Sowjetunion als Reaktion auf diese Drohungen Dinge tun wird, die sie sonst nicht tun würde. Das ist sehr zweifelhaft. Ich halte es für sehr viel wahrscheinlicher, daß die Sowjetunion genauso wie die USA Drohungen auf ihre Weise beantwortet, anstatt einfach zu kapitulieren. Ganz sicherlich ist es nach aller Erfahrung bisher so gewesen – Drohungen erreichen das Gegenteil von dem, was sie bewirken sollen. Drohungen rufen Widerstand hervor, und die Sowjetunion ist durch ihr militärisches Programm und ihre reichen Ressourcen befähigt, solchen Widerstand zu leisten. Wir müssen von der Annahme ausgehen, daß sie das auch tun würden. Ich denke, das Leitlinien-Dokument ist einfach das falsche Modell für die Verwirklichung unserer Sicherheitsinteressen.

Die Geschichte in die eigenen Hände nehmen

Anregungen zum 50. Jahrestag der Machtergreifung am 30. Januar 1983 Was kann man tun?

Von Klaus Naumann

I

Im kommenden Jahr, am 30. Januar, jährt sich der Tag zum fünfzigsten Male, an dem Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde. Für die Nationalsozialisten war das der Tag, an dem die verhaßte Weimarer Republik endlich zur Strecke gebracht worden war. Wenig später, am 23. März 1933, wurde mit den Stimmen aller bürgerlicher Parteien das „Ermächtigungsgesetz" verabschiedet, mit dem sich die faschistische Diktatur den Anstrich der Legalität zu geben suchte. Die kommunistischen Abgeordneten waren schon Wochen vorher, nach dem provokatorischen Reichstagsbrand vom 5. März, verhaftet worden oder mußten in die Illegalität gehen. Sozialdemokratische und demokratische Politiker und Gewerkschafter waren wenig später gleichen Verfolgungen ausgesetzt. Das alles geschah auf Drängen großindustrieller Kreise, mit Unterstützung konservativer Parteien und jener Kräfte, die sich heute als „Mitte" definieren. Die „Machtergreifung" war in Wirklichkeit eine Machtübertragung.

Der 30. Januar 1933 war aber nicht nur der Auftakt zur Verfolgung politischer Gegners des Naziregimes. Die bürgerlichen Grundrechte wurden aufgehoben, internationale Verträge zerrissen, das öffentliche Leben wurde „gleichgeschaltet", militarisiert und den Erfordernissen einer systematischen Kriegsvorbereitung unterworfen. Wo die Nationalsozialisten Erfolge errangen, die – wie etwa die Beseitigung der Arbeitslosigkeit – auch der Bevölkerung zugute kamen, waren diese dem Streben nach Weltherrschaft, Aggression und Unterjochung fremder Völker untergeordnet. Seine Bestimmung hatte das Naziregime nur in negativen Werten: im Antidemokratismus, Antihumanismus, Antisemitismus, Antiliberalismus, Antikommunismus – und nicht zuletzt im Antisowjetismus. Die Stoßrichtung der faschistischen Kriegsvorbereitung gegen Osten, vor allem gegen die Sowjetunion, war es, die der Hitlerdiktatur die Tolerierung durch die Westmächte einbrachte. Am Ende dieses Weges stand die zielbewußte Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, der sich zunächst freilich gegen die Westmächte selbst richtete. Nur der Widerstand der Völker in den besetzten Ländern, auch in Deutschland selbst,

und die vereinten Kräfte der Anti-Hitler-Koalition konnten die Welt vom Faschismus befreien.

Heute, nach 50 Jahren, stehen das Ende der Weimarer Republik, die Zeit der Naziherrschaft und ihre Folgen hierzulande noch immer im Zwielicht. Erste Äußerungen in den Medien und von Repräsentanten des Staates geben einen Vorgeschmack darauf, was in den kommenden Monaten an Geschichtslegenden verbreitet werden soll.

Während die Klagen über die jahrzehntelange Vernachlässigung einer Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit nicht abreißen und immer wieder beträchtliche Lücken im Geschichtsbild – gerade von Jugendlichen – festgestellt werden, empfiehlt Alfred Dregger, inzwischen Fraktionsvorsitzender der CDU im Bundestag, „endlich aus dem Schatten Hitlers zu treten". Der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" paßt die Aufmerksamkeit nicht, die der 50. Jahrestag im Fernsehen finden soll[1]): die „Überfütterung der Nachkriegsgeneration mit vergangenheitsbewältigender Thematik" sei nicht nur widersinnig, sondern auf die Dauer schädlich bis zur Strafwürdigkeit: Der einzelne muß geistig verkümmern . . . "[2]).

Da der Jahrestag nun einmal nicht zu umgehen ist, bemühen sich die offiziellen Verlaubarungen, altbekannte „Lernziele" in die Öffentlichkeit zu tragen:Oberstes „Lernziel" ist nach wie vor die Totalitarismustheorie, nach der die Weimarer Republik zwischen den rechten und linken Extremen zerrieben worden sei. Einmal mehr soll damit die Verantwortung der sogenannten staatstragenden Kräfte der Weimarer wie der Bonner Republik, die in Industrie und Politik durch vielfältige Fäden mit der braunen Vergangenheit verknüpft sind, aus der Schußlinie genommen werden.

Obwohl niemand ernsthaft behaupten kann, „Bonn" stände in einer vergleichbaren Situation wie „Weimar" wird mit der Extremistenlegende schon seit Jahren Politik gemacht. Sie dient dazu, Berufsverbote und andere Einschränkungen von Grundrechten zu legitimieren. Im Zeichen der vielbeschworenen „Unregierbarkeit" werden in jüngster Zeit jene, die sich dem Spektrum der „Staatsparteien" entziehen wollen, flugs zu „Faschisten" erklärt[3]). Mehr noch: diese Zwecklüge hat den Rang einer Staatsreligion; sie ist in den ideologischen Grundkonsens dieser Republik eingeschrieben. Für die „Väter des Grundgesetzes" war sie der Anlaß, den Riemen der demokratischen „Teilhabe" des Volkssouveräns an den Staatsgeschäften eng zu ziehen: die „Extremisten" hatten Weimar „legal" zerstört, die Massen aber hatten sie gewählt und dadurch legitimiert – also glaubte man im Grundgesetz die politischen Bürgerrechte von vornherein beschränken zu müssen (Aussparung von Plebisziten; konstruktives Mißtrauensvotum; später die 5 %-Klausel usw.)

1) Seit einigen Wochen angelaufen ist die ARD-Serie „Europa unterm Hakenkreuz". Vgl. dazu das Buch der Redaktion der Serie: Reichert/Brodmann u. a., Europa unterm Hakenkreuz, Köln 1982.
2) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 6. 9. 1982.
3) So z. B. Holger Börner (SPD) im „Spiegel"-Gespräch, in: „Spiegel", 33/1982, /S. 36 ff. Zum Echo darauf vgl. „Spiegel", 34/1982, S. 46 f. Vgl. ähnliche Töne von Robert Held, FAZ v. 16. 8. 1982 („Die grüne Maschine").

So „bestraften sie . . . die Demokratie von Weimar dafür, daß sie von den Feinden der Demokratie zerstört worden war, mit einer Verkürzung von Demokratie."[4])

Die Mythen von „Weimar", insbesondere die Totalitismustheorie, sind auf diesem Wege zu Bestandteilen der ideologischen und politischen Realität der Bundesrepublik geworden. Keine Wunder, daß sie in den Verlautbarungen von Politikern und Medien zum 30. Januar 1933 immer wiederkehren.

Wer folglich vom 30. Januar 1933 spricht, kann von der bundesdeutschen Wirklichkeit nicht schweigen!

II

Mit der nun schon fast ein Jahrzehnt anhaltenden globalen Krisenentwicklung und den fast ebenso lange anhaltenden Versuchen der verschiedenen Bundesregierungen, die „Krise" (der Profite) mit der (realen) Krise der Einkommen, Sozialleistungen und Arbeitsplätze zu bekämpfen, bietet diese bundesdeutsche Wirklichkeit genügend Zündstoff, um den Blick zurück auf die Endjahre der Weimarer Republik zu richten. Die Zeitungen sind voll davon[5]) – doch die Verhältnisse, sie sind nicht so.

Obgleich beispielsweise im Frühjahr 1983 ein Ausmaß von Arbeitslosigkeit erreicht sein dürfte, das – in Relation zur Zahl der Erwerbstätigen des Deutschen Reiches – dem Stand der Weltwirtschaftskrise vergleichbar ist, bleibt die politische Entwicklung dieser Republik letztlich doch unvergleichbar. Wohl lassen die Verlautbarungen der Unternehmerverbände und die Umbildung der Bundesregierung den Willen erkennen, zu drastischen Formen der Krisenpolitik überzugehen und im Windschatten der US-amerikanischen Hegemonie bundesdeutsche Großmachtpolitik zu entfalten, doch ist das von der sozialliberalen Koalition seit 1973 abgesteckte Feld bisher nicht verlassen worden.

Der Blick zurück auf „Weimar" und den 30. Januar 1933 ist immer in Gefahr, sich von den augenfälligen Parallelen gefangen nehmen zu lassen, dabei aber die wesentlichen Unterscheide zu übersehen. Die *Chancen* dieses Datums ergeben sich aber nur, wenn ein differenziertes Bild entworfen wird.

Seit den 60er und verstärkt seit den 70er Jahren hat sich in dieser Republik eine demokratische Bewegung und Ansätze zu einer politischen Kultur entwickelt, die – trotz aller immer wieder betonter Schwächen – eines mit verhindert hat: daß es zu einem tatsächlichen Rechtsruck kommen konnte. Und

4) Ridder, Dreißig Jahre Grundgesetz – drei Jahrzehnte antidemokratischer Widerstand, in: „Blätter", 5/1979, S. 528 ff, hier S. 531.

5) Vgl. etwa das „Zeit"-Dossier: Das Gespenst von 1931. Depression in Deutschland: Wiederholt sich die Geschichte?, in: „Die Zeit" v. 27. 8. 1982, S. 9 f; Ahnefeld/Walter, Ein Börsenkrach wie damals?, in: „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt" v. 29. 8. 1982, S. 3; Fischer, Lehren aus der Geschichte, in: FAZ v. 16. 10. 1982, S. 15; Winkler, Das Menetekel der ersten Republik: Chiffre für das Scheitern, in: „Die Zeit" v. 8. 10. 1982, S. 18 u.a.m.

nicht nur das: Während die Bundesrepublik, wie Arnulf Baring schrieb[6]), in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens „dreimal nach rechts gegründet" worden ist[7]), hat sie in den frühen 70er Jahren ihre *volle* Souveränität und außenpolitische Handlungsfreiheit mit der „neuen Ostpolitik" und der UNO-Mitgliedschaft (beider deutscher Staaten!) gewonnen.

Und noch ein weiteres: Obwohl mit der anhaltenden Krisenentwicklung die sozusagen klassischen Bedingungen für Rechtstrends gegeben sind, macht ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung die „von oben" gewollte Rechtswende nicht mit. Das Engagement in Bürgerinitiativen, in der Friedens- und Ökologiebewegung, die vielfältigen Aktionen für Frieden und Demokratie und nicht zuletzt die Absage an die drei Bonner „Staatsparteien" haben während der Krise noch zugenommen. Angst, Verunsicherung und Zukunftssorgen schlagen bei diesen Bevölkerungsteilen nicht um in Apathie, Vertrauen auf die „Macht des Stärkeren" und antidemokratisches Ressentiment.

Zweifellos enthält diese politische Situation durch ihre Labilität reale Gefahren. Was uns heute aber als „Unregierbarkeit" und damit als drohender Schatten von „Weimar" vorgespiegelt wird, enthält in Wirklichkeit gerade die Chance, daß „Bonn" nicht „Weimar" ist und dies auch nicht zu werden braucht! Die „neuen Mehrheiten" für eine rechte Politik haben sich bislang nicht eingestellt – also ist doch die „Unregierbarkeit", in der sich die Rechtskräfte wähnen, ein Zeichen für eine mögliche Wende zugunsten der demokratischen Kräfte. Das Aufbrechen des Parteienspektrums, das Entstehen einer breiten demokratischen Bewegung, der fortschreitende Zerfall des ideologischen Grundkonsenses der Bundesrepublik – das alles ist ermutigender Anlaß, den 50. Jahrestag der faschistischen „Machtergreifung" eben nicht (nur) mit Mahnungen oder mit Beschwörungen einer „schicksalhaften Katastrophe" zu begehen, sondern aus der *Niederlage* der ersten deutschen Republik die Lehren für die demokratische „*Umgründung*" der zweiten (bundes-) deutschen Republik zu ziehen. Denn um nichts geringeres geht es heute. Die Alternative, die von den Bonner Parteien vorbereitet worden ist, lautet: mit der Raketenstationierung und Einbindung der Bundesrepublik in die Atomkriegspläne der US-amerikanischen Regierung eine Art vierte Gründung der Bundesrepublik nach rechts zu vollziehen – diesmal freilich mit empfindlichen Einschränkungen der nationalen Handlungs- *und* Überlebenschancen![8]).

6) Baring, Gründungsstufen, Gründungsväter – Der lange Weg der Bundesrepublik Deutschland zu sich selbst, in: Scheel (Hrsg.), Nach dreißig Jahren. Die Bundesrepublik Deutschland – Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, Stuttgart u.a. 1979, S. 19 ff.; vgl. anschließend Albrecht, Rüstung, Militärpolitik und Militärpotential der Bundesrepublik, in: Albrecht u.a., Geschichte der Bundesrepublik. Beiträge, Köln 1979, S. 315 ff. – Zur – seiner Meinung nach – „letzte(n) Etappe unserer Staatsgründung" durch die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition vgl. zuletzt Baring, Die Wende kam schon vor acht Jahren. Dreizehn Jahre sozial-liberale Koalition, in: „Die Zeit" v. 8. 10. 1982, S. 4 f.

7) Nämlich durch das die deutsche Teilung faktisch besiegelnde Grundgesetz von 1949, durch die mit der Wehrverfassung von 1955 vollzogene Westintegration und durch die Notstandsgesetzgebung von 1968.

8) Zu möglichen politischen *Einschränkungen* bundesdeutscher Souveränität durch das am 15. 4. 1982 geschlossene Abkommen „über Unterstützung (der USA; d. Verf.) durch den Aufnahmestaat (die Bundesrepublik; d. Verf.) in Krise oder Krieg" vgl. Nolte, „Wartime Host Nation Suppoert" und die Wiedergeburt der Vorwärtsstrategie, in: „Frankfurter Hefte", 10/1982, S. 17 ff.

Weimarer Republik
Zweiter Weltkrieg

Am 30. Januar 1983 sind fünfzig Jahre vergangen, seit Hitler die Macht übernahm und das NS Regime in zwölf Jahren das deutsche Volk in die größte Katastrophe seiner Geschichte führte. Der Krieg kostete die Völker Europas über 50 Millionen Tote. Die nationalsozialistische Diktatur und der Zweite Weltkrieg haben die Welt grundlegend verändert.

Fünfzig Jahre danach, angesichts zunehmender wirtschaftlicher und sozialer Probleme angesichts der Massenarbeitslosigkeit, des Sozialabbaus und verstärkter Rüstung, angesichts zunehmender Ausländerfeindlichkeit und wachsender Aktivitäten neofaschistischer Gruppen, fordern alle demokratischen Kräfte zu Recht, die Öffentlichkeit gründlicher über die bisher nur ungenügend bewältigte Vergangenheit und ihre Ursachen aufzuklären und allen Gefahren von rechts, in welcher Form sie sich auch äußern, entschieden zu begegnen.

Weimarer Republik

Ruge, W.: Weimar – Republik auf Zeit. Kleine Bibliothek 179, 388 S. mit zahlr. Abb., DM 14,80

Gossweiler, K.: Kapital, Reichswehr und NSDAP. 1919–1924. Mit Fotos u. Abb., Kleine Bibliothek 236, 640 S., DM 19,80

Petzold, J.: Ideologische Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik. Kleine Bibliothek 135, 410 S., DM 14,80

Czichon, E.: Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, 5. Aufl., Kleine Bibliothek 16, 105 S., DM 9,80

Berlin, J./Joachim, D./Scheppelmann, R.: Wie kam Hitler an die Macht? Geeignet für Sekundarstufe II, VHS und gewerkschaftliche Bildungsarbeit, UE 2, 70 S., DM 10,—

Deppe, F./Roßmann, W. (Hrsg.): Wirtschaftskrise, Faschismus, Gewerkschaften. Dokumente zur Gewerkschaftspolitik 1929–1933. Kleine Bibliothek 229, DM 14,80

Krause-Vilmar, D. (Hrsg.): Lehrerschaft, Republik und Faschismus 1918–1933. 279 S., DM 14,80

Ruge, W.: Hitler, Weimarer Republik und Machtergreifung. Kleine Bibliothek 279, ca. 400 S., mit zahlreichen Abb., DM 14,80 *(Anfang 1983)*

Kühnl, R./Hardach, G. (Hrsg.): Die Zerstörung der Weimarer Republik. 2. Aufl., Kleine Bibliothek 88, 292 S., DM 12,80

Faschismus

Dimitroff contra Göring. Braunbuch II. Reprint 1934, Großformat, 480 S., Leinen mit Schutzumschlag von J. Heartfield, DM 19,80

Schreiner, A.: Hitler treibt zum Krieg. Reprint 1934, 504 S., Leinen, DM 19,80

Bergmann, W. (Hrsg.): Soziologie im Faschismus 1933–1945. Texte und Darstellungen. Kleine Bibliothek 221, 205 S., DM 16,80

Finker, K.: Stauffenberg und der 20. Juli 1944. Kleine Bibliothek 115, 488 S., mit 42 Fotos und Faksimiles. DM 16,80

Helfeld, M. v.: Edelweißpiraten in Köln. Jugendrebellion gegen das 3. Reich. Kleine Bibliothek 219, 136 S. mit zahlr. Fotos, Faksimiles und Dokumenten, DM 9,80

Prolingheuer, H.: Der ungekämpfte Kirchenkampf 1933–1945. Das politische Versagen der Bekennenden Kirche. »Neue Stimme«-Sonderheft 6, 32 S., DM 5,—

Pätzold, K./Weißbecker, M.: Geschichte der NSDAP 1920–1945. Kleine Bibliothek 232, 320 S., DM 14,80

Kühnl, R. (Hrsg.): Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. 5. Aufl. Kleine Bibliothek 62, 538 S. mit zahlr. Abb., DM 9,80

Hörster-Philipps, U. (Hrsg.): Großkapital und Faschismus 1918–1945. Wer war Hitler wirklich? Dokumente 2. Aufl. Kleine Bibliothek 121, 388 S., DM 14,80

Chagoll, L. (Hrsg.): Im Namen Hitlers. Kinder hinter Stacheldraht. Bild- und Dokumentarband über die Vernichtung von Kindern im Dritten Reich. 144 S., DM 12,80

Überleben und Widerstehen. Zeichnungen von Häftlingen des Konzentrationslagers Auschwitz. Mit einführenden Betrachtungen von M. Walser sowie Geleitworten von W. Fabian und W. Brandt, 85 S., kt. DM 9,80

Haug, W. F.: Der hilflose Antifaschismus. Kleine Bibliothek 79, 168 S., DM 9,80

Berlin, J./Joachim, D./Keller, B./Ullrich V.: Was verschweigt Fest? Analysen und Dokumente zum Hitler-Film. Kleine Bibliothek 120. 208 S., DM 14,80

Kuczynski, J.: Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Fünf Bände, Großformat, Leinen mit Schutzumschlag, Personenverz., je Bd. DM 29,80

Bd. 5: 1918–1945. 2. Aufl. 396 S.

Hochschulschriften

Bohlen, F.: Die XI. Olympischen Spiele Berlin 1936, Bd. 17, 234 S., DM 28,—

Hörster-Philipps, U.: Konservative Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Die Regierung Franz von Papen Bd. 102, 410 S., DM 45,—

Pahl-Rugenstein Verlag

lationalsozialismus Neofaschismus

ıs der Geschichte lernen...
heißt, fünfzig Jahre nach der Machtübernahme Hitlers die Geschichte der Weimarer Repu-ik und ihrer Zerstörung, die Geschichte des deutschen Faschismus und des Zweiten Welt-iegs gründlich aufzuarbeiten und allen Schichten der Bevölkerung verständlich zu achen.

ıs der Geschichte lernen...
heißt, innenpolitisch ein entschieden demokratisches Klima zu schaffen — ein Klima, das e Wiederholung friedensgefährdender Politik nicht zuläßt. Aus dem Ersten Weltkrieg, aus ır Weimarer Zeit, aus der Zeit des Faschismus und des Zweiten Weltkriegs lernen heißt, ın Einfluß der rechten Kräfte in allen gesellschaftlichen Bereichen zurückzudrängen und e Machtverhältnisse zugunsten einer entschieden demokratischen Republik zu verändern. ıf diese Weise läßt sich das Ziel realisieren: „Nie wieder darf von deutschem Boden ein ieg ausgehen".

ller, B.: Das Handwerk im faschisti-ıen Deutschland. Zum Problem der ıssenbasis. Bd. 21, 157 S., DM 21,—

ssler, H.: Die deutsche Frau. Natio-sozialistische Frauenpropaganda im ölkischen Beobachter«, Bd. 80, 127 S., 118,—

ıus, M.: Mädchen in der Hitlerjugend. › Erziehung zur »deutschen Frau«, Bd. 260 S., DM 32,—

ggau, W.: Faschismustheorien und ıtifaschistische Strategien in der SPD. eoretische Einschätzungen des deut-ıen Faschismus und Widerstandskon-ɔtionen in der Endphase der Weimarer publik und in der Emigration. Bd. 82, 3 S., DM 75,—

veiter Weltkrieg

ıols, V. J.: Die Vorgeschichte des ıtsch-sowjetischen Nichtangriffsver-gs. Aus dem Russischen, 360 S., rdcover mit Schutzumschlag, DM 16,80

ıreiner, A.: Vom totalen Krieg zur to-ɜn Niederlage Hitlers. Reprint 1939.) S., Leinen, DM 19,80

ɜymenski, L.: Die Schlacht um Mos-ı 1941. Kleine Bibliothek 216, 295 S., 14,80

rlow, N. I.: Stalingrad. Die entschei-ıde Schlacht des 2. Weltkriegs. Aus n Russischen. 431 S. mit zahlr. Fotos, nen mit Schutzumschlag, DM 19,80

Mammach, K.: Der Volkssturm. Das letzte Aufgebot 1944/45. Kleine Bibliothek 233. 240 S., DM 14,80

Deutschland im Zweiten Weltkrieg. Sechs Bände. Hg. von G. Hass, W. Schumann u. v. a. Jeder Band mit zahlr. Abb., Karten und Bildtafeln. Großformat. Leinen mit Schutzumschlag, je Bd. DM 48,—
Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juli 1941. 644 S.
Bd. 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942). 616 S.
Bd. 3: November 1942 bis September 1943: Der grundlegende Umschwung im Kriegsverlauf. Die Niederlage der deutschen Wehrmacht in den Schlachten von Stalingrad und im Kursker Bogen. 672 S. (z. Z. vergriffen, Neuaufl. Ende 1982)
Bd. 4: August bis Ende 1943. Das Scheitern der faschistischen Deffensivstrategie an der deutsch-sowjetischen Front. 680 S. Band 5 erscheint Herbst 1983, Band 6 Herbst 1984

Bartsch, M./Schebesch, F./Scheppelmann, R.: Der Krieg im Osten 1941–1945. Historische Einführung, Kommentare und Dokumente. 262 S. mit zahlr. Fotos, DM 19,80

Schebesch, F./Scheppelmann, R./Wilde, D.: Der Krieg im Osten 1941–1945. Unterrichtseinheit zur Fernsehserie »Der unvergessene Krieg«. UE 10. 48 S., DM 9,—

Müller, N. (Hrsg.): Deutsche Besatzungspolitik in der UdSSR. 1941–1944, 2. Aufl. Dokumente. Kleine Bibliothek 194. 432 S., DM 14,80

Blank, A.: Die deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR. Kleine Bibliothek 168, 240 S. mit zahlr. Fotos. DM 14,80

Noll, D.: Die Abenteuer des Werner Holt. Roman einer Jugend. Kleine Bibliothek 265. 550 S., DM 14,—

Greune, G./Mannhardt, K.: Hiroshima und Nagasaki. Bilder, Texte, Dokumente. 180 S., DM 14,80

Neofaschismus

Eichholtz, D./Gossweiler, K. u. a.: Faschismus in Deutschland. Faschismus der Gegenwart. Kleine Bibliothek 176, 308 S., DM 14,80

Hoffmann, B./Opperskalski, M./Solmaz, E.: Graue Wölfe, Koranschulen, Idealistenvereine. Türkische Faschisten in der Bundesrepublik. Kleine Bibliothek 234, 140 S., DM 12,80

Biemann, G.: Allzeit bereit, Neofaschismus in der Bundesrepublik. Kleine Bibliothek 210, 257 S., DM 14,80 *(Anfang 1983)*

ahl-Rugenstein Verlag

Noch bevor die Kette der Gründungen der Bundesrepublik nach rechts begann, in den ersten Nachkriegsjahren, als die Trümmer des Dritten Reiches noch schwelten, war bei den Kräften des Widerstands und der Emigration, ja im politisch aktiven Teil der Bevökerung weitgehend klar, daß nicht Rechts- und Linksextremismus „Weimar" zerstört und Deutschland (samt halbEuropa) zugrunde gerichtet hatten. Die Schuldigen hatten noch ihren richtigen Namen und ihre richtige Adresse: Großkapital und Rüstungskonzerne, Kräfte des Faschismus, Militarismus und auch Teile des konservativen Lagers. Es war offenkundig, daß mit den Traditionen des preußisch-deutschen Obrigkeitsstaates gebrochen werden mußte. Eugen Kogon, damals gerade aus dem Konzentrationslager entkommen, hat jüngst auf der Frankfurter Buchmesse darauf hingewiesen, daß es in den Nachkriegsjahren um eine neue Republik ging, die Christen, Liberale, Sozialdemokraten und Kommunisten einschließen sollte[9]). Diese Front der Erneuerung fand Ausdruck im Streben nach Verstaatlichung der Großindustrie, im Eintreten für eine konsequente Entnazifizierung, in Konzeptionen des sozialen Rechtsstaats, die eine umfassende Beteiligung der Bevölkerung am Wirtschaftsleben und an den Staatsgeschäften vorsahen, in der Forderung nach einer europäischen Friedensordnung und nach Verhältnissen, die es unmöglich machen sollten, daß von deutschem Boden jemals wieder ein Krieg ausgeht . . . [10]).

In diesen programmatischen Forderungen und Erfahrungen von 1945 liegen die Wurzeln von Faschismus und Krieg noch offen sichtbar zutage. Und es hat immer wieder Phasen in der Entwicklung der Bundesrepublik gegeben, in denen dies bewußt wurde. So stellten sich auch in den 60er Jahren, während des Aufbrechens der außerparlamentarischen Opposition, Parallelen zu 1945 ein. Manche fühlten sich *damals* durch das demokratische Potential der Protestbewegung an die „offene Situation von 1945" erinnert und begriffen dies als „Chance der Umkehr"[11]). – *Heute* wird der Bezug auf die „Jahre des Wiederaufbaus" der Nachkriegszeit von rechts mißbraucht. Im Sinne der konservativen „Wende" geht es den Rechten um die Beschwörung von vermehrter Leistungs- und Verzichtsbereitschaft und um die Einwilligung in Aufrüstung und Kriegsrisiko. Was aber an diesem Bezug wirklich zeitgemäß ist, bleibt ausgeblendet: der Neubeginn von 1945, das Streben nach einer demokratischen Gestaltung von Staat und Gesellschaft, das aus den Erfahrungen der Jahre des Hitlerfaschismus erwachsen war.

Die Auseinandersetzungen mit dem Jahr 1933 kann und darf daran nicht vorbeigehen!

9) Vgl. dazu Kogon, Die unvollendete Erneuerung (der USA; d. Verf.) Deutschland im Kräftefeld 1945-1963. Aufsätze aus zwei Jahrzehnten, Frankfurt/M. 1964.

10) Zu den Nachkriegsprogrammen vgl. Peuckert, Antifaschistischer Konsens als Voraussetzung einer demokratischen Nachkriegsentwicklung, in: „Blätter", 11/1977, S. 1367 ff.

11) So damals Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1968, S. 345; vgl. ähnlich Niethammer, Von den Schwierigkeiten der Traditionsbildung in der Bundesrepublik, in: Ruppert (Hrsg.), Erinnerungsarbeit. Geschichte und demokratische Identität in Deutschland, Opladen 1982, S. 55 ff., hier S. 62 f. Distanziert dagegen Greiffenhagen, Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands, Frankfurt/M. ²1981, S. 48.

III

Der Kalte Krieg, die Restauration der alten Besitz- und Machtverhältnisse und die Westintegration der Bundesrepublik hatten dieser Chance des Neubeginns schweren Schaden zugefügt. Damit erwies sich auch die braune Vergangenheit als zählebig.

Die Bundesrepublik rückte „eurostrategisch" in die alten, vom Hitlerfaschismus zwangsgeräumten Stellungen der Ostfront. Und mit der innen- und außenpolitischen Ausrichtung gegen die sozialsitischen Staaten und deren „fünfte Kolonne" im Lande (Kommunisten, Friedensfreunde, Pazifisten, Widerstandskämpfer usw.) kehrte nach 1945 auch ein großer Teil des alten Personals in den Staatsapparat zurück.

Im Gepäck trugen die „alten Kämpfer" die neu-alten Mythen. Nicht allein das Ende „Weimars" wurde danach zurechtgebogen; der Nazistaat selbst war noch in seiner antikommunistischen und antisowjetischen Ausrichtung als salonfähig. Die Dämonisierung Hitlers als eines „Einzeltäters" mußte für den Freispruch seiner Mittäter herhalten. Urteile gegen Widerstandskämpfer, die von der NS-Justiz gefällt worden waren, galten dagegen als rechtmäßig und dienten dazu, Ansprüche auf Entschädigung, Rehabilitierung, ja auf Wiedereinbürgerung in die (bundes-)deutsche Staatsbürgerschaft abzuschmettern. Der Widerstand wurde lange Jahre fast nur in seiner autoritär-antikommunistischen Variante (etwa des Kreisauer Kreises um Goerdeler: 20. Juli 1944) zur Kenntnis genommen. Bis heute hat wohl jede Gemeinde ihr Kriegerdenkmal (von 1870/71 über 1914/18 bis 1939/45), Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus aber sind noch immer eine Ausnahme[12]). Damit paßt zusammen, daß der von den Nazis angezettelte Weltkrieg selbst noch – auf jeden Fall im Osten – als legitim erachtet wurde und noch bis heute gerechtfertigt wird[13]). Da die tatsächliche Entnazifizierung ausgeblieben war, trat die ideologische „Entnazifierung" (lies: Beschönigung) der Vergangenheit an ihre Stelle. Die alten Vor- und Mitdenker des Nationalsozialismus wurden, wo immer sie rechtzeitig auf „Abendland" und wirtschaftsliberale „Freiheitlichkeit" umgepolt hatten, zu Wortführern in Politik, Militär, Wirtschaft, Justiz und Wissenschaft. Bis heute liegt die Kontinuität der „Eliten" über 1945 hinaus bis in die unmittelbare Gegenwart weitgehend im Dunkeln[14]).

12) Vgl. Pingel, Erinnern oder Vergessen? Überlegungen zum Gedenken an den Widerstand und an die Opfer des Nationalsozialismus, in: aus politik und zeitgeschichte. beilage zur wochenzeitung das parlament, B 9-10/81 v. 28. 2. 1981, S. 14 ff; vgl. auch Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1981. Eine Heftserie „Wegweiser zu den Stätten von Verfolgung und Widerstand 1933-1945 in der Bundesrepublik" wird z.Z. vorbereitet vom „Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933-1945 e.V." und der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten".

13) Vgl. zuletzt die Weizäcker-Rede in der Bundestagsdebatte vom 9. 9. 1982: „Die beiden bisherigen Lehren unseres Jahrhunderts, also das Scheitern der Ausbruchversuche aus dem Einfluß der Mächte (damit sind beide Weltkriege gemeint! D. Verf.) und als Ergebnis die Teilung widersprechen der geopolitischen Natur der Dinge. Denn die Mitte ist keine Grenze; auf die Dauer eignet sie sich dafür nicht." In: Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht d. Sitzung am 9. September 1982, Plenarprotokoll 9/11, S. 6789 A.

14) Fischer, Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871-1945, Düsseldorf 1979; anschließend Steinhaus, Auferstehung einer Großmacht? Zum Problem der Kontinuität des „alten" und „neuen" deutschen Imperialismus, Köln 1980.

Die demokratische Ordnung und die politische Kultur dieser Republik ist bis auf den heutigen Tag tief von den Legenden geprägt, die jene „Eliten" nach 1945 in die Welt gesetzt haben. Sie zeigen sich vornehmlich in den Verbotstafeln, mit denen die bundesdeutsche Demokratie umstellt worden ist: Demokratieverbote (siehe oben zum Grundgesetz), Parteiverbote (gegen die KPD, eine der Hauptträger des antifaschistischen Widerstands), Denk- und Theorieverbote (gegen Marxismus, Sozialismus, radikaldemokratische Ideologien) . . . bis hin zu den Berufsverboten im Öffentlichen Dienst.

So ist die Vergangenheit praktisch allgegenwärtig; weniger als *direkte* Kontinuität faschistischen Gedankenguts oder Einflußpotentials, sondern vornehmlich *indirekt* als Verdrängung, Verschleierung, Verharmlosung, Verfälschung der Vergangenheit – als Demokratiedefizit, neu auflebende Großmachtpolitik, als Teilhabesehnsucht am US-amerikanischen Erpressungsmanöver gegenüber der Sowjetunion, als Ausländerfeindlichkeit und Mitläufertum, aber auch als antikommunistische Berührungsangst der Gegenwart. Die Spuren des Faschismus, auch des Widerstands, reichen tief in den Alltag hinein. Sie können und müssen *dort* aufgespürt werden. Sie müssen ausgegraben, kriminalistisch rekonstruiert, nachvollzogen und bis in die politische Haltung und Überzeugung hinein „aufgearbeitet" werden. Immer wieder wird sich die Spurensicherung des Vergangenen als Konflikt mit der Gegenwart vollziehen.

Die Spuren des Faschismus im Alltag von damals und heute aufzudecken, das ist der Beitrag, den Aktionen zum 50. Jahrestag der faschistischen „Machtergreifung" leisten können. Da ist zugleich die Voraussetzung dafür, die im Aufruf zu Kundgebungen am 29. Januar 1983 formulierte Losung „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!"[15]) wirksam werden zu lassen. Es geht darum, die Kräfte einer demokratischen „Umgründung" der Bundesrepublik zu sammeln, um die vierte Gründung dieser Republik nach rechts zu verhindern. Es geht darum, in diesem Land ein politisches Klima zu schaffen, in dem eine entspannungsfeindliche und friedensgefährdende Politik keine Chance mehr hat durchzukommen!

IV

Wie aber kann man unsere Geschichte erfahrbar und begreifbar machen? Wie kann man die Sicherung der Spuren der Vergangenheit selbst in die Hand nehmen? Wie hat sich das in der Weimarer Republik vorbereitete und von 1933 ausgehende Geschehen in unserer eigenen Lebens- und Arbeitswelt niedergeschlagen – und wie stehen wir selbst noch in unerkannten Kontinuitäten der Hitlerzeit?

In den neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik ist in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht worden, daß die „große Politik" unmittelbar in den Alltag hineinwirkt: von den Auswirkungen des Nachrüstungsbeschlus-

15) Vgl. die Dokumentation des Aufrufs in: „Blätter", 10/1982, S. 1260 f.

ses, von steigenden Rüstungsausgaben und sinkenden Sozialleistungen sind alle direkt betroffen. Beim Unterschriftensammeln für den „Krefelder Appell", bei Straßenaktionen, Nachbarschaftsinitiativen und Demonstrationen wird deutlich, wie sehr „Politik" vom Handeln des Einzelnen abhängt, von seiner Arbeits- und Lebenswelt bestimmt ist – und auf diese verändern einwirken kann. In Bündnisdiskussionen, Auseinandersetzungen um die Perspektiven notwendiger gesellschaftlicher Veränderungen, beim Austausch von Erfahrungen zwischen Älteren und Jüngeren wird unübersehbar, daß die heutige demokratische Bewegung in einer Kontinuität steht, etwa zur Bewegung gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr in den 60er und 50er Jahren, zum Widerstand gegen die Remilitarisierung und Westintegration in den frühen 50er Jahren, ja in der Tradition des demokratischen Neubeginns nach 1945, die ihrerseits aus den Erfahrungen des Hitlerfaschismus entstanden ist.

Die Auseinandersetzung mit der Nazizeit kann nicht jenseits dieser Erfahrungen geschehen: Politik findet im Alltag statt; mehr als von den „großen Männern" wird sie von den Millionen der Einzelnen gemacht, erlitten und verändert, deren gemeinsame Erfahrung die Kontinuität der demokratischen Bewegung bildet. Ansatzpunkte eines entsprechenden Einstiegs in die Spurenfindung und -sicherung können Fragen bilden wie: Wie funktionierte der Hit-

Wo kann man was finden?

Im privaten Bereich:: z.B. in Familiendokumenten, im Fotoalbum, im Bücherschrank, auf dem Dachboden, im Keller, bei Verwandten und Bekannten, bei älteren Bürgern des Ortes.

Im öffentlichen Bereich: z.B. in Staats-, Stadt-, Gemeinde-, Kirchen-, Werks, Vereins-, Partei- und Zeitungsarchiven; in Büchereien und Museen, in Rathäusern, in Arbeitsämtern, Pfarrämtern, Stadt-, Kreis- und Landesbildstellen, Schulen, Betrieben, Zeitungsredaktionen, Vereinsgeschäftsstellen, Gewerkschaftshäusern und Parteibüros. Beosnders wichtige Ansprechpartner können die jüdischen Gemeinden, die Organisationen der Verfolgten sowie ältere Mitglieder der Parteien und Gewerkschaften sein, aber auch ehemalige Mitglieder der NSDAP oder ihrer Organisationen.

Was kann man finden?

Im privaten Bereich: z.B. persönliche Urkunden, Ahnentafeln, amtliche und persönliche Briefe, Ansichtskarten, Tagebücher, Fotos, Kinder- und Jugendbücher, Schulbücher und -hefte, Romane, Zigarettenbilderalben, Zeitungsartikel.

Im öffentlichen Bereich: z.B. Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen, amtliche Berichte und Niederschriften, Statistiken; Stadt- und Gemeindechroniken, Berichte und Dokumente der örtlichen Dienststellen; Polizeiberichte, Lage- und Stimmungsberichte; Anklageschriften und Urteile (Durchschriften gibt es oft auch im privaten Bereich); Zeitungen und Zeitschriften; Schulchroniken und -ordnungen, Werkzeitungen, Firmengeschichte; Flugblätter und illegale Druckschriften; alte Stadtpläne (Namen von Straßen, Plätzen, Gebäuden), Bauten (Architektur, veränderte Nutzung), Kasernen, Gefängnisse, KZ-Lager und ihre Außenkommandos, Arbeitslager, Fremd- und Zwangsarbeiteruntkünfte.

(aus: Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte, Alltag im Nationalsozialismus: Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Zweiten Weltkrieg, Hamburg: Kurt A. Körber-Stiftung, 1980/81, S. 5/6)

lerfaschismus im Alltag? Welche Anpassungszwänge und Widerstandsmöglichkeiten ergaben sich für den Einzelnen? Was geschah damals an meinem Heimatort, an meiner Arbeitsstelle? Wie nahmen die „Mitbürger von damals" Naziterror, Kriegsvorbereitung, Rassenhaß und Befreiung wahr? Welchen Anteil nahmen sie – freiwillig oder unfreiwillig – an „großer Politik"? Welche Lehren zogen sie 1945?

An einigen Beispielen soll nun gezeigt werden, wie sich diese Auseinandersetzung mit der Vergangenheit praktisch gestalten läßt.

1. Der *Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte*, der zum *Thema „Alltag im Nationalsozialismus"* durchgeführt wird und in diesem Jahr unter dem Titel *„Die Kriegsjahre in Deutschland"* steht[16]), gibt Beispiele, wie man die Geschichte selbst in die Hand nehmen kann. Das oberste Prinzip ist „forschendes Lernen" am Ort: die alltäglichen Lebensbedingungen aufzuspüren, den Zusammenhang zwischen Maßnahmen des Naziregimes und den Verhaltensweisen am Ort zu erklären und Konsequenzen für das eigene Verhalten in der Gesellschaft der Bundesrepublik zu ziehen. 13 000 Jugendliche beteiligten sich an dem vorjährigen Wettbewerb mit Beiträgen über die Zeit vom Ende der Weimarer Republik bis zum Ausbruch des zweiten Weltkriegs[17]). Sie machten dabei die Erfahrungen, wie wenig die Vergangenheit in Städten und Gemeinden, Kirchen und Schulen noch immer aufgedeckt ist – und wieviel sich auffinden läßt. Sie erarbeiteten Darstellungen, von denen manche historiographische Bedeutung haben – und sie stießen immer wieder auf Mißtrauen, an verschlossene Archivtüren und auf wohlgehütete Geschichtslegenden. Für die Teilnehmer bedeutete die Arbeit zumeist eine Veränderung ihrer eigenen Einstellung zu Geschichte und Gegenwart. Viele wurden hellhöriger für antidemokratische Zwischentöne, engagierter in ihrer politischen Überzeugung und kritischer in ihrem Urteil. „Man verliert irgendwie die Möglichkeit, Sachverhalte oder Geschehnisse mit einem müden Lächeln der Gleichgültigkeit oder mit einem selbstzufriedenen Zurücklehnen beim Essen zu entschuldigen", formulierte einer der Teilnehmer des Wettbewerbs[18]).

2. Ähnlich beispielhaft für die Vorbereitung des 50. Jahrestages sind die Vorbereitungen der vom Berliner Kulturrat koordinierten Gruppen zu einem *„Veranstaltungsprogramm von unten"*, das unter demTitel steht *„1933-1983 Zerstörung der Demokratie – Machtergreifung und Widerstand 1933"*[19]): „Das Besondere dieses Projektvorhaben ist es, die Frage der Ergreifung und Sicherung nationalsozialistischer Herrschaft so zu untersuchen und zu vermitteln,

16) Einsendeschluß des diesjährigen Wettbewerbs ist der 28. Februar 1983. Teilnehmen können Jugendliche und Schüler, auch in Gruppen, der 7.-13. Jahrgangsstufe aller Schularten, sofern sie nach dem 1. 9. 1961 geboren sind. Wettbewerbsunterlagen können angefordert werden bei: Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte, Postfach 80 06 60, 2050 Hamburg 80.

17) Vgl. zur Auswertung der ersten Wettbewerbsausschreibung zum Thema „Nationalsozialismus im Alltag" den Band von Galinski/Herbert/Lachauer (Hrsg.), nazis und nachbarn. schüler erforschen den alltag im nationalsozialismus, Reinbek 1982.

18) Ebd., S. 316.

19) Vgl. die Dokumentation des Aufrufs zu einem „Programm von unten" in: „Blätter", 6/1982, S. 767 f.

1933 1983

Zerstörung der Demokratie – Machtergreifung und Widerstand 1933

Vorschau:

Musik

Gruppe Neue Musik Berlin
„Mit Musik geht alles besser" – Alltagsmusik im Nationalsozialismus

Neuköllner Oper
„Musik und Musikbetrieb im NS-Staat"

Theater Karawane
Mobiles Musik-Theater-Mitspiel-Stück

Berliner Kulturrat, Sektion Musik
Hanns Eisler „Deutsche Symphonie"

Gruppe Neue Musik Berlin
„Gedenkkonzert"

Musikfrauen Berlin
„Komponierende Frauen im Dritten Reich"

Ausstellungen, Stadtteilprojekte

Arbeitsgruppe Pädagogisches Museum
„Die Berliner Schule im Nationalsozialismus"

Neue Gesellschaft für Bildende Kunst und Staatliche Kunsthalle Berlin
„1933 – Wege zur Diktatur"

Verein zur Erforschung und Darstellung der Geschichte Kreuzbergs und Kulturverein in der Galerie am Chamissoplatz
„Kreuzberg 1933 – Ein Bezirk erinnert sich"

Neuköllner Kulturverein
„Widerstand in Neukölln"

Projektgruppe Kirchlicher Widerstand im 3. Reich
„Ein Kapitel lokaler Kirchengeschichte am Beispiel des Wedding"

Lunapark, Kulturhaus Wilmersdorf
„Stätten und Zeugnisse des Alltags im Faschismus und des antifaschistischen Widerstands in Wilmersdorf"

Berliner Geschichtswerkstatt
„Spurensicherung des Widerstands und Alltags im Faschismus an ausgewählten Beispielen einzelner Wohnquartiere und Bezirke in Berlin"

Elefanten Press Galerie
„Die Frau im Dritten Reich"

Weitere angemeldete Projekte:
Bund Deutscher Grafik Designer, Berlin
Bund Deutscher Architekten Berlin
Theater Protopoli/Knautschke
Berliner Cappella

Neue Gesellschaft für Literatur
„Lösch nie die Spuren"

Neue Gesellschaft für Literatur
Literaturprogramm

Berliner Mietergemeinschaft
„Wohnungspolitik und Mieterbewegung unterm Faschismus"

Arbeitsgruppe AEG
„Gleichschaltung 1933 und Wiederaufbau 1945"

Verein zur Förderung der kulturellen Jugendarbeit in SO 36
„Jugendopposition in Berlin im Nationalsozialismus"

Landesjugendring Berlin
„Industrie und Faschismus am Beispiel Siemens"

Nederlandse Oekumenische Gemeente
„Reichstagsbrand und Reichstagsbrandprozeß"

Werkbund Archiv
„Heartfield contra Hitler – Fotomontage im Nazi-Alltag"

Bildungswerk des Berufsverbands Bildender Künstler Berlins
„Als die SA in den Saal marschierte ... Das Ende des Reichsverbands Bildender Künstler"

Galerie 70
„Situation des deutschen Films um das Jahr 1933"

Bund Deutscher Kunsterzieher
„Die Gleichschaltung der Bilder. Zur Geschichte der Pressefotografie in Berlin zwischen 1930 und 1936"

Theater

Freie Theateranstalt
„Ich bin's nicht, Adolf Hitler ist es gewesen"
Ein Nachtrag zur Deutschen Geschichte

Theater-Manufaktur
Bertolt Brecht „Die Rundköpfe und die Spitzköpfe"

Theater Zentrifuge
„Recht und Elend"

TIK Theater in Kreuzberg
„Kunst ist Waffe im Widerstand"

Zan Pollo Theater
„Spiel mit dem Feuer"

Freunde der Deutschen Kinemathek
Verband deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier
Deutscher Werkbund Berlin
Türkenzentrum

DER BERLINER SENAT HAT IN SEINER SITZUNG VOM 8.6.82 BESCHLOSSEN, NUR 12 VON 38 PROJEKTEN FINANZIELL ZU FÖRDERN.

Koordination: Berliner Kulturrat, Köthener Straße 44, 1000 Berlin 61

1. Auflage, Mai 1982

daß sie für die Menschen heute direkter erfahrbar werden können: bezogen auf die räumliche und soziale Umgebung und auf den Alltag." Etwa dreißig Berliner Kulturverbände und -organisationen haben sich zusammengefunden, um anläßlich des 30. Januar 1983 einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit dem Hitlerfaschismus in Berlin zu leisten. In bewußter Distanz zum Riesenrummel der Preußenausstellung und den zu erwartenden Gedenkreden und Reichstagsfeiern anläßlich des Datums haben die teilnehmenden Organisationen ein bevölkerungs- und stadtteilorientiertes Programm entwickelt. Themen sind beispielsweise: Betriebsgeschichte von Siemens und von AEG unter dem Faschismus; faschistische Architektur; Naziherrschaft und Widerstand in Stadtteilen wie Kreuzberg, Neukölln, Wilmersdorf, Dahlem; Kunst als Waffe des Widerstands; Jugendopposition in Berlin; Kultur- und Musikveranstaltungen mit den seinerzeit verbotenen Werken; Projekte über die faschistische Bewegung in der Türkei, über Ausländerfeindlichkeit und die Diskriminierung sog. Randgruppen (Homosexuelle). Das Programm wird eingerahmt durch zentrale Projekte wie Ausstellungen und Veranstaltungen, eine gemeinsame Plakatserie und Programmheft, die eine Einordnung der Vielzahl der Einzelthemen in einen übergreifenden Zusammenhang gewährleisten sollen. Bei dem breiten Kreis der Mitwirkenden handelt es sich nur z.T. um „Spezialisten"; gefragt ist das Interesse an der eigenen Geschichte, an der Auseinandersetzung „vor Ort": Schülergruppen und ehemalige Schüler Berliner Schulen, an denen es Widerstand gegeben hat, wirken mit; Kirchengemeinden erforschen die Vergangenheit ihrer Gemeinde während der Nazizeit; Seniorengruppen versuchen, ihre eigenen Lebenserfahrungen aufzuarbeiten und anderen mitzuteilen; Stadtteilgruppen und Mitglieder von Berufsverbänden setzen sich mit dem Alltag in ihrer Umwelt und ihrem Berufsgebiet auseinander. Eine Initiative „Berliner Geschichtswerkstatt", die sich in der Tradition der Wissenschaftsläden begreift[20]), betreibt „Spurensicherung" des Widerstands und Alltags, indem sie Dokumente und Interviews in einzelnen Wohnquartieren und Bezirken zusammenträgt.

In der Frage der Finanzierung dieses Projekts steht der Kulturrat im Konflikt mit dem Berliner CDU-Senat. Zwar konnte sich der Senat der Initiative nicht gänzlich entziehen, zumal er durch Mammutprojekte wie die Preußenausstellung sich ohnehin fragen lassen muß, ob dergleichen Aufwand – sinnvoll betrieben – nicht zu einem Datum wie dem 30. Januar 1983 am Platze gewesen wäre. Eine Globalförderung des Programms wurde jedoch abgelehnt. Die beantragten Zuschüsse wurden radikal zusammengestrichen und auf einige Projekte konzentriert, ein Verfahren, das der indirekten Zensur gleichkommt.

20) Vgl. „Jetzt nehmen wir die Geschichte selbst in die Hand!" Die Berliner Geschichtswerkstatt, in: „Medien-Magazin", 3/1982, S. 76 ff; zur Arbeitsform der „Wissenschaftsläden", die in den Niederlanden erprobt worden ist vgl. „Wechselwirkung", 2,3/1979, 7/1980 und die Materialien der Sommerschule der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft auf Sylt 1982, Tagungsunterlagen 4.2.,4.3. und 4.4. (hrsg. vom Hauptvorstand der GEW, Referat Hochschule und Forschung, Unterlindau 58, 6000 Frankfurt/M.); zum historischen Lernen in Alltag vgl. Kuhn, Vom Umgang mit Geschichte im Alltag, in: „Demokratische Erziehung", 5/1981, S. 312 ff. und andere Beiträge in diesem Heft.

– Dennoch wird dieses Programm stattfinden, wenn auch unter schweren finanziellen Belastungen.

3. In einer Reihe von Städten der Bundesrepublik gibt es seit einigen Jahren sog. antifaschistische Stadtrundfahrten, mit denen die Stätten der politischen und sozialen Geschichte während der Nazizeit bekannt gemacht werden. Was diese Veranstaltungen zum regelmäßigen Programm erhoben haben (auch wenn solche Initiativen immer wieder von Mittelstreichungen bedroht sind[21])), bietet zum 30. Januar 1983 den aktuellen Anlaß, die Geschichte der „Machtergreifung" am Ort auch sichtbar und demonstrativ nachzuzeichnen. Solche Überlegungen liegen den Diskussionen über das *Gedenken an den Generalstreik von 1933 im württembergischen Mössingen* zugrunde. Dort hatte es am 31. Januar 1933 den Versuch gegeben, den Aufruf zum Generalstreik, der von der KPD verbreitetet worden war, in die Tat umzusetzen. Auch wenn es hier, wie andernorts, kein gemeinsames Auftreten der Arbeiterorganisationen gab, so kam es doch zu einer machtvollen Demonstration, der sich ein Großteil der Arbeiter der lokalen Betriebe anschloß[22]). Nun diskutieren der Deutsche Gewerkschaftsbund und Einzelgewerkschaften, die Naturfreunde, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Jungsozialisten und SPD-Ortsverein, Grüne und DKP, die evangelische Gemeinde und der Arbeitskreis „Ohne Rüstung leben" wie man die Erfahrungen dieser ersten Widerstandsaktion heute würdigen kann. Geplant sind bisher Diskussionsveranstaltungen und eine Demonstration. Überlegt wird, ob und wie man die lokalen Vereine und Schulen in diese Aktion einbeziehen kann. Es steht zur Zeit noch zur Diskussion, ob der Demonstrationszug auf den Spuren des damaligen Generalstreiks zu den Betrieben führen wird. Im Mittelpunkt der Aktionsplanung steht das Bemühen, den 30. Januar 1933 zu einer politischen Auseinandersetzung mit Faschismus und Widerstand im „roten Mössingen" zu nutzen[22a]).

4. Noch immer ist die Geschichte des Widerstands ein dunkles Kapitel in der Bundesrepublik. Widerstandskämpfer, für die auch nach 1949 der Sinn ihres Tuns nicht vollendet war, werden gleichsam totgeschwiegen. So bietet der 30. Januar 1983 Gelegenheit, die demokratische Tradition des Widerstandes aufzunehmen, alte Diskriminierungen endlich beiseite zu schieben und die Teilnehmer am Widerstand in einer Weise zu ehren, die diese nicht zu Museumsstücken verklärt. Dies haben junge Bürger von Wersen im Tecklenburger Land versucht, als sie beantragten, *Martin Niemöller zum Ehrenbürger seiner Vaterstadt zu machen.* Der Gemeinderat lehnte ab: Niemöller habe sich um die Gemeinde nicht verdient gemacht. Das zeigt die Gesinnung dieser

21) So plant die Berliner CDU-Schulsenatorin Laurien, die Förderungsmittel für die Stadtrundfahrten des Berliner Landesjugendringes zu Stätten der Arbeiterbewegung, des Faschismus und des Widerstands zu streichen. Zu Erfahrungen „antifaschistischer Stadtrundfahrten" vgl. die Beiträge in: Hafeneger/Paul/Schoßig (Hrsg.), Dem Faschismus das Wasser abgraben. Zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus, München 1981.
22) Vgl. Althaus/Bross u.a., Da ist nirgends nichts gewesen außer hier. Das „rote Mössingen" im Generalstreik gegen Hitler. Geschichte eines schwäbischen Arbeiterdorfes, Berlin 1982.
22a) Vgl. „Südwest Presse. Schwäbisches Tagblatt" v. 13. 10. 1982.

Leute! Noch heute nehmen sie es Martin Niemöller übel, daß er mit seiner Vergangenheit gebrochen hat; heute tragen sie ihm nach, daß er für den Frieden eintritt. Als Repräsentant des besseren Deutschland hat er in den Jahren des Hitlerfaschismus für die Bekennende Kirche gearbeitet und ist dafür ins KZ gesperrt worden. Während Martin Niemöller im westlichen und östlichen Ausland geehrt wird, wie sollte er für Wiersen inakzeptabel sein?!

5. Ein Gegenbeispiel hat der Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Marburger Universität geliefert, dessen Fachbereichsrat den Präsidenten kürzlich beauftragte, *der Aberkennung des Doktortitels des sozialdemokratischen Politikers und Vorsitzenden der SPD-Reichstagsfraktion bis 1933, Rudolf Breitscheid, öffentlich zu gedenken.* Breitscheid ist durch seine Mitarbeit im Pariser Volksfrontausschuß für das gemeinsame Handeln aller Hitlergegner eingetreten. Er hat in der Zeit der faschistischen Aggression gegen die europäischen Staaten dazu beigetragen, daß das deutsche Volk nicht schlechthin mit den Nazis identifiziert werden konnte. 1941 fiel er in die Hände der Gestapo, und er wurde – am gleichen Tag wie der Vorsitzende der KPD, Ernst Thälmann – im August 1944 im KZ Buchenwald getötet. Bei seiner Rehabilitierung geht es darum, die besten Kräfte Deutschlands zu ehren, die mit ihrem Leben und ihrem Tod für einen demokratischen Neubeginn eingestanden sind.

6. Die Aktualität antidemokratischer, ja faschistischer Traditionen zeigt sich heute in der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit, die von rechtsradikalen Gruppen und christdemokratischen Politikern (zuletzt Bundestagspräsident Richard Stücklen) zu demagogischen Lösungsgeboten gegen Arbeitslosigkeit und Krise genutzt wird. Der Rückbezug auf den Antisemitismus und die Verfolgung von Minderheiten während des „Dritten Reiches" darf zwar die Dimensionen des Problems nicht gleichsetzen, vermag aber vieles zur Abwehr von Vorurteilen und sozialdemagogischen Spaltungsmanövern beizutragen. Das *Münchener Symposium „Gegen Ausländerhaß – für Freundschaft und Zusammenarbeit"* am 25. September 1982, das zum Abschluß einer „Antifaschistischen Woche" stattfand, hat die Erfahrungen der Nazivergangeheit beispielhaft für die Auseinandersetzung mit dem Ausländerhaß nutzbar gemacht: „1920 trat hier in München die NSDAP mit ihrem Programm der rassistischen und ausländerfeindlichen Volksverhetzung auf, das der Faschismus dann ab 1933 zu seiner blutigen Praxis machte. Es begann mit den Feindbildern von den Juden, den Kommunisten und den Ausländern; es ging weiter mit der Verfolgung der Gewerkschafter und aller Demokraten; es endete in Krieg und Holocaust. Am 26. September 1980 verübte der Neofaschismus sein bisher folgenschwerstes Verbrechen auf dem Boden der Bundesrepublik; ihm fielen 12 Menschenleben zum Opfer. . . . In Erkenntnis (der) Gemeinsamkeit der friedlichen Interessen aller arbeitenden Menschen in der Bundesrepublik Deutschland wenden wir uns gegen Spaltung und Entsolidarisierung der betroffenen deutschen und ausländischen Bevölkerung. Wir treten ein für Solidarität, für soziale und politische Gleichberechtigung auch bei Wahlen und

DER SPD-UNTERBEZIRK SPEYER

ruft alle Haupt- und Realschüler, Gymnasiasten, Schüler an der Berufsbildenden Schule, Kollegiaten des Speyer-Kollegs, Autodidakten und interessierte Gruppierungen auf zur Teilnahme an einem

Historischen Wettbewerb

Thema: »Alltag unter dem Nationalsozialismus«

Der 30. Januar 1933 war für Demokraten kein Feiertag. Er bedeutete auch für unseren Raum das Ende der »Republik von Weimar«. Hitlers »Machtergreifung« jährt sich 1983 zum 50. Male. Geschichtliche *Hintergründe, Abläufe und Folgen* dieses unrühmlichen Ereignisses in der Region Speyer sind bisher weitgehend unerforscht geblieben. Bibliotheken, Archive und noch lebende Beteiligte sind Fundgruben und halten eine Fülle von Material bereit, das der Entdeckung harrt.

Als Forschungsthemen werden u. a. vorgeschlagen:

- Der Tag der »Machtergreifung« am 30. Januar 1933 in Speyer (Schifferstadt, Dudenhofen, Hanhofen, Harthausen, Mechtersheim, Heiligenstein, Berghausen, Otterstadt, Waldsee).
- Der Widerstand der Arbeiterbewegung und/oder Kirche gegen den Nationalsozialismus im Speyerer Raum (ehemaliger Landkreis Speyer).
- Die Zerschlagung der sozialistischen und christlichen Gewerkschaften durch die Nazis im Speyerer Raum.
- Die Auseinandersetzungen der christlichen und Arbeiterjugendorganisationen mit der HJ (Hitlerjugend).
- Wie unsere Familie die NS-Jahre 1933 bis 1945 erlebte.
- *Speyerer, (Schifferstadter usw.)* Bürger in Schutzhaft und Konzentrationslagern.
- NS-Architektur und Speyerer Stadtplanung im Dritten Reich.
- Speyerer, (Schifferstadter usw.) Kulturleben unter dem Hakenkreuz.
- Die Speyerer Schulen im Dritten Reich
- Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik gegen die Speyerer, (Schifferstadter usw.) Juden.
- *Die Berichterstattung der Presse in unserem Raum unter dem Nationalsozialismus.*
- Kommunalpolitik in meiner Stadt/meinem Dorf 1933 - 1945.
- Die »Arisierung« jüdischer Geschäfte und jüdischem Vermögens im 3. Reich in Speyer, (Schifferstadt usw.)
- Speyerer, (Schifferstadter usw.) Vereine, die von den Nationalsozialisten verboten wurden.

Andere Themen können frei gewählt werden. Die Arbeiten können erstellt werden als wissenschaftliche Abhandlungen, in Aufsatzform, als kommentierte Dokumenten-, Bild- oder Fotosammlung, Tagebuchaufzeichnung oder Interviewsammlung.

Als 1. Preis wird ein Betrag von DM 1000,— ausgesetzt
2. Preis DM 600,— 3. Preis DM 400,—

Teilnahmebedingungen sind erhältlich beim SPD-Unterbezirk Speyer (Geschäftsstelle), Maximilianstraße 60, 6720 Speyer (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr)

Einsendeschluß ist der 30. Dezember 1982

SPD-Unterbezirk Speyer

Peter Büchner, MdB **Roland Härtel, MdL**

sonstigen politischen Entscheidungen, gegen jede diskriminierende Sonderregelung für Ausländer".[23])

Diese Beispiele mögen verdeutlichen, daß sich der 50. Jahrestag nicht auf Bedenkfeiern beschränken darf. Die Auseinandersetzung mit der Nazizeit ist keine Sache von Festreden. Sie gehört zur Aufgabe aller Kräfte der demokratischen Bewegung und verlangt ständige Aufmerksamkeit gegenüber antidemokratischen und friedensfeindlichen Tendenzen in unserer eigenen Geschichte: „Das Vergangene ist nicht tot; es ist nicht einmal vergangen" (Faulkner).

Es gibt viel zu bewältigen – packen wir's an!

V

Zur Anregung für die politische Praxis jedes Einzelnen, für Arbeitskreise und Initiativen, denen der 30. Januar 1983 Anlaß ist, sich mit den Erfahrungen und Lehren der Vergangenheit auseinanderzusetzen, sollen nun einige Fragestellungen, Aktionsvorschläge und Hinweise gegeben werden.

Als Leitfragen:

1. Wie konnte der Hitlerfaschismus zur Macht gelangen?

Welche gesellschaftlichen Kräfte haben dazu verholfen? Wie hätte der Faschismus verhindert werden können? Wie wirkte die Weltwirtschaftskrise auf die Bevölkerung? Welche Vorstellungen, welche Erwartungen und Hoffnungen – welche Befürchtungen und Ängste wurdem mit den Nazis verbunden? War der 30. Januar 1933 der Tag der „Machtübernahme": wann und wo wurden die Weichen dafür gestellt? Wie verhielten sich die verschiedenen sozialen Schichten der Bevölkerung, wie die Verbände, Interessenorganisationen, kulturelle, wissenschaftliche und kirchliche Institutionen?

2. Was war der Faschismus wirklich?

Worauf gründete seine Macht? Wie erklärt sich die Massenwirksamkeit seiner Politik? Wer leistete Widerstand? Wer wurde verfolgt? Welche Zwischenformen von Widerstand und Anpassung gab es? Worin zeigte sich die Aggressivität des Faschismus? Wie waren die sozialen, ideologischen und politischen Integrationsmechanismen der Naziherrschaft den aggressiven Zielen dieses Regimes untergeordnet? Welcher Zusammenhang bestand zwischen Faschismus und Krieg? Wie entstand Kriegsbereitschaft?

3. Was geschah nach 1945?

Welche Schlußfolgerungen wurden von den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften gezogen? Was hat davon bis heute Bestand gehabt, was wurde durch die Restauration verschüttet? Wie setzte sich die Restauration durch, auf welche Kräfte gründete sie sich? Was geschah mit den alten Nazis, was mit den Kräften aus Widerstand und Emigration? Aus welchen Quellen des Faschismus und der Nachkriegszeit speist(e) sich die Staatsdoktrin der Bundesrepublik? Woher kamen die „neuen Herren"?

23) Münchener Manifest „Gegen Ausländerhaß – für Freundschaft und Zusammenarbeit" vom 25. 9. 1982. Vgl. die Dokumente in diesem Heft.

Wie kann man diese Grundfragen aufschlüsseln und im „alltäglichen Faschismus" wiederfinden? Dazu sollen aus einer Reihe von Lebensbereichen beispielhafte Fragestellungen entwickelt werden:

1. Der „Faschismus vor der Haustür" – was geschah im Stadtteil, in der Kleinstadt, im Dorf?

– An welchen lokalen Traditionen, sozialen Widersprüchen und politischen Konflikten entzündete sich antidemokratisches Ressentiment gegen das „Weimarer System"?
– Welche gesellschaftlichen und politischen Kräfte waren Stützen der Demokratie, welche neigten – schon frühzeitig? – dem Faschismus zu?
– Wie verhielten sich die Honoratioren? Wie reagierten staatliche Institutionen (Polizei, Justiz, Verwaltung) oder kommunale Verbände (Vereine) auf die Wirtschaftskrise?
– Wo standen die SA-Lokale, wo waren die Parteihäuser der Nazis, wo die Treffpunkte der anderen Parteien?
– In welchen Straßen, Ortsteilen wohnten Anhänger der Nazis, wo die Wähler und Parteigänger der linken Parteien?
– Wie veränderte sich das Stadtbild, die nachbarschaftlichen Beziehungen nach 1933? Gab es Solidaritätsaktionen für politisch und rassistisch Verfolgte? Wie wechselten die Straßennamen nach 1933 – wie nach 1945?
– Wer wurde verfolgt – wer leistete dem Faschismus nach 1933 Widerstand? Welche Formen der Ablehnung, der Naziherrschaft lassen sich feststellen: politischer Widerstand, passiver Entzug, usw.?
– Wie wirkten sich Kriegsvorbereitung und Weltkrieg auf den Ort aus? Wer machte „bis zuletzt" mit, wo bröckelte die Gefolgschaftstreue mit den Nazis? Wer befreite den Ort? Gab es Versuche, die Ortschaft durch Kapitulation zu schützen (weiße Fahnen)?
– Wer waren die Männer und Frauen der „ersten Stunde" des Neubeginns? Wie nahmen sie die Organisation des öffentlichen Lebens in die Hand? Gab es antifaschistische Ausschüsse oder ähnliche Bürgerinitiativen? Wie war die Kooperation mit den Besatzungstruppen?
– Wie vollzog sich die Entnazifizierung am Ort? Was geschah mit den „alten Kämpfern"? Welche Rolle spielten Widerstandskämpfer?

2. Die Reihen fast geschlossen? – Betriebe und Belegschaften in der Nazizeit

– Was wurde im Betrieb produziert? Erfolgte nach 1933 eine Umstellung auf Kriegsproduktion?
– Wie stand die Unternehmensleitung zur Republik? Förderte sie den Faschismus?
– Welche Arbeitskämpfe, Protestaktionen und Widerstandshandlungen gab es am Vorabend der „Machtergreifung" und während des Faschismus?
– Wie gingen die Betriebsrätewahlen vom März/April 1933 aus? Wie die Vertrauensrätewahlen von 1934/35?
– Beschäftigte der Betrieb während des Krieges „Ostarbeiter" und Kriegsgefangene? Gab es Zeichen der Solidarität zwischen den Beschäftigten und den Zwangsarbeitern? Wer brachte nach 1945 die Produktion wieder in Gang? Wie geschah die Umstellung auf Friedensproduktion? Wie waren die ersten Organe innerbetrieblicher Interessenvertretung zusammengesetzt?
– Wann kamen die (alten?) Unternehmer wieder? Wurden einige von ihnen im Zuge der Kriegsverbrecherprozesse oder der Entnazifizierung belangt?

3. „Die im Dunklen sieht man nicht"? – Wo waren Gefängnisse, Zuchthäuser, Konzentrationslager, KZ-Außenstellen und andere Strafanstalten?

– Wohin wurden die schon 1933 verhafteten Antifaschisten verschleppt?
– Gab es provisorische SA-Lager, Folterkeller?
– Wie war der Leidensweg einzelner Antifaschisten am Ort?
– Was war in der Bevölkerung vom Naziterror bekannt, wie wurden entsprechende Nachrichten oder Beobachtungen aufgenommen?

– Was war bekannt über den Verbleib der lokalen Minderheiten, die verschleppt wurden?
– Wie vollzog sich Schritt um Schritt jene Ausgrenzung und Ghettoisierung der Minderheiten, an deren Ende die Massenvernichtung in den KZs stand?
– Welche Zeichen der Solidarität, der Nachbarschaftshilfe oder der bewußten Fluchthilfe lassen sich entdecken?
– Wer waren die Nazischergen in den Strafanstalten, KZs und örtlichen Anstalten – und wo sind sie nach 1945 geblieben?
– Gibt es heute Mahnmale, Erinnerungstafeln an die Opfer des Faschismus? Sind die Stätten des Naziterrors in der Öffentlichkeit überhaupt noch als solche bekannt?

4. Waren „Volksaufklärung und Propaganda" allmächtig? – Wie wurden Kultur und Medien „gleichgeschaltet"? Welche Informationsquellen gab es?

– Wo fanden Bücherverbrennungen am 10. Mai 1933 statt? Was wurde dort verbrannt? Wer mußte emigrieren, wer wurde verhaftet, wer ging in die „innere Emigration?
– Was wurde in der Nazizeit gelesen? Was verliehen die Bibliotheken, was wurde verboten? Wie und wo gelangte verbotene Literatur nach Deutschland, an den Ort?
– Waren die „gleichgeschalteten" Medien die einzige Informationsquelle für die Bevölkerung? War es tatsächlich möglich, „von nichts gewußt" zu haben?
– Wurden Auslandssender gehört? Gab es Fälle von Strafverfolgungen wegen des „Abhörens" solcher Sender?
– Welche Neuansätze einer demokratischen Presse gab es nach 1945?

5. „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft"? – Jugend, Schule und Erziehung unter der Naziherrschaft

– Was erzählen Eltern bzw. Großeltern von ihrer Jugendzeit? Was hat sie beeindruckt, was abgestoßen? Konnten sie damals den Sinn der nationalsozialistischen Jugendpolitik durchschauen?
– Wie entstanden die lokalen HJ-Organisationen, wer machte mit, wer bleib abseits? Gab es Zwänge, die eine Mitgliedschaft unausweichlich machten?
– Was wurde in der HJ vermittelt: Erziehungsziele, Verhaltensweisen, Feindbilder, Freizeitangebote?
– Gab es Ansätze zu oppositionellem Verhalten in der Jugend?
– Was geschah mit den kirchlichen, bündischen und politischen Jugendorganisationen nach ihrem Verbot? Wo blieben ihre Mitglieder?
– Welche Veränderungen machte der Schulunterricht nach 1933 durch?
– Wie wandelte sich das Verhälnis zwischen Schülern und Lehrern?
– Worin kam die „Gleichschaltung" der Bildungsinhalte in Erscheinung?
– Wie bereiteten Jugendorganisationen, Freizeitangebote und Schulbildung auf den Krieg vor?
– Welche Spuren tragen die alten Schulgebäude noch heute? (Naziembleme, alte Inschriften, Heldengedenktafeln)
– Was sagen ehemalige Schüler und alte Lehrer zu ihren Erfahrungen in der Nazizeit? Wo sind die während der Hitlerherrschaft ausgebildeten Schüler geblieben: wer wurde verfolgt, wer ist im Krieg umgekommen? Gab es Rehabilitationen? Hat man sich je bemüht, die Vergangeheit der Schule zur Sprache zu bringen? Was sagen Festschriften über diese Zeit aus?
– Wo blieben die nationalsozialistischen Lehrer und Erzieher nach 1945? Wie sahen die ersten Vorstellungen einer demokratischen Erziehungspraxis aus?

6. „Zuchtstätten des deutschen Geistes" – Wissenschaft, Ausbildung, Forschung in den Universitäten

– Wann wurden die Universitäten und Hochschulen von den Nationalsozialisten (meist von der NSO) „erobert"?
– Welchen Einfluß nahmen sie schon vor 1933 auf Wissenschaft und Ausbildung? Wo kamen ihnen Professoren und Lehrinhalte entgegen, was wurde unterdrückt?

– Welche Veränderungen wurden 1933 und danach im Lehrkörper und in den Studentenschaften erzwungen? Welche Wissenschaftler wurden von der Universität vertrieben, welche akademischen Grade aberkannt?
– Was wurde nach 1933 gelernt und geforscht? Welche Examensthemen und Doktorarbeiten wurden vergeben? Was bieten die alten Vorlesungsverzeichnisse für Aufschlüsse über Lehrinhalte und Bildungsziele?
– Wie verhielt sich die Fachdisziplin angesichts der Naziherrschaft? Gab es Bekenntnisse zu „Führer und Staat"? Wo regte sich Widerspruch gegen die „Gleichschaltung" der Disziplin, wo gab es Mitläufertum, wo „innere Emigration"?
– Wie prägte die Kriegsvorbereitung Lehre und Forschung: welche Geschichtsbilder, rassistischen Lehren, Feindbilder usw. fanden Eingang in die Fachdisziplin?
– Wo entwickelte sich Kriegsforschung? Gibt es Traditionen der Kriegsforschung über 1945 hinaus?
– Vorstellungen und Ansätze zu einer demokratischen Neuordnung an den Hochschulen – wer vertrat sie, wer blockierte sie?

7. „Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt"? – Kriegsvorbereitung und Weltkrieg im faschistischen Deutschland

– Wo lassen sich Bauprojekte (Kasernen) und andere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Straßen, Autobahnen) am Ort feststellen, die der Kriegsvorbreitung gedient haben?
– Wie wurde die Bevölkerung ideologisch auf den Krieg vorbereitet? (Feindbilder; Luftschutzübungen; „Lebensraum im Osten" usw.)
– Welchen Beitrag leisteten Bildung und Erziehung für den faschistischen Aggressionskrieg?
– Wie wurden die expansionistischen Ziele und politischen Aktionen der Nationalsozialisten aufgenommen? Gab es Anlässe zum Widerstand? (Eingliederung des Saarlands; Flottenabkommen mit England; Einführung der allgemeinen Wehrpflicht; „Anschluß" Österreichs; Sudetenkrise und Münchener Abkommen; Nichtangriffsvertrag mit der Sowjetunion; Überfall auf Polen und der „seltsame Krieg" im Westen)
– Wie veränderten sich die Arbeits- und Lebensbedingungen währen des Weltkrieges? Wie erlebte die Bevölkerung die faschistischen Siege und Niederlagen? In welchem Maße „profitierten" Kreise der Bevölkerung vom Krieg: was wurde nach Deutschland verschleppt, geraubt?
– Welches Schicksal erlitten die Kriegsgefangenen? Wie wurden die sowjetischen Kriegsgefangenen behandelt? Gibt es am Ort Gräber von Kriegsgefangenen?
– Wie war das Schicksal der über 10 Millionen „Fremdvölkischen", die während des Krieges zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt worden waren? Gab es Unterschiede in der Behandlung – nach Herkunftsland, Alter, Geschlecht? Was ist an Vorurteilen und Antipathien gegen bestimmte Ausländergruppen auch über Kriegsende hinaus bestehen geblieben? Wo gibt es noch Zeugnisse von der Anwesenheit von Zwangsarbeitern?
– Mit der „Endlösung der Judenfrage", die seit 1942/43 zu Massenverschleppungen und zum Holocaust führte, verschwanden die jüdischen Mitbürger aus den Städten und Gemeinden. Wie wurde das aufgenommen? Gab es Hilfeleistungen? Wußte man, was in den KZs geschah?
– Was festigte den Glauben an den „Endsieg"? Kam die Niederlage und Zerschlagung des Deutschen Reiches wirklich überraschend? Was motivierte manche zum „letzten Aufgebot"? Wann und warum kamen andere zur Besinnung?
– Wie vollzog sich die Kapitulation am Ort, wann kamen die Truppen der Siegermächte, wie wurden sie empfangen? Niederlage *und* Befreiung – zu welchen widersprüchlichen Erfahrungen gab das Anlaß?
– Welche sozialen und politischen Kärfte nahmen den Wiederaufbau in Angriff? Welche Selbsthilfemaßnahmen gab es? Wer stellte die ersten Magistrate, Verwaltungen, Bürgermeister?
– Wo blieben die Amtsvorgänger, die stadtbekannten Nazis?– Welche Vorstellungen einer demokratischen Neuordnung lassen sich am Ort auffinden?

Adressen

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN), Rossertstraße 4, 6000 Frankfurt/M., Tel. 06 11/72 76 49, 72 78 43.
Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS), SPD-Parteivorstand, Erich-Ollenhauer-Haus, Postfach 2280, 5300 Bonn 1, Tel. 02 28/*53 21.
„Informationszentrum Berlin, Gedenk- und Bildungsstätte", Stauffenbergstraße 14, 1000 Berlin 30, Tel. 0 30/2 61 60 15 (Broschüren und Hinweise zum Widerstand).
„Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933-1945 e.V." mit dem „Dokumentationsarchiv des deutschen Widerstandes", Rossertstraße 9, 6000Frankfurt/M. 1, Tel. 06 11/72 15 75.
Pressedienst Demokratische Initiative (PDI), Münzstraße 3, 8000 München 2, Tel. 089/22 39 30/32.
Unidoc-Filmverleih, Dantestraße 29, 8000 München 19, Tel. 0 89/15 60 61.
Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, Bavaria-Film-Platz 3, 8022 Grünwald (Broschüre: Nationalsozialismus und Drittes Reich, Audovisuelle Medien).
Adolf-Grimme-Institut des Deutschen Volkshochschulverbandes, Eduard-Weitsch-Weg 25, 4370 Marl, Tel. 0 23 65/1 40 34 (Broschüre: Medien für die Weiterbildung. Verleiher – Programme – Kosten).
Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1 (Publikationen zum Thema; Zentrale Filmografie politischer Bildung, 2 Bände, Leverkusen 1981/82).

Atomwaffenfreie Zonen „von unten"

Aktionsvorschläge und Beispiele aus Städten, Gemeinden und Landkreisen

Von Eva Michels

Neben der Auseinandersetzung mit der Stationierung neuer Atomwaffen in Europa gehört die an vielen Orten angelaufene Kampagne für regionale und lokale atomwaffenfreie Zonen zu den Hauptthemen der bundesweiten Friedenswochen, die in diesem November zum drittenmal stattfinden, angeregt von der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF), der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und anderen kirchennahen und politischen Gruppen. Die Autorin des nachstehenden Beitrags ist Mitarbeiterin der Aktion Sühnezeichen und beschäftigt sich gegenwärtig insbesondere mit dem Thema „Regionale atomwaffenfreie Zonen". Unter diesem Titel hat sie soeben zusammen mit einer ASF-Autorengruppe eine Broschüre mit Aktionsmodellen und Tips zum Aufbau der Kampagne am Ort vorgelegt.

Anlaß zu vielen Diskussionen gibt die Frage, wie die Kampagne für atomwaffenfreie Zonen „von unten" so entwickelt werden kann, daß sie den Widerstand gegen die nach der NATO-Planung im kommenden Jahr anstehende Stationierung von Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles verstärkt und „vor Ort" veranschaulichen hilft. Dem Informationsblatt der Bonner Friedensinitiativen, „Friedensklärchen", Nr. 10/1982, entnehmen wir folgende exemplarische Passage zu diesem Zusammenhang: „Natürlich hängt die Forderung nach der Verhinderung neuer *Atomwaffen mit der Forderung nach Abschaffung* aller, *auch der schon vorhandenen Atomwaffen untrennbar zusammen . . . Die weitergehende Forderung – nach Atomwaffenfreiheit – würde völlig utopisch, wenn wir es ‚nicht einmal' schafften,* neue *Atomwaffen zu stoppen. Wer auf einem Pulverfaß sitzt, wird als erstes die Lunte löschen . . . Wenn es aber gelingt, die drohende Stationierung zu verhindern, könnte dies der erste Schritt in Richtung auf eine grundsätzliche Abschaffung der atomaren Bedrohung in Ost und West, auf ein atomwaffenfreies Europa und schließlich eine atomwaffenfreie Welt sein." Es geht also darum, in der Kampagne für atomwaffenfreie Zonen „von unten" dem Widerstand gegen die „Nachrüstung" Straße für Straße, Ort für Ort eine noch breitere lokale Basis und zugleich die positive Zielvorstellung der Atomwaffenfreiheit zu geben. (Vgl. auch das Faksimile der Düsseldorfer Unterschriftenliste im folgenden Artikel.) D. Red.*

Der Stadtrat von Manchester, Großbritannien, verabschiedete 1978 eine Resolution, in der er die britische Regierung aufforderte, auf die Stationierung und Lagerung sowie den Transport von Atomwaffen auf dem beziehungsweise durch das Gebiet der Stadt zu verzichten. Gleichzeitig appellierte der Rat „an alle anderen Städte Europas", gleichlautende Resolutionen zu verabschieden. Die Stadtverordneten von Manchester reagierten mit dieser Resolution auf die von Politikern an Verhandlungstischen zerredeten Pläne, in Europa und sonstwo auf der Welt atomwaffenfreie Zonen zu schaffen. (Rapacki-Pläne, Unden-Plan, Kekkonen-Plan, Balkanländer-Initiativen) „Dann fangen wir von unten an, von Dorf zu Dorf. Stadt zu Stadt, Land zu Land", begründeten sie ihr Vorgehen.

Die Initiative Manchesters ist auf weltweite Resonanz gestoßen. Inzwischen haben sich in Japan zwei Städte „atomwaffenfrei" erklärt, verabschiedeten zwei Vorstädte von Washington D.C., im Rahmen der Freeze-Kampagne, die mit 70%iger Unterstützung der Bevölkerung der USA den sofortigen gleichzeitigen Stop der atomaren Weiterrüstung fordert, ähnliche Erklärungen. In der Nähe des geplanten Cruise-Missiles-Stationierungsortes Comiso auf Sizilien wurden zwei Dörfer per Ratsbeschluß zur atomwaffenfreien Zone. In Norwegen und Dänemark sowie den Niederlanden sind zig Gemeinden dem englischen Beispiel gefolgt, versuchen Hausbesitzer ihre Grundstücke als atomwaffenfreie Zonen ins Grundbuch eintragen zu lassen. In Großbritannien selber sind es inzwischen über 200 Städte, die sich mit ähnlich lautenden Er-

klärungen wie der der Stadt Manchester zur atomwaffenfreien Zone erklärt haben. In der Bundesrepublik Deutschland verabschiedeten die Kommunalparlamente Nürnbergs (schon 1958, 1981 neu bestätigt), Mörfelden-Walldorfs, Kassels, Lindaus, Groß-Geraus, Marls und Darmstadts Resolutionen, in denen erklärt wird, daß die „Stadt von sich aus nicht bereit ist, irgendwelche Maßnahmen zu unterstützen, die der Stationierung, Lagerung oder dem Transport von Atomwaffen auf dem Gebiet der Gemeinde dienen" könnten. In mindestens 15 Städten sind ähnliche Anträge in den Rat eingebracht worden. In rund 300 Städten haben Friedensgruppen die Kampagne gestartet.

Vorschlag für eine Kampagne „Atomwaffenfreie Zonen in Regionen und Kommunen"

Die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Initiatorin der seit 1980 jährlich im November stattfindenden bundesweiten Friedenswoche „Frieden schaffen ohne Waffen", hebt im diesjährigen Aufruf zur Friedenswoche die Kampagne für „atomwaffenfreie Zonen in Regionen und Kommunen" als einen Schwerpunkt hervor, denn sie ist eine sinnvolle Weiterentwicklung der mit den Friedenswochen begonnenen lokalen Friedensarbeit.

Sinn der Kampagne „Atomwaffenfreie Zonen in Regionen und Kommunen" ist:

1. die politische Perspektive einer atomwaffenfreien Zone in Europa, eine inzwischen konsensfähige Forderung der westeuropäischen Friedensbewegungen, in das breite öffentliche Bewußtsein zu tragen. Dabei muß immer deutlich bleiben, daß die Verhinderung der durch die NATO-Beschlüsse von Dezember 1979 geplanten Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II Voraussetzung für die Realisierung einer atomwaffenfreien Zone in Europa ist.

2. Eine Häufung kommunalpolitischer Resolutionen, mit denen sich Stadt- und Gemeinderäte sowie Landkreise gegen die konkrete Absicht, auf dem Gebiet ihrer Gemeinde, der Stadt oder des Landkreises, Atomwaffen zu transportieren, zu lagern oder zu produzieren, aussprechen, kann dazu beitragen, die Bundesregierung derartig unter Druck zu setzen, daß die Durchführung der Stationierung politisch unmöglich wird. Gleichzeitig wird das Anliegen der Friedensbewegung durch seine Diskussion in legitimierten politischen Gremien „gesellschaftsfähig", d. h. nicht als das Anliegen der ohnehin oppositionellen Kräfte neutralisierbar.

3. Der internationale Charakter der Friedensbewegung bekommt einen praktischen, für breite Teile der Öffentlichkeit erfahrbaren Ausdruck. Die existierenden Städtepartnerschaften zwischen deutschen, holländischen und britischen Städten werden neu belebt durch die gegenseitige Unterstützung der jeweiligen Friedensgruppen in ihrem Bemühen, eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu schaffen und die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa zu verhindern. In Dortmund zum Beispiel war die Erklärung der

Düsseldorf
Atomwaffenfreie Zone

Aktion Atomwaffenfreies Düsseldorf

Düsseldorf
Atomwaffenfreie Zone

Wir schließen uns dem Krefelder Appell an die Bundesregierung an, „die Zustimmung zur Stationierung von PERSHING-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen".

Wir fordern den Rat der Stadt Düsseldorf auf

- **unsere Stadt symbolisch zur atomwaffenfreien Zone zu erklären und Lagerung, Produktion und Transport von Atomwaffen, biologischen und chemischen Kampfstoffen sowie Neutronenbomben in Düsseldorf zu verbieten;**
- **im Rahmen seiner Möglichkeiten sich aktiv dafür einzusetzen, die für 1983 geplante Stationierung neuer Atomraketen zu verhindern.**

Die Erklärung unserer Stadt zur atomwaffenfreien Zone soll den Protest der Düsseldorfer Bevölkerung gegen die geplante Stationierung neuer Atomwaffen in unserem Land zum Ausdruck bringen und ein symbolischer erster Schritt zur Abrüstung in Ost und West sein.

Name	Anschrift	Unterschrift	Ich habe den Krefelder Appell schon vorher unterschrieben ja	nein
			☐	☐
			☐	☐
			☐	☐
			☐	☐
			☐	☐
			☐	☐
			☐	☐
			☐	☐
			☐	☐
			☐	☐
			☐	☐
			☐	☐
			☐	☐

Beendet das Wettrüsten in Ost und West!

Bitte einsenden an: Bürgerinitiative „Düsseldorfer gegen Atomraketen"

Kontakt-Adresse: Nikola Bock, Kaiserswerther Str. 296, 4000 Düsseldorf 30

britischen Partnerstadt Leeds zur lokalen atomwaffenfreien Zone Anstoß, eine entsprechende Initiative zu entwickeln. Mit einem Festakt, während dem der Dortmunder „Platz von Leeds" symbolisch zur atomwaffenfreien Zone erklärt wurde, begann die Kampagne. Die Nürnberger Stadträte verwiesen in ihrer Antragsbegründung auf das Beispiel der Partnerstadt Glasgow, die in ihrer Resolution entsprechend dem Appell von Manchester andere europäische Städte ausdrücklich aufforderte, sich auch zur atomwaffenfreien Zone zu erklären. Gegenseitige Besuche, Unterstützung und Erfahrungsaustausch gehören mehr und mehr zum festen Bestandteil der Arbeit von westeuropäischen Friedensinitiativen.

4. Die Diskussion um sicherheitspolitische Fragen wird in alle politischen Ebenen getragen und damit wird eine breit angelegte öffentliche Debatte über dieses, ansonsten den bundespolitischen „Experten" überlassene Thema in Gang gesetzt. Um die offizielle kommunalpolitische Entscheidung des Kommunalparlaments zu erreichen, muß an jedem Ort innerhalb der Bevölkerung und der lokal relevanten gesellschaftlichen Institutionen (Kirche, Betriebe, Parteien) sowie mit ortsansässigen „wichtigen Persönlichkeiten" (Pastoren, Lehrern) die Auseinandersetzung über die katastrophalen Folgen der durch die NATO-Beschlüsse vorgesehenen Stationierung von Mittelstreckenraketen und über die daraus folgende Forderung der Verhinderung der Stationierung und nach einer atomwaffenfreien Zone geführt werden. Dieser Diskussionsprozeß wird die Kenntnis über rüstungspolitische Zusammenhänge und damit die Basis der Atomwaffengegner vehement verbreitern. Somit wächst der Widerstand gegen die aktuelle „Sicherheits"-Politik.

5. Die regionale Infrastruktur der Friedensbewegung wird verstärkt. Die Forderung an die lokalen Entscheidungsträger, durch die Erklärung ihrer Kommune zur atomwaffenfreien Zone ein Zeichen zu setzen, daß die Bevölkerung dieses Ortes ohne die Bedrohung von und die Drohung mit Atomwaffen leben will, macht deutlich, daß jeder Ort, jede Straße, jedes Haus durch die schon vorhandenen und geplanten Atomwaffen betroffen ist und sich aus der konkreten Betroffenheit im Rahmen seiner Mölgichkeiten für eine andere Politik einsetzen muß. Neue Aktionsformen, die Menschen über die Leistung einer Unterschrift hinaus in die Friedensbewegung einbeziehen, werden notwendig – und in ihrer Konsequenz zu einem tragfähigen Gerüst lokaler Friedensgruppen führen. Lokale Friedensinitiativen, so zeigen jetzt schon die Erfahrungen mit den bundesweiten Friedenswochen, sind das Gerüst der Friedensbewegung. Je mehr von ihnen, desto lebensfähiger und ausdauernder die ganze Bewegung.

Ein Aktiver aus der Bielefelder Friedensbewegung erklärt folgendermaßen, warum ihm diese Kampagne sinnvoll erscheint: „Es ist ein Weg, konkrete, faßbare Schritte zur Abrüstung in die Wege zu leiten. Durch intensive Arbeit in der Bevölkerung wird der Rat der Stadt unter Druck gesetzt, die Stadt Bielefeld zur atomwaffenfreien Zone zu machen. Das ist zwar nur ein symbolischer Akt, kann aber zum Beispiel in den Städtetag weitergetragen werden."

Stadtteilinitiativen – Dezentralisierung und Intensivierung der Friedensarbeit

„Durch die Kampagne wird auch die lokale Zusammenarbeit der vielen unterschiedlichen Gruppen im Bielefelder Friedensplenum weiter intensiviert. Die Dezentralisierung der Friedensarbeit wird durch die Intensivierung der Arbeit in Stadtteilinitiativen, wo Bewohner sehr viel direkter angesprochen werden können, vorangetrieben. Internationale Kontakte zu englischen und holländischen Friedensgruppen aus den Partnerstädten, die sich schon zur atomwaffenfreien Zone erklärt haben, werden intensiviert." Im September dieses Jahres veranstaltete die „Bielefelder Friedensinitiative" , der stadtweite Koordinationskreis für Bielefelder Friedensarbeit, eine Aktionskonferenz, zu der rund 200 Aktive aus Stadtteil- und Kirchengemeinde-Initiativen gekommen waren. In dieser Stadt gibt es ein Netz von über 25 Stadtteilinitiativen und kirchlichen Friedensinitiativen. Und dieses Netz soll im Rahmen der Kampagnearbeit weiter ausgebaut werden. Dezentral, aber gleichzeitig überall in Bielefeld soll die Aktion beginnen. Die Gruppen organisieren in ihren Stadtteilen Hausbesuche, Infotische und Unterschriftensammlungen, um Straße für Straße die Stadt atomwaffenfrei zu machen. Erst wenn in der Öffentlichkeit genug Rückhalt für diese Forderung erreicht ist, soll der Antrag im Stadtrat gestellt werden. Durch die kirchlichen Friedensgruppen ist die Diskussion in die Kirchengemeinden getragen worden. Die Bielefelder Kreissynode sprach sich in der Folge vehement gegen die vorgesehene Neustationierung von Cruise Missiles und Pershing II aus.

In Kirchheim-Teck, Landkreis Esslingen, erarbeitete die Friedensgruppe einen Zeitplan zum Ablauf der Kampagne. Zunächst wurden Bündnispartner, also weitere Gruppen vor Ort, die die Kampagne mittragen, angesprochen. Jede Gruppe überlegte sich, welchen spezifischen Anteil bei der Mobilisierung für eine Entscheidung ihrer Stadt zu einer lokalen atomwaffenfreien Zone sie übernehmen könnte. Zum Beispiel gewerkschaftliche Gruppen in Betrieben, Parteimitglieder in ihren Parteien, Kirchengemeindemitglieder in den Kirchen, Lehrer, Eltern und Schüler in den Schulen. Dann war eine Anzeigeaktion in der lokalen Presse geplant, mit der eine Gruppe von Erstunterzeichnern den Aufruf für eine atomwaffenfreie Zone veröffentlichte. Während der Friedenswoche sind zur weiteren Publizierung der Forderung eine Ausstellung zum Thema der bisherigen Versuche zur Schaffung von atomwaffenfreien Zonen und Bürgermeister- und Lokalpolitikerbefragungen geplant.

Hausbesuche

In Tübingen scheiterte ein Ende 1981 gestellter Antrag im Rat der Stadt. Das Kommunalparlament weigerte sich, sich mit der Frage auseinanderzusetzen. Dies führen Tübinger Aktive darauf zurück, daß es in der breiten Öffentlichkeit nicht genug Unterstützung für die Forderung gab. Deswegen werden seit einem halben Jahr intensive Straßenaktionen organisiert. Grundlegender Bestandteil dieser Aktionsform, die nicht nur in Tübingen, sondern in vielen an-

deren Städten auch praktiziert wird, sind die sogenannten Hausbesuche. Um solche Hausbesuche zu machen, muß jeder Friedensarbeiter/in zunächst eine große Hemmschwelle überwinden, denn es ist nicht so einfach, an der Haustür eines wildfremden Menschen zu klingeln, um mit ihm über sicherheitspolitische Fragen zu reden. Viele Initiativen kündigen ihren Besuch deshalb vorher mittels Flugblatt an.

Bei Hausbesuchen gemachte Erfahrungen stimmen durchgängig darin überein, daß sich bei dieser Aktionsform intensive und weiterführende Gespräche führen lassen, so manch einer sich seine Meinung zur Frage der Atomwaffen noch einmal durch den Kopf gehen ließ und sich nach einem Gespräch zur Unterstützung der Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone bereit fand und den Krefelder Appell unterschrieb. Durch Hausbesuche werden viele Leute erreicht, die noch nicht an Demonstrationen teilnehmen oder zu Podiumsdiskussionen kommen. So entstehen neue Kontakte auf der Straße, im Stadtteil, werden mehr Menschen aktiv. Genau aus diesem Grunde stellte ein Göttinger zur Kampagne fest: „Sie ist nicht nur erfolgreich, wenn der Stadtratsbeschluß durchkommt, sondern schon dann, wenn es uns gelingt, weit mehr Menschen ‚von unten' in den Diskussionsprozeß mit einzubeziehen".

Ein Aktivist aus Wales beschreibt in einem Brief, wie er sich nach dem Erlebnis einer der größten englischen Abrüstungsdemonstrationen im Oktober 1981 auf den Weg machte, um alle diejenigen, die auf der Demonstration gefehlt haben und die in seiner näheren Umgebung lebten, darüber zu informieren, was die Atomrüstung in Wirklichkeit bedeutet. Er beschreibt, wie er von Haus zu Haus geht, die Menschen, von denen er einige gar nicht kennt, einige nur vom Sehen, einige als Freunde von Freunden und einige als Freunde, anspricht und einlädt, sich im Rathaus einen Film über die Wirkungen von Atombomben anzuschauen. Nach der Filmvorführung und einer intensiven und zeitraubenden Unterschriftensammlung erklärt dann die Mehrheit der Dorfbevölkerung den Ort zur atomwaffenfreien Zone. Und dem Beispiel sind viele walisische Dörfer gefolgt. Letztendlich wurde Wales der erste Landesteil des Vereinigten Königsreichs Großbritannien, der sich als Ganzes zur atomwaffenfreien Zone erklärte. Womit sich die Einschätzung dieses Walisers, daß nämlich alle Menschen sich bei den Demonstrationen und Widerstandsaktionen gegen Atomwaffen beteiligen würden „wenn sie nur wüßten, worum es geht", als richtig erweist.

Am Ort ein neues Klima schaffen

Vielerorts glauben Friedensarbeiter, sich in vielen Aktivitäten zu zerreiben, ohne daß sie den Eindruck haben, noch viel zu „bewegen", also neue Leute anzusprechen, die sich gegen die Mittelstreckenraketen engagieren. Im Rahmen der hier beschriebenen Kampagne lassen sich die vielfältigen Aktivitäten verbinden. Die Mobilisierung für die Forderung nach einer lokalen atomwaffenfreien Zone ist ein Mittel, immer wieder zu thematisieren, wie

wichtig die Verhinderung der Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen ist, wenn ein atomwaffenfreies Europa politisch realisierbar werden soll. Die Erklärung der Gemeinde zur atomwaffenfreien Zone ist ein Schritt, mit dem diese Gemeinde zur Verhinderung der Stationierung und zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa beiträgt. Die alltägliche, überall geführte Diskussion über dieses Thema schafft am Ort ein Klima, durch das zum Beispiel gewaltfreie Aktionen und Blockaden verstanden und mit unterstützt werden, womit solche Aktionen effektiver werden. Es wird im Rahmen des intensiven lokalen Diskussionsprozesses ein sehr unmittelbares Verständnis dafür geschaffen, warum die Verhinderung der „Nach"rüstung so wichtig ist, ganz konkret für jeden einzelnen, und daß das Ziel der Atomwaffenfreiheit in weite Ferne rücken würde, wenn die neuen Mittelstreckenraketen tatsächlich ins Land kämen.

Ein weiteres neues, qualifizierendes Moment der Friedensarbeit, das mit der Kampagne weitervermittelt wird, ist die Berufs-, Personengruppen- oder auf einen institutionellen Bereich bezogene spezifische Erörterung von durch die aktuelle Sicherheitspolitik hervorgerufenen Problemzusammenhängen oder Fragestellungen. Dadurch werden komplexe Zusammenhänge transparent gemacht und die Basis der Friedensbewegung erheblich erweitert. Um in einem Ort die Durchsetzung der Forderung nach einer lokalen atomwaffenfreien Zone realistisch werden zu lassen, ist es erforderlich, möglichst viele Personen und Berufsgruppen sowie geselslchaftliche Institutionen zur Unterstützung der Forderung zu gewinnen.

Lehrer, Eltern und Schüler

Das heißt konkret, daß aktive Lehrer, Eltern und Schüler in ihren Schulen Versammlungen und Veranstaltungen organisieren, die zum Beispiel deutlich machen, wie die Zivilschutzpläne für die Schule aussehen. In Hamburg beispielsweise sollten Schulleiter aus der Schülerschaft diejenigen auswählen, die einen (angeblich) atomstrahlensicheren Bunkerplatz wert seien, weil nicht für alle Schüler und Lehrer Plätze zur Verfügung stehen. Auch die Erörterung des Zusammenhanges von BAföG-Kürzungen und Militärhaushaltserhöhung dürfte einiges klar machen und dazu führen, daß die Schulversammlung entscheidet, die Forderung nach einer lokalen atomwaffenfreien Zone zu unterstützen.

Auch in Parteien engagierten Friedensarbeitern wäre es möglich, in ihrer Partei eine Diskussion um die Unterstützung der Forderung zu beginnen. Gerade bei SPD-Mitgliedern scheint dies sinnvoll, denn noch in ihrem Godesberger Programm hat sich diese Partei für eine atomwaffenfreie Zone in Europa ausgesprochen, und sicherlich lassen sich im örtlichen Zeitungsarchiv interessante Dinge ans Tageslicht befördern, denn in den Jahren 1958/59 war so mancher SPDler aktiv gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr engagiert.

Ärzte, Krankenschwestern und die Unmöglichkeit eines „Zivilschutzes"

Vielerorts gibt es inzwischen Initiativen von Ärzten und Krankenschwestern gegen den Atomtod. Diese haben sich hauptsächlich während der Debatte um die inzwischen zurückgezogene Novellierung des Bundesgesundheitssicherstellungsgesetzes gegründet, mit dem der sogenannte Zivilschutz auch für den Fall der atomaren „Verteidigung" strukturiert werden sollte. Zu diesen Plänen haben Ärzte festgestellt, daß der einzige Schutz gegen atomare Strahlung die Abschaffung von Atomwaffen ist. Vorstellbar sind zum Beispiel lokale Veranstaltungen, auf denen der offiziell für den Zivilschutz verantwortliche oberste Verwaltungsbeamte gebeten wird, darzulegen, wie der Zivilschutz denn nach den offiziellen Plänen im Falle einer atomaren Auseinandersetzung aussehen solle. Diese Erläuterungen ließen sich eindrucksvoll von engagierten Ärzten und Krankenschwestern hinsichtlich ihrer Realitätsbezogenheit kommentieren. In Großbritannien zum Beispiel veröffentlichte die Regierung eine Broschüre, in der sie ernstgemeinte Ratschläge für den Zivilschutz gegen Radioaktivität gab. Unter anderem die Tips, man/frau solle sich im Falle des Angriffs unter einen Tisch hocken, falls draußen, schnell eine Plastiktüte über den Kopf legen. Falls so eine Tüte nicht da sei, doch sicherheitshalber die Schultasche. Die breite Publizierung dieser „Ratschläge", versehen mit medizinischen Fachkommentaren, löste eine Welle der Empörung unter der englischen Bevölkerung aus und trug zur breiten Unterstützung der Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone bei.

Die Diskussionen in den Krichengemeinden

Kirchliche Friedensgruppen sind stark in der Friedensbewegung engagiert und beteiligen sich intensiv an der Kampagne „Atomwaffenfreie Zonen in Regionen und Kommunen". Es liegt nahe, daß sich viele Gruppen mit der 1981 von der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) veröffentlichten Denkschrift zum Thema Frieden beschäftigen. Denn dort findet sich immer noch sinngemäß die Aussage der 8. Heidelberger These, in der 1959 festgestellt wurde, daß es für Christen „noch" möglich sei, mit der Atomwaffe zu leben. Dieses „Noch" bedeutete 1959 aber auch die Aufforderung, die kommende Zeit zu nutzen, um eine Friedensordnung mit zu schaffen, die Atomwaffen überflüssig macht. Seit 1959 hat sich die strategische Situation erheblich verändert. Insbesondere die geplante Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Westeuropa ist der erste Schritt, einen atomaren Krieg begrenzbar und möglich zu machen. Damit verliert die Atomwaffe ihre Bedeutung als sogenannte politische Waffe, die der Kriegsverhinderung diene. Für die Diskussion innerhalb der Kirchengemeinden stellt sich deswegen die Frage, ob aufgrund der Situation das „Noch" haltbar ist, oder nicht eher die eindeutige Position der holländischen Kirchen oder des Reformierten Moderamens für „ein Nein ohne jedes Ja" der christlichen Ethik entspricht. Gemeindediskussionen zu diesem Thema finden vielerorts statt. Viele Kirchengemeinden, zum Beispiel alleine sieben in Dortmund, kommen dabei zu dem Schluß, daß sie „ohne jedes Ja" gegen die Anwendung von und die Drohung mit Atomwaffen sind. Sie

verabschieden Resolutionen, mit denen sie die Forderung nach einer lokalen atomwaffenfreien Zone unterstützen und das Gelände ihrer Gemiende samt Kirche symbolisch zur atomwaffenfreien Zone erklären. Die Kirchengemeinde könnte auch Ort für ausführliche Gespräche mit lokalen Persönlichkeiten über deren Meinung zur Atomrüstung sein. Und, da die Kirche recht oft größere Ländereien besitzt, scheint sinnvoll, bei den offiziellen Stellen nachzufragen, ob denn auch all dieses Land nur „friedlich" und nicht etwa für militärische Zwecke genutzt wird.

Druck „von unten" entwickeln

Wichtig für das Gelingen der Kampagne und die intensive Verbreiterung der sicherheitspolitischen Diskussion auf allen Ebenen ist, daß sie nicht nur zur symbolhaft-witzigen „action" reduziert wird, zum Beispiel nach dem Motto: „Nachdem es zu schwierig ist, die ganze Welt von den Atomwaffen zu befreien, versuche ich es mit der Bundesrepublik. Selbst dies gelingt nach harter, zweijähriger Arbeit nicht . . . Also mal die Stadt versuchen. Da wird auch zuviel Widerstand offensichtlich. Dann erkläre ich mich eben persönlich zur atomwaffenfreien Zone." Mit einer solchen Erklärung oder vielen phantasievollen Aufklebern allein ist politisch nichts erreicht, sondern eine große Chance vertan worden. Die Kampagne muß schon in der Planung darauf zielen, durch möglichst größten Druck „von unten" aus der lokalen Öffentlichkeit einen politisch wirksamen Beschluß durch den Stadtrat zu erwirken.

Es ist auch nichts damit erreicht, wenn ein Beschluß zu früh, ohne ausreichende intensive Öffentlichkeitsarbeit, in den Rat eingebracht wird. Dann sind erstens die Chancen recht gering, daß er überhaupt behandelt wird. Oder aber, sollte er verhandelt werden, ist es nicht der Antrag, der einem vernehmlichen Bedürfnis weiter Bevölkerungskreise entsprechend eingebracht und mit dem nötigen Ernst behandelt wird. Wir die Diskussion um die lokale atomwaffenfreie Zone zu schnell in die kommunalrechtliche Ebene getragen, verliert sich dadurch die Möglichkeit, eine sicherheitspolitische Auseinandersetzung unter Einbeziehung möglichst vieler der Betroffenen zu führen und somit viele mehr in die Friedensbewegung einzubeziehen.

Sind die Gemeinden gar nicht „zuständig"?

Viele Stadtparlamente werden in einer ersten Reaktion versuchen, sich aus der Affäre zu ziehen, indem sie „Nichtzuständigkeit" für ein derartiges bundespolitisches Problem anführen. Dazu ist wissenswert, daß es eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 1958 gibt, in der gesagt ist: „Die Gemeinde mag berechtigt sein, sich gegen die konkrete Absicht zu wenden, auf ihrem Gemeindegebiet einen Atomreaktor, einen Flugplatz, eine militärische Anlage, zum Beispiel eine Abschußbasis für Atomsprengkörper zu errichten, sie ist aber nicht befugt, sich in derselben Weise gegen die Anlage von Atomreaktoren, Flugplätzen, militärischen Anlagen schlechthin zu wenden." Das heißt, eine Entscheidung gegen Atomwaffen, auf das Gebiet

der Gemeinde bezogen, ist rechtlich zulässig. Diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes kam zustande, weil hauptsächlich die SPD 1958 versuchte, durch eine Volksabstimmung eine Entscheidung gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr durchzusetzen. Die damalige Bundesregierung verklagte das Bundesland Hessen, weil dieses nicht die Beschlüsse der Gemeinden, amtliche Befragungen anzuordnen, aufhob. wie es das Gebot der sogenannten Bundestreue erfordert hätte. Das Bundesverfassungsgericht entschied in diesem Urteil deswegen auch über die Frage der Zulässigkeit einer gemeindlich angeordneten Volksbefragung: „. . ., daß nicht nur die hessische Landesregierung, sondern jede Landesregierung verpflichtet ist, auch in Zukunft Beschlüsse der Gemeinden, die eine amtliche Befragung der Bürger über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr . . . anordnen, zu beanstanden oder aufheben zu lassen und die Durchführung der Volksbefragung zu unterbinden oder unterbinden zu lassen."

Ein symbolischer Schritt – mit sehr konkreten Wirkungsmöglichkeiten

Es stellt sich die Frage, welche Relevanz die symbolische Erklärung einer Stadt- oder Landgemeinde zur atomwaffenfreien Zone hat. Es ist sicherlich richtig, daß mit Hunderten solcher Entscheidungen die Bundesrepublik noch immer keine atomwaffenfreie Zone ist und daß trotz einer Gemeinderatserklärung auf dem Gebiet der „atomwaffenfreien" Gemeinde Raketen stationiert werden können. Allerdings zeigen wiederum die Erfahrungen in Großbritannien, daß sich mit Hilfe dieser lokalen Entscheidungen ein starker politischer Druck erzeugen läßt. Die Mehrheit der englischen atomwaffenfreien Gemeinden weigerte sich zum Beispiel, an einer von der Londoner Regierung angesetzten gigantischen Zivilschutz- und Militärübung, mittels derer Großbritanniens Verteidigungsbereitschaft auch im Falle des atomaren Angriffs geübt werden sollte, teilzunehmen. Erfolg: der Zivilschutzteil dieser „Hard Rock" betitelten Übung mußte mangels Beteiligung abgeblasen werden.

Das englische Bradford hat seinen Zivilschutzbunker zur Besichtigung freigegeben und bietet ihn als Sehenswürdigkeit Touristen zur Besichtigung an. Ein Fremdenverkehrsprospekt der Stadt wirbt zynisch: „Visit Bradfort in peace before pieces of Bradford visit you". (Besucht Bradfort im Frieden, bevor Stücke von Bradfort Euch besuchen). In Groß-London sollen die Zivilschutzräume nun als Jugendzentren und Bibliotheken genutzt werden. Das für den Zivilschutz veranschlagte Geld soll der Friedensforschung und den Friedensaktivitäten zugute kommen.

Warum sollte so etwas oder Ähnliches nicht auch in der Bundesrepublik möglich sein? Vorstellbar ist hier zum Beispiel auch die Weigerung von Stadtverwaltungen, mit der Bundeshoheit bei militärischer Gebietsplanung oder im Bereich des Zivilschutzes zusammenzuarbeiten. Oder aber auch, wie in Großbritannien, Friedenslager an möglichen Stationierungsorten zu unterstützen.

Aus der symbolischen Entscheidung einer Gemeinde – *gegen* neue Mittelstreckenraketen auf dem Gebiet ihrer Gemeinde, weil sie nirgends Atomwaf-

fen will; *für* eine auf das Gebiet bezogene atomwaffenfreie Zone, weil sie eine atomwaffenfreie Zone in Europa will, können also konkrete Maßnahmen folgen, die die Stationierung zumindest erheblich erschweren. Dies wäre ein sehr wichtiger Effekt – neben der ungeheuren Intensivierung der Diskussion über die Fragen von „Sicherheits"-Politik, die in ihrer Konsequenz die Friedensbewegung immens verbreitert, und somit die Chancen zur Durchsetzung einer anderen Friedenspolitik vergrößert. Deswegen ist es wichtig, im Rahmen der Kampagne für regionale atomwaffenfreie Zonen immer wieder den Bezug zu bundespolitischen Entscheidungen über unsere „Sicherheit" herzustellen. Der Beschluß der Kommune, zur atomwaffenfreien Zone zu werden, ist ein Anfang. Damit ist ein kleines, aber wichtiges Ziel erreicht worden, auf dessen Grundlage zusammen mit all denen, die auf dem Wege dahin neu in die Friedensbewegung gekommen sind, für die große Forderung weitergearbeitet werden muß: Gegen die neuen Mittelstreckenraketen – für eine atomwaffenfreie Zone in Europa.

Schweden und die „Nordflanke" der NATO

Nordeuropa zwischen der Einbeziehung in die globale Strategie der USA und der Umwandlung in eine atomwaffenfreie Zone

Von Jürgen Heinrich

Die Abwahl der bürgerlichen Regierungskoalition in Stockholm am 19. September 1982 und ihre Ablösung durch ein neues Kabinett Palme läßt hoffen, daß Schweden künftig wieder eine aktivere Rolle zur Förderung von Entspannung und Abrüstung spielen wird und die skandinavischen Ansätze für eine atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa neue Aktualität gewinnen. Einer solchen Entwicklung käme besonderes Gewicht, auch mit Blick auf die bundes-

deutsche Politik, zu, weil insbesondere Norwegen, aber auch das neutrale Schweden in den vergangenen Jahren immer stärker in die amerikanischen Konfrontations- und „Nachrüstungs"–Aktivitäten einbezogen worden sind. Der nachstehende Beitrag vermittelt aufgrund hierzulande weitgehend unbekannter skandinavischer Pressemeldungen ein detailliertes, beunruhigendes Bild vom Ausmaß des US- und NATO-Drucks auf die „Nordflanke" und von der unbewältigten Vergangenheit proamerikanischer, neutralitätsgefährdender Verstrickungen, die die abtretende Regierung Fälldin in Schweden Olof Palme hinterläßt. Die jüngste, Ende Oktober sang- und klanglos abgeblasene „U-Boot-Affäre" verleiht Jürgen Heinrichs Hintergrundbericht zusätzliche Aktualität. D. Red.

I. Weinberger in Stockholm . . .

Vor genau einem Jahr geriet Ronald Reagans Verteidigungsminister Caspar Weinberger mit seiner spektakulären Schweden-„Mission" in die Schlagzeilen. Gegenüber den Zeitungen „Dagens Nyheter", „Svenska Dagbladet" und der schwedischen Nachrichtenagentur hatte Weinberger vor seinem Abflug nach Europa geäußert: „Ich bin nicht der Ansicht, daß Schweden neutral ist"[1]).

Während die Friedensbewegung in Schweden gegen Weinbergers Sondierungen demonstrierte, empfingen ihn König, Finanzkapital und Regierung mit dem Protokoll eines Staatsoberhauptes. „Heulende Drachen und donnernde Kanonen" auf einer militärischen Inspektionsreise durch die Provinz[2]) und die Versicherung seines Amtskollegen Gustafsson, Schweden wisse, wohin es gehöre[3]), stimmten ihn zufrieden. „Die Welt kann darauf vertrauen, daß Schweden seine Selbständigkeit verteidigen wird", erklärte er nach einer Probefahrt mit einer Selbstfahrlafette[4]).

Ministerpräsident Fälldin gab dem Vorstoß der USA, das allianzfreie Schweden unter ihre atomare Schirmherrschaft zu stellen, vor dem Reichstag eher „Flankenschutz": „Wir vermeiden jede Bindung an andere Mächte, die zu einer Beschneidung unserer Selbständigkeit führen kann. Demgegenüber beinhaltet unsere Sicherheitspolitik keine ideologische Neutralität oder Neutralität der Anschauungen. Wir machen kein Geheimnis daraus, daß wir zum Kulturkreis der westlichen Demokratien gehören"[5]).

1) Zit. n. „Norrskensflamman" (Nfl.) v. 16. 10. 1981. Die Agentur verneinte auf Anfrage, daß sich Weinberger (wie die Stockholmer USA-Botschaft erklären ließ) „in einem philosophischen Zusammenhang" geäußert hat. Das Pentagon habe explizit Gelegenheit erhalten, Weinsbergers Statement zu verdeutlichen, es aber bestätigt. Vgl. ebd.

2) Vgl. „Dagens Nyheter" (DN) v. 18. 10. 1981 („Drache" ist der Name eines der schwedischen Standardkampfflugzeuge, d. Verf.)

3) Gustafsson sagte: „Auch wenn wir uns als neutral betrachten, wissen wir dennoch, wo wir zu Hause sind. Amerika ist ja die große Demokratie". (zit. n. Nfl. v. 4. 11. 1981).

4) DN v. 18. 10. 1981.

5) Zit. n. Nfl. v. 4. 11. 1981.

II. Aufmarschgebiet Norwegen

Seit 1972 hat Skandinavien zunehmend das Interesse der USA und der NATO auf sich gezogen. So übten im Rahmen des Manövers „Strong Express" Marineinfanteristen verschiedener Mitgliedsländer die Erstürmung eines fiktiven „roten Strandes" in Norwegen. „Team Work" konzentrierte 1976 80 000 Soldaten, 300 Schiffe und 900 Kampfflugzeuge in Gebieten des östlichen und nördlichen Atlantiks sowie erstmals der Ostsee. Im Juni 1979 trainierte die „Allied Mobile Force" der NATO auf der an den strategischen Zugängen zur Ostsee gelegenen dänischen Insel Själland [6]). Anfang 1980 und 1982 entfaltete der Pakt die großangelegten Winterübungen „Anorak Express" und „Yellow Express" in Nordnorwegen unweit des Ausgangspunktes des gescheiterten Versuchs der faschistischen Wehrmacht, Murmansk zu erobern[7]).

Abgesehen von den seit den 60er Jahren existierenden und offenbar nach wie vor aktuellen Plänen der USA, auch in Finnland und den bündnisfreien Ländern Schweden, Österreich und Jugoslawien Krieg führen zu wollen[8]), indiziert eine Studie des US-Kongresses vom Mai 1981 die wachsende strategische Bedeutung der Nordflanke. Sie fordert, zwei „Marines"-Divisionen in Dänemark und Norwegen aufzustellen, auszurüsten und mit dem Bau von Materialdepots zu beginnen[9]).

Hatte noch Ronald Reagans Amtsvorgänger Jimmy Carter „ansehnliche Beträge zur Finanzierung der Lagerung von Kriegsmaterial" insbesondere in Norwegen bewilligt[10]) und damit die Aufrüstung der Nordflanke de facto eingeleitet, bekräftigte Marineminister John Lehman in einem Interview mit der finnischen Zeitung „Uusi Suomis" das Nordeuropa zugedachte (Atom-) Kriegsszenarium der gegenwärtigen Administration in Washington: „Die Truppen der westlichen Verteidigungsallianz NATO nehmen die Ostsee bereits in einem frühen Stadium eines eventuellen Krieges in Besitz. Falls es kritisch werden sollte, können die USA und deren Alliierte auch die Kontrolle über das norwegische Meer übernehmen"[11]).

Norwegens Stabschef Sverre Hamre bestätigte 1980, daß „Norwegen im Laufe des letzten Jahres in großem Umfang Ausrüstungen erhalten hat, um alliierte Flugoperationen von unseren Flugplätzen aus zu unterstützen"[12]). Insgesamt 200 Flugzeuge plant die NATO „für den Einsatz in Krisenzeiten auf norwegischen Flugplätzen" zu stationieren[13]).

---

6) Vgl. Nfl. v. 24. 1. 1980.
7) Vgl. Nfl. v. 14. 2 .1980.
8) Vgl. Nfl. v. 8. 4. 1982.
9) Vgl. Nfl. v. 5. 11. 1981.
10) Vgl. „Die Wahrheit" (DW) v. 4. 11. und 17. 12. 1980.
11) Zit. n. Nfl. v. 14. 4. 1982 (Zur globalen Militärstrategie Reagans vgl. Michael T. Klare, Jederzeit, überall, mit allen Waffen . . .Der globale Kollisionskurs der USA unter Reagan, in: „Blätter", 5/1982, S. 531-543).
12) Vgl. Nfl. v. 6. 3. 1980.
13) Ebd.

Mit dem unter amerikanischem Druck zwischen Oslo und Washington Ende 1980 getroffenen Abkommen über die Lagerung schweren US-Kriegsmaterials in Norwegen[14]) rückte das sozialdemokratische Kabinett Odvar Nordlis explizit von der im Jahr des NATO -Beitritts des Landes 1949 gegenüber der UdSSR erklärten „Basenrestriktion" ab, „keinen Abmachungen mit anderen Staaten beizutreten, die Norwegen verpflichten, den Streitkräften fremder Mächte Stützpunkte auf norwegischem Territorium zu überlassen, solange Norwegen nicht angegriffen wird"[15]).

Bereits 1951 hatte die sozialdemokratische Führung Norwegens die Svalbard-Inselgruppe im Nordpolarmeer[16]) entgegen deren entmilitarisiertem Status dem Kommando der NATO unterstellt. In jüngster Zeit scheint das Interesse der Allianz für die Inseln erneut geweckt. 1980 wurde bekannt, daß die Ölfirmen Statoil, Norsk Hydro und Saga Petrolium auf den Inseln Björnön, in Ny Alesund auf Spitzbergen und auf Hopen die Errichtung von Radarstationen des in der NATO gebräuchlichen Typs „Loran C" zu „Navigationszwekken" planen[17]).

Hochentwickelte NATO-Elektronik „blickt" pausenlos tief ins Gebiet der sowjetischen Territorialverteidigung. Diese mit norwegischem Personal bemannten Stationen unterstehen der direkten Kontrolle des Pentagon[18]). Auch die bereits 1969 eingeleitete Stationierung von sieben „Orion"-Flugzeugen zur U-Bootjagd, die Einbeziehung einer Kette von Anlagen zum „Abhören" der Barentsee[19]), das norwegische Navigationssystem „Omega", Funkabhörstationen und der permanente Einsatz von fünf in der Bundesrepublik gebauten U-Booten sowie die Aktivitäten des Osloer Verteidigungsforschungsinstitutes schnüren das Land fest in das von den USA und der NATO forcierte Konzept eines ersten „entwaffnenden" Schlags gegen die sowjetische U-Bootflotte ein[20]).

Die Nordeuropa-Aktivitäten der CIA wurden bislang von dem kürzlich demissionierten Vizedirektor der „Firma", Bobby Ray Inman, geleitet. Während der 60er Jahre „arbeitete" Inman in der Stockholmer USA-Botschaft als Koor-

14) Vgl. DW v. 22./23. 11. 1980.

15) Zit. n. Nfl. v. 6. 3. 1980 und „Enhet" v. 7. 2. 1980.

16) Bis dahin Niemandsland, unterstellte der Pariser Vertrag vom 9. 2. 1920 die Inseln der Souveränität Norwegens, schrieb gleiche wirtschaftliche und wissenschaftliche Nutzungsrechte der über 40 Signatarstaaten fest und verpflichtete Norwegen, die Inseln weder zu befestigen noch militärisch zu nutzen oder nutzen zu lassen. Die Sowjetunion und Schweden betreiben auf Spitzbergen Kohlegruben.

17) Vgl. zur Bedeutung der „Loran C"-Stationen für das „Polaris"-U-Boot-Programm der USA, des US-Kommandos über die Installationen sowie die ideologische Absicherung ihrer Errichtung auf norwegischem Boden v. a. „Department of State Instruction 400, Unclassified, No. A-174, May 6, 1958, Copy no. 1", Nils Petter Gleditsch, Ingvar Botnen, Sverre Lodgaard, Owen Wilkes, Norge i atomstrategien. Atompolitik, alliansepolitikk. basepolitikk., Oslo 1978, S. 52-108, 163-173, Owen Wilkes und Nils Petter Gleditsch, Onkel Sams kaniner. Teknisk etterretning i Norge, Oslo 1981, S. 19-78, 141-150, 175-193.

18) Vgl. Onkel Sams kaniner, a.a.O., S. 22 ff., Nfl. v. 20. 12. 1979.

19) Die „Orion" benutzen einen mit Geldern des NATO-Infrastrukturprogramms finanzierten Flugplatz auf Andöya. Sie patrouillieren regelmäßig bis zum 45. Breitengrad nach Osten, der zwischen der Kolahalbinsel und Novaja Zemlja (UdSSR) verläuft. Das Gebiet gilt als zentral für U-Boot-gestützte sowjetische strategische Atomwaffen, vgl. Onkel Sams kaniner,a.a.O., S. 145-148.

20) Vgl. ebd..

dinator der gegen die von den sozialistischen Ländern durchgeführten maritimen militärischen Bewegungen gerichteten Aufklärung[21]). Als „Norwegen-Spezialisten" enttarnte das „Covert Action Bulletin" William E. Camp III und Robert A. Dooling sowie je vier für Dänemark und Finnland „zuständige" und einen in Schweden eingesetzten Agenten[22]). 1977 beauftragte die CIA norwegische Geheimdienstler mit der Durchführung von gegen die Sowjetunion gerichteten Aktionen in Finnland[23]).

Neue Dimensionen erschlossen sich dem Pentagon unmittelbar nach dem „Raketenbeschluß" im Rahmen der mit Norwegen vereinbarten Kooperation[24]). Ein Bericht des Osloer Statischen Zentralamtes[25]) vermerkt, daß der Kartendienst der Landesverteidigung eng mit der US Defence Mapping Agency (DMA) zusammenarbeitete, um eine mit neu vermessenen Höhenangaben versehene Luftkarte Norwegens militärisch zu nutzen. Der elektronisch gesteuerte Produktionsprozeß der Kartenausschnitte ermöglicht auch eine Programmierung der Bordrechner von Kampfflugzeugen. Eine Eingabe in die computerisierte Navigationselektronik der Cruise Missiles beurteilte das verantwortliche Norwegische Geografische Vermessungsamt als prinzi-

21) Vgl. „Friheten" (Fri.) v. 15. 12. 1981.

22) Vgl. ebd. (Auf Anfrage der Zeitung erklärte James Finsley, Presseattaché der Osloer USA-Botschaft, Camp habe Norwegen im November 1981 verlassen. Dooling kenne er nicht. Ebd.).

23) Vgl. Fri. v. 13. 10. 1981

24) Dieser Kooperation liegt der wahrhaft faustische „Vertrag über amerikanische Streitkräfte in Europa" zugrunde. In ihm ist die jeweilige Landesbezeichnung offengelassen; „Norwegen/norwegisch" wurde vom Verf. eingefügt. Der Vertrag hat folgenden Wortlaut: „1. Die Botschaft der Vereinigten Staaten (Befehlshaber für die Streitkräfte der Vereinigten Staaten) in Norwegen bittet, dem Außenministerium ihre Hochachtung erweisen zu dürfen und hat die Ehre zu erklären, daß die Diskussionen zwischen uns hinsichtlich der vorhandenen amerikanischen Streitkräfte oder der Streitkräfte, die auf Wunsch der norwegischen Regierung in Norwegen stationiert werden sollen, zu folgender Übereinkunft geführt haben:
2. a. Der amerikanische Befehlshaber oder, in seiner Abwesenheit, der höchste amerikanische Befehlshaber am Ort haben die ausschließliche Befehlsgewalt und Kontrolle über die Streitkräfte der Vereinigten Staaten.
2. b. Die amerikanischen Streitkräfte haben, gemäß der Entscheidung des amerikanischen Befehlshabers, das Recht, alle Gebiete oder Anlagen zu besetzen, die als notwendig angesehen werden, um ihre Aufgaben erfüllen zu können oder die ihrer Sicherheit dienen, und dort diejenigen Ausrüstungen zu installieren, die sie als notwendig zur Erfüllung dieser Aufgaben betrachten.
2. c. Der militärische Befehlshaber der Vereinigten Staaten kann Maßnahmen ergreifen, die er als notwendig erachtet, um die Sicherheit von Einrichtungen, Personal und Ausrüstungen sowie vom Transport von Ausrüstung und Personal in Norwegen zu garantieren. Innerhalb der Einrichtungen, die von den militärischen Kräften der Vereinigten Staaten benutzt werden, soll der militärische Befehlshaber die absolute Befugnis zur Aufrechterhaltung von Disziplin und Ordnung unter den Mitgliedern der amerikanischen Streitkräfte haben. Ausserhalb derartiger Einrichtungen soll die Militärpolizei der amerikanischen Streitkräfte vollstens befugt sein, in Übereinstimmung mit weiteren Vereinbarungen, die mit den lokalen Polizeibehörden getroffen werden, Disziplin und Ordnung unter den Mitgliedern der amerikanischen Streitkräfte aufrechtzuerhalten . . .
2. d. Im Falle innerer Unruhen, die Auftrag und Sicherheit der amerikanischen Streitkräfte materiell beeinflussen können, wie bewaffnete Gewalt oder umfassende Aufläufe, wird sich die norwegische Regierung bemühen, derartige Unruhen mit eigenen Ressourcen zu unterdrücken. Sollten diese Maßnahmen sich als unwirksam erweisen, oder falls die norwegische Regierung Hilfe erbittet, oder falls der Befehlshaber der Vereinigten Staaten der Ansicht ist, daß die norwegische Regierung nicht in der Lage ist, wirkungsvoll oder rechtzeitig derartige Unruhen zu unterdrücken, kann der Befehlshaber der Vereinigten Staaten Maßnahmen, die er als notwendig erachtet, entweder einseitig oder in Zusammenarbeit mit der norwegischen Regierung ergreifen.
2. e. Die norwegische Regierung erteilt den amerikanischen Streitkräften die Befugnis, Kernwaffen nach Norwegen zu bringen und diese an Orten zu plazieren, die die Notwendigkeiten diktieren", Top Secret Documents on U.S. Forces Headquarters in Europe, London 1980, zit. n. „Kommentar" (Stockholm), 7/1982, S. 32.

25) Vgl. En norsk höyedatabase spesifikation ar datastrukturer og datafangstmetoder, Oslo 1980.

piell realisierbar[26]). Seit Beginn der 70er Jahre haben Oslo und Washington zwölf derartige Kooperationsvereinbarungen getroffen[27]).

Gegenwärtig baut die NATO in aller Heimlichkeit verstärkt ihre Anlagen am Alta-Fjord aus. Dieser einzige eisfreie Fjord in Nordnorwegen erhält ein Kai für die Kriegsschiffe der Allianz, ein Großflugzeugfeld und ein Helikopterlandeplatz entstehen, Materialdepots werden angelegt[28]). Die in und bei Murmansk vermutete strategische U-Bootwaffe der Sowjetunion liegt somit im „Aktionsbereich" der Alta-Basis.

Unlängst kündigte das Osloer Verteidigungsministerium einen „Demonstrationsflug" eines der 18 in Geilenkirchen stationierten AWACS-Flugzeuge über Norwegen an. Bereits in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, so die Pressemitteilung des Ministeriums, werden AWACS-Flugzeuge „regelmäßig den Flugplatz Örland in (der nordnorwegischen Provinz, d. Verf.) Troms als Stützpunkt für Aufträge an der Nordflanke benutzen"[29]).

Die Bindungen an NATO und USA haben Norwegens Militärbudget im vergangenen Jahr stärker als je zuvor anwachsen lassen. Während 1975 pro Kopf der Bevölkerung 1200 norwegische Kronen veranschlagt waren, beläuft sich der diesjährige Etat auf 2800 Kronen. Dem entsprach 1975 ein Volumen des Militärhaushaltes von ca. 4,7 Mrd., 1982 von 10,5 Mrd. Kronen[30]). Die jeweiligen Streitkräfte der Nachbarländer belasten Dänemarks arbeitende Bevölkerung pro Kopf mit ca. 2000, Finnlands mit ca. 1000 und Schwedens mit ca. 2200 norwegischen Kronen[31]). Innerhalb der Allianz rangiert Norwegen hinter den USA, der BRD und Großbritannien in der „Spitzengruppe"[32]).

Das mit einer den „Verteidigungsinteressen" der NATO untergeordneten wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik im Oktober vergangenen Jahres in die Regierungsverantwortung gelangte konservative Minderheitskabinett Kåre Willochs hat sich nun auch von dem von seinen sozialdemokratischen Vorgängern zumindest verbal bekundeten Festhalten am „Gedanken einer atomwaffenfreien Zone" losgesagt: „Atomwaffenfreie Zonen böten ohne Berücksichtigung der politischen und militärischen Verhältnisse keine Sicherheit, weder im Norden Europas noch in anderen Regionen . . .Ferner könne Norwegen nicht damit rechnen, daß alliierte Truppen ihre Verpflichtungen erfüllten, wenn ihnen die Benutzung nuklearer Waffen zur Verhinderung eines Angriffs verboten würde"[32a]).

26) Vgl. Fri. v. 20. 8. 1981.
27) Vgl. Fri. v. 12. 1. 1982.
28) Vgl. Nfl. v. 30. 3. 1982.
29) Vgl. Fri. v. 5. 8. 1982.
30) Vgl. Fri. v. 29. 1. und 22. 10. 1981 sowie FAZ v. 16. 2. 1982.
31) Vgl. zu den finnischen, schwedischen und dänischen Militärausgabensteigerungen ebd.
32) Vgl. Fri. v. 12. 12. 1981.
32a) dpa-Meldung Nr. 535 v. 14. 6. 1982.

III. Schweden: Freiwilliger „Flankenschutz"?

Die Linie der faktischen Nicht-Neutralität vertraten die seit 1976 in unterschiedlichen Konstellationen regierenden bürgerlichen Parteien Schwedens konsequent. Anfang 1980 billigten sie Schießübungen norwegischer NATO-Soldaten und Offiziere mit der schwedischen Rakete „R-70" auf dem Versuchsgelände von Vidsel[33]). Zum gleichen Zeitpunkt inspizierten weitere NATO-Offiziere in *schwedischen Uniformen* das Heeresfliegerbataillon F 21 in Boden, und neue Raketen testete der Pakt auf Vidsel und in der Nähe von Kiruna[34]). Als im Oktober 1980 ein als zivil getarnter norwegischer Militärkonvoi auf dem Weg von Trondheim nach Nordnorwegen, Schweden und Finnland auf einer Länge von 1300 Kilometern durchquerte, um offenbar den „schnellsten und besten Weg" in die an die Sowjetunion grenzende Provinz Norwegens zu erkunden, nonchalierte dies Stockholm als „zivile Angelegenheit"[35]). Ähnlich reagierte die schwedische Regierung in der „Kartenaffäre": Während eines „Studienbesuchs" im Zentralen Landvermessungsamt im Herbst 1979 hatte ein hoher Beamter der DMA des Pentagon besonderes Interesse für reproduktionsfähige Unterlagen von Detailkarten schwedischer Gebiete nördlich des 66. Breitengrades gezeigt[36]). Stockholm und der Verteidigungsstab stimmten dem Geschäft zu, obwohl die Bedeutung „aktueller und detaillierter Karten" für das Programm der Cruise Missiles bekannt war[37]).

Schwedens vermutlich auf Rechnung der NATO betriebene Funkabhörstation auf Lovön vor Stockholm kompromittiert gleichfalls den Neutralitätsstatus des Landes. Die Station hat offenbar die Aufgabe, den Funkverkehr zwischen Flugzeugen, Schiffen, Raketenstellungen und Verteidigungsabschnitten in den baltischen Republiken der UdSSR zu registrieren[38]).

Mindestens acht Kooperations- und Geheimabkommen verbinden Schweden mit den NATO- und EG-Ländern Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Norwegen, Frankreich, Italien und Großbritannien sowie den Paktmitgliedern Kanada und USA und dem neutralen Österreich[39]). Die Abkommen um-

33) Vgl. Nfl. v. 25. 2. 1980.

34) Vgl. Nfl. v. 22. 2. 1980.

35) Vgl. Nfl. v. 23. 10. 1980 und v. 28. 10. 1980; Die Aktion wurde auf der Konferenz der Polizeichefs Finnlands, Norwegens und Schwedens im September 1980 in Rovaniemi exakt geplant. Zeitgleich gingen norwegische Polizeieinheiten gegen die gegen die Aufstauung des Alta protestierenden Umweltschützer und Samen vor und schufen so den vermeintlichen Anlaß des Transits.

36) Vgl. „Ny Dag" v. 3. und 19. 12. 1980 (Als „Studienbesucher" trat Allen E. Anderson auf, „Assistent Deputy Direktor for Programming" der DMA. Er verhandelte am 4. und 5. September 1979 mit fünf leitenden Angestellten des Vermessungsamtes. Anderson in einem Brief vom 4. Oktober 1979: „Your cooperation in this matter is greatly appreciated." Der Handel verschaffte dem Pentagon:– das Reprooriginal der entsprechenden topografischen Karte, – eine Übersetzung aller schwedischen Bezeichnungen, – das Original der „Braun-, Grün- und Rot-Symbolik", – die „Blaupause" einschließlich des „militärisch relevanten Koordinatennetzes". Vgl. insbes. „Ny Dag" v. 19. 12. 1980.

37) Vgl. „Ny Dag" v. 5. und 19. 12. 1980.

38) Vgl. „Pax", 5/1981 (Die dänische Zeitschrift „Forsvar" hatte Anfang 1981 über derartige Abhöreinrichtungen der NATO in Dänemark und Norwegen informiert und die Existenz einer weiteren in Schweden als sehr wahrscheinlich bezeichnet, vgl. DW v. 14. 7. und 5. 11. 1981).

39) Vgl. „Kommentar" 4/1980, S. 20.

fassen den Austausch militärischer Informationen, Studienbesuche, die Teilnahme an Manövern und einen „Leihverkehr" von Militärgerät[40]). Sie eröffnen der schwedischen Industrie „Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit den größten Waffenindustrien in Europa . . ."[41]) Darüber hinaus zementieren diese militanten „Geschäftsverbindungen" die Abhängigkeit des nordeuropäischen Landes von seinen großen NATO-„Partnern".

Auch Schwedens Generalstäbler werden traditionell auf NATO-Kriegsakademien vornehmlich in den USA, Großbritannien und Frankreich ausgebildet[42]). Insgesamt schulte die NATO bis Anfang der achtziger Jahre rund 100 schwedische Führungsoffiziere[43]).

Die USA nutzen die Ausbildungsprogramme zur weiteren Einbindung Schwedens in ihr global-strategisches Kalkül[44]).

Während der Aggression der USA in Vietnam arbeiteten schwedische Wissenschaftseinrichtungen und Forscher im Auftrag des Pentagons[45]). So der Arbeitsmediziner Professor Bengt Kave, der Nobelpreisträger Professor Ulf von Euler und Professor Carl Gustaf Bernhard, Sekretär der Akademie der Wissenschaften, Vorstandsmitglied der Nobelstiftung und Vorsitzender der Sven-Hedin-Stiftung[46]).

Auch nach dem Fiasko in Vietnam vergab Washington direkte Rüstungsaufträge nach Schweden. Sie beliefen sich 1978 auf 1,7 Mio. Dollar[47]). Die Bofors AB, „erste Waffenschmiede am Ort", dominiert den schwedischen Part des Waffenhandels mit den USA seit 1975[48]). Gemeinsam mit Ford Aerospace and Communications Cooperation und Westinghouse[49]) trieb Bofors die Entwicklung des für die „Eingreiftruppe" bestimmten Luftabwehrsystems DIVAD (Divisional Air Defence) intensiv voran. Nach dem Machtantritt der bürgerlichen Parteien 1976 nahm der Anteil exportierter Waffen am Gesamtexport Schwedens rasch zu. Während dieser im Zeitraum von 1973 bis 1976 um knapp 150% wuchs, expandierte der Waffenexport um rund 300 % und stellte

40) Vgl. Nfl. v. 25. 2. 1980.
41) Vgl. „Kommentar", a.a.O.
42) Dies trifft nahezu vollständig auf den gegenwärtigen Generalstab zu (vgl. „Värnplikts Nytt", 8/1981).
43) Vgl. Nfl. 26. 8. 1981.
44) Ebd. (In einem Brief an den schwedischen Heereschef Sköld offerierte der Oberbefehlshaber der US-Army, Meyer, einen weiteren Ausbildungsplatz und nennt die Konditionen: „Was noch wichtiger ist, ist unser lebendiges Bewußtsein über das Bedürfnis nach einem größeren persönlichen und fachlichen Verständnis unter den militärischen Führern einander freundschaftlich gesonnener Nationen und das Bedürfnis nach Mitwirkung seitens unserer Alliierten und Freunde hinsichtlich der Sicherheit der freien Welt". Dies erfordere, „auch die Offiziere des internationalen Austauschprogramms im Hinblick auf deren dokumentiertes fachliches Können und deren Möglichkeiten als zukünftige Führer auf nationaler Entscheidungsebene auszuwählen".)
45) Vgl. v. a. „Kommentar", a.a.O., S. 21, DN v. 27. 11. und Nfl. v. 28. 11. und 1. 12. 1978 sowie „Internationella studier", 6/1978.
46) Vgl. die detaillierten Angaben über beteiligte Institute und deren Forschungsgegenstände in: „Kommentar", a.a.O., S. 21.
47) Vgl. eine Aufschlüsselung der Summe in:ebd..
48) Bofors-Pressemitteilung, zit. n. „Ny Dag" v. 3. 7. 1981.
49) Bofors widmete sich der Weiterentwicklung seiner „bewährten" 40-Millimeter-Flak, Ford entwickelte Plattform und Feuerleitturm, Westinghouse das Radar- und Zielsuchsystem, vgl. „Veckans Affärer" v. 14. 5. 1981, Nfl. v. 22. 12. 1981 und Dan Olsson, Bofors – ett företag med krut i, in: „Kommentar", 3/1982, S. 15.

1973 einen Wert von 323 Mio., 1974 von 586 Mio., 1976 von 749 Mio., 1978 von ca. einer Milliarde und 1980 von bereits über 1,5 Mrd. Schwedenkronen dar[50]). Diese Entwicklung plazierte Schweden an die siebte Stelle auf der „Rangliste" der Weltwaffenexporteure[51]). Neben Bofors beteiligten sich v.a. LM Ericsson und Saab-Scania an dem profitablen „Geschäft mit dem Tod"[52]), der, von Stockholm sanktioniert, intensiv als Instrument des Ausgleichs der Zahlungsbilanzdefizite fungierte.

IV. „U-137" und die psychologische Aufrüstung Schwedens

In jenen Wochen nach dem Weinberger-Besuch und dessen parlamentarischem Echo, das Schwedens stille Unterodnung unter die von Präsident Reagan proklammierte Verteidigung der „freien Welt" gegen den Kommunismus mit Atombomben, Neutronen- und Gammastrahlen, Raketen und einem „demonstrativen" Erstschlag in Europa erkennen ließ, verhieß die Strandung des bei Sturm, Nacht und Nebel fehlnavigierten sowjetischen Unterseeboots „U-137"[53]) ideologischen „Entsatz". Gegen die Friedensbewegung, sowjetische Garantieofferten im Fall der Errichtung einer kernwaffenfreien Zone und die der ökonomischen Krise geschuldeten politischen Instabilität des Landes lief eine antikommunistische Medienkampagne großen Stils an[54]).

Als „Hirn" des Zusammenspiels von Regierung, Militär, Geheimdiensten und den vorherrschenden Medien fungierte wahrscheinlich das „Amt für psychologische Wehrbereitschaft"[55]). Es hat die Aufgabe, auch in Friedenszeiten ei-

50) Vgl. „Kommentar", 4/1980, S. 16-21, Björn Hagelin, Kriegsmaterielexporten fortsätter att öka! in: „Kommentar", 3/1982, S. 10-13 und Nfl. v. 6. 6. 1980.

51) Vgl. Nfl. v. 10. 3. 1981.

52) LM Ericsson und Saab-Scania exportierten u. a. das Luftüberwachungssystem „Giraffe" und das extrem langsam und niedrig fliegende Propellerflugzeug „Safari" nach Indonesien, Pakistan, Iran (zu Zeiten der Schah-Diktatur), Argentinien und an nicht näher bezeichnete afrikanische Länder, vgl. „Kommentar", 4/1980, S. 18 f. sowie für den Zusammenhang „Krise und Waffenexport" Nfl. v. 6. 6. 1980.

53) Diesen Ursachen der Havarie widersprach die schwedische Regierung nie ernsthaft. Die lokalen Wetterstationen des Meteorologischen Institutes SMHI bestätigten die schlechten Wetterverhältnisse zum Zeitpunkt des Auflaufens von U-137. (Vgl. hierzu Maj Wechselmann, Med atomvapen i lasten . . .? in: „Kommentar", 2/1982, S. 35) Auf einer Pressekonferenz am 6. November 1981 äußerte sich Kommandeurkapitän Andersson zum Zustand der Navigationsinstrumente (außer Radar) des U-Bootes: „Die Decca-Einrichtung, die die Position mit Hilfe von Funksignalen bestimmt, war alt, aber wir setzten sie in Betrieb, und sie funktionierte gut. Am Echolot fehlten Schalter und die Funkpeilung war definitiv schadhaft". (Zit. n. ebd.) Gleichfalls unbestritten blieb auch der Fakt, daß das U-Boot in aufgetauchtem Zustand, mit gesetzten Positionslaternen und lautem Dieselgeräusch im Gåsefjärden auflief und dort mindestens 12 Stunden lang mit „heulendem Motor" (DN) versucht hatte, freizukommen, ehe es von einem Fischer entdeckt wurde. In einer diplomatischen Note wies die Regierung der UdSSR den von Schweden erhobenen Spionagevorwurf zurück und betonte: „Den schwedischen Behörden wurde gestattet, die Schiffsdokumente in Augenschein zu nehmen, u. a. das Loggbuch und die Navigationsinstrumente sowie den Kommandanten, Rudergänger und Navigationsoffizier zu verhöhren. Sie konnten folglich selbst feststellen, daß das Fahrzeug unbeabsichtigt in schwedische Territorialgewässer eingedrungen war und daß das Eindringen in keiner Weise die sicherheitspolitischen Interessen Schwedens berührte", zit. n. Nfl. v. 13. 11. 1981.

54) Auf die auch über bundesdeutsche Medien verbreitete Chronologie der „U-Boot-Affäre" wird hier nur insofern rekurriert, als sie für die politische Ortung der „Affäre" relevant ist.

55) Die 14 Mitglieder ernennt die Regierung. Gegenwärtig setzt sich das „Amt" mehrheitlich aus Vertretern der Medien (Vereinigung der Zeitungsverleger, Sveriges Radio/TV – Journalistenverband) zusammen. (Vgl. Nfl. v. 25. 11. 1981).

nen hohen Verteidigungswillen zu gewährleisten und diesen gegen „gegen das Land gerichtete Aktivitäten zu immunisieren". Dazu bedient es sich der „Fachleute verschiedener Kategorien innerhalb der . . .Massenmedien"[56]). Die 1971 und 1974 abgehaltenen Übungen „Operation Jonas" und „Sala" demonstrierten seine „Psycho-Logistik", die nahezu ausschließlich den „Fall Rot" als Voraussetzung impliziert: Die Sowjetunion, die latente „äußere Bedrohung", überfällt Schweden; die „Linke", die ebenso latente „innere Bedrohung", erweist sich als „für die Verteidigung negative Kraft", ein kommunistischer Journalist als „Russenspion"[57]).

Neben jenen 200 schwedischen Elite-Soldaten, scharfe Waffen in Händen, die die Felsen in unmittelbarer Nähe des sowjetischen U-Boots besetzten, ging gleichsam auch das „Amt" in Stellung: Täglich kreuzte ein eigens für die Presse bereitgestelltes Schiff der Marine mehrmals vor dem Havaristen. Nicht selten kamen die Startbefehle für die „Viggen", die dann im Tiefflug über das U-Boot „hinwegdonnerten", direkt vom Presseboot. „Vertol"-Hubschrauber illustrierten TV-Direktübertragungen. „Landeübungen schwedischer Truppen in Kriegsbemalung (geschahen) genau unter den Augen der Journalisten und Fotografen"[58]).

Gleichzeitig initiierte die Marineführung einen PR-Feldzug für „den Offizier von morgen . . ."[59])

Ministerpräsident Thorbjörn Fälldin und Oberbefehlshaber Lennart Ljung eskalierten den Zwischenfall durch ihre Pressemitteilung, daß „das sowjetische U-Boot mit großer Wahrscheinlichkeit mit Kernwaffen bestückt war"[60]), ohne jedoch „direkte Beweise, daß sich spaltbares Material an Bord befindet", vorzulegen[61]). Bis auf den heutigen Tag blieb die „Affäre" denn auch „Streng geheim"[62]).

Die Schlagzeilen beherrschte unterdessen das politische Geschäft mit der „Gefahr aus dem Osten": „Das U-Boot hatte 10 Kilo Uran an Bord"[63]), „Wird JAS mit dem Russen fertig?"[64]), „Kommt der Russe?", „Glaube an die Sowjetunion bekam einen Knacks"[65]), „KGB-Agenten wollen infiltrieren . . . Affäre zeigt, daß eine kernwaffenfreie Zone unmöglich kontrolliert werden kann"[66]), „. . .U-Boot behindert kernwaffenfreie Zone im Norden"[67]), „Ständige Auf-

56) Zit. n. Nfl. v. 25. 11. 1981 (Diese Richtlinien formulierte der damalige sozialdemokratische Staatssekretär Eije Mossberg in den Jahren des „Kalten Krieges" 1951 bis 1953).
57) Vgl. ebd. („Operation Jonas" löste heftige Kontroversen in den Massenmedien und zwischen „kalten Kriegern" und Sozialdemokraten im „Amt" aus, die „Sala" bereinigen sollte. Das prinzipielle Feindbild blieb davon unberührt. (Vgl. ebd.).
58) Vgl. DN v. 1. 11. 1981.
59) Ebd..
60) Vgl. DN v. 5. 11. 1981.
61) Ebd..
62) Vgl. Nfl. v. 8. 12. 1981, 3. 3. 1982 und 23. 3. 1982.
63) DN v. 4. 11. 1981.
64) DN v. 14. 11. 1981 (JAS-„Jagd, Angriff, Aufklärung": wahrscheinlich neue Generation schwed. Kampfflugzeuge)
65) DN v. 15. 11. 1981.
66) DN v. 18. 11. 1981.
67) DN v. 19. 11. 1981.

klärung in der Ostsee: Auge in Auge mit der Sowjetunion"[68]), „Nach der Grenzverletzung durch das U-Boot: Spendet einen Groschen für einen neuen U-Bootjäger"[69]), „Unsere Armee eine der größten – Stärke und Schwäche zugleich"[70]), „Trotz gestiegenen Interesses und mehr Mitgliedern: Die Friedensbewegung ist erschüttert"[71]).

Die kommunistische Presse und namhafte Wissenschaftler widersprachen den schwedischen Regierungsverlautbarungen[72]) ebenso wie das dänische Boulevardblatt „BT" an die „bekannte Tatsache (erinnerte, d. Verf.), daß derartige Brocken Uran 238 als Rohstoff in einem billigen und vor allem stabilen Klein-Kraftwerk verwendet werden können und auch allenthalben zu diesem Zweck sowohl zivil als auch militärisch in der ganzen Welt genutzt werden. Das Prinzip besteht darin, daß die radioaktive Strahlung das Material erwärmt und daß die Temperaturunterschiede, die hierbei gegenüber der Umgebung auftreten, zur sog. thermoelektrischen Erzeugung von Strom genutzt werden können. In gewissen sehr großen Atomwaffen – sog. Fissions-Fusions-Fissions-Waffen – kann das friedliche Uran 238 als ‚Abschirmungsmaterial' verwendet werden . . ." Dies habe „die Phantasie des FOA in Schwung gebracht" und die Militärtechniker entgegen aller „kernphysikalischer Binsenweisheit, daß Uran 238 nicht zur Herstellung von Bomben verwendet werden kann", sondern „in einer Atombombe entweder 235 oder Plutonium vorhanden sein muß", verführt, „einen Bock zu schießen"[73]).

Eine weitere Verwendungsvariante des natürlichen Urans 238 war den Experten der Verteidigungsforschungsanstalt seit 1975 bekannt: Uran 238, von hoher Dichte, erhöht die panzerbrechende Wirkung von Torpedos[74]). Eine bereits in den ersten Tagen der „Affäre" in Auftrag gegebene Umfrage bestätigte Militär und Regierung (die CIA scheint gleichfalls involviert)[75]) in ihrer kurzfristigen Zielsetzung, Teile der schwedischen Bevölkerung zu einer neuerliche „Verteidigungsanstrengungen" bejahenden Haltung zu bewegen[76]). Marine-Chef und Oberbefehlshaber warfen sich in die „ideologische Bre-

68) DN v. 21. 11. 1981.
69) DN v. 24. 11. 1981.
70) DN v. 29. 11. 1981.
71) „Svenska Dagbladet" v. 30. 11. 1981.
72) So beispielsweise Herbert Scoville, A-Waffenexperte und Ex-CIA-Vizedirektor: „wären Atomwaffen an Bord gewesen, so hätte man . . . andere Uranisotopen registriert. Die vorliegenden Angaben . . . ergeben keinen Sinn" („Information" v. 7./8. November 1981; vgl. auch „Land og Folk" v. 11. 11. und Nfl. v. 12. 11. 1981); der US-Kernforscher Dr. Georg Rathjens: „Die Messungen sind bedeutungslos" („Extra Bladet" v. 6. 11. 1981); ein SIPRI-Forscher: „Auch wenn Uran 238 Gammastrahlen absorbiert, kann ich nicht verstehen, daß Uran 235 oder Plutonium . . . keine Signale abgaben . . ." (Nfl. v. 13. 11. 1981); der finnische Atomphysiker Dr. Bruno Bärs: „ . . . ganz und gar zu geringe Mengen Uran 238, um spaltbares Material absorbieren zu können" (ebd. und Nfl. v. 18. 12. 1981); der an den Messungen beteiligte Dozent am Physikalischen Institut der Universität Lund, Ragnar Hellborg, dementierte die verbreitete Mengenangabe von Uran 238 (Vgl. Nfl. v. 13. 11. 1981).
73) BT v. 16. 11. 1981 (FOA-Forschungsanstalt des Verteidigungsministeriums.
74) Vgl. Åke Persson, Pansarprojektiler av uran „slår igenom", in: „FOA tidningen", Nr. 4/1975, zit. n. Nfl. v. 12. 1. 1982.
75) Vgl. „Aftonbladet" (AB) v. 6. 11. 1981: „Der Tip kam von der CIA. Die Zusammenarbeit zwischen der CIA und den schwedischen Geheimdiensten ist dokumentiert. Der alte Oberbefehlshaber, Stig Synnergren, pflegte das immer mit der Wendung ‚eine Hand wäscht die andere' auszudrücken".
76) Vgl. DN v. 7. 11. 1981.

sche" und verlangten eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes[77]). Schon Ende November kündigte Ministerpräsident Fälldin „zusätzliche Anstrengungen" im Verteidigungsbereich an[78]), die sich in dem Regierungsvorschlag niederschlugen, in den kommenden fünf Jahren insgesamt 83,05 Mrd. Kronen für den Militäretat zur Verfügung zu stellen[78a]). Schwedens Reichstag bewilligte die Vorlage nur unwesentlich modifiziert am 4. Juni[78b]).

Und während „tief in den småländischen Wäldern . . .eine Sammelaktion gestartet wurde, um unserem Land wenigstens einen neuen U-Bootjäger zu kaufen" (zwölf sind avisiert)[79]), beschloß die bürgerliche Reichstagsmajorität, kaum beachtet, eine Novellierung des Spionage-Paragraphen. War bislang als „Spion" zu bestrafen, wer Angaben beschaffte, die die „Sicherheit des Reiches" gefährden, so stehen künftig das Sammeln von Informationen unter Strafe, die die „Gesamtverteidigung" schwächen, sowie Personen, die Geld und „Unterstützung aus dem Ausland" erhalten, „um durch Herausgabe oder Verbreitung von Schriften oder auf andere Weise die öffentliche Meinung in Fragen zu beeinflussen, die die Grundlagen der Staatsform des Reiches" berühren[80]).

Nur wenige Tage darauf begann ein spektakulärer Spionageprozeß gegen den SIPRI-Forscher Owen Wilkes (und die gesamte schwedische Friedensbewegung). Ihm wird vorgehalten, offiziellem Pentagon-Kartenmaterial Angaben über schwedische Luftwaffenbasen und „Feuerleitstellen" entnommen und diese um eigene Beobachtungen während einer Fahrradtour ergänzt zu haben[81]).

Eine weitere Fortsetzung fand die „U-Boot-Affäre" vor der Generalversammlung der UN. Während der Abstimmung über ein von der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten vorgeschlagenes „Verbot der nuklearen Neutronenbombe" enthielt sich Schwedens Delegierter der Stimme, obwohl Stockholm Reagans Beschluß zur Produktion der Bombe verurteilt hatte. Die „U-Boot-Affäre", so die Begründung, habe „ernste Probleme mit der Glaubwürdigkeit" der Sowjetunion aufgeworfen[82]).

Im unmittelbaren Vorfeld der Reichstagswahlen überraschten führende Militärs mit der Mitteilung, der Verteidigungsstab gehe insbesondere nach dem „U-Boot-Zwischenfall" davon aus, daß eine fremde Macht" Kriegsvorberei-

77) Vgl. ebd. und Nfl. v. 26. 1. 1982.
78) Vgl. „Der Tagesspiegel" v. 20. 11. 1981.
78a) Vgl. Nfl. v. 25. 2. und 10. 3. 1982 (Im April kündigte Oberbefehlshaber Ljung an, Schweden werde seine Bereitschaft, auf einen überraschenden Angriff reagieren zu können, mit zusätzlichen 44 Millionen Kronen erhöhen, vgl. Nfl. v. 22. 4. 1982).
78b) Telefonische Auskunft der Pressestelle des schwedischen Reichstags vom 26. 10. 1982.
79) Vgl. DN v. 24. 11. 1981.
80) Zit. n. Nfl. v. 30. 11. 1981 (Der Paragraf wurde mit 155 Ja- zu 154 Nein-Stimmen in die Strafbestimmungen aufgenommen).
81) Vgl. Nfl. v. 3. 12. sowie zum weiteren Prozeßverlauf Nfl. v. 4. und 18. 12. 1981, 25. 1., 15., 17. 2., 14., 28., 30. 4., 4. und 7. 5. 1982.
82) Vgl. Nfl. v. 27. 11. 1981.

tungen gegen Schweden[82a]) betreibe. Zudem verletzten immer mehr „unbekannte U-Boote" die territoriale Integrität des Landes[82b]). Die wohl aufwendigste[82c]) und, wie es der Zufall wollte, auch zum Zeitpunkt des Regierungswechsels in Stockholm anhaltende Jagd nach dem vorerst letzten von der Marineführung vor der streng-geheimen Basis von Muskö (Weinberger war dort ein- und ausgegangen) georteten „fremden U-Boot" wurde kürzlich, ohne die zunächst so sichere Beute im Netz zu haben, abgeblasen. Angesichts der von den zahlreichen zur Explosion gebrachten Wasserbomben an die Oberfläche gespülten verrosteten Fahrräder und Kühlschränke sowie zweier, nicht etwa von flüchtenden russischen U-Boot-Fahrern, sondern ziemlich gewöhnlichen einheimischen Automardern geknackter Fernlaster[82d]), einigten sich Militärs und bürgerliche Presse wieder auf die seit der Strandung von U-137 geläufige Formel: „Wir haben klare Beweise, aber die können wir nicht vorzeigen."[82e])

Die jetzt abgewählte Regierung (Außenminister Ullsten bestätigte die Spekulationen offiziell) dachte offenbar auch an eine Revision ihrer Einstellung zu einem atomwaffenfreien Skandinavien[83]). Die parallel zu den Anfang des Jahres und Mitte September in Nordnorwegen, dänischen Gewässern und der Ostsee abgehaltenen NATO-Manöver „Yellow Express" und „Northern Wedding" befohlenen Übungen der schwedischen Streitkräfte „Nordlicht" und „Südfront" signalisieren augenfällig die bisherige Bereitschaft Stockholms, das Gefühl der Zugehörigkeit zum „Kulturkreis der westlichen Demokratien" mit dem Donner der Kanonen zu untermalen[84]).

V. Hoffnung Friedensbewegung

Sowohl in dem für die Nordflanke als Aufmarschraum gegen die nordwestliche Sowjetunion strategisch erstrangigen Norwegen als auch in Schweden und in den übrigen skandinavischen Ländern Dänemark, Finnland und Island haben die nationalen Friedensbewegungen in jüngster Zeit einen beachtlichen quantitativen wie qualitativen Aufschwung genommen. Ihre politische Wirksamkeit erhöhte sich. Dies schuf im wesentlichen neue, günstigere Voraussetzungen für koordinierte nordeuropäische Friedensaktivitäten. Als ihr vorrangiges Ziel proklamierten die Bewegungen die Schaffung einer zu-

82a) Vgl. Nfl. v. 2. 8. 1982.
82b) Vgl. Nfl. v. 23. 9. 1982.
82c) Eingesetzt waren wenigstens 31 Schiffe der Marine, 16 Hubschrauber und eine unbekannte Zahl von Aufklärungsflugzeugen. Gezündet wurden rund 50 Wasserbomben. Ein höherer Militär schätzte die Kosten der U-Boot-Jagd auf rund 100 Mio. Schwedenkronen. Zum Vergleich: Die von der UdSSR umgehend beglichene Rechnung der Bergung von U-137 belief sich auf 1 414 Mio. Kronen. (Vgl. Nfl. v. 15. 10. 1982).
82d) Vgl. „Expressen" v. 11. 10. 1982.
82e) So Kommandörkapitän Sven Carlsson gegenüber der Presse, vgl. Nfl. v. 19. 10. 1982 (Auf dem Höhepunkt der „Jagd" hatten z. B. die unter gleichem Dach erscheinenden Blätter „Expressen" und „Dagens Nyheter" „gemeldet": „U-Boot-Drama: Truppen werden gefechtsbereit gemacht" / „Ausländischer Experte: Die Sowjetunion bereitet Krieg vor.")
83) Ebd., vgl. auch Gert Greune, Sicherheit durch atomwaffenfreie Zonen? in: „Blätter", 4/1981, S. 422.
84) Vgl. Nfl. v. 5. 2. , 2., 3., 5. und 9. 3. und 22. 9. 1982.

nächst auf Skandinavien begrenzten Zone ohne nukleare Massenvernichtungswaffen[85]).

Der Brüsseler „Raketenbeschluß", der waffenstarrende Machiavellismus Washingtons und die massiven Versuche, skandinavische Länder für die Realisierung der US-Globalstrategie auszuheben sowie die seitdem erheblich gesenkte Risikoschwelle eines weltweiten Atomkrieges dürften das Friedens engagement der Skandinavier mehr denn je herausgefordert haben. Wankelmut, der Kotau führender bürgerlicher und sozialdemokratischer Politiker vor Ronald Reagan und die als Folge zunehmender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Krisenerscheinungen sowie wachsender Rüstungslasten verfügte Senkung des Lebensstandards rückten überdies verstärkt die Erkenntnis in das Bewußtsein breiter sozialer Schichten, „lieber heute für den Frieden aktiv als morgen radioaktiv zu sein"[86]). Die traditionelle Arbeiterkonferenz der Ostseeanrainer, Norwegens und Islands, die Friedenskonferenz nordischer Gewerkschafter, die Internationale Konferenz gegen das Wettrüsten, für Abrüstung in Europa, der Friedensmarsch Kopenhagen – Paris, das skandinavische Jugendmeeting, das Konsultativtreffen nordeuropäischer Friedensbewegungen, und die seit dem Frühjahr 1981 in Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland durchgeführte Unterschriftenaktion „Für einen atomwaffenfreien Norden" sowie das Nordische Friedenstreffen im Mai und der Friedensmarsch Stockholm-Minsk vertieften den Verständigungsprozeß der Friedensbewegungen Nordeuropas, verliehen ihren Forderungen Nachdruck.

Ein positives Echo lösten die Äußerungen des sowjetischen Staatschefs Breschnew aus, sein Land sei bereit, „die Verpflichtung über die Nichtanwendung von Kernwaffen gegen Länder zu übernehmen, die Teilnehmer der atomwaffenfreien Zone werden". Die von Brschnew angekündigte „mögliche Prüfung der Frage auch einiger anderer Maßnahmen hinsichtlicht unseres eigenen Territoriums in dem Raum . . ., der an die kernwaffenfreie Zone im Norden Europas grenzt"[87]), brachte ebenso ein qualitativ neues Moment in die Debatte ein wie der Vorschlag des finnischen Staatsministers Kalevi Sorsa, die skandinavischen Länder mögen die Möglichkeit zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Nordeuropa prüfen: „. . . . Nordeuropa sollte auf eigene Initiative hin versuchen, seine Sicherheit zu erhöhen ohne Gesamteuropäische Abmachungen abzuwarten . . ."[88]).

Zur Jahreswende 1980/81 bestimmte die „Aktion gegen die Waffendepots" das Bild der norwegischen Friedensbewegung. Auf einer im Februar 1981 abgehaltenen Konferenz stellte die Aktion den Kampf gegen die atomare Aufrüstungspolitik der NATO und USA in den Vordergrund und rief zum Engage-

85) Zur „Ideengeschichte" derartiger Zonen vgl. Gert Greune, a.a.O., S. 413-415 (In Skandinavien wurden bislang 2,5 Mio. Unterschriften gesammelt und am 1. Juni dem finnischen Staatspräsidenten Koivisto übergeben, vgl. Nfl. v. 4. 6. 1982).

86) „Hellre fredsaktiv idag än radioaktiv i morgon", Losung des Schwedischen Friedenskomitees.

87) Zit. n. DW v. 30. 7. 1981.

88) Interview der schwedischen Nachrichtenagentur TT mit Kalevi Sorsa, zit. n. Nfl. v. 21. 5. 1982.

ment in dem Bündnis „Nei til atomvåpen" („Nein zu Atomwaffen") auf. Zu dessen Trägern zählt neben politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens das Norwegische Friedenskomitee[96]). Anläßlich der gemeinsam mit den schwedischen Friedenskräften initiierten Unterschriftenaktion für eine atomwaffenfreie Zone appellierte „Nei til atomvåpen" an Regierung und Storting, „die Anwendung von Atomwaffen von und auf norwegischem Territorium nicht zuzulassen (und) aktiv für die vertraglich fixierte Errichtung einer kernwaffenfreien Zone" zu arbeiten[97]). Diese Forderung entspricht dem Willen der Mehrheit des norwegischen Volkes[98]). Auch eine Lagerung fremden Kriegsgerätes lehnen 79% aller Norweger ab[99]).

Das vom Kongreß der Gewerkschaftszentrale LO (Landsorganisasjonen) im Frühjahr 1981 gegen die traditionell vorherrschende Linie gefällte Votum für ein Skandinavien ohne Kernwaffen stärkte die Friedensbewegung[100]). Bereits im Jahr zuvor hatten sechs norwegische Gewerkschaftsvorsitzende für einen Beitritt des Landes zu einer derartigen Zone plädiert: Eine Verteidigung „mit Atomwaffen gegen Atomwaffen (ist) nicht möglich"[101]). Der Kampf um die Durchsetzung des atomwaffenfreien Status wurde deshalb als wichtige Aufgabe der Arbeiterbewegung bezeichnet[102]). Dem Druck der USA dürfe sich Norwegen nicht beugen[103]).

Mit dem im März vorgelegten Vorschlag eines „Vertrages über atomwaffenfreie Zonen in Skandinavien und Europa" durch den ehemaligen Seerechtsminister Norwegens, Sonderbotschafter Jens Evensen, fanden die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Entspannung, Abrüstung und Frieden erstmals eine völkerrechtlichen Normen entsprechende Konkretion. Der Vertragsentwurf charakterisiert international effektiv kontrollierte kernwaffenfreie Zonen „als eine wichtige Maßnahme zur Erlangung allgemeiner und vollständiger Abrüstung". Er fixiert sowohl die Verpflichtung der Teilnehmerstaaten Dänemark, Finnland, Norwegen, und Schweden sowie anderer der Vereinbarung beitretender Länder, spaltbares Material und kernphysikalische Anlagen und Einrichtung zu ausschließlich friedlichen Zwecken zu nutzen und der „Erprobung, Anwendung, Produktion und Anschaffung . . ., Aufnahme oder Lagerung . . . von Kernwaffen . . . " vorzubeugen und diese zu verhindern als auch eine Garantieerklärung der „Atommächte" Großbritannien, USA, Frankreich, China und UdSSR, „den Status atomwaffenfreier Zonen voll und ganz zu respektieren" und auf „Anwendung oder direkte oder

96) Vgl. Fri. v. 9. 7. 1981.
97) Vgl. DW v. 7. 5. 1981.
98) Im Mai 1981 gaben 63,4 % und im Juli 69 % aller Norweger ihr Plazet für eine atomwaffenfreie Zone, vgl. DW v. 7. 5. u. 21. 7. 1981.
99) Vgl. DW v. 8. 10. 1981.
100) Vgl. DW v. 9. 7. 1981.
101) Vgl. Nfl. v. 8. 4. 1981.
102) Vgl. DW v. 4. 3. 1981.
103) Vgl. DW v. 30. 7. 1981.

indirekte Drohung mit der Anwendung von Kernwaffen" gegenüber den Staaten der Zone zu verzichten.[104]).

Das im April 1981 beschlossene Aktionsbündnis der bedeutendsten Friedensorganisationen Schwedens erhöhte auch die politische Durchschlagkraft der dortigen Bewegung[105]). Die von dem Bündnis propagierte und organisierte Unterschriftensammlung „Für einen atomwaffenfreien Norden" unterstützten über 750 000 Schweden[106]). In einem an Reichstag und Regierung gerichteten Memorandum traten die Friedenskämpfer für diplomatische Initiativen zum Verbot der Stationierung von Kernsprengsätzen in Skandinavien, zur Respektierung einer kernwaffenfreien Zone durch die Atomwaffenmächte und für die Einsetzung einer internationalen Kontrollkommission zur Überwachung der Region ein. Die prinzipielle Befürwortung internationaler Gespräche über die Bildung der Zone durch den schwedischen Reichstag konnte das Bündnis als Resultat seiner „Offensive" verzeichnen[107]).

Während die Unterschriftenkampagne ohne Zweifel resignativen und spalterischen Tendenzen in der Friedensbewegung entgegenwirkte und neue Teile der Bevölkerung „friedensaktivierte", appellierten 134 habilitierte Mediziner und die Vorsitzenden der Ärzteorganisationen „Ärztebund" und „Ärztegesellschaft" an ihre Kollegen, die atomare Bedrohung in allen Bereichen ihrer Tätigkeit zu bekämpfen. Dem Beispiel der sowjetisch-amerikanischen Mediziner-Initiative „International Physicians for the Prevention of Nuclear War" folgend, erklärten sie es als „letztlich eine Frage der Präventivmedizin, die größte Gefahr, der die Welt jemals ausgesetzt war", zu bannen[108]). Die im Dezember gegründete „Vereinigung schwedischer Ärzte gegen Atomwaffen" schloß erstmals in der Geschichte der schwedischen Medizin Ärzte zusammen, die den Gegenstand ihrer Wissenschaftsdisziplin bewußt in den Kontext aktueller gesellschaftlicher Auseinandersetzungen stellen und zum „Eingreifen" auffordern[109]).

Ihre Initiative griffen Künstler[110]), Ingenieure[111]), Techniker [112]), Journalisten[113]), Geistliche[114]) und Spitzensportler (mit einer vom Polarkreis nach Göteborg führenden „Friedensstafette")[115]) auf.

104) Zit. n. Fri. v. 11. 3. 1982, vgl. den Wortlaut des Entwurfs in Fri. vom 11., 16. und 18. 3. 1982.
105) Das Bündnis umfaßte folgende Organisationen: Schwedisches Friedenskomitee, Schwedische Vereinigung für Frieden und Ausgleich, Linksverband schwedischer Frauen, Christliche Friedensbewegung, Internationaler Frauenkampf für Frieden und Freiheit, Frauenkampf für Frieden und Volkskampagne gegen Atomenergie, vgl. Nfl. v. 13. 5. 1981.
106) Vgl. Nfl. v. 4. 6. 1982.
107) Vgl. DW v. 5. 6. 1981.
108) Vgl. „Läkaretidning", Nr. 48/1981.
109) Vgl. Nfl. v. 7. und 8. 12. 1981.
110) Vgl. Nfl. v. 5. 3. und 14. 5. 1982.
111) Vgl. Nfl. v. 19., 20. und 27. 4. 1982.
112) Vgl. Nfl. v. 27. 4. 1982.
113) Vgl. Nfl. v. 27. 4., 7. und 12. 5. 1982.
114) Vgl. Nfl. v. 27. 4. 1982.
115) Vgl. Nfl. v. 20. 4. 1982.

Ähnlich der Entwicklung der Friedensbewegung in Norwegen konsolidierte sich deren Einfluß in Schweden durch das Engagement der Arbeiterorganisationen für Abrüstung, Entspannung und die Realisierung eines kernwaffenfreien Nordens[116]). Zeichen setzte die schwedische Bewegung mit dem Ende Januar in Stockholm abgehaltenen „Volksreichstag für Abrüstung". Sowohl hinsichtlich seiner breiten gesellschaftlichen Repräsentanz als auch der Konkretion der Entschließungen rechtfertigte er den Namen. Mit diesem Forum knüpfte die Friedensbewegung an die Erfahrungen der von der politischen Arbeiterbewegung um die Jahrhundertwende im Kampf um das allgemeine Wahlrecht lancierten Idee eines „Volksreichtstags" an, die sich gleichermaßen zu einer Volksbewegung entwickelte. Diese mobilisierte auch Teile der Mittelschichten und des fortschrittlichen Bürgertums[117]).

Die Delegierten des diesjährigen „Volksreichstages" – der zweite seit 1978 – forderten die Regierung des Landes u.a. auf, dem Vorschlag eines umfassenden Waffenmoratoriums zur Erleichterung von Abrüstungsverhandlungen zuzustimmen, sich auf der UN-Abrüstungssondertagung bereitzufinden, ihre Rüstungsausgaben um jährlich fünf Prozent zu senken und ein „Friedensministerium" einzurichten, das sich der Umstellung militärischer auf zivile Produktion, Friedenserziehung und Friedensforschung widmet[118]).

Der „Volksreichstag" unterstützte insbesondere Resolutionen, die sich gegen die von den USA verfolgte Strategie eines auf Europa begrenzten Atomkrieges, die Produktion, Stationierung und Anwendung der Neutronenbombe aussprachen und die Forderung nach einem atomwaffenfreien Skandinavien erhoben[119]), das „als Endziel Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark und Island sowie die selbstverwalteten Gebiete Ålands und der Färöarna umfassen" soll[120]).

Der Stockholmer „Volksreichstag", das im Mai in Göteborg durchgeführte „Nordische Friedenstreffen" mit über 100 000 Teilnehmern und der diesjährige Friedensmarsch Stockholm-Minsk demonstrierten die großen Potenzen auch der nordeuropäischen Friedensbewegungen: Sie basieren gerade auf der Heterogenität des organisatorischen und politischen Spektrums[121]), die die Homogenität des gemeinsamen Ziels Frieden wesentlich prägt.

Die Entwicklung der beiden skandinavischen „Flankenländer" Norwegen und Schweden zu Schlüsseln in Händen der NATO und der USA, die der

116) So unterstrich der Kongreß der schwedischen Gewerkschaftszentrale (LO) die besondere Verantwortung der Arbeiterbewegung, „die Rüstungsspirale zu stoppen und für Frieden und Entspannung zu arbeiten", vgl. Nfl. v. 23. 9. 1981. Auf dem Parteitag der Sozialdemokraten (SAP) bekräftigte Olof Palme das „unbedingte Ja" der Partei zur „Errichtung einer kernwaffenfreien Zone als Teil der Anstrengungen zur Erlangung eines kernwaffenfreien Europa", vgl. Nfl. v. 28. 9. 1981.

117) Vgl. Knut Bäckström, Arbetarrörelsen i Sverige. Första boken, Stockholm 1977, S. 249-256.

118) Vgl. Nfl. v. 26. 1. 1982.

119) Vgl. Nfl. v. 25. 1. 1982.

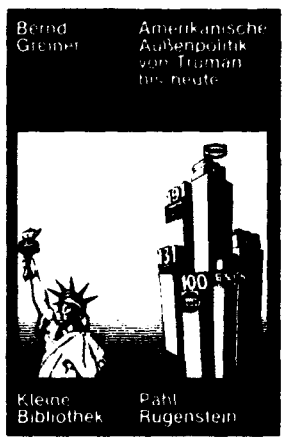
120) Ebd.

121) Den „Volksreichstag" repräsentierten neben den „bekannten" Friedensorganisationen die Arbeiterbewegung, die Freikirchliche Bewegung, Bildungsorganisationen, die Jugendbewegung und die Ökologiebewegung, vgl. ebd..

atomaren Globalstrategie das Tor nach Osten öffnen sollen, hat vor dem Hintergrund der tiefgreifenden und permanenten Krise der schwedischen und norwegischen Wirtschaft bedrohliche Züge angenommen. Die bislang eher konservativen Versuche einer politischen Lösung kulminierten in Schweden in einer bedingungslosen, die Neutralität des Landes verletzenden Kooperationsbereitschaft der bürgerlichen Regierungskoalition mit den „Kriegsgöttern" in Washington und der Einschränkung demokratischer Freiheiten durch die bürgerliche Reichstagsmehrheit, in Norwegen in der Bildung des „genuin" konservativen, den USA dienstbaren Kabinetts Kåre Willoch. Dieser doppelte Kniefall an der Nordflanke hat das Dilemma der beiden „kleinen" Länder erneut zugespitzt. Entspricht es einerseits ihrem legitimen Sicherheitsinteresse, sich nicht in die von US-Präsident Reagan verfolgten globalen Kreuzzugspläne gegen den „Kommunismus" einbeziehen zu lassen, so ist ihnen andererseits alles Antikommunistische ideologische „Stütze der Gesellschaft" und zugleich Ausdruck des Zugehörigkeitsgefühls zum „Kulturkreis der westlichen Demokratien".

Der durch unterschiedliche politische Positionen gestärkte Konsens einer in der Tat von den Völkern Skandinaviens getragenen Friedensbewegung, angetreten, um „eine Entwicklung zu verändern und zu beeinflussen, die der Menschheit aus den Händen zu gleiten und uns alle ... mitzureißen droht"[122]), begründet umso mehr die Hoffnungen auf Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt, über Skandinavien hinaus. Die neue Regierung Palme hat bereits kurz nach Amtsantritt mit ihrer Wiederaufnahme des Themas „atomwaffenfreie Zone" ein ermutigendes Zeichen gesetzt.

122) Vgl. die Rede des Stellvertretenden UN-Generalsekretärs und Vorsitzenden der Abrüstungskommission, Jan Mårtensson, vor dem „Volksreichstag", zit. n. Nfl. v. 25. 1. 1982.



Grundsatzdebatten und Strategiediskussionen
235 Seiten, DM 14,80

Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR
Eine Dokumentation
229 Seiten, DM 14,80

Die Zukunft der Arbeit

Bericht vom Bielefelder Kongreß über „Wege aus Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung"

Von Joachim Eisbach

Vom 8. bis 10. Oktober dieses Jahres fand in der Universität Bielefeld ein Kongress über die „Zukunft der Arbeit – Wege aus Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung" statt, zu dem ein Trägerkreis, bestehend aus Grünen, Jusos, Judos, Demokratischen Sozialisten und Alternativen, eingeladen hatte. Darüber hinaus wurde der Kongress unterstützt von einer Vielzahl weiterer Organisationen und Einzelpersonen. Ca. 2000 Teilnehmer diskutierten die verschiedenen Aspekte des Kongressthemas in zwei Plenarveranstaltungen sowie rd. 30 Arbeitskreisen.

Auf der einführenden Podiumsdiskussion führte *Prof. Rudolf Hickel*, Universität Bremen, aus, daß unter kapitalistischen Vorzeichen eine sinnerfüllte menschliche Arbeit keine Zukunft haben könne. Die in der herrschenden Wirtschaftspolitik gestellten Fragen zielten stets nur auf die Wachstumschancen und -bedingungen der kapitalistischen Ökonomie. Menschliche Arbeit sei hierin nur Mittel zum Zweck, deren Inhalt und Umfang von der wirtschaftlichen Entwicklung determiniert werde. Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist gegenwärtig von anhaltender Stagnation, die mit einer massiven Umverteilung zugunsten der Rüstungswirtschaft und einer Einschränkung der Lebensverhältnisse breiter Bevölkerungskreise verbunden ist, gekennzeichnet.

Die Massenarbeitslosigkeit schließt einen Teil der Erwerbstätigen von Arbeit aus und unterwirft die noch in einem Arbeitsverhältnis Stehenden einer verschärften Ausbeutung. Die angebotstheoretisch geprägte Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten Jahre hat der stagnativen Entwicklung nicht entgegengewirkt, sondern ist ihr durch Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau gefolgt.

Hickel sah in seinem Statement folgende Prinzipien für eine Alternativökonomie als grundlegend an:
1. Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Umweltzerstörung können nicht isoliert voneinander oder gar gegeneinander bekämpft werden.
2. Langfristige gesellschaftspolitische Zielvorstellungen sind ohne die Angabe kurzfristiger Schritte, die in der Realität der sozialen Bewegung fußen, nicht zu verwirklichen.
3. Die Alternativökonomie muß über ein gesamtwirtschaftliches Konzept verfügen. Eine – wie auch immer vorgenommene – Aufspaltung der Gesellschaft verfehlt ihr Ziel.

Rudolf Hickel schloß mit Stichworten zu Forderungen einer alternativen Ökonomie:

„1. Entwickelt werden muß eine Vorstellung über eine produktive Basis, die insoweit qualitativen Anforderungen entspricht als ökologische, soziale und arbeitsplatzspezifische Kriterien berücksichtigt werden. Die Grenzen des Wachstums, die sich jetzt angesichts der Stagnationsphase anbieten, bilden keinen Anhaltspunkt für einen qualitativen Wachstum- und Entwicklungstyp, bei dem auch die Umverteilung der Produktion von der Rüstungs- zur Zivilwirtschaft im Vordergrund steht. *Was wie für wen wachsen soll,* das muß einem bedarfsorientierten Entscheidungsprozeß überantwortet werden. Das ist der Kerngedanke, der sich mit der Forderung nach einem qualitativen Entwicklungstyp verbindet. Voraussetzung dafür ist jedoch der Ausbau demokratisierter Entscheidungsstrukturen, innerhalb derer sich der Gebrauchswert der Produktion Geltung verschaffen kann. Durch Veränderung der Produktionsformen über Mitbestimmung und Demokratisierung müssen gebrauchswertorientierte Produktionsmuster gesichert werden. Diese prinzipielle Orientierung macht es möglich, gegenüber der Massenarbeitslosigkeit, der Umweltzerstörung und dem Sozialabbau kurzfristig eine alternative Wirtschaftspolitik umzusetzen. Die gewerkschaftliche Forderung nach gebrauchswertorientierten öffentlichen Investitionsprogrammen in gesellschaftlichen Mangel- und Notbereichen weisen in die richtige Richtung.

Wer Energie einsparen will, der braucht enorme, politisch kontrollierte Produktionsanstrengungen in diesem Gebiet (Recycling, Fernwärme, regenerative Energie). Wer bessere Lebens- und Umweltverhältnisse will, der kann nicht zusehen, wie durch die Krise Produktionskapazitäten, die für diese Aktivitäten genutzt werden müssen, zerschlagen werden. Darauf zielt eine kurzfristige, ökologisch verträgliche Beschäftigungspolitik, die auf die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie zielt und auch richtige Investitionsfelder schafft. Über die öffentlichen Haushalte müssen die Finanzmittel auf diese Ziele bei entsprechender Umstrukturierung der Ausgaben umgeschichtet bzw. mobilisiert werden (Ergänzungsabgabe).

2. Schon auch deshalb, weil eine Strategie qualitativen Wachstums allein Vollbeschäftigung nicht sichern kann, bedarf es einer aktiven Politik der Arbeitszeitverkürzung. Dies ist der gesellschaftliche Sinn des technischen Fortschritts. Über die einzelnen Instrumente will ich mich hier aus Zeitgründen nicht äußern; dies ist ein Thema einer Arbeitsgruppe.

Ökonomische Gründe sprechen für einen vollen Lohnausgleich bei der Arbeitszeitverkürzung. Wenn die Arbeitszeitverkürzung – so etwa fordert es zu Recht Johannes Berger – den Spielraum für alternative Eigenarbeit in der Freizeit erweitern soll und diese eben gerade nicht entlohnt wird, dann muß man einen vollen Lohnausgleich fordern. Ansonsten bleibt die alternative Entfaltung gegenüber der Erwerbsarbeitszeit von den Einkommensverhältnissen abhängig und der Industriearbeiter etwa kann nicht teilnehmen bzw. wird wegen Reallohnsenkung und Sozialabbau in die Schwarzarbeit abgedrängt.

3. Gerade die Arbeitszeitverkürzung macht es erforderlich, die Förderung von Aktivitäten außerhalb der Erwerbsarbeit voranzutreiben, denn nur so kann einer geisttötenden Kommerzialisierung der Freizeit entgegengewirkt werden. Bei gesamtgesellschaftlicher Garantierung von Wohlfahrtszielen lassen sich neue Organisationsformen zu deren Realisierung diskutieren.

Die Zukunft der Arbeit wird dann nur Zukunft haben, wenn sich eine Strategie der Alternativökonomie auf alle Bereiche der Produktion ausrichtet und damit humane Lebens-, Umwelt- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden.

Unter dieser Zielsetzung ergänzen sich Gewerkschafts- und Umweltbewegung; sie stehen sich nicht unvermittelbar gegenüber."

Die die Ökologie-Bewegung bisher kennzeichnende Beschränkung auf außerbetriebliche Fragen sowie ihre Fixierung auf staatliche Institutionen als Adressat ihrer Forderungen griff *Jo Leinen,* Bund Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), in seinem Statement auf. Nur die Verbindung von ökologischen und sozialen Fragen, nur die Überwindung der Spaltung zwischen Arbeiter- und Ökologiebewegung könne einen wirksamen gesellschaftlichen Sprengsatz schaffen. Es komme daher darauf an, klar zu machen, daß die Ausbeutung von Mensch und Natur ihre Ursachen gleichermaßen im kapitalistischen Wirtschaftssystem hat. Für die Ökologiebewegung ergibt sich daraus, ein Beschäftigungs- und Investitionsprogramm zu entwerfen, daß sowohl der Schaffung neuer Arbeitsplätze – hier habe die Ökologiebewegung einiges nachzuholen – als auch ökologischen Gesichtspunkten sowie den gestiegenen Anforderungen an die Lebensqualität Rechnung trägt. Ein solches ökologisches Investitionsprogramm habe zu umfassen:

1. Umverteilung der Arbeit auf alle durch Arbeitszeitverkürzung.
2. Ein Investitionsprogramm mit dem Ziel, die Produktion auf ökologisch neutrale Kreisläufe umzustellen, vermehrt regenerierbare Energiequelle zu nutzen, den öffentlichen Verkehr auszubauen, den Einsatz von Chemie in der Landwirtschaft zurückzudrängen, Schadstoffemissionen zu reduzieren, Abfall verstärkt wiederzuverwenden.
3. Neben Versuchen für die Betriebe neue Organisationsformen zu finden, behält die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft ihren hohen Stellenwert.
4. Die Finanzierung eines ökologischen Investitionsprogramms kann über Haushaltsumstrukturierungen, steuerpolitische Maßnahmen sowie die Senkung der Rüstungsausgaben erfolgen.

Die Vielzahl der gemeinsamen Forderungen von Gewerkschaften und Ökologiebewegung, so schloß Leinen, sollte beide zusammenführen können, wodurch eine gesellschaftliche Gegenmacht entstünde, die sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Umweltzerstörung beenden könne.

Anhand eines fiktiven Lebenslaufs eines 50jährigen Buchhalters veranschaulichte *Rainer Trampert,* Grün-Alternative Liste (GAL) und Betriebsrat bei Texaco in Hamburg, die Unsinnigkeit einer Trennung von sozialen und ökologischen Fragen:

„Sie setzen den 50jährigen an das Ende einer Verkabelung – den Bildschirm – und lassen ihn tippen, immer die gleichen Zahlen in der gleichen Reihenfolge, immer schneller, weil der Konzern täglich eine Bilanz seiner Geschäfte haben will. Die Fehler, die er macht, lassen sich nicht mehr unbeobachtet korrigieren, weil ein Vorgesetzter auch einen Bildschirm hat und die Fehler abrufen kann. Andere sind schneller und machen weniger Fehler, er ist besonders gefährdet. Ihm droht ein völlig neues Leben zum zweiten Mal – nach Automaten jetzt die Arbeitslosigkeit. Aber ein Hafen soll ausgebaut werden, um Arbeitsplätze zu sichern. Er versteht nicht, was das mit seinem Arbeits-

platz zu tun hat, aber er hört, daß dafür zwei Dörfer dem Boden gleichgemacht werden sollen. Morgens und abends reiht er sich ein in die stinkende Autokolonne und landet in einer Siedlung, die ihm die Umgebung für einen Spaziergang genommen hat. Das macht ihn krank und Krankheiten lassen sich schlechter auskurieren, weil andere auf seinen Arbeitsplatz warten und vielleicht bald wegen der Karenztage. Ihm wird mit einem schier unerschöpflichen Angebot an Tabletten geholfen. Vorm Fernseher erfährt er abends, daß seine Rente später gefährdet sein wird. Schon jetzt werden die Erhöhungen um ein halbes Jahr verschoben, dasselbe soll mit seinem Lohn passieren. Er hört, daß die wahren Ausbeuter unseres Sozialsystems die Aussteiger sein sollen, und er fragt sich: wenn alle Aussteiger kämen, wer dann an ihrer Stelle auf die Straße müßte, wo es doch schon 2 Millionen Zwangsaussteiger gibt, und ob die neue Regierung auch ihn zum Ausbeuter erklären würde, wenn er dabei wäre.

Am Wochenende muß er weitere Strecken fahren, der Fluß, in dem seine Eltern badeten, ist umgekippt, Fische schwimmen mit ihren Géschwüren oben und werden vom naheliegenden Atomkraftwerk ins Kühlsystem gezogen. Zur Zeit gerade nicht, denn es wurde für eineinhalb Jahre stillgelegt; eine halbe Milliarde kostet die Reparatur, sieben Milliarden zahlten er und seine Kollegen schon für den Schnellen Brüter. Es ist aber unsicher, ob der überhaupt angestellt wird, dafür scheinen nun mehrere hundert Atomraketen zu kommen, denn an den Abschußrampen wird gearbeitet. Ein Bekannter war unter den Toten, die neulich von einer Kesselexplosion im Hafen zerrissen wurden. Irgendein Kind wurde von Chemikalien umgebracht, die irgendwo vergraben waren. Wasser, hört er, soll es noch in der Lüneburger Heide geben, obwohl wo er hinschaut, Wasser ist.

Ich spreche von einem *Hamburger* Buchhalter, der eines leider nicht weiß: Zur gleichen Zeit streiten Leute aus der grünen, alternativen und sozialistischen Bewegung darüber, ob für ihn die soziale Frage wichtiger ist als die ökologische oder ob für ihn die ökologische wichtiger ist als die soziale.

Unser Problem würde sich dann reduzieren können, wenn wir nicht auch noch den Fehler begingen, den arbeitenden Menschen zu teilen . . ."

Trampert unterstrich, daß die abhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften bei der Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen, Rüstungskonversion oder einer Recycling-Wirtschaft die zentrale Rolle spielen. Der Kampf gegen den Sozialabbau verhalte sich zu dem gegen die Zerstörung der Umwelt komplementär: die Bevölkerung wird kaum zu weitreichenden ökologischen Veränderungen fähig sein, wenn sie nicht die Kraft aufbringt, sich gegen die soziale Verelendung zu wehren.

Zwei Podiumsteilnehmerinnen übten Kritik an der Vernachlässigung der Frauenfragen in der Diskussion um alternative ökonomische Konzepte. Sie forderten, die Benachteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt durch die Ausdehnung der bislang nur für Frauen geltenden Schutzvorschriften auch auf Männer zu beseitigen. Damit wurde zwar ein Weg, die Arbeitsmarktchancen von Frauen zu verbessern, aufgewiesen, unbeantwortet blieb indessen die Frage, wie dadurch die Massenarbeitslosigkeit bekämpft werden kann.

Die sich anschließende Diskussion hat deutlich werden lassen, daß die von den Podiumsteilnehmern als politisch notwendig und sachlich gerechtfertigt bezeichnete Verknüpfung ökologischer und sozialer Probleme nicht durch-

gängig geteilt wird. Die Diskussionsbeiträge ließen vielfach die von Leinen kritisierte Verengung und Einseitigkeit der Problemsicht erkennen und machten damit zugleich die Linien der Auseinandersetzung deutlich, vor die die Ökologiebewegung in den kommenden Jahren gestellt ist.

Im folgenden wird die Diskussion in einigen der rd. 30 Arbeitsgruppen, die am nächsten Tag stattfanden, wiedergegeben. Da es nicht möglich war, alle Arbeitsgruppen zu protokollieren, muß diese Übersicht notwendigerweise fragmentarisch bleiben.

Arbeitszeitverkürzung und Freizeit

Die gleichnamige Arbeitsgruppe konzentrierte sich auf die Erörterung von Strategien zur forcierten Verkürzung der Arbeitszeit. Dabei war weniger die Frage der Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzungen als vielmehr die Frage, in welcher Form diese Verkürzungen durchzuführen sind, Gegenstand der zum Teil heftigen Kontroverse.

Andreas Hoff, Wissenschaftszentrum Berlin, plädierte für Formen flexibler Arbeitszeitregelungen, bei denen Lage und Dauer der individuellen Arbeitszeiten nicht festgelegt sind. Gegen die Vorstellung vor allem gewerkschaftsorientierter Theoretiker, bei flexiblen Arbeitszeitregelungen würden notwendig Kapitalinteressen dominieren, verwies Hoff auf die Möglichkeit von Tarif- und Betriebsvereinbarungen, die der Durchsetzung der Interessen der Beschätigten auch in diesem Bereich ohne kollektive Regelungen dienen könnten. Diese Absicherung sei allerdings erforderlich; weil flexible Arbeitszeitsysteme keineswegs per se selbstbestimmt seien. Dies aber – die selbstbestimmte Regelung der Arbeitszeit durch die Beschätigten – sei Ziel der Flexibilisierung. Die Fehlinterpretation der Flexibilisierung als reine Kapitalstrategie habe die Gewerkschaften im Kampf um die Durchsetzung flexibler Arbeitszeitregelungen bisher passiv und konzeptionslos gehalten. Es sei aber gerade deren Aufgabe, die Position der einzelnen Beschätigten in flexiblen Arbeitszeitsystemen so zu stärken, daß sie tatsächlich über ihre Arbeitszeiten mitbestimmen können.

Hoffs Plädoyer stützt sich nicht nur auf den verbreiteten Wunsch nach Flexibilisierung seitens der Beschäftigten selbst, sondern auch auf die Einschätzung, daß die freiwillige Teilzeitarbeit die einzige Form einer Arbeitsneuverteilung sei, die *zugleich* arbeitsmarktwirksam, finanzierbar und gesellschaftspolitisch wünschenswert ist. Gegen die Forderung nach der Einführung der 35-Stunden-Woche wandte Hoff ein, daß diese gegenwärtig nur in Form von „Einstiegen" durchsetzbar sei. Ein radikaler Schnitt auf 35 Stunden wäre zudem nicht finanzierbar. Die schrittweise Einführung der 35-Stunden-Woche über 39, 38 etc. Stunden sei kein Beitrag zur Verringerung der Massenarbeitslosigkeit, sondern würde vor allem zur Intensivierung der Arbeit bei geringerer Arbeitszeit genutzt.

In seiner Antwort plädierte *Jan Priewe,* Universität Bielefeld, für eine Konzen-

tration auf die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche. Gegen Hoff gerichtet sprach er sich gegen die unvermittelte Anwendung akademischer Modelle auf die konkrete politische Auseinandersetzung aus. Zwar sei die Debatte um die richtige Form der Arbeitszeitverkürzung keineswegs alleinige Domäne der Gewerkschaften. Dennoch werde im gewerkschaftlichen Kampf über die *tatsächlich* durchzuführende Form entschieden. Es müsse dabei zur Kenntnis genommen werden, daß die Gewerkschaften gegenwärtig nicht in Richtung Flexibilisierung, sondern allenfalls in Richtung Tarifrente und 35-Stunden-Woche orientieren. Weil Priewe – wie auch Hoff – die Tarifrente insgesamt negativ einschätzt, könne es gegenwärtig nur darum gehen, jene Strömungen innerhalb der Gewerkschaften zu stützen, die für die 35-Stunden-Woche eintreten. Gegen die massenhafte Orientierung auf Flexibilisierung wandte Priewe ein, es sei zu erwarten, daß mehr flexible Arbeitsplätze angeboten als nachgefragt würden, weil die Unternehmen großes Interesse an flexibler Arbeitszeitgestaltung hätten; die mit der Flexibilisierung verbundenen Produktivitätsgewinne führten zu einer weiteren Verdichtung der Arbeit; ein Lohnausgleich finde nicht statt; vor allem Frauen würden in flexible Arbeitszeitsysteme gedrängt; die geschlechtliche Arbeitsteilung würde damit verfestigt und die Ausweitung minderwertiger Arbeit forciert.

Demgegenüber würde die Einführung der 35-Stunden-Woche erhebliche Beschäftigungseffekte aufweisen (gegenwärtig 1,2–1,5 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze); diese Arbeitszeitverbesserung komme allen Beschäftigten in allen Altersgruppen zugute. Sie sei zwar zunächst eine Befreiung von Arbeit, führe aber durch die Ausweitung einer sinnvollen Freizeitgestaltung auch zu wachsenden Ansprüchen auf Entfaltung *in* der Arbeit; die geschlechtliche Arbeitsteilung werde nicht zusätzlich unterstützt.

Zur Finanzierung führte Priewe aus, daß bei einer Einführung über einen Zeitraum von drei bis vier Jahren die Steigerung der Arbeitsproduktivität bei konstantem Reallohn schon ausreiche, um die 35-Stunden-Woche bei Lohnausgleich ohne weitere Kosteneffekte zu finanzieren.

Johannes Berger, Universität Bielefeld, verdeutlichte in einem dritten Referat die Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung in seinem Konzept der dualen Wirtschaft. Ausgangspunkt sei erstens, daß der Arbeitsmarkt als Allokationsmechanismus, dessen Aufgabe die Integration von Arbeitswilligen in den Produktionsprozeß sei, versagt habe. Im Gegensatz zu den 50er und 60er Jahren sei deshalb heute eine genuine Arbeitsmarktpolitik erforderlich. In jenen Jahren sei dies nicht der Fall gewesen. Arbeitsmarktprobleme seien wegen der extremen Expansion der Gütermärkte und der damit verbundenen Arbeitskraftnachfrage gar nicht erst aufgekommen. Gegenwärtig aber seien die Arbeitsmarktprobleme nicht über eine Expansion der Gütermärkte zu lösen. Dies sei weder möglich noch wünschenswert wegen der ökologischen und sozialen Folgen des dann erforderlichen Produktionswachstums. Auch der Sozialstaat sei hier überfordert, weil dieser auf einem Sozialproduktswachstum aufbaue, das auf absehbare Zeit weder möglich noch wünschenswert sei.

Zweitens müsse anerkannt werden, daß die Erwerbsarbeit, sprich Lohnarbeit, auch gegenwärtig nicht die einzige Form sei, in der gearbeitet werden kann. Die (Eigen-)Arbeit außerhalb des formellen Sektors der Erwerbsarbeit sei keineswegs nur Lückenbüßer für fehlende Erwerbsarbeit, sondern genuiner Quell zunehmender Wohlfahrt, weil die hier produzierten Güter vom formellen Sektor zum Teil nicht oder nur zu höheren Kosten zur Verfügung gestellt werden könnten. Dies gelte insbesondere für die sozialen Dienste.

Für die Arbeitsmarktpolitik folgt daraus nach Berger die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung, aber auch einer Umdeutung des Rechts auf Arbeit. Dies könne nicht mehr verstanden werden als Recht auf Vollzeit-Arbeit, sondern als Recht auf Arbeit für alle in gleichem Maße. Dabei sollte jeder Zutritt zu mehr als einer Form der Arbeit haben. Diese Arbeitsmarktpolitik setze allerdings eine Einkommensreduzierung für höhere Einkommensbezieher (gegenwärtig ab Lehrergehalt) voraus. Dies sei erstens zumutbar, gemessen am verfügbaren Einkommen der Bevölkerungsmehrheit, und könnte sich zweitens als eine geringere Belastung herausstellen, als auf den ersten Blick angenommen, weil mit der Expansion des Sektors der Eigenarbeit die Notwendigkeit, Erwerbseinkommen zu beziehen, reduziert sei, weil eine Vielzahl vorher gekaufter Produkte und Dienstleistungen nun in Eigenarbeit hergestellt werden könnten.

Die Diskussion aller Beiträge war äußerst kontrovers. Als wichtigster Aspekt zog sich die auf dem gesamten Kongreß allerdings überstrapazierte Frage der geschlechtlichen Arbeitsteilung durch die meisten Redebeiträge: Gegen die Verherrlichung des informellen Sektors wurde auf die Tatsache verwiesen, daß dieser der traditionelle Sektor der Frauenmarbeit sei, der ausgerechnet jetzt, wo die (Männer-)Lohnarbeit in die Krise gerate, von jenen als Bereich selbstbestimmter Arbeit neuentdeckt werde, die in der Vergangenheit nur die warenproduzierende Arbeit – und hier vor allem die Lohnarbeit – als gesellschaftliche Arbeit haben gelten lassen. Voraussetzung für eine wirkliche Neubestimmung des Verhältnisses von Eigen- und Erwerbsarbeit sei dagegen die Aufhebung der geschlechtlichen Arbeitsteilung.

Währungs-, Zins- und Wachstumsproblematik

In dieser Arbeitsgruppe sollten unter anderem Fragen der sozialen Bedeutung der Inflation und der Möglichkeit eines Ausstiegs aus den Wachstumszwängen der Profitwirtschaft unter den gegebenen Bedingungen der weltweiten Verflechtung behandelt werden. Die Chancen, die hier bestanden hätten – nämlich eine Untersuchung der Ursachen von Wachstumszwang und Krise im Kapitalismus vorzunehmen und demokratische Eingriffsmöglichkeiten für einen alternativen Entwicklungstyp in der BRD zu diskutieren –, wurden nicht genutzt. Ein „Arbeitskreis Dritter Weg (Natürliche Wirtschaftsordnung)" aus Kreisen der „Grünen" beschäftigte die Arbeitsgruppe mit Krisentheorien, die letztlich alles Übel auf Zins und Zinseszins zurückführen wollten. Thesen, wonach „der Unternehmergewinn . . . .notwendig", „der Zins" schlechthin

jedoch von Übel sei, weil er letztlich alle wirtschaftlichen Überschüsse aufsauge, sind kaum geeignet, die Ursachen der kapitalistischen Krise aufzudekken und alternatives politisches Handeln zu orientieren. Es dominierte hier offensichtlich die Kleinunternehmerperspektive, in deren Zentrum ja tatsächlich die Zinsbelastung als entscheidendes reales Problem steht. Die Überakkumulationskrise unter Monopolbedingungen, als Quelle dauerhaft überschüssigen Kapitals, welches seine Profitansprüche auch in der Form des Finanzkapitals gesellschaftlich durchzusetzen versucht, geriet dagegen aus dem Blick. Das große Kapital – mit Inflation, Arbeitslosigkeit und Hochzinspolitik als seinem politisch-ökonomischen Kampfprogramm – wurde so als Gegner alternativen wirtschaftspolitischen Handelns ausgeblendet. Hier war es nur schwer möglich – auch für anwesende Grün-Alternative (etwa Mitglieder der Hamburger GAL) –, mit fundierten Krisentheorien realistischere Perspektiven zu vermitteln. Wer wie die Vertreter der „natürlichen Wirtschaftsordnung" von vornherein weiß, was die „wahre", „natürliche" Wirtschaftsentwicklung ist, wird für ein gemeinsam zu erarbeitendes alternatives Handeln in einem möglichen politischen Bündnis wenig offen sein.

Regionale Entwicklung. Industrie- oder Ökoregionen?

Wesentlich ergiebiger war dagegen die Arbeit in dieser Arbeitsgruppe. Hier wurde sehr problem- und auch handlungsbezogen aus verschiedenen Regionen berichtet, und zwar nicht nur aus allgemein bekannten Problemregionen. Ein Kollege des DGB-Nürnberg berichtete bspw. über eine Mittelfranken-Analyse, die der dortige DGB auf der Grundlage von umfangreichen Betriebsräte-Befragungen vornimmt. Im Aufbau befindliche Systeme von Betriebsräte-Befragungen – so wurde in der Diskussion deutlich – müssen den Zweck haben, die Arbeitnehmervertreter im Sinne einer „Arbeiterstatistik" besser zu informieren, zu qualifizieren, zu aktivieren und zu koordinieren. In diesem Sinne wurden solche Initiativen, derer es inzwischen viele gibt, als Möglichkeit diskutiert, nicht nur eine aktive gewerkschaftliche Beschäftigungspolitik in Betrieb, Branche und Region zu unterstützen, sondern auch um die entscheidenden regionalen Widerstands- und Veränderungspotentiale dafür aufzubauen. Als konkrete Ergebnisse wurden auf kommunale Arbeitsmarktfaktoren und die regionalen DGB-Demonstrationen gegen Sozialabbau verwiesen.

Daß und wie die regionale Entwicklung zunehmend als gewerkschaftspolitische Aufgabe wahrgenommen wird, zeigten weitere Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen: Bremen/Bremerhaven, Hamburg, Emsland/Oldenburg/Ostfriesland, Bielefeld/Ostwestfalen-Lippe, Ruhrgebiet, Frankfurter Raum und Stuttgarter Raum. Berichtet wurde u.a. von der Fragebogen-Aktion der Gewerkschaften an der Küste mit ca. 7 000 Fragebögen für die betrieblichen Arbeitnehmervertreter, über regionale kooperative Forschungsprojekte zwischen Gewerkschaften und Wissenschaftlern, über Bürgerinitiativen gegen die Schließung von Betrieben, zum Erhalt von Arbeitsplätzen und damit regionaler Kaufkraft (z.B. der Bremer Vulkanwerft), über erfolgreiche Be-

triebsbesetzungen zum Arbeitsplatzerhalt (Rockwell-Konzern) und über Pläne für Alternativproduktionen in gefährdeten Betrieben (z.B. Hamburger Werften) mit dem Zweck des Erhalts der regionalen industriellen Charakteristika und einer ökologischen Ausrichtung der Produktion („Produktkonversion"). Ein Frankfurter Gewerkschafter berichtete über Erfahrungen, wie betriebliche und außerbetriebliche Interessen von Arbeitnehmern und Bevölkerung bei betrieblichen Krisen gemeinsam ins Spiel gebracht werden können (dies geht z.B. bis zum Problem, wie der Erhalt von Schrebergartenkolonien auf Betriebsgrundstücken in Sozialpläne eingebracht und durchgesetzt werden kann).

Die neuen Problemlagen ehemaliger „problemloser" Wachstumsregionen (z.B. Stuttgart, Nürnberg, Frankfurt, Bielefeld) wurden ebenso diskutiert wie das Problem der ruinösen Konkurrenz zwischen den Regionen um Unternehmensansiedlungen oder Konzepte der relativen „Abkoppelung" der Regionen und ihrer stärkeren Binnenmarktorientierung.

Positionen, die von einzelnen „Grünen" vertreten wurden, wie etwa, daß man die Arbeitnehmern letztlich keine Alternative zu den „Sachzwängen" der Weltmarktkonkurrenz anbieten könne, oder daß andererseits ökologische Kritierien ohne Rücksicht auf Arbeitsplatzwirkungen durchzusetzen seien, verabsolutierte Randgruppenstrategien oder Vorstellungen vom „heilen" alternativen Leben auf dem Dorf, machten deutlich, welche Verständigungsprobleme zwischen Gewerkschaftern und Ökologiebewegung im Einzelfall noch bestehen. Andere Vertreter aus dem grün-alternativen Spektrum machten hier jedoch gemeinsam mit Gewerkschaftern, Sozialisten und anderen deutlich, daß Vorschläge nicht weiterführen, die Ökologie- und Arbeiterbewegung spalten. Als konkrete Kristallisationskerne einer zugleich ökologischen und arbeitnehmerorientierten Regionalpolitik wurden daher konkrete Fragen von ökologisch wichtigen Investitionen, Arbeitsplätzen und der Verbesserung der Lebensqualität (Wohnumwelt, öffentlicher Nahverkehr, soziale Infrastruktur und alternative Dienstleistungen) in den Mittelpunkt gerückt. Eine Rolle spielt dabei auch die Frage regionaler Wirtschafts- und Sozialräte, die in nicht-bürokratischer Form und – solange eine gesetzliche Grundlage dazu nicht existiert – wenigstens in Vorformen aus gesellschaftlichen Initiativen heraus gebildet werden müßten. Hiermit wäre ein geeigneter Rahmen entstanden, in dem Abstimmungsprozesse auch zwischen Gewerkschaften und Ökologiebewegung stattfinden sowie „gebrauchswertorientierte" regionale Strukturpläne und Alternativen zur kommunalen und regionalen Sparpolitik erarbeitet werden könnten. Die verschiedenen bereits in der Diskussion befindlichen Beschäftigungs-, Investitions- und Energieeinsparungsprogramme enthalten in diesem Sinne ja bereits konkrete Vorschläge.

Regionale Beschäftigungspolitik

Die Arbeitsgruppe vereinte Abgeordnete der Grünen und der DKP aus einer Reihe von Städten, mit zum Teil sehr unterschiedlicher Wirtschaftsstruktur.

Schon die Bestandsaufnahme der kommunalen Wirtschaftsprobleme, die so manchen Schildbürgerstreich der etablierten Parteien zu Tage förderte, machte das große Bedürfnis nach konkreten Alternativen in der Kommunalpolitik deutlich. Die Teilnehmer der Arbeitsgruppen stimmten darin überein, daß die Beschäftigungspolitik eine zentrale Aufgabe der kommunalen Politik ist, deren Bedeutung in Zukunft noch zunehmen wird. Ein Vertreter der Hamburger GAL wies zurecht darauf hin, daß kommunale Beschäftigungspolitik jedoch nicht losgelöst von der gesamtstaatlichen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik gesehen und betrieben werden dürfe. Die gesetzlichen Möglichkeiten der Gemeinden, autonome Einnahmequellen für zusätzliche beschäftigungswirksame Ausgaben zu erschließen, sind zu eng, als daß auf diesem Wege eine spürbare Entlastung des regionalen Arbeitsmarktes zu erwarten wäre. Der Kostendeckungsgrad ist bei vielen kommunalen Leistungen bereits so hoch, daß eine weitere Erhöhung keine wesentlichen Einnahmesteigerungen bewirken würde, die Verschuldungsgrenzen sind in der Mehrzahl der Städte und Gemeinden bereits erreicht und eine Erhöhung der Kommunalsteuern ist nur in engen Grenzen möglich.

Die Gemeinden können allerdings auf den Beschäftigungseffekt ihrer investiven Ausgaben Einfluß nehmen, etwa durch die Bevorzugung arbeitsintensiver Projekte. Vielfach weisen nämlich diejenigen baulichen Maßnahmen, die der Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität der Städte dienen, die höchsten Beschäftigungseffekte auf. Das Zusammengehen beider Aspekte zeigt auch der in der Arbeitsgruppe vorgestellten Alternativhaushaltsplan der Bunte Liste – Ratsfraktion Bielefeld. Die darin enthaltenen Vorschläge sehen beispielhaft vor,

- den Bau von 200 Sozialwohnungen pro Jahr,
- die Renovierung von Wohnungen im städtischen Bezirk,
- Prüfung der Möglichkeiten eines Umbaus aufgegebener gewerblicher Räume zu Wohnraum,
- den Anschluß von Außenbezirken an das städtische Straßenbahnnetz,
- den Ausbau eines Radwegenetzes,
- Wohnumfeldverbesserung.

Im Bereich der Wasserwirtschaft sehen die Vorschläge Maßnahmen zu Einschränkungen des industriellen Wasserverbrauchs durch die Erprobung geschlossener Wasserkreisläufe vor, deren Technologie in Zusammenarbeit mit örtlichen Maschinenbauunternehmen entwickelt werden kann, ein Kanalbauprogramm sowie den Neu- und Ausbau von Klärwerken. Weitere Maßnahmen werden für den Energiebereich, zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und hinsichtlich der kommunalen Personalpolitik vorgeschlagen.

Den Abschluß der Arbeitsgruppendiskussion bildeten die Probleme, die sich bei der Durchsetzung alternativer kommunaler Programme ergeben und die breite Mobilisierung der Bevölkerung als auch der Gewerkschaften erfordern.

Rüstungskonversion

In der Arbeitsgruppe wurde ausführlich über die Einrichtung und die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Umstellungsarbeitskreise bei Krupp Mak in Kiel und Blohm und Voss in Hamburg berichtet (jeweils von einem Mitglied dieser Arbeitskreise).

Beispiel MaK: Das Unternehmen gehört seit Ende der 60er Jahre zum Krupp-Konzern und produziert Dieselmotoren für Schiffe und stationäre Energieanlagen, Lokomotiven und Panzer (Endmontage des Leopard 2). Die Konversionsfrage spielt im Unternehmen seit 1977/78 eine Rolle, als wegen auslaufender Militäraufträge Arbeitsplätze gefährdet schienen. Der Betriebsrat engagierte sich zunächst in dem „Arbeitskreis der Arbeitnehmer wehrtechnischer Unternehmen", der mehr Bundeswehraufträge und eine Lockerung der Rüstungsexportbeschränkungen forderte. Nach der negativen Reaktion der IG Metall – Erklärung dieses Arbeitskreises als gewerkschaftsschädigend und Gründung eines IGMetall-Arbeitskreises zur Entwicklung von Umstellungskonzepten – wurde die Diskussion im Betriebsrat – nicht zuletzt durch das besondere Engagement eines einzelnen Kollegen – verstärkt geführt. Anfang 1981 wurde dann ein betrieblicher Arbeitskreis der Vertrauensleute gegründet. Er befaßte sich zunächst ausführlich mit grundsätzlichen Fragen der Entstehung von Kriegen. Angesichts des Eindrucks, daß kriegerische Konflikte oftmals aus dem Kampf um Rohstoffe und Energiequellen entstehen, entwickelte sich die Auffassung, daß eine Umstellung der Produktion auf rohstoff- und energiesparende Bereiche ein positiver Beitrag zur Friedenssicherung sowie zur Sicherung der Arbeitsplätze sei. Es wurden verschiedene Vorschläge im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs und der Energieerzeugung (Erzeugung aus Wind und Wellen, Nutzung der Prüfstandsabwärme u.a.) entwickelt und auf allen Ebenen der Mitbestimmung eingebracht und diskutiert. Die Geschäftsleitung ging hierauf in der Regel insofern ein, als sie ad-hoc-Gruppen bildete und die Vorschläge auf Marktgängigkeit und Wirtschaftlichkeit überprüfte. Zu einer Übernahme eines Vorschlages ist es allerdings noch nicht gekommen. Im Zusammenhang mit der Umstellungsdiskussion war der Betriebsrat auch beim Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT), um sich über die Möglichkeiten technologischer Innovationen (und ihrer Förderung durch den Bund) zu informieren. Der Arbeitskreis – den die Belegschaft inzwischen durchweg als sinnvoll akzeptiert – wird – ebenso wie die Arbeitskreise bei Blohm und Voss sowie bei den Vereinigten Flugtechnischen Werken (VFW) – als gewerkschaftlicher Arbeitskreis von der IG Metall gefördert und – durch den Vorstand und durch die Innovationsberatungsstelle in Hamburg – in gewissen Grenzen auch betreut. Die Diskussion bewegte sich – relativ sprunghaft – um zwei Problembereiche:

Erstens: Wie kann bei der Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion die Nachfrage für die zivilen Propdukte geschaffen werden? Bemerkenswerterweise wurde von den meisten Mitgliedern der „Grünen" – die die weit überwiegende Mehrheit der etwa 40 Teilnehmer der Arbeitsgruppe stellten – der

Ersatz staatlicher Rüstungsaufträge durch andere staatliche Nachfrage durchweg abgelehnt, da man dem Staat nicht vertrauen könne und nur negative Erfahrungen habe. Wenn staatliche Rüstungsnachfrage allerdings durch nichtstaatliche Nachfrage ersetzt werden soll, muß die Frage beantwortet werden, woher diese kommen soll. Auch eine Steigerung der Massenkaufkraft durch höhere Löhne und Gehälter stieß überwiegend auf Skepsis, weil hierdurch zwar die Nachfrage erhöht werden könne, die ökologisch destruktive Struktur der privaten Nachfrage aber nicht geändert werde. Dieser eher hilflosen Haltung wurde die Position gegenübergestellt, daß bei Umstellung von Kriegs- und Friedensproduktion die Sicherung der Arbeitsplätze durch eine Änderung der Richtung staatlicher Nachfrage in beschäftigungs- und versorgungspolitisch sowie ökologisch sinnvolle Bereiche gewährleistet werden könne (Umweltschutz, sinnvolle Verkehrssysteme, Medizintechnologie u.a.).

Zweitens ging es um die Frage, ob Rüstungskonversion nur ein „Aufhänger" ist für die Forderung nach grundsätzlicher Umstrukturierung der Produktion und des gesamten Wirtschaftssystems. Es zeigte sich in der Diskussion verschiedentlich die Tendenz, Fragen der Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion gleichrangig neben Probleme der Umstellung eines bankrotten Textilfaserunternehmens (Enka, Kassel) oder der Duisburger Kupferhütte (des größten Umweltverschmutzers der Region) zu behandeln. Diese Tendenzen stießen vor allem deshalb auf Resonanz, weil sie von Vertretern der „Grünen" vorgebracht wurden, die mit derartigen Fällen als Abgeordnete in Stadt- oder Gemeindeparlamenten konfrontiert sind und darin unter großem Druck stehen. Man wird davon ausgehen müssen, daß in diesen Fällen die Probleme sehr viel schwieriger zu lösen sein werden, als bei der Rüstungskonversion, weil bei letzterer ja das staatliche Nachfragepotential vorhanden ist. Es wurde in der Diskussion aber auch mehrfach darauf hingewiesen, daß die Ausweitung und Verallgemeinerung der Umstellungsproblematik – so richtig und notwendig sie auf einer sehr abstrakten Ebene letztlich auch ist – mehrere Gefahren mit sich bringt:
– erstens verkennt sie die besondere Qualität von Rüstungsgütern als den weitaus gefährlichsten Zerstörungsmitteln der Menschheit,
– zweitens verkennt sie die besondere Aktualität des Wettrüstens und des Wachstums der Kriegsgefahr,
– drittens verkennt sie die außerordentlich wichtige Funktion der Rüstungskonversion als Brücke zwischen Friedens- und Arbeiterbewegung.

Die Diskussion litt streckenweise daran, daß Rüstung von der Mehrheit der anwesenden Grünen vornehmlich als ein ökologisches Problem verstanden wurde, dessen ökologische Umstellungsprobleme nicht besonders gravierend seien (was zutreffen dürfte!). Bei dieser Fixierung auf die Ökologie wurden Fragen und Interessen der Friedens- und der Arbeiterbewegung jedoch in den Hintergrund gedrängt.

Öffentliche Investitionen

In der Arbeitsgruppe standen zwei Fragen im Vordergrund, erstens die nach den Feldern gesellschaftlichen Bedarfs- sowie einer sozial und ökologisch vernünftigen Zukunftsvorsorge und zweitens die nach Möglichkeiten der Finanzierung dort hineingehender öffentlicher Investitionen. Die Ausrichtung öffentlicher Investition – darin bestand Einigkeit – sollte verstärkt auf die Energieeinsparung und -substituion sowie den Umweltschutz hin ausgerichtet werden und in einem „ökologischen Zukunftsinvestitionsprogramm" gebündet werden. Stichwort dazu gab bereits Jo Leinen in seinem Statement auf der Podiumsdiskussion. Die Finanzierung dieses Programms sollte zum einen über eine Umstrukturierung öffentlicher Haushalte und zum anderen über Abschöpfungen bei den höheren Einkommen erfolgen (z.B. Ergänzungsabgabe). Umstritten blieb die Forderung nach Einführung einer „Ressourcensteuer", mit der der Verbrauch nicht regenerativer Ressourcen belegt werden sollte. Gegen diesen Vorschlag wurde eingewandt, daß eine solche Steuer auf die Preise überwälzt werden und damit sozial unerwünschte Verteilungseffekte bewirken würde, da sie untere Einkommensschichten relativ stärker belastet. Zum anderen wurde argumentiert, daß wenn diese Steuer den Ressourcenverbrauch zu senken vermag und auch das Steueraufkommen sinkt, weshalb sie als Finanzierungsinstrument ungeeignet sein dürfte.

In der Arbeitsgruppe konnte Einigkeit darüber erzielt werden, daß Wachstum für eine an ökologischen Zielen ausgerichtete Umstrukturierung der Produktion unabdingbar ist und diese Wachstumsaktivitäten staatlich initiiert und gesteuert werden müssen.

Ergebnisse des Kongresses

Auf der Abschlußveranstaltung wurde bewußt auf die Abstimmung einer Abschlußerklärung verzichtet, dazu war der Diskussionsprozeß zwischen den verschiedenen sozialen und politischen Strömungen zu wenig vorangeschritten. Jedoch wurde zur Teilnahme an den DGB-Demonstrationen am 23. September aufgerufen. Wichtige Konsens- aber auch Dissenspunkte wurden in der von den Veranstaltern formulierten „Diskussionsgrundlage" zum Abschlußplenum festgehalten.

In dem Papier heißt es, „daß die ökonomische, soziale und ökologische Krise, ihre politische Lösung durch die etablierten Parteien und besonders die konservative Wende eine *gemeinsame* Alternative erfordert. Die Politiker der Regierungsparteien glauben den gesellschaftlichen Widerstand eingrenzen zu können auf Ökologie- und Friedensbewegung. Die wirtschaftliche „Vernunft" halten sie aus der Diskussion heraus und nehmen dafür soziales Elend, Naturzerstörung und Kriege in Kauf.

Hier ist in einer Breite von Positionen und Organisationen über Wege aus Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung diskutiert worden, die der Entwicklung der Friedensbewegung vergleichbar ist. Es besteht der Wille zu einer Wirtschaftspolitik von unten und die Absicht, konkrete Alternativen zu entwickeln."

Auf dem Weg zu einer solchen, an den Bedürfnissen von der Menschen und der Natur orientierten Wirtschaftspolitik sind allerdings noch zentrale Konflikte und Fragen zu klären, von denen in der „Diskussionsgrundlage" drei hervorgehoben wurden:

„– es geht um das ‚Ob' oder das ‚Wie' des Wirtschaftswachstums;
– werden die verschärften sozialen Probleme ökologische Fragen in den Hintergrund drängen oder ist die soziale Frage durch die Ökologiebewegung überholt?
– Schreiben wir die Gewerkschaften ab oder folgt nicht vielmehr aus unseren Diskussionen, die Arbeit in den Betrieben und den Gewerkschaften zu intensivieren?"

Konsens bestand in der Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der 35-Stundenwoche, verbunden mit der Verhinderung von Arbeitsplatzintensivierung, Überstundenabbau und einem neuen Gesetz über Arbeitszeiten. Hierin liegt ein wichtiges Bindeglied zur Gewerkschaftsbewegung, denn wie sonst sollen die betrieblichen Maßnahmen durchgesetzt werden, die den arbeitsplatzschaffenden Effekt der gesamtgesellschaftlichen Maßnahmen absichern müssen. Zuvor ist aber die auf dem Kongreß umstrittene Frage zu klären, ob Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich oder mit Lohnausgleich nur für die unteren und mittleren Einkommensgruppen befürwortet wird, wenn dadurch ein Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen erreicht werden kann.

Eine ähnliche Konfliktlinie tut sich bei den ansonsten ebenfalls gemeinsamen Forderungen nach Formen menschengerechter Arbeit auf:

„Verbot der Leistungs- und Verhaltensüberwachung, Verbot der Akkordarbeit, Einschränkung der Schichtarbeit, Verbot der Beschäftigung mit gesundheitsschädigenden Stoffen und einer umfassenden Ausbildung der Arbeitnehmer, die sie befähigt, komplizierte betriebliche Zusammenhänge zu beherrschen. Ziel ist es, daß Arbeitnehmer selbst Entscheidungen treffen über die Entwicklung von Arbeitsmethoden, über die Ausrichtung der Produktion und ihr Zusammenleben im Betrieb und außerhalb.

Schritte auf diesem Wege können betriebliche Initiativen zur Produktionsumstellung wie auch die Gründung alternativer Projekte sein. Umstritten blieb, ob die Veränderung der Formen von Arbeit vorrangig vom Bereich der abhängigen Arbeit oder von dem der Selbsthilfeprojekte auszugehen hat."

Eine Arbeitsmarktpolitik, die ihren Ansatzpunkt nicht in den Arbeitsformen der „normalen" Beschäftigten, sondern in einigen vertretenen Sonderformen hat, muß an der Masse der Arbeiter und Bevölkerung vorbeigehen.

Einigkeit bestand weiter in der Forderung nach ökologisch und sozial sinnvollen Investitionen etwa in umweltschonenden Verfahren für Energieeinsparung und den Übergang auf regenerierbare Energieträger, für ein die Massenmotorisierung einschränkendes Verkehrssystem, für Instandsetzung und Neubau von menschenwürdigem Wohnraum und anderen wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben. Damit könnten viele sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden.

„Umstritten blieb, ob es unsere Aufgabe ist, auf diesem Wege möglichst viele Arbeitsplätze anbieten zu können, oder ob es vorrangig um die Frage nach einer sinnvollen Produktion geht."

Der vierte Punkt der Gemeinsamkeiten, die in den „Diskussionsgrundlagen" festgehalten wurde, war der Widerstand gegen den Sozialabbau:

„Wir nehmen keine Verhältnisse hin, in denen die Krise auf den ohnehin schon benachteiligten Teil der Bevölkerung abgewälzt werden soll.

Wir sind für die Solidarisierung insbesondere von Arbeitenden und Arbeitslosen, Deutschen und Ausländern.

Wir wollen nicht, daß Frauen bei Massenarbeitslosigkeit zugunsten von Männern aus dem Arbeitsprozeß gedrängt werden und gestrichene Sozialleistungen zusätzlich zu dem fehlenden Gehalt durch vermehrte Hausarbeit ausgleichen müssen.

Als wichtig sehen wir es an, darauf hinzuweisen, daß Sozialpolitik in der heutigen Gesellschaft immer nur Probleme bearbeitet, die in anderen Sektoren, z.B. der Wirtschaft produziert werden. Sie hat Lückenbüßerfunktion. Verknüpft mit sozialpolitischen Forderungen müssen also immer Veränderungen in diesen verursachenden Bereichen anvisiert werden, die erst die Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Zusammenleben schaffen können.

Umstritten blieb, in welchem Ausmaß Sozialleistungen weiter zentral über den Staat abgewickelt oder dezentral in Eigenhilfe organisiert werden sollen."

Die Diskussion im Abschlußplenum spiegelte die Positionen des Papiers deutlich wieder, wobei auch Positionen gegen die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften laut wurden. Hier ist der DGB gefordert, der den Kongreß offiziell fern blieb, sich stärker in die Diskussion einzubringen.

Über die umstrittenen und der weiteren Diskussion bedürfenden Fragen hinaus hat der Kongreß jedoch deutlich gemacht, daß große Teile der Alternativbewegung die Bedeutung einer Befassung auch mit wirtschaftspolitischen Fragen erkannt haben und nicht länger bereit sind, dieses wichtige gesellschaftspolitische Feld den etablierten Parteien und Unternehmerverbänden zu überlassen. Der Kongreß konnte und wollte keine konsistente soziale und ökologische Alternativstrategie zur herrschenden Wirtschaftspolitik erarbeiten. Er hat aber sicher zu einer Intensivierung dieser Diskussion beitragen und die Bereitschaft signalisiert, auch mit den Gewerkschaften in einem Dialog zu treten.

Das Paradepferd der Totalitarismustheorie

Der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter im November 1932

Von Joachim Oltmann

1. Die Entstehung einer Legende

In dem halben Jahrhundert seit dem Streik in der Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft (BVG) vom 3. bis 7. November 1932 hat sich seine Darstellung als kommunistisch-nationalsozialistisches Wahlkampfmanöver als äußerst zählebig erwiesen. Die Tatsache, daß die Sozialdemokratie und die zuständige Gewerkschaft, der „Gesamt-Verband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs", sich nicht an dem Ausstand als Organisationen beteiligten, und die gleichzeitig am 6. November 1932 stattfindenden Reichstagswahlen scheinen jener Interpretation Plausibilität zu verleihen.

Ansonsten durchaus unterschiedliche Positionen vertretende Autoren treffen sich in dieser Auffassung. Schon früh sprach Friedrich Stampfer von einer „kommunistisch-nationalsozialistischen Streikfront"[1]), Franz Josef Furtwängler von den „verbündeten kommunistisch-nationalsozialistischen Umsturzgruppen"[2]) und Karl Dietrich Bracher von der „gemeinsame(n) Aktion der beiden totalitären Konkurrenten"[3]).

Auch später noch stellte Heinrich Potthoff in bezug auf den BVG-Streik und hinsichtlich des Endes der Weimarer Republik fest: „Links und rechts, so weit man schaute, standen die Truppen bereit, um der ausgehöhlten Demokratie den Todesstoß zu versetzen"[4]) und Gerhard Beier schreckte selbst vor den gröbsten Geschichtskonstruktionen nicht zurück: „Die Zusammenarbeit zwischen Nazis und Kommunisten im BVG-Streik war eine Vorwegnahme des Hitler-Stalin-Pakts auf niederem Niveau."[5])

Neuerdings findet sich die totalitarismustheoretische Darstellung bei Hagen Schulze: „Unter kommunistischem Vorsitz wurde eine paritätisch von Kommunisten und Nationalsozialisten zusammengesetzte Streikleitung gebildet, die mit großer Härte agierte. SA und Rotfrontkämpfer-Bund arbeiteten Hand

1) F. Stampfer, Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik, Offenbach/Main 1947, S. 649.
2) F. J. Furtwängler, Die Gewerkschaften, Hamburg 1956, S. 75.
3) K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart und Düsseldorf 1957, S. 644.
4) H. Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 116.
5) G. Beier, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt/Main-Köln 1975, S. 44.

in Hand . . ."[6]). Und zuletzt ist die Legende in einem Papier der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD aufgetaucht, in der Informationen und Arbeitshilfen zur 50jährigen Wiederkehr der faschistischen „Machtergreifung" enthalten sind: „Im November 1932 kämpften KPD-Anhänger in Berlin in gemeinsamer Front mit den Nationalsozialisten im Verkehrsarbeiterstreik, der aus kommunistischer Sicht zum Auftakt des politischen Massenkampfes gegen den Weimarer Staat werden sollte . . ."[6a])

Nicht zuletzt bundesdeutsche Schulbücher und -materialien gehen wie selbstverständlich davon aus, daß es sich beim Streik der Berliner Verkehrsarbeiter um eine „Zusammenarbeit" bzw. um eine „gemeinsame Sache" der „Gegner der Republik" handelte[7]).

Gleichwohl ist die These von der „totalitären Zusammenarbeit" so alt wie der Streik selbst. Einen Tag nach seinem unerwartet erfolgreichen Beginn meinte das SPD-Organ „Vorwärts", die BVG-Arbeiter vor einer „faschistisch-bolschewistischen Gesellschaft" warnen zu müssen, die sich jetzt als deren „berufene Führerin" aufspiele[8]). Die Vermutung liegt somit nahe, daß es sich bei dieser Totalitarismus-These eher um die Ideologisierung des streikabstinenten Verhaltens von SPD und Gewerkschaften handelt, als daß sie im Ergebnis einer seriösen Analyse stände. Die SPD und der Gesamtverband rechneten offenbar nicht damit, daß es tatsächlich zum Streik kommen könnte. Zur Urabstimmung schrieb der „Vorwärts", daß sie ein Beweis dafür sein werde, „welchen Rückhalt die ‚Streik'-Schreier innerhalb der BVG-Belegschaft haben."[9])

Und noch am nächsten Tag, als der Ausstand seit den frühen Morgenstunden längst im Gang war, meldete der „Vorwärts" die Auffassung des Gesamtverbandes, daß eine Streikmehrheit nicht erreicht worden sei und schloß mit der Überzeugung: „Im übrigen wird es sich auch hier wieder erweisen, daß einen ‚radikalen' Stimmzettel abgeben – und danach zu handeln, zwei sehr verschiedene Dinge sind."[10])

Auf der Sitzung des Parteiausschusses der SPD am 10. November 1932 wurde der Chefredakteur des „Vorwärts", Friedrich Stampfer, von Böchel (Chem-

6) H. Schulze, Weimar. Deutschland 1917–1933, (West-)Berlin 1982, S. 387. Seine Diktion ähnelt sehr stark J. C. Fest, Hitler, Frankfurt/Main-(West-)Berlin-Wien 1973, S. 482.

6a) 1933 – Fünfzig Jahre danach. Informationen und Arbeitshilfen für Ortsvereine und Unterbezirke. Vorgelegt von der Historischen Kommission beim Parteivorstand, Redaktion: Susanne Miller und Horst Schmidt, Bonn 1982, S. 7.

7) Vgl. Spiegel der Zeiten; Bd. 4, Von der Russischen Revolution bis zur Gegenwart von J. Hoffmann, Frankfurt/Main-(West-)Berlin-München 1976, S. 53 f. (Diesterweg); Zeiten und Menschen; Ausgabe B, Band 4, Europa und die Welt – Das 20. Jahrhundert von J. Immisch, Paderborn-Hannover 1966, S. 122 (Schöningh-Schroedel); Reich und Republik. Deutschland 1917–1933 von K. Dederke, Stuttgart 1969, S. 257 (Klett); Unser Weg durch die Geschichte; Bd. 3, Die Welt gestern und heute von H. Heumann, Frankfurt/Main 1976, S. 44 (Hirschgraben); Zur Schul- bzw. Geschichtsbuchanalyse hinsichtlich der Weimarer Republik vgl. R. Kühnl (Hrsg.), Geschichte und Ideologie, Hamburg 1978, S. 114–127; sowie W. Gestigkeit, Die Totalitarismus-Legende von der Zerstörung der Weimarer Republik in den bundesdeutschen Schul- und Geschichtsbüchern, in: R. Kühnl/G. Hardach (Hrsg.), Die Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1977, S. 253 ff.

8) „Vorwärts" v. 4. 11. 1932 (Morgen-Ausgabe, im folgenden zit. als M).

9) „Vorwärts" v. 2. 11. 1932 (M).

10) „Vorwärts" v. 3. 11. 1932 (M).

nitz) dafür hart kritisiert: „Das Allerschlimmste war aber der ‚Vorwärts'. Das einzige Organ, das in Berlin nicht informiert war, war der ‚Vorwärts'. (Stampfer: Er war von den Gewerkschaften informiert worden!) Dann habt ihr schlechte Redakteure. Sie mußten sofort feststellen können, was los war. Das war ein Desinteressement."[11]) In seiner Erwiderung schob Stampfer den Vorwurf bezeichnenderweise an die Gewerkschaften weiter: „Wir sind treu und brav hinter den Gewerkschaften hergegangen und haben uns am Donnerstag früh in derselben Verfassung befunden wie die Gewerkschaften. Nachts hatte man uns noch gesagt, die RGO kann doch beschließen, was sie will. Man dachte nicht daran, daß es zum Streik kommen kann. So ist das Malheur entstanden."[12]) Das ADGB-Bundesvorstandsmitglied Graßmann bestätigte in der Diskussion das offenkundige Unvermögen der Gesamtverbandsleitung, die Entwicklungen im BVG-Konflikt einzuschätzen: „Wie sah die Sache nun im Gesamtverband aus: Es war nur ein einziger Beamter in Berlin, der nicht im Büro und nicht zu erreichen war, der nach der Urabstimmung, die auch von der Direktion gewollt war, nicht mehr die Dinge einrenken konnte."[13]) Darüber hinaus führte er aus, warum die Verbandsleitung aufgrund ihrer bisherigen Politik gar kein Interesse an einem Streik haben konnte: „Für mehr als 20 000 städtische Arbeiter ist kurze Zeit vor den Verhandlungen mit der BVG ein Schiedsspruch zustandegekommen, der den Leuten vier Pfennig vom Stundenlohn nimmt, während die Regelung mit den Verkehrsarbeitern nur einen Abzug von zwei Pfennigen vorsah. Nun stellen sie sich einmal die Lage für die Organisation vor: Den städtischen Arbeitern hat man gesagt, Ihr müßt vier Pfennig Lohnabzug hinnehmen, ein Streik ist unmöglich, und den wegen zwei Pfennig Lohnabzug streikenden Verkehrsarbeitern müßte man eine Unterstützung durch die Organisation gewähren. Dieses unglückliche Zusammentreffen hat nun leider Gottes die politische Wirkung gehabt."[14]) Litke, Mitglied des Parteivorstands der SPD, schilderte noch einen weiteren Grund für den Gesamtverband, sich von vornherein einer konsequenten Interessenvertretung zu enthalten: „Es wäre durch einen sozialdemokratischen Antrag die Möglichkeit vorhanden gewesen, daß der Zwei-Pfennig-Lohnabzug nicht vorgenommen wurde. Warum ist denn der Aufsichtsrat nicht zusammengetreten? Weil die Mitglieder der Bezirksleitung des Gesamtverbandes gesagt haben, das darf es nicht geben, wenn das geschieht, wird das als Sieg der RGO ausgelegt."[15])

Ausschließlich aus taktischen Gründen wurde der BVG-Lohnkampf also bekämpft. Seine gewerkschaftliche Berechtigung wurde keineswegs bestritten. Wie auch? Hieß es doch noch Ende September im Gesamtverbandsorgan „Gewerkschaft": „Unsere Parole ist: Kampf dem Lohnabbau, ob mit oder ohne

11) Zit. n. H. Schulze (Hrsg.), Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, Bonn-Bad Godesberg 1975, hier Dok. Nr. 2: Sitzung des Parteiausschusses am 10. November 1932, S. 15 ff., hier S. 54.
12) Ebd., S. 64 (RGO = Revolutionäre Gewerkschaftsopposition; KPD-orientiert).
13) Ebd., S. 60 (ADGB = Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund; SPD-orientiert).
14) Ebd., S. 61.
15) Ebd., S. 68.

Notverordnung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln."[16]) Und selbst Litke meinte auf der Parteiausschußsitzung: „Wir haben doch die Parole in die Massen hineingetragen: Schluß mit Lohnabzügen."[17]) Da nun aber mit der BVG-Streikbewegung gewerkschaftliche Positionen trotz des taktierenden Verhaltens der Verbandsleitung umgesetzt wurden, durfte sie nichts anderes mehr sein als die „politische Aktion der vereinigten nationalsozialistisch-kommunistischen Terrorgruppen."[18])

Im Folgenden soll nun anhand der Aufhellung bislang eher dem Vorurteil unterworfener Probleme wie der Urabstimmung, der Politik der Kommunisten als auch der Nationalsozialisten und des Kurses der Papen-Regierung die wissenschaftliche Haltbarkeit der Totalitarismus-These überprüft werden.

2. *Papen-Politik, Herbststreikwelle und BVG-Urabstimmung*

Auf Drängen großindustrieller Kreise erließ das konservative Präsidialkabinett Papen am 4. und 5. September 1932 zwei Notverordnungen, die sowohl erhebliche staatliche Unternehmersubventionen in Form von Steuergutscheinen und Einstellungsprämien vorsahen, als auch den Unternehmern die Möglichkeit eröffneten, bei Neueinstellungen bisher geltende Tariflöhne einseitig, per „Aushang", bis zu 50 % in der 31. bis 40. Stunde zu kürzen. Für den Wochenlohn eines Arbeiters bei 40stündiger Arbeitszeit würde dies insgesamt eine $12^1/_2$prozentige Kürzung bedeuten. Damit waren zugleich entscheidende gewerkschaftliche und sozialpolitische Rechte aufgehoben[19]).

Gegen dieses Lohnabbauprogramm, das die weitere Verelendung von Millionen Menschen bedeuten mußte, die sich nun zudem der legalisierten Unternehmerwillkür ausgesetzt sahen, richtete sich die Herbststreikwelle, in deren Verlauf von September bis Dezember 1932 etwa 1100 Streiks und betriebliche Aktionen stattfanden, „von denen die Mehrzahl erfolgreich oder mit Teilerfolgen beendet werden konnte."[20]) In dieser Situation lief am 30. September der Lohn- und Manteltarif in der BVG ab; es kam zu Verhandlungen zwischen Gesamtverband und Direktion. Diese forderte, mit Bezugnahme auf die Notverordnungspraxis zur „Angleichung der Löhne der Gemeindearbeiter an die der Reichsarbeiter"[21]), die Kürzung der Stundenlöhne um bis zu 23 Pfennig.

16) „Gewerkschaft", Ausgabe A, Nr. 39 v. 24. 9. 1932, Sp. 668.
17) H. Schulze (Hrsg.), S. 68.
18) So die Erklärung des Gesamtverbandes im „Vorwärts" v. 6. 11. 1932. (M). Vgl. auch den Kommentar „Die Streikbremse versagt" in der „Weltbühne" Nr. 46 v. 15. 11. 1932, S. 741 f.; sowie die Artikel „Ungeheuerliche Geständnisse in der SPD-Vorständekonferenz" und „SPD-Obmann Klose: ‚Wir verhinderten Sieg der Verkehrsarbeiter, schmeißen Streiker raus'" in der „Roten Fahne" v. 20. 11. 1932.
19) Reichsgesetzblatt (RGBl.), Teil I 1932, S. 425 ff. und S. 433 ff. Eine differenzierte Analyse findet sich in: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929–1933, hrsg. v. W. Ruge und W. Schumann, bearbeitet von K. Gossweiler, Frankfurt/M. 1977, S. 75 f. (Dok. 65). Zur weiteren Charakterisierung dieses „Papen-Plans" vgl. U. Hörster-Philipps, Konservative Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Die Regierung Franz von Papen, Köln 1982, S. 301 ff.
20) Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.), Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin 1966, S. 365 f.
21) „Vorwärts" v. 3. 11. 1932 (M); vgl. RGBl., Teil I 1931, S. 283; sowie „Vorwärts" v. 2. 11. 1932 (M) und „Rote Fahne" v. 16. 10. 1932.

Auf Druck der empörten Belegschaft, der auf Arbeiterrats- und Aufsichtsratssitzungen, Betriebs- und Vollversammlungen deutlich wurde[22]), konnten die Gewerkschaften ein Verhandlungsergebnis von 2 Pfennig je Stunde Lohnkürzung mit Ausnahme der Fahrkartenausgeberinnen erzielen, mußten aber darüber hinaus auch der Durchführung einer Urabstimmung für den 2. November 1932 mit der Formulierung „Für Lohnabbau oder für Streik?" zustimmen[23]).

Die Abstimmung brachte folgendes Ergebnis:

Stimmberechtigt: 21 902 Kolleg(inn)en; beteiligt: 18 537 Kolleg(inn)en; davon für Lohnabbau: 3993 Kolleg(inn)en; davon für Streik: 14 471 Kolleg(inn)en[24]).

Der Gesamtverband ging nach einem Beschluß seiner Obleute davon aus, daß die erforderliche Dreiviertelmehrheit für den Streik nicht erreicht worden sei, da sich nur 66 % der Kollegen für ihn ausgesprochen hätten.[25]) Die Kommunisten interpretierten das Abstimmungsergebnis als Streikbeschluß, da 78 % für die Kampfmaßnahme gestimmt hätten[26]).

Interessanterweise konstatierte auch das Organ des „Internationalen Sozialistischen Kampfbundes" (ISK)[27]), der „Funke", dessen damaliger Chefredakteur Willi Eichler später einer der Väter des Godesberger Programms der SPD werden sollte, eine „überwältigende Mehrheit für den Streik" und gab „zu bedenken, daß nach dem Urlaubsplan der BVG stets ein Zwölftel der Beschäftigten frei hat oder Ferien macht; außerdem sind durchschnittlich 5 % krank (die Verkehrsarbeiter sind ja Krankheiten, insbesondere Erkältungskrankheiten, besonders ausgesetzt). Rechnet man diese Arbeiter von der Gesamtzahl der BVG-Belegschaft ab, so kamen für die Urabstimmung nur 19 701 tatsächlich Diensttuende in Frage."[28])

Der Argumentation des Gesamtverbandes, daß sich 75 % der an dem „Lohnkonflikt Beteiligten" für den Streik aussprechen müßten, hielt der „Funke" sodann die gesetzlichen Bestimmungen entgegen: „Der fragliche § 33, Absatz 3, in den Satzungen des Deutschen Verkehrsbundes vom Januar 1929 lautet wörtlich: „. . . im allgemeinen kann die Zustimmung zum Streik gegeben werden, wenn mindestens drei Viertel für den Streik in Betracht kommenden Beschäftigten mindestens fünfzehn Wochen organisiert sind und von diesen mindestens drei Viertel sich in geheimer Abstimmung für den Streik ent-

22) Vgl. „Rote Fahne" v. 19. 10., 22. 10., 23. 10. und 25. 10. 1932.
23) „Rote Fahne" v. 29. 10. 1932 und „Vorwärts" v. 2. 11. 1932 (M).
24) „Vorwärts" v. 3. 11. 1932 (M).
25) Ebd. Dabei bezogen die Freigewerkschafter die Anzahl der Streikbejaher auf die insgesamt Stimmberechtigten.
26) „Rote Fahne" v. 3. 11. 1932. Sie bezogen die Streikbejaher auf die Abstimmungsbeteiligten.
27) Zum ISK vgl. W. Link, Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK), Meisenheim 1964.
28) „Der Funke" v. 4. 11. 1932.

schieden haben. In besonderen Fällen kann der Bundesvorstand auf Antrag der beteiligten Orts-, Bezirks- oder Gauverwaltung Ausnahmen zulassen'."[28a])

Aufgrund dieser Sachlage betonte die Zeitung eindringlich: „Es handelt sich also um eine Regelung der Streikzustimmung ‚im allgemeinen' und um eine ‚Kann'-Vorschrift; außerdem sind ausdrücklich Ausnahmen vorgesehen! Wie dem aber auch sein mag, irgend eine Verpflichtung bestand für den Gesamtverband keineswegs, sich nach einer so überwältigenden Willenserklärung der BVG-Kollegen für den Streik und gegen den Lohnabbau von der Lohn- und Streikbewegung fernzuhalten!"[29])

Mit dieser Feststellung lag der „Funke" um so richtiger, als der Gesamtverband tatsächlich von dem Recht zur Ausnahme Gebrauch gemacht hatte, nämlich in der Frage der Abstimmungsberechtigten. Das Gesamtverbandsorgan „Gewerkschaft" schrieb dazu selbst: „Nach den Verbandssatzungen der freien Gewerkschaften findet eine Urabstimmung in der Regel statt unter den Verbandsmitgliedern, wobei dafür z.B. noch besondere Voraussetzungen (Dauer der Mitgliedschaft) erfüllt sein müssen. Von dieser Regel jetzt abzuweichen, lagen verschiedene Gründe vor, insbesondere die nicht zu verheimlichende Tatsache, daß die Berliner Verkehrsarbeiter leider in so großer Zahl unorganisiert sind. Die Urabstimmung wurde deshalb vom Arbeiterrat vorgenommen."[30])

Das Abstimmungsergebnis, zu dem die „Gewerkschaft" selbst feststellte, daß „eine so überwiegende Mehrheit die Annahme des Verhandlungsergebnisses abgelehnt hatte", interpretierte der Gesamtverband jedoch ausschließlich als Mandat für seine weitere Verhandlungsführung[31]). Er übersah dabei, daß mit dem Urabstimmungsergebnis nicht nur das „Verhandlungsergebnis" abgelehnt wurde, sondern jene „überwiegende Mehrheit" statt neuer Verhandlungen den Streik forderte[32]).

Entgegen den landläufigen Darstellungen hat also keineswegs eine „kommunistisch-faschistische Einheitsfront" gegen den Willen der Gewerkschaften und entgegen dem Urabstimmungsergebnis einen Streik vom Zaun gebrochen, sondern vielmehr handelte die damalige Gewerkschaftsführung gegen den erklärten Willen der Belegschaft. Damit fiel aber nicht nur automatisch der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition" (RGO) die weitere Initiative zu, sondern auch der „Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation" (NSBO) war das Tor für ihre soziale Demagogie geöffnet worden.

28a) Ebd.
29) Ebd.
30) „Gewerkschaft", Ausgabe A, Nr. 46 v. 12. 11. 1932, Sp. 836.
31) Ebd., Sp. 837.
32) Die Abstimmungsformulierung lautete: „Für Lohnabbau oder für Streik? (vgl. „Rote Fahne" v. 29. 10. 1932). Nach den Zahlen des „Funken" stimmten also 76 % für Streik.

3. *Die Politik der Kommunisten*

Auch die Analyse kommunistischer Politik am Ende der Weimarer Republik läßt das Bild, Kommunisten und Faschisten hätten hinsichtlich des BVG-Streiks „Hand in Hand" (Schulze) gearbeitet, wenig überzeugend erscheinen.

Seit dem 25. Mai 1932 stand die Politik der KPD unter dem Zeichen der „Antifaschistischen Aktion", die vom Zentralkomitee der KPD anläßlich eines Überfalls der nationalsozialistischen Fraktion im Preußischen Landtag auf kommunistische Abgeordnete initiiert wurde[33]). Antifaschistische Politik sollte v.a. auf drei Ebenen verwirklicht werden: Massenselbstschutz gegen NS-Terror, energische proletarische Interessenvertretung auch in der Krise und Herstellung einer breiten proletarischen Einheitsfront unter Einbeziehung werktätiger Hitleranhänger.

Hauptsächlich die letzten beiden, eng zusammenhängenden Aufgaben sind für eine Analyse der BVG-Streikbewegung relevant.

Mit dem „Kampf gegen jeden Pfennig Lohn- und Unterstützungsabbau" sollte in der gemeinsamen Aktivität von Betriebsarbeitern und Arbeitslosen gegen die Auswirkungen der Notverordnungspolitik, der „Grundlage für die Faschisierung Deutschlands", vorgegangen und darüberhinaus die „Widerstandskraft der Massen gegen den Faschismus" gestärkt werden[34]).

Das „Ringen um die Mehrheit der Arbeiterklasse für die Antifaschistische Aktion" sollte sich zudem nicht nur in der – wenn auch hauptsächlich zu betreibenden – Mobilisierung von SPD-, ADGB- und Reichsbannermitgliedern erschöpfen, sondern auch die „Gewinnung der proletarischen Anhänger der Nazis" einschließen. Dabei sollte an ihren mit den übrigen Werktätigen gemeinsamen sozialökonomischen Interessen angeknüpft werden[35]).

Die Anlage dieser KPD-Politik resultierte aus den Bedingungen der tiefgehenden Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, deren reformistischer und revolutionärer Flügel in der Weimarer Republik in zwei selbständige, sich des öfteren konfrontierende Parteien verfaßt war. Zudem schreckten die Gewerkschaftsvorstände vor Kampfmaßnahmen in der Krise zurück[36]). Einheitsfront schien nur noch „von unten" möglich, wenngleich an den Schnittpunkten der Republikdemontage, dem Staatsstreich vom 20. Juli 1932 und der „Machtergreifung" am 30. Januar 1933, die KPD Angebote zum gemeinsamen Handeln an die anderen Organisationen der Arbeiterbewegung machte, die

33) Vgl. Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933. Hrsg. und eingel. v. H. Karl und E. Kücklich, Berlin 1965, S. 31 (Dok. 6).
34) Vgl. ebd., S. 51 (Dok. 12).
35) Vgl. ebd., S. 76 f. (Dok. 20).
36) Zu dieser Problematik vgl. J. Schleifstein, Die „Sozialfaschismus"-These. Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund, Frankfurt/M. 1980; sowie F. Deppe, Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse. Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung, Marburg 1981, S. 71 ff.

allerdings unbeantwortet blieben – nicht zuletzt aufgrund sektiererischer Wendungen in der kommunistischen Politik selbst[37]).

Die Bemühung der KPD, nationalsozialistische Arbeiter in die proletarische Solidarität miteinzubeziehen, um sie so gegen ihre arbeiterfeindlichen, allenfalls sozialdemagogisch gesinnten Führer und Organisationen aufzubringen, stellte für jene Zeit einen bislang wenig beachteten praktischen Versuch dar, politische Spaltungsmomente in der Arbeiterklasse zu überwinden, zumindest jedoch zu neutralisieren. Hierbei handelte es sich gerade um einen Beitrag zur Zurückdrängung des faschistischen Einflusses, und keineswegs um eine Zusammenarbeit mit NS-Organisationen[37a]).

Auch das Gesamtverbandsorgan „Gewerkschaft" schrieb von dem „gesunden Klasseninstinkt" von NSBO-Mitgliedern, die sich zudem bei Streikbruchversuchen ihrer Organisation häufig gegen „ihre Auslieferung an die Geldgeber der Braunen Paläste" wehrten[38]). Die Gewerkschaften gelangten jedoch zu keinen praktischen Konsequenzen aus dieser Problematik. In derselben Ausgabe schrieb die Zeitung des Gesamtverbandes: „Damit hat Schumann (ein NS-Reichstagsabgeordneter; d. Verf.) die Nazi-Betriebszellenorganisationen selbst als das gekennzeichnet, was sie wirklich sind: keine Organisationen, um den Arbeitnehmern in ihren wirtschaftlichen Nöten zu helfen, sondern um sie als Sturmtruppen für die faschistischen Pläne Hitlers und seiner Spießgesellen zu mißbrauchen. Jeder vernünftige Arbeiter lehnt das ab."[39])

Von dieser eher moralisierenden Schlußfolgerung hob sich das Konzept der „Antifaschistischen Aktion" beträchtlich ab: „Unsere Aufgabe ist es, diese irregeführten Arbeiter nicht von uns zurückzustoßen und sie so der faschistischen Reaktion als willfährige Werkzeuge im Kampf gegen uns selbst auszuliefern, sondern ihnen zu helfen, den Weg ins proletarische Lager, in die kämpfende Einheitsfront aller Arbeiter zurückzufinden."[40])

Wenngleich auch der proletarische Anteil an der Wähler- und Mitgliederschaft der NSDAP jeweils ein Viertel nie weit überschritten haben dürfte[41]), so geht doch angesichts der Reichstagswahlergebnisse vom Juli 1932 der Masseneinfluß der faschistischen Partei auf die Arbeiterklasse in jener Zeit in die Millionen. Dieser Einfluß, gerade aufgrund seiner Instrumentalisierungschancen für antiproletarische Aktivitäten, konnte nicht unbeantwortet bleiben. Gegen solche politischen Spaltungsmomente auch politische Antworten zu finden, war unter den Bedingungen der Weimarer Republik schwer. Der italienische Kommunist Antonio Gramsci empfahl seiner Partei schon 1926

37) Die Antifaschistische Aktion, S. 193 ff. (Dok. 62) und S. 354 ff. (Dok. 101). Vgl. auch die kommunistische Selbstkritik am Einheits-Konzept „von unten": W. Pieck, Über die Tätigkeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 26. 7. 1935, in: VII. Kongreß der KI, Frankfurt/M. 1975, S. 9 ff., hier S. 32 ff.

37a) Am 15. 11. 1932 berichtete das KPD-Organ „Rote Fahne" über den Bruch von BVG-Arbeitern mit dem Faschismus.

38) „Gewerkschaft", Ausgabe A, Nr. 43 v. 22. 10. 1932, Sp. 780. (NSBO = Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation.)

39) Ebd., Sp. 782.

40) Die Antifaschistische Aktion, S. 289 (Dok. 83).

zur Herstellung antifaschistischer Einheit: „Man muß gewiß auch die verschiedenen Schichtungen der Bourgeoisie aufmerksam untersuchen. Ja, man muß sogar die Schichtung des Faschismus selbst untersuchen . . . Heute ist es wesentlich, gegen die politische Spaltung der Arbeiterklasse zu kämpfen; und die Faschisten versuchen, eine solche politische Spaltung im Proletariat aufrechtzuerhalten . . ."[42])

Die Forderung der Kommunisten, sich gegen jeden Pfennig Lohnabbau zu wehren, ergab sich nicht nur aus der Einsicht in den Zusammenhang von Sozial- und Demokratieabbau – eben der Faschisierung durch die fortgesetzte diktatorische Notverordnungspraxis – sondern hatte auch den weiteren antifaschistischen Effekt darin, „daß die KPD sich als einzige Partei dafür eingesetzt hat, durch die Verbindung des prinzipiellen Kampfes gegen die Faschisten mit einem entschlossenen gewerkschaftlichen Kampf gegen die Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiter der sozialen Demagogie der Nazis entgegenzutreten, anstatt ihnen durch gewerkschaftliche Untätigkeit das Spiel zu erleichtern."[43]) Der „entschlossene gewerkschaftliche Kampf" wurde auch in dem BVG-Tarifkonflikt von der RGO gefordert[44]), als die neuen Lohnabbaupläne der Direktion bekannt wurden.

Die Lebens- und Arbeitssituation der 22 000 BVG-Beschäftigten hatte sich in den letzten Jahren stark verschlechtert. So wurden ihre Löhne und Gehälter fünfmal vom Mai 1931 bis Januar 1932 um insgesamt 45 bis 64 Mark monatlich abgebaut; hinzu kamen weitere Verschlechterungen wie Verkürzung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich, Intensivierung und Rationalisierung des Dienstbetriebes mit der Konsequenz einer erhöhten Unfallrate, Beseitigung sozialer Einrichtungen und Beibehaltung der hohen Mieten in den BVG-eigenen Siedlungen bei fortwährendem Lohnabbau[45]).

Als sich nunmehr abzeichnete, daß der Gesamtverband bereit war, sich auf Verhandlungen über neue Lohnabbauforderungen der Direktion einzulassen, stellte die „Rote Fahne" fest: „Alle Abbaumaßnahmen konnten bisher durchgeführt werden, weil die Gewerkschaftsbürokratie und die sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre Kampfmaßnahmen sabotierten. Sie haben insbesondere ihre Zustimmung zu jeder Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und zur Einführung der Urlaubstage ohne Bezahlung gegeben. Jede dieser Maßnahmen bezeichneten sie als ‚kleineres Übel' gegenüber weitergehenden Forderungen der Direktion. Diese Politik des ‚kleineren Übels' hat die BVG-Direktion zu ihrer jetzigen Provokation ermutigt." Die Zeitung kam

41) Vgl. R. Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1977, S. 98 f. (Dok. 56–58).
42) A. Gramsci, Zu Politik, Geschichte und Kultur, Frankfurt/Main 1980, S. 145.
43) S. Lehndorff, Wie kam es zur RGO? Probleme der Gewerkschaftsentwicklung in der Weimarer Republik von 1927 bis 1929, Frankfurt/M. 1975, S. 11.
44) Zur Kritik an der RGO vgl. L. Peter, Überlegungen zur Analyse der RGO-Politik am Ende der Weimarer Republik, in: F. Deppe/W. Gerns/H. Jung (Hrsg.), Marxismus und Arbeiterbewegung, Josef Schleifstein zum 65. Geburtstag, Frankfurt/M. 1980, S. 40 ff.
45) Vgl. KPD (Hrsg.), Der Streik der Berliner Verkehrs-Arbeiter, Berlin o. J., S. 4 f. (Die Broschüre ist z. T. auch abgedruckt in: Die Antifaschistische Aktion, S. 291 ff.; Dok. 84); „Rote Fahne" v. 16. 8., 20. 8., 23. 8., 16. 10., 26. 10. und 1. 11. 1932.

daraufhin zu dem Schluß, daß die BVGler „nur unter der Führung selbstgewählter Streikleitungen den Kampf zum Siege führen können."[46])

In der Zeit bis zur Urabstimmung entfaltete sich sodann eine rege Versammlungstätigkeit. Die betriebliche Mobilisierung und schließliche Kampfführung sollte die Einbeziehung aller politischen Lager und vor allem der Unorganisierten in die Lohnauseinandersetzung gewährleisten. Freigewerkschaftliche und nationalsozialistische Kollegen wurden von der „Roten Fahne" dabei gleichermaßen aufgefordert, sich an der Wahl von Delegierten der Dienststellen zur zentralen Delegiertenkonferenz zu beteiligen[47]).

Die Einbeziehung der unterschiedlichen Lager der Belegschaft schien gelungen zu sein. Auf der Delegiertenkonferenz, die am Abend des 2. November stattfand und entsprechend dem Urabstimmungsergebnis den Streik beschloß, gehörten von 127 Delegierten „25 dem Gesamtverband, 5 dem DMV, 5 der Gewerkschaft der Eisenbahner (GdE) und 52 der RGO an. 40 waren gewerkschaftlich unorganisiert."[48]) Unter der letzten Gruppe dürften sich auch die nationalsozialistischen Kollegen befunden haben, denn der auf derselben Konferenz gewählten Zentralen Streikleitung gehörten neben Freigewerkschaftern, RGO-Leuten und Frauen von BVG-Arbeitern auch vier NSBOler an[49]).

Diese breite Streikfront gewährleistete den erfolgreichen Beginn des Ausstands. So meldete z. B. der „Berliner Börsen-Courier" am Abend des 3. November: „Der Verkehr der Straßen- und U-Bahnen und der Omnibusse ist in seiner Gesamtheit stillgelegt."[50]) Einer „paritätisch von Kommunisten und Nationalsozialisten zusammengesetzte(n) Streikleitung" (Schulze) wäre das wohl nicht gelungen, umso weniger, als sich unter den 22 000 BVGlern nur 285 Kommunisten und 1200 RGOler, aber 6000 Gesamtverbandsmitglieder befanden[51]).

4. Die Politik der Nationalsozialisten

Weder die Untersuchung der Motivation der faschistischen Partei, sich am BVG-Streik zu beteiligen, noch ihr tatsächliches Verhalten während des Ausstands läßt den Schluß einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu.

In welcher prekären Lage sich die NSDAP im Klima der Herbststreikaktivitäten befunden haben muß, wird deutlich aus einer Antwort Hitlers auf die Frage des Reichspräsidenten Hindenburg, warum sich die nationalsozialistische Bewegung am Berliner Verkehrsstreik beteiligt habe: „Die Leute sind sehr erbittert. Wenn ich meine Leute von der Beteiligung abgehalten hätte,

46) „Rote Fahne" v. 16. 10. 1932.
47) Vgl. „Rote Fahne" v. 26. 10. 1932.
48) J. Wieszt, KPD-Politik in der Krise 1928–1932, Frankfurt/M. 1976, S. 559.
49) Vgl. KPD (Hrsg.), S. 7.
50) „Berliner Börsen-Courier" v. 3. 11. 1932 (A). Zur Streikfront vgl. auch „Der Funke" v. 8. 11. 1932; sowie die Erinnerungen des Papen-Vorgängers H. Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 632.
51) Wieszt, ebd.

hätte der Streik doch stattgefunden, aber ich hätte meine Anhänger in der Arbeiterschaft verloren; das wäre auch kein Vorteil für Deutschland."[52])

Das Dilemma, das sich in dieser Antwort verbirgt, haftet der faschistischen Bewegung mit Notwendigkeit an. Bestand doch ihre besondere Funktion im Fächer monopolkapitalistischer Parteien darin, angesichts der Stärke der Arbeiterbewegung diese sowohl terroristisch einzudämmen, als auch mittels sozialer bis sozialistischer Demagogie Arbeiter für den „nationalen Gedanken", der „Volksgemeinschaft", zu gewinnen[53]). Die Integrationsaufgabe war jedoch nur unter größten Schwierigkeiten einzulösen. Denn einerseits soll der „Volksgemeinschaftsgedanke" propagiert und somit dem Klassenkampf entgegengetreten werden. Auf der anderen Seite kam die faschistische Bewegung nicht umhin – wenn sie die Arbeiter gewinnen wollte – sich als bessere Vertreterin von Arbeiterinteressen zu profilieren[54]).

Die Entwicklung der 1929 zu diesem Zweck gegründeten NSBO zeigt die Unvereinbarkeit der beiden Seiten der „nationalsozialistischen" Demagogie deutlich auf. Die NSBO umfaßte 1932 zwar 300 000 Mitglieder, jedoch vermochte es die Nazibewegung nie, in die Reihen der organisierten Arbeiterschaft einzudringen[55]).

Nur in zugespitzten Situationen, wie 1932 während der Herbststreikaktivitäten und des Novemberwahlkampfes, war der der Schwerindustrie zuneigende NSDAP-Flügel, repräsentiert durch die „Münchener Parteiführung" – die ansonsten eher die „Volksgemeinschafts"-Propaganda betrieb – bereit, auf die Linie des neuindustriell-integrationistischen Strasser-Flügel einzuschwenken – der vornehmlich die „sozialistische" Demagogie betonte und dabei bis zur Beteiligung an betrieblichen Aktionen ging. Die Parteiführung gab „grünes Licht" für die Beteiligung der NSBO am BVG-Streik[56]).

Diese Taktik ist nicht zu verwechseln mit einer Zusammenarbeit mit Organisationen der Arbeiterbewegung, wie der KPD. Ihr entspricht aber, daß sich die NSBO nicht an der Vorbereitung des Streiks beteiligte[57]).

Der damalige Gauleiter der NSDAP von Berlin, Joseph Goebbels, erhellt in seinen Tagebuchaufzeichnungen vom 2. November 1932 die Funktion der so-

52) Zit. nach W. Hubatsch, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und des Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966, S. 351 (Dok. 94: Aufzeichnung über die Besprechung des Herrn Reichspräsidenten mit Herrn Adolf Hitler am Sonnabend, dem 19. November 1932, 11.30 Uhr).

53) Zur Entstehung und Entwicklung dieser „Doppelfunktion des Faschismus im Kampf gegen die Arbeiterbewegung" (Gossweiler) vgl. D. Eichholz, K. Gossweiler (Hrsg.), Faschismus-Forschung, Köln 1980, darin: K. Gossweiler, Faschismus und Arbeiterklasse, S. 99 ff.; W. Ruge, Monopolbourgeoisie, faschistische Massenbasis und NS-Programmatik in Deutschland vor 1933, S. 125 ff.; J. Petzold, Die Entstehung der Naziideologie, S. 261 ff.

54) Vgl. Gossweiler, S. 120.

55) Vgl. H. Roth, Die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) von der Gründung bis zur Röhm-Affäre (1928 bis 1934), in: „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" I 1978, S. 49 ff., hier S. 54; sowie Gossweiler, S. 118.

56) Vgl. Gossweiler, S. 120 f. Zum „linken" und „rechten" NS-Flügel vgl. zudem U. Hörster-Philipps, Großkapital, Weimarer Republik und Faschismus, in: Kühnl/Hardach, S. 38 ff., hier S. 90 f.

57) Vgl. Wieszt, S. 565.

zialdemagogischen Streikbeteiligung seiner Partei: „Die Arbeiter der Berliner Verkehrsgesellschaft sind in den Streik getreten. Wir haben auch für die Partei die Parole zum Streik ausgegeben. Die ganze Presse schimpft toll auf uns. Sie nennt das Bolschewismus; und dabei blieb uns eigentlich gar nichts anderes übrig. Wenn wir uns diesem Streik, der um die primitivsten Lebensrechte der Straßenarbeiter geht, entzogen hätten, dann wäre damit unsere feste Position im arbeitenden Volk ins Wanken gekommen. Hier haben wir vor der Wahl noch einmal die große Gelegenheit, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß unser antireaktionärer Kurs wirklich von innen heraus gemeint und gewollt ist, daß es sich bei der NSDAP in der Tat um eine neue Art des politischen Handelns und um eine bewußte Abkehr von den bürgerlichen Methoden handelt."[58])

Mit der „neuen Art des politischen Handelns" und der „bewußten (!) Abkehr von den bürgerlichen Methoden" ist eben die spezifisch faschistische demagogische Variante der „Gewinnung des Arbeiters" gemeint, zu der jedoch unabdingbar, will die faschistische Bewegung ihrer Gesamtfunktion voll gerecht werden, der Terror gegen die – vor allem revolutionäre – Arbeiterbewegung gehört. Goebbels am 11. November 1932 in seinem Tagebuch: „Unsere Attacken gegen die KPD müssen jetzt mit größerer Schärfe vorgetragen werden. Während des Streiks gerieten wir zu ihr in eine unangenehme aber unvermeidliche Tuchfühlung. Jetzt muß wieder Abstand genommen werden."[59])

Nachdem schon Goebbels in seinem Tagebuch jedem Verdacht einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten entschieden entgegentritt, wird auch durch die Lektüre faschistischer Zeitungen die Funktion der NS-Streikbeteiligung überdeutlich: „Volksgemeinschafts"-Propaganda, „Gewinnung des Arbeiters" und „Antibolschewismus".

Entsprechend der ausschließlich sozialdemagogischen Anlage der NS-Streikbeteiligung vermögen zeitgenössische Vorwürfe, die NSBO-Führung hätte letztendlich eine der Streikfront entgegengesetzte Politik betrieben, nicht zu verwundern. Macht doch gerade die Verhinderung bzw. Störung klassenbewußter proletarischer Regungen einen Gutteil der NSBO-Funktion aus.

Das Organ des Gesamtverbandes, die „Gewerkschaft", bilanzierte bereits zwei Wochen vor dem BVG-Streik: „Die kurze Geschichte der Nazi-Streik-Brecher-Organisation (NSBO) ist denn auch eine fast ununterbrochene Kette von Streikbruchversuchen. Häufig jedoch rebellierten die Mitglieder aus gesundem Klasseninstinkt gegen ihre Auslieferung an die Geldgeber der Braunen Paläste."[60])

58) J. Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934, S. 191.
59) Ebd., S. 201.
60) „Gewerkschaft", Ausgabe A, Nr. 43 v. 22. 10. 1932, Sp. 780.

So warf dann in Auswertung des BVG-Streiks die Zentrale Streikleitung, der immerhin auch vier nationalsozialistische Arbeiter angehörten, der NSBO-Führung vor, „die Streikfront seit der ersten Stunde des Kampfes" gespalten und somit geschwächt zu haben. So versagte die NSBO-Führung ihren Mitgliedern, sich an der Wahl zur Lohnkommission zu beteiligen, und gab am zweiten Streiktag Befehl, sich von dem „Massenstreikschutz" fernzuhalten. Stattdessen wies sie SA- und NSBO-Mitglieder an, Reichsbannerlokale zu überfallen, also Arbeiter gegen Arbeiter aufzuhetzen und somit zugleich „der Polizei Anlaß zum Einschreiten gegen die BVG-Kollegen" zu geben[61]). Des öfteren gab die NSBO-Leitung irritierende, weil mit der Zentralen Streikleitung nicht abgestimmte Parolen heraus und versuchte eigene Streiklokale und -leitungen einzurichten[62]).

Es fällt schwer, angesichts dieser Sachverhalte, die Existenz „verbündeter kommunistisch-nationalsozialistischer Umsturzgruppen" (Furtwängler) auszumachen.

5. Papen-Kurs, BVG-Streik und das „Ende Weimars"

Auch die Gewalttätigkeiten und die vier während des Streiks von der Polizei erschossenen Menschen, darunter eine 65jährige „gerade vorübergehende Frau"[63]), sind keineswegs geeignet, das Bild einer „totalitären Umsturzaktion" zu erhärten. Vielmehr war die Regierung Papen offenbar entschlossen, das Übergreifen der Herbststreikwelle auf das Zentrum des Reiches, die Hauptstadt Berlin, rücksichtslos, unter Anwendung aller staatlichen Machtmittel, zu verhindern.

Denn schon sehr frühzeitig, am Morgen des ersten Streiktages, behandelte die seit dem Staatsstreich vom 20. Juli 1932 auch für Preußen verantwortliche Reichsregierung einen Tagesordnungspunkt „Verkehrsstreik in Berlin", unter dem der stellvertretende Reichskommissar für Preußen, Bracht, u. a. den bewaffneten Streikbruch ankündigte. Bracht ging übrigens keineswegs von einer kommunistisch-nationalsozialistischen Zusammenarbeit aus, sondern wandte sich vor allem gegen die KPD: „Reichsminister Dr. Bracht hielt den Streik für eine Kraftprobe der KPD. Wirtschaftliche Gründe seien kaum gegeben . . . Die Regierung gehe gegen den Streik nachdrücklich vor. Sie schütze die Geräte, Verkehrseinrichtungen und Arbeitswilligen und werde vor vorläufigen Festnahmen nicht zurückschrecken. An den Beschädigungen der ersten ausfahrenden Wagen hätten sich auch Vertreter der Nationalsozialisten beteiligt. Im übrigen arbeiteten sie nicht mit der KPD zusammen. Eine entsprechende Weisung werde von der nationalsozialistischen Partei herausge-

61) „NSBO im BVG-Streik", Flugblatt der Zentralen Streikleitung (unveröffentlicht, Privatbesitz). Vgl. auch „Rote Fahne" v. 15. 11. 1932 („Goebbels Streikbrecherrolle beim Streik der BVG-Arbeiter").
62) Vgl. KPD (Hrsg.), S. 21. Die Faschisten gestanden in ihrer Presse selbst ein, daß sie eigene Kampf- bzw. Streikleitungen unterhielten (vgl. „Völkischer Beobachter" v. 5. 11. 1932 und „Der Angriff" v. 14. 11. 1932).
63) „Deutsche Allgemeine Zeitung" (DAZ) v. 5. 11. 1932 (M) sowie „Vorwärts" v. 4. 11. 1932 (Abend-Ausgabe, im folgenden zit. als A) zu einem vierten Todesopfer.

geben (!! – d. Verf.). Die Rote Fahne werde bis zum 12. November verboten."[64]) Mit der Erkundigung nach den militärischen Möglichkeiten der Streikniederschlagung wurde der Tagesordnungspunkt übrigens abgeschlossen: „Oberst von Bredow (ein Vertreter des Reichswehrministeriums – d. Verf.) teilte auf eine Anfrage mit, daß die Reichswehr für alle Fälle angewiesen sei. Weitere Anweisungen könnten nur als Schwäche ausgelegt werden."[65])

Als trotz mehrerer hundert Verhaftungen und polizeilichem Schutz von Streikbrecherbahnen der Ausstand nicht gebrochen werden konnte[66]), fand am Abend des zweiten Streiktages (4. November 1932) in der Reichskanzlei „eine Besprechung zwischen den maßgeblichen Stellen des Reiches und Preußens" über die Streikbewegung statt, auf der Bracht ankündigte, „daß Sonnabend früh die gesamte Berliner Schutzpolizei aufgeboten werden soll, um dem Streik ein Ende zu bereiten."[67])

Dennoch hielt sich die Streikfront bis Montag, den 7. November 1932, getragen von der „Sympathie breitester Schichten"[68]) der Bevölkerung Berlins. Für die Regierung schien daraufhin der Einsatz des Militärs immer unausweichlicher zu werden. Am Sonnabend mittag (5. November 1932) empfing Bracht den Befehlshaber im Wehrkreis III, General von Fritsch, um, „falls weitere Maßregeln zum Schutz der öffentlichen Ruhe und Ordnung erforderlich sein sollten, ein einheitliches Vorgehen mit der Polizei und Wehrmacht sicherzustellen."[69])

In einer Rundfunkrede kündigte Reichskanzler Papen am Abend des 4. November 1932 an, „daß gegen solche Friedensstörer wie hier in Berlin mit größter Strenge vorgegangen werden wird." Hier ließ er auch selbst durchblicken, daß die Streikwelle die Durchsetzung seiner Politik des beschleunigten Sozialabbaus zunehmend zu erschweren schien: „Die wilden Streiks, die auch von den Nationalsozialisten Arm in Arm mit dem Kommunismus vom Zaun gebrochen werden, um den Wirtschaftsfrieden zu stören, sind ein Verbrechen gegen die Gesamtheit der Nation . . .", da sie „Sabotage" an seinem Wirtschaftsprogramm („ein Programm für das werktätige deutsche Volk") seien. Sein Präsidialkabinett, daß es als seine „Pflicht als staatserhaltende Regierung" ansah, den „gottesleugnerischen Bolschewismus . . . in Deutschland

64) Niederschrift über die Ministerbesprechung am 3. November 1932 vorm. 11.30 Uhr in der Reichskanzlei, Bl. D 791119 ff., hier Bl. D 791121 (unveröffentlicht, USA-Mikrofilm). Die „Rote Fahne" ist für den entsprechenden Zeitraum tatsächlich verboten worden, wie sie am 4. 11. 1932 noch selbst anzeigt. Auch gegen kommunistische „Ersatz- und Flugblätter" sollte vorgegangen werden. Die faschistische Presse kam bei den Verboten bezeichnenderweise nicht in Betracht.

65) Niederschrift . . ., Bl. D 791124.

66) DAZ v. 4. 11. 1932 (A).

67) DAZ v. 5. 11. 1932 (M).

68) „Deutscher Volkswirt" v. 11. 11. 1932, zit. n. KPD (Hrsg.), S. 15. Vgl. auch „Der Funke" v. 6. 11. 1932. Am Montagabend wurde der Streik von der Zentralen Streikleitung für beendet erklärt, da an diesem Tag die Streikfront bereits stark „bröckelte". Vier Gründe dürften dafür hauptmaßgeblich sein: Die staatliche Repression, der Widerstand der Gesamtverbandsleitung, eine massive Entlassungsaktion der Direktion sowie das subversive Verhalten der NSBO-Führung. Damit blieb es beim 2-Pfennig-Lohnabbau, der nach Schlichtungsverhandlungen des Gesamtverbandes mit der Direktion während des Streiks durch Schiedsspruch festgelegt wurde.

69) DAZ v. 5. 11. 1932 (A).

mit Stumpf und Stiel auszurotten", sah sich nunmehr, da „auch Nationalsozialisten" an der Streikwelle beteiligt waren, verstärkt in die Isolation gedrängt: „Wie hatten wir seinerzeit den Kampfruf Hitlers: ‚gegen den Marxismus und für die nationale Erneuerung' begrüßt. Wie hatten wir gehofft, daß er die der bolschewistischen Lehre verfallene Arbeiterschaft der nationalen Sammlung zuführen sollte. Indes sein Einbruch in die Reihen der roten Front ist leider nur gering geblieben, und das ist sicherlich nicht die Schuld dieser Regierung, die ihm und seinen Propagandamethoden zum letzten Wahlkampf und heute so freie Hand wie nur möglich gelassen hat. Aber es ist nicht verwunderlich, daß Herr Hitler in jenen Reihen keine Eroberungen macht, wenn er für die nationale Sammlung die gleichen Methoden des Klassenkampfes, der Verleumdung und Verhetzung anwendet, in denen jene ihm weit überlegen sind."[70])

In dieser, mit dem BVG-Streik und dem Reichstagswahlergebnis[71]) eklatant gewordenen Situation, „da nicht nur die Integrationsmechanismen der bürgerlichen Parteien versagten, sondern auch die NSDAP als Auffangbecken für divergierende oppositionelle Strömungen gegen Republik und Parlamentarismus, aber auch gegen die Krisenauswirkungen und die soziale Verelendung ihre Funktion zu verlieren drohte . . ."[72]), schritt Papen nach erfolglosen Koalitionsverhandlungen zur forcierten Durchsetzung seiner reaktionären Verfassungsreformpläne[73]).

Wie gering allerdings die Möglichkeiten einer (gewaltsamen) Durchsetzung der Papenschen Diktaturpläne waren, belegte überzeugend ein „unter dem Eindruck des Berliner Verkehrsstreiks"[74]) im Reichswehrministerium durchgeführtes „Kriegsspiel", dessen Ergebnis Reichswehrminister Schleicher am 2. Dezember im Kabinett vortragen ließ. Es ging von dem „Fall eines Generalstreiks"[75]) im Reich aus und kam zu dem Schluß, daß die Einsatzfähigkeit der Reichswehr nicht ausreiche, eine einheitliche Widerstandsaktion der Arbeiterklasse niederzuschlagen[76]).

Daraufhin trat Papen zurück. Sein Nachfolger im Reichskanzleramt, General Schleicher, kommentierte die Situation folgendermaßen: „Papen hätte d(ie) Wehrmacht in wenigen Tagen auf d(ie) Straße gebracht. Aussichten für Wehrmacht dabei äußerst unglücklich: Sorge, daß man in wenigen Tagen gegen $^{9}/_{10}$ des Volkes mit M. G. auf d(er) Straße stand. Diese Sorge hat mich veranlaßt, Kanzlerschaft zu übernehmen. Klar, daß dies Entspannung."[77])

70) Zit. n. DAZ v. 5. 11. 1932 (M).
71) Die NSDAP verlor über zwei Millionen Stimmen, die KPD gewann fast 700 000.
72) Hörster-Philipps, Großkapital, Weimarer Republik und Faschismus, S. 107 f.
73) Vgl. F. v. Papen, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 243 ff. Zur Einschätzung der Revisionspläne vgl. Hörster-Philipps, Konservative Politik in der Endphase der Weimarer Republik, S. 327 ff.
74) Th. Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, Stuttgart 1962, S. 316.
75) Hubatsch, S. 367 (Dok. 103).
76) Die Aufzeichnung des damals vortragenden Oberstleutnant Ott ist abgedruckt bei Kühnl, S. 169 ff. (Dok. 94). Die Aufzeichnung wurde am 15. 12. 1947 für das Internationale Militär-Tribunal in Nürnberg gefertigt und ist schon stark totalitarismustheoretisch eingefärbt. Noch am 30. 1. 1933 verfolgte den gerade ernannten Reichskanzler Hitler das Trauma Reichswehr gegen Generalstreik (vgl. Hubatsch, S. 370, Dok. 105).
77) Zit. n. F. Müller, Zum Anteil der Reichswehr an der Vorbereitung des Faschismus, in: Kühnl/Hardach, S. 142 ff., hier S. 172; zum Kriegsspiel S. 169 ff.

Die Regierung Schleicher hob Mitte Dezember unter dem Druck der Streikwelle und unter dem Zwang zur Verbreiterung ihrer Massenbasis die Papensche Lohnabbau-Notverordnung vom 5. September und die „Sozialpolitischen Maßnahmen" der Notverordnung vom 4. September 1932 auf[78]). Damit hatte die Herbststreikwelle mit ihrem Höhepunkt BVG-Streik wichtige selbstgesteckte Ziele erreicht: Die restriktiven sozialpolitischen Teile der September-Verordnungen, ohnehin schon durch die betrieblichen Aktionen schwerlich durchführbar gewesen, wurden nun auch gesetzlich, d.h. allgemeingültig, zurückgezogen, und die Fortführung der Präsidialregierung Papens mitsamt seinen reaktionären staatspolitischen „Umbauplänen" konnte gestoppt werden.

Dieser Erfolgszusammenhang ist auch führenden Gewerkschaftern nicht verborgen geblieben. Lothar Erdmann, ein enger Mitarbeiter des ADGB-Vorsitzenden Leipart, berichtet in seinen Aufzeichnungen vom 18. Dezember 1932 über ein Gespräch vom Vorabend mit jenem Oberstleutnant Ott, der für das Reichwehrkriegsspiel anläßlich des BVG-Streiks verantwortlich war, folgendes: „Offenbar bestand während der Regierungskrise erhebliche Angst vor dem Generalstreik. Die zweite Reichskanzlerschaft von Papen ist offenbar nicht zuletzt aus der Sorge, daß ein Generalstreik von unberechenbaren Dimensionen ausbrechen könnte (verhindert worden). Ich sagte: ‚Ein zweites Mal von Papen als Reichskanzler – das wäre ein Faustschlag mitten ins Gesicht der deutschen Arbeiterschaft gewesen.'"[79])

Zudem zeigten die Novemberwahlen zum Reichstag deutlich an, daß der Masseneinfluß der NSDAP in eine rückläufige Tendenz gedrängt werden konnte. Im Reich und gerade auch in Berlin ist die Sozialdemagogie der Faschisten durch die Herbststreikaktivitäten offensichtlich beeinträchtigt worden[80]).

Für eine abschließende Bewertung des BVG-Streiks wäre es sicherlich unzulänglich, wollte man ihm die weitere Entwicklung in den letzten Wochen der Weimarer Republik gleichsam aufbürden. Daß die monopolkapitalistischen Bestrebungen, Hitler doch noch zum Reichskanzler zu ernennen[81]), nicht durch eine gemeinsame Aktion der deutschen Arbeiterbewegung letztlich vereitelt werden konnten, ist schwerlich einer BVG-Streikbewegung anzulasten, die sich gegen damals aktuell erfahrbare rapide Verschlechterungen der

78) RGBl., Teil I 1932, S. 545 und S. 547.
79) Zit. n. F. Deppe, W. Roßmann, Wirtschaftskrise, Faschismus, Gewerkschaften. Dokumente zur Gewerkschaftspolitik 1929–1933, Köln 1981, S. 243.
80) In Berlin gewann die KPD am 6. November 1932 160 000 Stimmen seit den Juli-Wahlen hinzu und wurde stärkste Partei in der Reichshauptstadt. Die NSDAP verlor 36 000, die SPD 76 000 Stimmen. Der SPD-Parteiausschuß am 10. 11. 1932 führte das schlechte Abschneiden durchgängig auf das Verhalten der Partei während des BVG-Streiks zurück.
81) Vgl. Kühnl. S. 160 ff. (Dok. 90) und S. 172 ff. (Dok. 96).

Arbeits- und Lebenssituation richtete.[82]) Schon gar nicht versammelten sich in ihr „links und rechts" die „Truppen . . ., um der ausgehöhlten Demokratie den Todesstoß zu versetzen" (Potthoff).

Im Gegenteil hat der BVG-Streik ein – freilich verklungenes – Signal gegeben, wie sich die fortgesetzte Faschisierung hätte aufhalten lassen. Am 29. November 1932 berichtete der ADGB-Vorsitzende Leipart seinem Vorstand die Befürchtungen des Papen-Vertrauten Fürstenberg: „Der Verkehrsstreik habe gezeigt, welche Kräfte in der Arbeiterschaft ausgelöst werden könnten. Wenn etwa die erfahrenen Gewerkschaftsführer solche Dinge in die Hand nehmen würden, dann sei das eine sehr ernste Gefahr."[83])

82) Der Hinweis von Detlev Peukert, durch die Analyse des BVG-Streiks und der Herbststreikaktionen zur Erklärung der „Wirkungslosigkeit der Generalstreikaufrufe am 20. Juli 1932 und am 30. Januar 1933" beizutragen (ders., Zur Regionalgeschichtsschreibung der Arbeiterbewegung, in: „Das Argument" 110, 1978, S. 546 ff., hier S. 557), käme in diesem Fall zu eher tautologischen Ergebnissen. Denn der BVG-Streik fand ja von Anfang an gegen den reformistischen Widerstand statt und hat somit in der Optik der Führungsgruppen der Arbeiterorganisationen das Konfrontations- und Spaltungsdenken zweifellos bestätigt. Die einen konnten die anderen weiterhin als „Kozis" bezeichnen, während jene sich in ihrer „Sozialfaschismus"-These bestärkt fühlten. Hier kommt es vielmehr darauf an, trotz der Spaltungsmisere den Gehalt einer realen Streikbewegung festzuhalten, die ja nicht nur Reichswehr und Papen-Regierung, sondern auch die SPD- und Gewerkschaftsführung stark beeindruckt zu haben scheint.

83) Zit. n. Deppe/Roßmann, S. 237.

weltweit
aktuell konkret lebendig

horizont

horizont
Sozialistische Wochenzeitung der DDR für internationale Politik und Wirtschaft

„horizont" bringt Ihnen interessante Informationen durch exklusive Berichterstattung zu Themen
- der Außenpolitik der DDR
- der Zusammenarbeit mit anderen Ländern
- der internationalen Arbeiterbewegung
- des aktuellen Weltgeschehens
- der Weltwirtschaft

☐ Ich möchte „horizont" zum Jahresabonnement von DM 67,60 zzgl. Portogebühren von DM 10,60 beziehen.

☐ Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplares

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Direktversand ab Berliner Verlag, daher immer aktuell!
Senden Sie den Kupon als Bestellung an
Brücken-Verlag GmbH
Ackerstraße 3 – 4000 Düsseldorf 1

Ein Probeexemplar kann vom Verlag direkt angefordert werden.
Berliner Verlag, DDR-1026 Berlin, Karl-Liebknecht-Straße 29

Alternativen

Arbeitsgruppe Alternativen der Wirtschaftspolitik

Sondermemorandum '82

Mehr Arbeitsplätze und soziale Sicherheit
Alternativen zum Krisenkurs der Wirtschaftspolitik

Am 20. Oktober 1982 legte die „Arbeitsgruppe Alternativen der Wirtschaftspolitik" („Memorandum-Gruppe") auf einer Pressekonferenz in Bonn ein stark beachtetes Sondermemorandum zur „Operation '83" und den einschlägigen Plänen der neuen CDU/CSU/FDP-Regierung vor. Im vergangenen Jahr hatte die Memorandum-Gruppe bereits die „Haushaltsoperation '82" einer durch detaillierte Alternativrechnungen fundierten Kritik unterzogen (vgl. „Sondermemorandum '81", in: „Blätter", 10/1981, S. 1252–1274). Die jährlichen Alternativgutachten (Memoranden) der aus Wirtschaftswissenschaftlern und Gewerkschaftern bestehenden Memorandum-Gruppe erscheinen seit 1977 im jeweiligen Maiheft der „Blätter", gegebenenfalls in der Kurzfassung. Nachstehend der Wortlaut des Sondermemorandums '82. Sonderdrucke sind lieferbar. D. Red.

I. Die soziale und wirtschaftliche Lage: Auf dem Weg zu vier Millionen Arbeitslosen

Im Herbst 1982 steckt die Bundesrepublik in der schwersten Wirtschaftskrise seit ihrem Bestehen.

1. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen in der Bundesrepublik liegt zur Zeit um rund 40% höher als im vergangenen Jahr. Ihr für 1982 erwarteter Durchschnittswert ist mit 1,9 Millionen mehr als doppelt so hoch wie 1980. In keinem vergleichbaren Industrieland hat sich der Anstieg der Massenarbeitslosigkeit in den letzten Monaten derartig beschleunigt wie in der Bundesrepublik. Für die nächste Zukunft verschlechtern sich die Aussichten weiter: die Arbeitslosigkeit wird im kommenden Halbjahr mindestens ebenso rasch steigen wie 1981/82. Im Februar 1983 ist demnach – davon geht auch der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" in seinem jüngsten Sondergutachten aus – mit etwa 2,5 Millionen registrierter Arbeitsloser zu rechnen. Einschließlich der stillen Reserve nicht registrierter Arbeitsloser läge die Zahl der tatsächlich Erwerbslosen dann zwischen 3,5 und 4 Millionen; dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 15%.

2. Auf die Folgen anhaltender Massenarbeitslosigkeit für die Betroffenen, die noch Beschäftigten und die Gesellschaft haben wir bereits mehrfach ausführlich hingewiesen.

– Ein Fünftel der registrierten Arbeitslosen erhält gar keine Arbeitslosenunterstützung; das durchschnittlich gezahlte Arbeitslosengeld betrug 1981 mit 886 DM knapp die Hälfte eines durchschnittlichen Nettoeinkommens. 37% der Empfänger von Arbeitslosengeld und 63% der Bezieher von Arbeitslosenhilfe erhielten weniger als 800 DM.

– Die hohe und steigende Arbeitslosigkeit ist zu einem wirksamen Druck- und Disziplinierungsmittel gegenüber den noch Beschäftigten geworden: Bereits im dritten Jahr sinken 1982 die realen Nettoeinkommen; sie liegen mittlerweile unter dem Niveau von 1978.

– Gesamtwirtschaftlich bedeutet eine Arbeitslosigkeit von 1,9 Millionen eine Belastung durch Steuer- und Beitragsausfall sowie Arbeitslosenunterstützung von über 50 Mrd. DM. Der Produktions- bzw. Einkommensausfall liegt bei über 110 Mrd. DM.

Diese Zahlen spiegeln die materielle Lage derer nur ungenügend wider, die auch als Beschäftigte benachteiligt sind, so Ausländer, Frauen, Behinderte, und die bei Verlust ihres Arbeitsplatzes erst recht in Not und Armut geraten. Sie erfassen auch die zerstörenden sozialen und individuellen Folgen von Arbeitslosigkeit nicht: Dequalifizierung, Isolierung, Perspektivlosigkeit, Resignation und Verzweiflung bei den Betroffenen, Unsicherheit, Angst und Einschüchterung bei den noch Beschäftigten.

3. Die erneute Verschlechterung der sozialen Lage in der Bundesrepublik geht einher mit einem stagnierenden Sozialprodukt und einer sinkenden Industrieproduktion. Das reale Sozialprodukt ist seit Ende 1979 jährlich um 0,5% gewachsen. Die Industrieproduktion ist leicht gesunken.

Im Verbrauchsgütergewerbe war die Produktion von Januar bis Juli 1982 nur um 1% höher als 1976 und um 10% niedriger als im 1. Halbjahr 1980. Hier schlägt unmittelbar der Rückgang der Masseneinkommen als sinkende Realnachfrage durch.

Der sinkende private Verbrauch dämpft wegen mangelnder Absatzerwartungen die Investitionen, zunächst im verbrauchsnahen Bereich und schließlich auch gesamtwirtschaftlich. Das Schwergewicht bei den verbleibenden Investitionen verlagert sich überdies auf arbeitssparende Rationalisierungsinvestitionen, was die Lohnsumme und damit den privaten Verbrauch weiter senkt. Dies erhöht die Konkurrenz um den schrumpfenden Absatz, wobei die kleineren Anbieter in der Regel das Nachsehen haben. Die Insolvenzziffern belegen dies zur Genüge. Ob Unternehmen vollständig zusammenbrechen – wie tausende mittelständischer Unternehmen – ob sie mit Hilfe der Bundesregierung und der Banken saniert werden – wie die AEG – oder ob sie sich – wie verschiedene andere große Konzerne – aus eigener Kraft durch Betriebsschließungen und Rationalisierungen über die Folgen der Nachfrageschwäche hinweghelfen – in jedem Fall ist das Ergebnis eine massive Vernichtung von Arbeitsplätzen, eine neue Welle von Arbeitslosigkeit und eine weitere Schwächung der Nachfrage – also die Verstärkung der ökonomischen Krise.

II. Wirtschafts- und Finanzpolitik: Krisenverschärfung durch Umverteilung

4. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Bundesrepublik hat mehr und mehr dazu beigetragen, die Krise zu vertiefen und zu verlängern. Trotz aller wirtschaftstheoretisch begründeten Warnungen und Widerlegungen und trotz des offenkundigen Scheiterns der englischen und US-amerikanischen Wirtschaftspolitik hält die neue Bundesregierung erst recht am eingefahrenen Kurs fest: Einschränkung und Umschichtung von Staatsausgaben und Sozialprodukt, Sozialabbau, Senkung der Ausgaben für Bildung und Ausbildung, für die Jugend und die Gesundheitsfürsorge kontrastieren mit einer Subventionierung der Unternehmensgewinne, der Ausrichtung der Wirtschaft auf internationale Expansion und der Steigerung der Militärausgaben.

Diese Linie der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist längst vor der jetzt erfolgten Regierungsumbildung beschlossen und eingeleitet worden: Die Kürzungen im Sozialbereich, die mit der „Operation '82" beschlossen wurden, belaufen sich bis 1985 auf 60 Mrd. DM. Die Kabinettsbeschlüsse vom Juli für 1983 sahen weitere Kürzungen in Höhe von 8 Mrd. DM für 1983 und in Höhe von 23 Mrd. DM bis 1985 vor. Demgegenüber belaufen sich die innerhalb des letzten Jahres vor dem Regierungswechsel beschlossenen zusätzlichen Entlastungen und Subventionierungen der privaten Unternehmen auf mehr als 20 Mrd. DM. Während im Haushaltsentwurf der alten Bundesregierung für 1983 die größte Kürzung mit 5,8 Mrd. DM beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung vorgesehen war, sollte – wie schon 1982 – die größte Ausgabensteigerung eines Ressorts auf das Verteidigungsministerium entfallen (plus 1,8 Mrd. DM).

Die Erklärungen der neuen Bundesregierung lassen keinen Zweifel daran, daß dieser Weg der wirtschaftspolitischen Orientierung in Zukunft nicht verlassen, sondern beschleunigt fortgesetzt werden soll. Die eingeleitete Umstrukturierung des Sozialproduktes zu Lasten des Konsums – und der Löhne, Gehälter und Sozialeinkommen – und zugunsten der Unternehmergewinne soll in erheblich größerem Umfang fortgeführt werden.

In den Koalitionsvereinbarungen vom 28. September dieses Jahres sind weitere Einsparungen für 1983 in Höhe von 5,3 Mrd. DM vorgesehen. Maßnahmen im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik sind:

– Die Mehrwertsteuer wird um 1 Prozentpunkt ab 1. 7. 1983 erhöht, um mit den geschätzten Mehreinnahmen in Höhe von ca. 2 Mrd. DM beim Bund vor allem Steuerentlastungen zur „Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen" (u. a. Entlastungen bei der Gewerbeertrags- und Gewerbekapitalsteuer, Förderung des Eigenheimbaus durch Schuldzinsabzug bei Neubauten sowie steuerliche Erleichterungen bei der Übernahme insolventer bzw. insolvenzbedrohter Unternehmen) zu finanzieren.

Über die Schwächung der Massenkaufkraft werden somit erneut Steuergeschenke an Unternehmen finanziert und der Konzentrationsprozeß der Wirtschaft steuerlich bevorteilt.

– Die Auflage einer Zwangsanleihe unter dem Stichwort „Investitionshilfe" für Einkommensbezieher mit steuerpflichtigem Einkommen von mehr als 50 000/100 000 (Ledige/Verheiratete) in Höhe von 5% der Steuerschuld über zwei Jahre. Soweit der fünffache Betrag des für die Anleihe vorgesehenen Steuerbetrags investiert wird, wird auf sie verzichtet. Kurzfristig sollen mit den zusätzlichen Mitteln Anreize für den Wohnungsbau finanziert werden; mittelfristig ist u. a. vorgesehen, die „Umgestaltung des Steuersystems zur Förderung von Investitionen und Beschäftigung" zu ermöglichen. Zum einen ist zu kritisieren, daß die Mittel großteils nicht gezielt für ein aktives Beschäftigungsprogramm eingesetzt werden. Zum anderen besteht, falls es zu der für 1987 bis 1989 vorgesehenen Rückerstattung dieser Zwangsanleihe kommt, der Beitrag der Besserverdienenden lediglich aus dem Zins- und Geldwertverlust, während die durch die Einschnitte in das Sozialsystem Betroffenen ohne Aussicht auf Rückerstattung schwere Lasten auf Dauer zu tragen haben.

– Ebenso wie für die Rentenbezieher und Sozialhilfeempfänger ist im öffentlichen Dienst eine halbjährige „Pause" bei der Anpassung der Löhne und Gehälter in den Koalitionsvereinbarungen festgeschrieben worden. Erst ab 1. Juli 1983 soll dann die Steigerung der Einkommen im öffentlichen Dienst um 2% erfolgen. Diese „Lohnpause", für den öffentlichen Dienst festgeschrieben, hat zugleich die Funktion als Signal für die Forderung, vom Minister für Arbeit und Soziales vorgetragen, nach einem generellen halbjährigen Lohnstopp in der gewerblichen Wirtschaft. Über den Eingriff in die Tarifautonomie wird ein massiver Lohnabbau gefordert, ohne daß dadurch auch nur ein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz garantiert werden könnte.

– Die „Vorschläge für die Behandlung anhängiger Gesetzgebungsverfahren in der Wohnungspolitik" sehen eine weitere Aufweichung des Schutzes von Mietern (Rücknahme des Mietspiegelgesetzes, Einführung der Staffelmieten jetzt auch für den vorhandenen Wohnungsbestand und nicht nur bei Neubauten, Fristverkürzung bei Eigenbedarfskündigungen, Einschränkung des Vergleichsmietenbegriffs auf das Datenmaterial der letzten drei Jahre) bei gleichzeitiger Rücknahme der gegen Spekulationen gerichteten Baulandnovelle der alten Regierung vor. Gleichzeitig soll das Wohngeld um 200 Mio. DM gekürzt werden.

5. Es ist müßig geworden, sich mit den verschiedenen Rechtfertigungen auseinanderzusetzen, die für die Wirtschafts- und Finanzpolitik angeführt werden. Offenbar werden nämlich diese Rechtfertigungen von denen, die sie vorbringen, selbst nicht ernst genommen.

– Zur Begründung des Sozialabbaus in der Haushaltsoperation '82 war viel von „Mißbrauch" und „sozialer Hängematte", von überzogenen und nicht gerechtfertigten Ansprüchen die Rede. Das hört man heute nur noch selten. Statt dessen wird betont, daß auch sinnvolle, gerechtfertigte und wohlerworbene Ansprüche unter dem Zwang sinkender Wachstumschancen nur eingeschränkt erfüllt werden könnten. Unsere mehrfach geäußerten Hinweise, daß die Mißbrauchsdiskussion nur ein Alibi für einen Einstieg zur Öffnung weiterreichender Perspektiven des Sozialabbaus sei, haben sich damit auf bedrückende Weise bestätigt.

– Vor einem Jahr mußte die negative Leistungsbilanz herhalten, um den Lohnverzicht der Gewerkschaften zu fordern. Heute kann – da das Leistungsbilanzdefizit abgebaut ist – diese Begründung nicht mehr verwendet werden. Unbeirrt wird jedoch auch für das nächste Jahr eine drastische Reallohnsenkung zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsposition bundesdeutscher Unternehmen gefordert.

– Seit Jahren werden die Kürzung von Sozialleistungen und die Stellenstreichungen im öffentli-

chen Dienst mit der Notwendigkeit begründet, die Haushaltsdefizite abbauen und die Staatsfinanzen sanieren zu müssen. Mittlerweile ist nicht nur immer wieder theoretisch nachgewiesen worden, sondern hat sich auch – in der BRD und anderswo – herausgestellt, daß Austeritätspolitik die Haushaltsdefizite nicht verringert, sondern vergrößert. Sie sind vielmehr Resultat der Wirtschaftskrise, der Massenarbeitslosigkeit und der Weigerung, wirksame Maßnahmen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung zu ergreifen. Unverändert wird jedoch Sozialabbau gefordert und betrieben; begründet wird er jetzt weniger mit der Notwendigkeit der Einschränkung der gesamten Staatsausgaben, mehr mit der Notwendigkeit ihrer Umstrukturierung vom konsumtiven zum investiven Bereich.

Daß wirtschaftspolitische Forderungen in der Bundesrepublik einen hohen Grad von Beliebigkeit haben, geht auch aus dem erstaunlichen Positionswechsel hervor, den die neue Bundesregierung gegenüber ihren noch vor wenigen Wochen mit Vehemenz vorgetragenen Argumentationen vollzogen hat:

– Die zuvor von der CDU-Mehrheit im Bundesrat blockierte Mehrwertsteuererhöhung soll nun doch zum 1. Juli kommenden Jahres in Kraft treten.

– Über eine Zwangsanleihe sollen nun doch mittlere und höhere Einkommensbezieher belastet werden, während die Forderung nach einer Ergänzungsabgabe strikt abgelehnt wurde. Kurzfristig wirken beide Instrumente in gleicher Weise.

– Die von CDU und FDP für 1983 geplante Neuverschuldung des Bundes hat mit rd. 40 Mrd. DM eine Höhe erreicht, die wenige Monate zuvor noch als absolut untragbar galt und eine Verfassungsklage gegen die Haushaltspolitik der seinerzeitigen Bundesregierung inspiriert hat.

Wer die Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten Jahre analysiert, stellt fest: Das materielle Leitmotiv war durchgängig die *Umverteilung* des Sozialproduktes und der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen zu Lasten der unselbständig Beschäftigten und Sozialhilfeempfänger und zugunsten der Unternehmen – insbesondere der Großunternehmen. Die Begründungen für diese Orientierung haben vielfach gewechselt. Die tatsächlich erfolgte Umverteilung in den letzten Jahren ist jeweils als Schritt in die richtige Richtung kommentiert worden, der allerdings noch viel zu kurz und halbherzig gewesen sei. Mit diesem ewigen „nicht genug" wird theoretisch die Forderung nach Umverteilung gegenüber einer wissenschaftlichen Überprüfung ihrer Begründung immunisiert; praktisch wird damit die Unersättlichkeit der Gewinnansprüche der Privatwirtschaft gegenüber den Lohn- und Gehaltsabhängigen dokumentiert.

6. Das Leitmotiv der Umverteilung zieht sich auch durch die Äußerungen der neuen Bundesregierung, vor allem des alten und neuen Wirtschaftsministers und des neuen Arbeitsministers: Einfrieren der Nominallöhne im gewerblichen Bereich, Senkung der Nominallöhne und -gehälter im öffentlichen Dienst, Liquidierung der Struktur des Systems der sozialen Sicherung – das sind die Perspektiven, mit denen die Menschen in der BRD in den nächsten Monaten und Jahren konfrontiert sein werden.

Die Forderungen, die im „Lambsdorff-Papier" gestellt werden, gehen über ökonomische Maßnahmen weit hinaus. Sie zielen in ihrem Kern auf eine deutliche Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital in der Bundesrepublik. Indem das Niveau und die Struktur der Sozialleistungen, die mühsam durchgesetzte und noch keineswegs wirksam angewandte Mitbestimmung, der Daten-, Umwelt-, Mieter- und Jugendarbeitsschutz zu wesentlichen Ursachen der anhaltenden Krise erklärt werden, richten sich die geplanten Maßnahmen gegen die Grundlagen des demokratischen und sozialen Rechtsstaats, wie ihn das Grundgesetz fordert. Es werden dabei nicht zufällig die wichtigsten Ansprüche und Forderungen zum Teil wörtlich aufgenommen, die die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände im März dieses Jahres und der Bundesverband der Deutschen Industrie Anfang September programmatisch verabschiedet haben. Ziel ist, die Gewerkschaften zu schwächen sowie zu spalten und damit die Position des Kapitals zu stärken. Angestrebt ist die weitere Einschränkung der ohnehin nur spärlich entwickelten Demokratie in der Wirtschaft. Gleichzeitig mit der ökonomischen Umverteilung zu Lasten der Lohn- und Gehaltsabhängigen werden daher auch der politische und administrative Herrschaftsapparat sowie der Militärapparat ausgebaut.

7. Gesamtwirtschaftlich kann diese Politik keine Lösung der ökonomischen Probleme bringen; sie wird sie vielmehr empfindlich verschärfen. Durch Austeritätspolitik wird der Krisenprozeß auch dann verstärkt, wenn von der Kostenseite durch Investitionszulage, Abschreibungserleichterungen und andere Subventionen oder Lockerungen von Umweltschutzbestimmungen günstige Profitbedingungen geschaffen werden. Ökonomisch vorteilhaft ist eine solche Entlastung durch staatliche Sparpolitik nur für jene Unternehmen, die von der Kostenentlastung profitieren, ohne von dem Ausfall an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage betroffen zu sein. Das sind vor allem zwei Gruppen: zum einen die Unternehmen, die einen wesentlichen Teil ihres Umsatzes im Ausland tätigen; für sie bedeuten Kostenentlastungen auf der Produktionsseite zugleich eine Verbesserung ihrer internationalen Wettbewerbsposition und damit ihrer Absatzchancen. Die Tatsache, daß mehr als 50% des bundesdeutschen Exportes auf 100 Unternehmen entfallen, weist darauf hin, daß es sich bei dieser Gruppe der von staatlicher Politik Begünstigten um einen sehr kleinen Kreis großer Konzerne handelt, der überdies fast den gesamten Kapitalexport aus der Bundesrepublik auf sich vereinigt. Vorteilhaft ist die Umverteilungspolitik zum anderen auch für die Unternehmen, deren Absatz nicht von privater Konsum- oder Investitionsnachfrage abhängt, sondern im wesentlichen durch expandierende Staatsnachfrage gestützt wird, vor allem also die Rüstungsunternehmen. Ihre Geschäfts- und Gewinnlage wird durch die trotz staatlicher „Sparpolitik" stark steigenden Ausgaben für militärische Beschaffungen günstig beeinflußt.

Es kann aber nicht erwartet werden, daß der Nutzen, den warenexportierende und waffenproduzierende Unternehmen aus der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik ziehen, in nachhaltige Impulse für die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung und Produktion umgesetzt wird und die negativen Wirkungen der sinkenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage auch nur annähernd ausgleichen könnte. Die Gesamtwirkung der staatlichen Politik ist ruinös für die Gesamtwirtschaft, sie wird die Krise verschärfen und die Arbeitslosigkeit vergrößern. Eine aggressive Außenwirtschaftspolitik wird darüber hinaus – insbesondere dann, wenn sie mit beschleunigter Aufrüstung verbunden ist – von anderen Ländern als Wiederauflage imperialistischer Expansionsstrategien und als Bedrohung ihrer ökonomischen Existenzgrundlagen empfunden und entsprechende Gegenreaktionen hervorrufen. Hierdurch werden die internationalen Beziehungen weiter destabilisiert.

III. Die „Wende" in der Sozialpolitik: Mehr Lasten und weniger Sicherung für die Schwachen

8. Die Beschlüsse und Absichtserklärungen der neuen Bundesregierung zur Sozialpolitik setzen die bisherigen Eingriffe in das soziale Netz nicht nur fort, sie berühren nunmehr auch den Grundbestand des Niveaus der sozialen Sicherung. Mit der proklamierten „Wende" sind nicht in erster Linie vereinzelte Korrekturen und Leistungskürzungen in Randbereichen des sozialen Netzes beabsichtigt. Abgezielt wird vielmehr auf den Kern des Sozialleistungssystems; der Sozialstaat steht zur Disposition. Dies in einer Zeit, in der als Folge von Krise und Massenarbeitslosigkeit die sozialen Probleme und Notlagen sprunghaft zunehmen und immer mehr Menschen auf Unterstützung und Hilfe angewiesen sind, in einer Zeit also, in der der Sozialstaat eigentlich seine Bewährungsprobe zu bestehen hätte. Die Koalitionsvereinbarungen vom 28. September dieses Jahres übernehmen den qualitativen Kurswechsel in den Prinzipien der Sozialpolitik, wie ihn die „Haushaltsoperation '82" der sozialliberalen Regierung vorgezeichnet hat, und beschleunigen auf dieser Basis quantitativ den Sozialabbau.

9. Ein Blick zurück auf die mit der „Operation '82" vollzogenen Maßnahmen und Kürzungen zeigt, daß vor allem Arbeitslose, Kranke, Rentner, kinderreiche Familien und Sozialhilfeempfänger betroffen sind:

– Bei der Arbeitslosenversicherung wurden die Bezugsmöglichkeiten von Arbeitslosengeld und -hilfe verengt, das Arbeitslosengeld gekürzt und der Zumutbarkeitsbegriff verschärft.

– In der Krankenversicherung wurden die Selbstbeteiligung der Kranken an den Kosten verschärft (u. a. Erhöhung der Rezeptgebühr, Beteiligung am Zahnersatz).

– In der Rentenversicherung wurden der Bundeszuschuß gekürzt und die individuelle Beteiligung der Rentner an ihrer Krankenversicherung beschlossen.

– In der Familienpolitik wurde das Kindergeld gekürzt.

– Im Bereich der Sozialhilfe wurden die Anpassungsraten der Bedarfssätze für je zwei Jahre auf je 3% verkürzt und die Mehrbedarfszuschläge um 10% reduziert.

In ihren Verteilungswirkungen belastet die „Operation '82" die Arbeitnehmer insgesamt bis 1985 mit einem jahresdurchschnittlichen Betrag von 16,1 Mrd. DM, während die Selbständigen und Unternehmer mit rd. 0,6 Mrd. DM pro Jahr *entlastet* werden. Diese Einseitigkeit der „Spar"maßnahmen widerlegt die Behauptung von einer sozialen Ausgewogenheit als Floskel, die zur Beruhigung und Täuschung der Betroffenen dienen soll.

Maßnahmen dieser Art sind nicht „nur" unsozial. Sie tragen auch nicht dazu bei, die Haushalte der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungsträger zu konsolidieren. Im Gegenteil: Die Defizite, insbesondere in der Arbeitslosenversicherung, haben in dem Maße sprunghaft zugenommen, wie, nicht zuletzt unter dem Einfluß der Sparpolitik, die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen ist und die Steuer- und Beitragseinnahmen weiter gesunken sind. Die Sozialausgaben machen einen entscheidenden Teil der gesamtwirtschaftlichen Konsumnachfrage aus. Gerade die Empfänger von Sozialeinkommen können aufgrund ihrer hohen Konsumquote dazu beitragen, den beschäftigungspolitisch verheerenden Rückgang des privaten Verbrauchs einzudämmen. Es sollte auch beachtet werden, daß die Sozialpolitik im Bereich der sozialen Dienstleistungen eine große Zahl von qualifizierten Arbeitsplätzen sichert. Das, was derzeit an Ausgaben in diesem Bereich (u. a. bei Kuren, Kindertagesstätten, Jugendpflege, Altenhilfe) gestrichen wird, taucht in der Arbeitslosenversicherung oder bei der Sozialhilfe als zusätzliche Ausgaben wieder auf, wenn arbeitslose Krankenpfleger, Sozialpädagogen, Erzieher, Sozialarbeiter und Altenhelfer von Unterstützungsleistungen leben müssen.

10. Die Julibeschlüsse zur Operation '83 sowie die jüngsten Absichtserklärungen der neuen Bundesregierung machen deutlich, daß auch in Zukunft kein Bereich der Sozialpolitik von einschneidenden Verschlechterungen ausgeklammert wird. Mitte Oktober zeichnete sich folgende Entwicklung ab:

a) Der Bund versucht, sich seiner Verantwortung für die Finanzierung und Deckung des Defizits der *Arbeitslosenversicherung völlig* zu entziehen. Die Bundeszuschüsse sollen für 1983 – bei weiter wachsender Arbeitslosigkeit – auf 1 Mrd. DM begrenzt werden, so daß die Finanzierung der Arbeitslosigkeit allein den versicherten Arbeitern und Angestellten überlassen bleibt. Die Einnahmenausfälle durch Kürzung der Bundeszuschüsse sollen ausgeglichen werden durch:

– Eine nochmalige Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 4,5%, wobei Selbständige, Unternehmer und Beamte nach wie vor von jeder Belastung ausgespart werden und so auf die sozialpolitisch sinnvolle Verbreiterung der Finanzierungsbasis verzichtet wird.

– Eine Senkung der Beiträge, die die Bundesanstalt für Arbeit für ihre Leistungsempfänger an die Rentenversicherung zu entrichten hat: Während die Beiträge bisher auf 100% des zuvor bezogenen Bruttoeinkommens bezogen wurden, sollte die Bemessungsgrundlage nach den Vorstellungen vom Juli zukünftig auf 70% des Bruttoeinkommens gesenkt werden; nach den jüngsten Plänen wird der Prozentsatz auf *68% der Nettoeinkommen* festgesetzt. Dies bedeutet, daß die Beiträge von weniger als 50% des letzten Bruttoeinkommens berechnet werden.

– Eine weitere Einengung der Anspruchsvoraussetzungen zum Bezug des Arbeitslosengeldes (Einsparungen 1983: 500 Mio. DM) sowie eine weitere Absenkung der Förderungssätze für Maßnahmen der Rehabilitation und Arbeitsförderung (Einsparungen 1983: 500 Mio. DM).

Dieser Ausstieg des Bundes aus der Finanzierung der Arbeitslosigkeit höhlt die Arbeitslosenversicherung mit ihren Einkommensersatzleistungen für Arbeitslose systematisch aus. Die finanziellen Lasten der Arbeitslosigkeit werden nicht länger gesellschaftlich getragen, sondern mehr und mehr individualisiert und auf die Betroffenen verlagert: Der Anteil der Arbeitslosen ohne Ansprüche auf Arbeitslosengeld wird steil ansteigen, immer mehr Arbeitslose werden auf die Sozialhilfe abgedrängt und von ihr abhängig.

b) In der *Rentenversicherung* wird für 1983 der Bundeszuschuß um 3 Mrd. DM (1,3 Mrd. DM nach den Juli-Beschlüssen) gekürzt, nachdem auch in den Vorjahren bereits ähnliche Maßnah-

men praktiziert wurden. Auch in diesem Versicherungszweig entzieht sich der Bund auf Kosten der Rentner seinen Finanzierungsverpflichtungen. So sank von 1957 bis 1982 der Bundeszuschuß zur gesetzlichen Rentenversicherung von 33% auf 16%. Dies und die erwähnten geminderten Beitragsleistungen der Bundesanstalt für Arbeit werden die Rentenversicherung in ein Finanzierungsdefizit treiben und in eine gefährliche Abhängigkeit von Konjunktur und Arbeitsmarktlage bringen.

Die so programmierten Defizite werden in vollem Umfang auf die Beitragszahler und vor allem auf die Rentner abgewälzt:

Die von der neuen Bundesregierung beschlossene „Atempause" durch Verschiebung der Rentenanpassung um ein halbes Jahr muß deshalb eher als Würgegriff für die Lebensverhältnisse der Rentner bezeichnet werden. Dies um so mehr, als die Beteiligung der Rentner an der Krankenversicherung noch zu zusätzlichen Belastungen führt: Ab 1983 soll der Beitrag 1% betragen und in den nächsten Jahren jährlich um den doppelten Prozentsatz steigen. Die Rentenerhöhung wird also von 1983 an um jeweils 1% niedriger ausfallen, als dies normalerweise nach dem Gesetz (Bruttolohndynamik) der Fall wäre. Das bedeutet, daß 1983 die Rentenerhöhung nur noch 2,3% ausmacht und damit angesichts der gegenwärtigen und zu erwartenden Inflationsraten eine deutliche Verschlechterung der Einkommenslage der Rentner unausweichlich ist.

Die Übertragung dieser Regelung auch auf die Unfall- und Kriegsopferrentner – obgleich hier keinerlei Zusammenhang zur gesetzlichen Rentenversicherung besteht – macht diese Entwicklung noch dramatischer.

Die auf 68% des Nettoeinkommens der Arbeitslosen bezogene Beitragsabsenkung der Bundesanstalt für Arbeit an die Rentenversicherung wird verknüpft mit einer entsprechenden Berechnung der Zeiten der Arbeitslosigkeit für die späteren Renten. Bei einem Durchschnittsverdiener, der 12 Monate arbeitslos ist, wird die Rente pro Monat um 18 DM verringert – für die unverschuldete Arbeitslosigkeit muß also doppelt gebüßt werden.

Schließlich werden durch die Verschiebung der Defizite von einem Versicherungszweig auf den anderen auch die Versicherten der Rentenversicherung belastet: ab 1984 sollen die Beiträge auf 18,5% steigen.

c) In der *Krankenversicherung* sieht die neue Regierung von dem Vorhaben der Juli-Beschlüsse ab, die Beitragsleistung der Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitslose an die Krankenversicherung zu kürzen. Deutlich ausgeweitet werden hingegen die Maßnahmen zur Selbstbeteiligung der Versicherten im Krankheitsfall. Dabei geht es nicht mehr „nur" um die erneute Erhöhung bestehender Selbstbeteiligungssätze (Arzneimittel, Rezeptgebühr), sondern um die Neueinführung der Selbstbeteiligung an weiteren Sachleistungen der Krankenversicherung: So soll ab 1983 eine Selbstbeteiligung an den Krankenhauskosten (5 DM pro Tag für die ersten 14 Tage – die Juli-Beschlüsse hatten 7 Tage vorgesehen) und eine Selbstbeteiligung an den Kosten für Kuren (10 DM pro Tag bis zu 300 DM) erhoben werden.

Mit diesen neuen, als „Einstieg" bezeichneten Selbstbeteiligungsregelungen wird die Substanz der Krankenversicherung in Frage gestellt: Auf der einen Seite werden die Krankenhauspatienten und Rehabilitanden finanziell unerträglich belastet, während auf der anderen Seite – wie schon in den Jahren zuvor – die eigentlich kostentreibenden Faktoren im Gesundheitssystem völlig unberührt bleiben. Nach wie vor wird darauf verzichtet, durch Strukturreformen die privaten Leistungsanbieter (Ärzte, pharmazeutische Industrie), die die Krankenversicherung als Selbstbedienungsladen zur Sicherung ihrer Höchsteinkommen und -gewinne ausnützen, in den Griff zu bekommen. Statt dessen wird auf einen Umbau der Krankenversicherung zu einer „Grund"sicherung, die nur noch einige Gesundheitsrisiken abdeckt und den privaten Versicherungen freien Betätigungsraum gibt, abgezielt.

Die angestrebte Verschärfung der vertrauensärztlichen Kontrolle arbeitsunfähiger Arbeitnehmer ist ein reines Disziplinierungsinstrument, das die Angst kranker Arbeitnehmer, sich als arbeitsunfähig zu melden, vergrößert und die Tatsache völlig ausblendet, daß vor allem die Arbeitsbelastungen in den Betrieben für den Gesundheitszustand der Arbeitnehmer verantwortlich sind.

d) Die Leistungskürzungen im Bereich der Sozialversicherung werden zwangsläufig zu einer zu-

sätzlichen Belastung der *Sozialhilfe* führen. Die Anzahl der Sozialhilfeempfänger wird weiter steil ansteigen. Durch die Maßnahmen der neuen Regierung wird sich aber zugleich die finanzielle Lage der Sozialhilfeempfänger drastisch verschlechtern: Die Absenkung der Anpassung der Bedarfssätze auf 2% und zusätzlich die Verschiebung der Anpassung um ein halbes Jahr wird zu tiefen Einbußen führen, nachdem bereits durch die „Operation '82" Verschlechterungen gegenüber dem alten Recht von bis zu 11% erfolgt sind. Hier werden Armut und Verelendung in Kauf genommen, nicht zuletzt mit der Absicht, auch von dieser Seite Druck auf die Arbeitseinkommen auszuüben.

e) In der *Jugend- und Familienpolitik* läßt die geplante Abschaffung des Schüler-BAföG und die Umstellung des Studenten-BAföG auf Volldarlehen erkennen, daß ganz bewußt die finanziellen Schranken beim Zugang zu weiterführenden Schulen wieder so hoch aufgebaut werden, daß Kindern aus einkommensschwachen Arbeitnehmerfamilien eine qualifizierte Ausbildung verwehrt bleibt. Die Bildungsprivilegien, die man in früheren Jahren beseitigen wollte, werden gefestigt.

Die Senkung des Zweit- und Drittkindergeldes für die Bezieher höherer Einkommen läßt nur auf den ersten Blick den Eindruck sozialer „Ausgewogenheit" beim Sparen entstehen. Offensichtlich hingegen ist: Die eingesparten Mittel dienen nicht zur Verbesserung der Lage einkommensschwacher und kinderreicher Familien, sondern zur Finanzierung des geplanten Familiensplittings im Steuerrecht. Dieses Familiensplitting begünstigt Familien mit hohem Einkommen noch stärker, als dies beim gegenwärtigen Ehegattensplitting bereits der Fall ist.

11. All diese Maßnahmen werden in griffiger Formulierung als erste Schritte zur Stärkung der „Eigenverantwortung" des „mündigen Bürgers", der sich im Sinne des Subsidiaritätsprinzips um die Daseinsvorsorge und soziale Sicherung so weit wie möglich selbst zu kümmern habe, bezeichnet. Hinter so wohlklingenden Wörtern wie „Eigenverantwortung", „Selbstbestimmung" usw. verbirgt sich jedoch die Absicht, schrittweise eine Reprivatisierung der sozialen, gesellschaftlich produzierten Risiken und ihrer Folgen durchzusetzen. Besonders perfide ist dabei der raffinierte Versuch, die in den letzten Jahren aus ganz anderen Gründen heraus stärker gewordene Selbsthilfebewegung zur Legitimation für Leistungsabbau und Reprivatisierung zu mißbrauchen.

Mit der Rückwendung zum Wirtschaftsliberalismus – in der Sozialpolitik, nicht etwa in der Subventionspolitik! – werden die durch die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik mühsam und schrittweise durchgesetzten Fortschritte frontal angegriffen und zum Teil brutal beiseite geschoben. Wäre die anvisierte Politik erfolgreich, so stünden an ihrem Ende eine stärkere Abhängigkeit und Ausbeutung der Arbeitnehmer durch die Unternehmer, Chancen- und Perspektivlosigkeit der Jugend, allgemeine materielle Not der Rentner und Sozialhilfeempfänger. Es träte die höchste Form von persönlicher Unfreiheit und Erniedrigung ein, für die in perverser Verkehrung der Verhältnisse die konservativen und reaktionären Kräfte den Sozialstaat verantwortlich machen wollen.

IV. Beschäftigungspolitisches Sofortprogramm ohne Sozialabbau: Alternativen zur arbeitsplatzvernichtenden Sparpolitik

12. Die ökonomisch, sozial und politisch katastrophalen Folgen der privatwirtschaftlichen Gewinnpflege durch Sparen und Umverteilen im Bundeshaushalt, die wir bereits in den Memoranden der letzten Jahre vorhergesagt und dargelegt haben, verlangen unverzüglich einen Kurswechsel. Nur eine *aktive Beschäftigungspolitik* ohne Sozialabbau weist einen erfolgversprechenden Weg, die Arbeitslosigkeit abzubauen und die öffentlichen Haushalte zu sanieren.

Wer angesichts des offensichtlichen Scheiterns dieser Politik des Verzichts auf beschäftigungspolitische Verantwortung die Fortsetzung oder gar Intensivierung des bisherigen Kurses verlangt, der kann nicht für sich geltend machen, die Arbeitslosigkeit bekämpfen zu wollen. Er will sie als Instrument der Disziplinierung in Betrieben, Politik und Gesellschaft zugunsten von Unternehmensinteressen nutzen. Denn die Behauptung, über die Stärkung der Selbstheilungskräfte des

Marktes durch „Ordnungspolitik" und Sozialabbau einen Weg aus der Krise zu finden, ist durch die reale Entwicklung seit 1975 widerlegt.

Deshalb fordern wir eine aktive Beschäftigungspolitik, die die Arbeitsplatzsicherung und die Entwicklung humaner Arbeits-, Umwelt- und Lebensverhältnisse nicht den privatwirtschaftlichen Gewinninteressen und der darauf bezogenen „Ordnungspolitik" überläßt, sondern zur Zentralaufgabe demokratischer Gestaltung macht.

Das nachfolgend unterbreitete Programm einer alternativen Wirtschaftspolitik ist so ausgerichtet, daß es zu einem großen Teil unverzüglich umgesetzt werden kann und sich insgesamt in eine mittelfristige, bedarfsorientierte Produktionsstrukturpolitik bei schrittweiser Zurückdrängung privatwirtschaftlicher Gewinninteressen zugunsten des Ausbaus der Mitbestimmung und damit der Demokratisierung der Wirtschaft einfügt.

Die doppelte Aufgabe aktiver Beschäftigungspolitik liegt in der Mobilisierung brachliegender Produktionsmöglichkeiten bei gleichzeitiger Lenkung der Investitionen in Mangelbereiche des gesellschaftlichen Bedarfs.

Erstens fordern wir ein zeitlich befristetes Verbot von Massenentlassungen durch die Aufnahme einer entsprechenden Regelung in das Arbeitsförderungsgesetz. Diese außergewöhnliche Maßnahme wird angesichts der Pläne vieler Großunternehmen – wie z. B. in der saarländischen Stahlindustrie, bei AEG, aber auch bei Siemens und im Schiffbau u. a. – erforderlich, in den nächsten Wochen und Monaten durch Betriebsstillegungen und einschneidende Rationalisierungsmaßnahmen erneut Tausende von Arbeitsplätzen einzusparen. Das Verbot soll die Zeit bis zum Greifen der vorgeschlagenen Maßnahmen überbrücken. Soweit notwendig, kann es durch politisch kontrollierte Subventionen zum Ausgleich nachgewiesener Verluste flankiert werden, die durch die Erhaltung der Arbeitsplätze entstehen.

Zweitens verlangen wir erneut mit Nachdruck ein *Sonderbeschäftigungsprogramm* im Rahmen des Bundeshaushalts in Höhe von 20 Mrd. DM. Um die Einkommens- und Beschäftigungswirkungen mittelfristig zu verstetigen und um gleichzeitig die anstehenden Strukturprobleme zu lösen, ist dieses Beschäftigungsprogramm in das bereits in früheren Memoranden vorgeschlagene „Zukunftsprogramm für die 80er Jahre" mit einem Gesamtvolumen von 200 Mrd. DM (in konstanten Preisen) einzufügen.

Die im Rahmen des Haushaltsplans 1983 sofort einzusetzenden Ausgaben für dieses Sonderbeschäftigungsprogramm in Höhe von 20 Mrd. DM sind den folgenden, in den letzten Memoranden bereits vorgeschlagenen Bereichen gesellschaftlicher Daseins- und Zukunftsvorsorge zur Sicherung einer sozial und ökologisch verträglichen produktiven Basis zuzuführen:

– Förderung und Umsetzung neuer Technologien zur rationellen Verwendung von Energie und Rohstoffen sowie zur Ausnutzung alternativer Energie- und Rohstoffquellen

– Maßnahmen zum Wohnungsbau und zur Wohnungsmodernisierung

– Wiederherstellung und Verbesserung der Umweltqualität (Abwässerreinigung, Lärmschutz, Wasserversorgung, Müllbeseitigung und -wiederaufbereitung, Regionalprogramme wie „Bodensee-Rhein"- und „Weser-Elbe"-Programm)

– Verbesserung der beruflichen Bildung und Weiterbildung (Ausbau über- und außerbetrieblicher Ausbildungsstätten vor allem in strukturschwachen Regionen, Ausnutzung vorhandener Kapazitäten in der schulischen Bildung durch Einstellung zusätzlicher Lehrer)

– Ausbau der Städtesanierung unter Beteiligung der Anwohner (Grünzone, Lärmbekämpfung, Erholungsgebiete)

– Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs

– Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitswelt (Verringerung der Lärm-, Staub- und Schmutzbelastung, Reduzierung schädlicher Arbeitsstoffe)

– Ausbau öffentlicher Dienstleistungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen benachtei-

ligter Bevölkerungsgruppen (Alten-, Jugend-, Behindertenhilfe, Ausländerbetreuung, Betreuung von Suchtkranken)

– Ausbau und Verbesserung des Gesundheitswesens.

Die Ausgestaltung eines solchen Ausgabenprogramms zeigt, wie sich beschäftigungssichernde und versorgungspolitisch dringend erforderliche Maßnahmen verknüpfen lassen.

Drittens fordern wir über dieses Sonderbeschäftigungsprogramm hinaus eine Umstrukturierung der Ausgaben im Haushalt 1983 unter der Zielsetzung, Arbeitsplätze ohne Sozialabbau zu sichern.

Dies betrifft auch die Militärausgaben: Ihre Senkung auf das Niveau von 1981 kann Mittel in Höhe von rund 4 Mrd. DM für beschäftigungs- und versorgungspolitisch wichtigere Bereiche freimachen, in denen zugleich mehr Arbeitsplätze als im Verteidigungsbereich geschaffen werden. Wie wir bereits nachgewiesen haben, läßt sich durch die Senkung der Finanzhilfen des Bundes an den Unternehmenssektor (nach dem 7. Subventionsbericht) ein beschäftigungspolitisch verwendbarer Betrag in Höhe von ca. 1,4 Mrd. DM gewinnen.

Viertens fordern wir, daß die vorhandenen Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden. Unsere Vorschläge hierzu stehen unter der Leitlinie: Gewinne, die nicht zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Versorgung eingesetzt werden, sind fiskalpolitisch abzuschöpfen und einer sinnvolleren Verwendung im Rahmen staatlicher Beschäftigungsprogramme zuzuführen. Diese Finanzierungspolitik verdrängt nicht, sondern mobilisiert Ressourcen, die gegenwärtig in großem Umfang brachliegen. Die Finanzierungsvorschläge, die wir im Frühjahr mit dem „Memorandum '82" unterbreitet haben, erbringen insgesamt ca. 29 Mrd. DM, die sich jweils zur Hälfte dem Bund und den Ländern und Gemeinden zuweisen lassen:

a) Mobilisierung staatlicher Steueransprüche durch eine striktere Handhabung des Steuerrechts sowie durch eine nachhaltige Bekämpfung der Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität; ferner die Einführung eines sozialabgestuften Quellenabzugsverfahrens beim Einkommen aus Geldvermögen sowie Verminderung und Zinsbelastung von Steuerrückständen; Mehreinnahmen: 6,3 Mrd. DM.

b) Einnahmesteigerung durch den Abbau von Steuersubventionen um 14,4 Mrd. DM (davon für den Bund 7,2 Mrd. DM);

– bei verschiedenen, im 8. Subventionsbericht genannten Steuervergünstigungen (3,6 Mrd. DM);

– beim Ehegatten-Splitting für Spitzenverdiener (6,0 Mrd. DM);

– durch Verbot, Bewirtungskosten und Geschenke vom Unternehmenseinkommen abzusetzen (1,4 Mrd. DM);

– durch Unterbindung der steuerlichen Bevorteilung der diversen Spielarten von Verlustzuweisungs- und Bauherrengesellschaften, die ohnehin nicht der Deckung des Wohnbedarfs zu angemessenen Mieten dienen (bei einem vorsichtig geschätzten Volumen derartiger Geschäfte in Höhe von ca. 16 Mrd. DM unverzüglich mobilisierbare Steuermehreinnahmen von 3,4 Mrd. DM).

c) Schaffung neuer Steuerquellen, die die Einnahmen des Bundes um ca. 4,8 Mrd. DM erhöhen würden, und zwar durch

– Einführung einer Ergänzungsabgabe zur Einkommens- und Körperschaftssteuer unter Ausschluß niederer und mittlerer Einkommensbezieher (3 Mrd. DM);

– Anhebung des Förderzinses auf die „windfall-profits" der in der Bundesrepublik fördernden Ölkonzerne von 32 auf 80% (Nettozuwachs ca. 2 Mrd. DM);

– Abschaffung der Veräußerungsgewinnbesteuerung (0,5 Mrd. DM);

– Erhöhung der Umsatzsteuer auf Luxusgüter (2 Mrd. DM).

d) Einführung eines Arbeitsmarktbeitrags für alle Erwerbstätigen (4 Mrd. DM) und einer Arbeit-

geberumlage (1,4 Mrd. DM), um die Finanzlage bei der Bundesanstalt für Arbeit durch die Beteiligung der erheblich besser Verdienenden und zugleich vom Risiko des Arbeitsplatzverlustes in geringerem Ausmaß Betroffenen zu verbessern.

e) Ausweitung staatlicher Nettokreditaufnahme, um diese Finanzmittel gezielt für ein Beschäftigungsprogramm einzusetzen. Im Gegensatz zu ihren Zielen löst die aktuelle Politik der Haushaltssanierung einen Wettlauf zwischen Einnahmeausfällen und Sparoperationen aus.

Gegenüber der geplanten Neuverschuldung steigt die faktische öffentliche Kreditaufnahme deshalb an. Für das Haushaltsjahr 1982 wurde die Nettokreditaufnahme mit 26,77 Mrd. DM als nicht überschreitbare Grenzmarke festgelegt. Die steigenden Steuerausfälle und steigenden Kosten der Arbeitslosigkeit, die durch den Sparhaushalt mitverursacht worden sind, erzwangen eine Zunahme der Nettokreditaufnahme um 7,09 Mrd. DM auf 33,86 Mrd. DM im Rahmen eines ersten Nachtragshaushaltes. Ein zweiter Nachtragshaushalt für 1982 ist erforderlich geworden. (Für 1982 forderten wir von vornherein einen auf Beschäftigungspolitik ausgerichteten Anstieg der Neuverschuldung auf 36,6 Mrd. DM.) Schon jetzt ist von der neuen Bundesregierung geplant, daß die Neuverschuldung weiter steigt, nämlich auf 36–38 Mrd. DM. Dazu gerechnet werden muß die beabsichtigte Zwangsanleihe, so daß die gesamte Nettokreditaufnahme auf 40–42 Mrd. DM steigt. Wir haben schon in unseren früheren Memoranden die Ansicht vertreten, daß in Zeiten anhaltender Krise ein Beschäftigungsprogramm teilweise durch Neuverschuldung finanziert werden muß. Dies ist jedenfalls sinnvoller als eine nachträgliche und ungeplante Erhöhung der öffentlichen Schulden im Gefolge einer verfehlten Sparpolitik. Planmäßig eingesetzte Verschuldung kann dazu genutzt werden, brachliegende Ressourcen zu mobilisieren, die zugleich auch in Felder alternativer Produktion gelenkt werden können.

Aus dem Sonderbeschäftigungsprogramm in Höhe von 20 Mrd. DM sowie dem konjunkturneutral notwendigen Zuwachs des Haushaltsvolumens entsprechend dem erwarteten Anstieg des Sozialprodukts für 1983 um ca. 5% und unter Berücksichtigung der kurzfristig zu mobilisierenden Einnahmen ergibt sich die Notwendigkeit, die Nettokreditaufnahme für den Haushalt 1983 bei ca. 40 Mrd. DM einzurichten.

Fünftens fordern wir eine Rücknahme der Sparbeschlüsse im Sozialbereich. Wir wenden uns gegen die Behauptung, die Aufrechterhaltung des Systems sozialer Sicherung sei nicht finanzierbar, und schlagen deshalb folgende Finanzierungsmaßnahmen vor:

- Arbeitsmarktbeitrag für alle Erwerbstätigen, der bereits zur Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms (drittens) eingeführt worden ist;
- Preisstopp für Arzneimittel;
- Sozialbeiträge auch auf Spitzeneinkommen durch Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen in den einzelnen Sozialversicherungszweigen;
- Erhöhung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung;
- Begrenzung des Ehegattensplittings (siehe auch unter drittens);
- Aufhebung der Steuerfreibeträge für Ausbildung und Kinderbetreuung;
- Anhebung der Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung;
- Einbeziehung der niedrigen Einkommen in die Sozialversicherungspflicht.

Dies sind erste Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzsituation in der Sozialpolitik, die auf eine dauerhafte Verbesserung der Einnahmesituation abzielen. Sie müssen ergänzt werden durch ursachenbezogene, präventive Maßnahmen der Sozialpolitik, durch Strukturreformen des Angebots sozialer Dienste und Einrichtungen, insbesondere im Gesundheitswesen, und durch die Schaffung von Verteilungsgerechtigkeit bei den Einkommensleistungen. Auf diese Weise können eine Ausgabenbegrenzung in der sozialen Sicherung ohne Leistungsabbau erreicht und zugleich Mittel für einen zielgerichteten, bedarfsorientierten Ausbau des Sozialstaats freigemacht werden.

Sechstens fordern wir eine Indienstnahme aller Bereiche der Wirtschaftspolitik für eine aktive

Strategie der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung bei Sicherung des Lebensstandards sowie der Humanisierung der Arbeitswelt. Daraus folgt für die einzelnen Politikbereiche:

a) Die Hochzinspolitik der Deutschen Bundesbank muß energischer abgebaut und ebenso wie die Geldversorgung auf die Sicherung eines monetären Mantels für eine aktive Beschäftigungspolitik ausgerichtet werden. Eine Zinssenkung ist, wie wir in den letzten Memoranden nachgewiesen haben, binnenwirtschaftlich dringend erforderlich, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stabilisieren, den Konzentrationseffekt der hohen Zinsen abzubauen und zu verhindern, daß die spekulative Anlage liquider Mittel in Geldvermögen rentabler wird als ihre Verwendung zu Investitionen in Produktionsmittel. Die Beendigung der Hochzinspolitik ist zahlungsbilanzpolitisch auch möglich, denn die Kapitalbewegungen vom und ins Ausland sowie der Außenwert der DM werden nicht nachhaltig durch Zinsdifferenzen, sondern durch andere Faktoren beeinflußt. Weiterhin entlastet die Zinssenkungspolitik die öffentlichen Haushalte, die mit ihrer Kreditaufnahme die Hochzinspolitik nicht verursacht haben, sondern mit dieser durch die Maßnahmen der Deutschen Bundesbank konfrontiert werden.

b) Der reale Konsum, der seit 1981 absolut abgenommen und erheblich zur stagnativen Wirtschaftsentwicklung beigetragen hat, ist durch die Stärkung der realen Masseneinkommen über Lohn- und Steuerpolitik zu stabilisieren. Der darüber erfolgende Abbau der Arbeitslosigkeit trägt ebenfalls dazu bei, den privaten Konsum zu erhöhen.

c) Die Wirtschaftsstrukturpolitik muß durch entsprechenden Instrumenteneinsatz und Erfolgskontrolle global und regional auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen unter den Kriterien einer qualitativen Wachstumspolitik ausgerichtet werden.

d) Durch die hier vorgeschlagene finanzielle Besserstellung der Bundesanstalt für Arbeit kann auch wieder der Spielraum für die Fortsetzung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik (Umschulung, ABM-Maßnahmen) zurückgewonnen werden. Vor allem aber müssen die unter dem Sparziel vorgenommenen Einschränkungen der Arbeitsmarktpolitik über die mehrfachen Novellierungen des Arbeitsförderungsgesetzes zurückgenommen werden.

c) Eine aktive Strategie der Arbeitszeitverkürzung bildet ein zentrales Element aktiver Beschäftigungspolitik, denn die Politik des qualitativen Wachstums reicht nicht aus, die Arbeitsplätze zu schaffen, die zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung in den nächsten Jahren benötigt werden. Die Formen der Arbeitszeitverkürzung müssen jedoch so realisiert werden, daß damit auch effektiv neue Arbeitsplätze geschaffen werden und die Sicherung der Versorgung gewährleistet bleibt.

f) Die Einschränkung politischer Schutz- und Mitbestimmungsmaßnahmen gegenüber der Bevölkerung und insbesondere der Arbeitnehmer muß zurückgenommen werden. Dies betrifft vor allem die Mitbestimmung sowie den Mieter-, Jugend- und Datenschutz.

Kontaktadresse: „Arbeitsgruppe Alternativen der Wirtschaftspolitik", Postfach 2249, 3550 Marburg.

Wirtschaftsinformation

Bankgeschäfte und Wirtschaftsentwicklung

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Ein wichtiges Merkmal der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren ist das zunehmende Gewicht des finanziellen Sektors der Volkswirtschaft. Dies kommt sinnfällig zum Ausdruck, wenn man die Indikatoren für die materielle Produktion mit entsprechenden Kennziffern für den geldkapitalistischen Bereich vergleicht.

Tabelle 1
Produktion und Bankgeschäfte[1])

	Industrie-produktion[2])	*Brutto-inlands-produkt[3])*	*Zins-erträge[4])*	*Geschäfts-volumen der Banken*
1970	*100*	*679*	*48,7*	*745*
1975	*103,2*	*1034*	*93,3*	*1307*
1979	*123,8*	*1392*	*132,8*	*2064*
1980	*123,3*	*1481*	*171,3*	*2253*
1981	*121,0*	*1544*	*213,6*	*2467*

1) In Milliarden DM.
2) Index 1970 = 100.
3) In jeweiligen Preisen.
4) der Banken.

Quellen: Statistisches Bundesamt, „Lange Reihen", lfd.; „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 10/1982, S. 15.

Während die Industrieproduktion zwischen 1970 und 1981 real um 21 % gestiegen ist, haben sich die Zinserträge der Banken mehr als verfünffacht, hat sich ihr Geschäftsvolumen mehr als verdreifacht. Dies ist natürlich auch Ausdruck inflationärer Prozesse, aber es spiegelt vor allem die wachsende Bedeutung des Bankgeschäfts wider: das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen hat sich im gleichen Zeitraum ebenfalls wesentlich langsamer entwickelt als die finanziellen Indikatoren für das Bankgeschäft. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der wachsende Umfang des finanziellen Sektors im Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung das Bruttoinlandsprodukt erhöht, die Differenz zwischen der Entwicklung des materiellen Sektors und des Bankgeschäfts also eigentlich noch größer wird.

Dementsprechend konnten die Banken ihre Erträge in den letzten Jahren stark verbessern, das relative Gewicht der Bankengewinne für die Gewinnentwicklung insgesamt ist also erheblich gewachsen.

Tabelle 2
Bankerträge und Unternehmergewinne[1])

	Banken			*Gesamtwirtschaft*	
	Zins-überschuß	*Betriebs-ergebnis*	*Jahres-überschuß*	*Unternehmer-gewinne i.e.S.*	*Bruttolohn- u. gehaltssumme*
1970	*14,0*	*4,6*	*3,6*	*121,1*	*306,4*
1975	*29,2*	*11,2*	*9,3*	*135,8*	*479,6*
1979	*37,8*	*12,7*	*10,3*	*212,9*	*636,2*
1980	*40,2*	*13,1*	*11,3*	*201,7*	*687,0*
1981	*47,2*	*18,5*	*12,8*	*185,9*	*716,4*

1) In Mrd. DM.
2) Unternehmereinkommen im engeren Sinn, d. h. abzüglich der Einkommen aus Wohnungsvermietung, der finanziellen Institutionen (Banken und Versicherungen) und der Vermögenseinkünfte der privaten Haushalte.

Quellen: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 3/1982, S. 17 und 10/1982, S. 15.

Vor allem in den letzten Jahren ist es zu einer krassen Auseinanderentwicklung zwischen den Bankerträgen einerseits und den Unternehmenserträgen im engeren Sinne andererseits gekommen. Es wird offensichtlich, daß sich die Banken – und mit ihnen die übrigen finanziellen Institutionen – einen wachsenden Teil des Unternehmerprofits angeeignet haben. Auch eine andere Kennziffer macht dies wachsende Mißverhältnis zwischen zinsbestimmten Einkommen und Unternehmenseinkommen im engeren Sinne deutlich: 1970 entfielen noch 70,4 % der „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" auf Unternehmenserträge im engeren Sinne, im Jahre 1981 waren es nur noch 59 %.

Auch für 1982 weisen die vorläufigen Ergebnisse einen weiteren kräftigen Anstieg der Erträge der finanziellen Institutionen, insbesondere der Banken, aus: die Zinsmarge, d. h. die Differenz zwischen Zinsaufwendungen und Zinserträgen, ist erneut gestiegen. In den Halbjahresergebnissen der drei Großbanken wird für das erste Halbjahr 1982 ein Anstieg des Zinsüberschusses um durchschnittlich 14 % ausgewiesen.

Für die letzten Jahre ist auch eine deutliche Auseinanderentwicklung zwischen dem Betriebsergebnis der Banken und ihrem ausgewiesenen Jahresüberschuß vor Steuern festzustellen.

Dies hängt vor allem mit den wachsenden Rückstellungen und Sonderabschreibungen zusammen, spiegelt also die zunehmende Unsicherheit des Bankgeschäfts wider.

Tabelle 3
Abschreibungen auf Kreditrisiken[1])

1978	*1979*	*1980*	*1981*
3383	*5276*	*5379*	*9065*

1) Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft, in Mill. DM.

Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 8/1982, S. 19.

Die Banken schreiben in ihren Bilanzen als risikoreich betrachtete Kredite ab, d. h. sie setzten sie mit einem niedrigeren Wert an, bevor diese Kredite überhaupt „notleidend" geworden sind. Dadurch werden umfangreiche stille Reserven gebildet, die erst bei Rückzahlung der Kredite wieder

aufgelöst werden müssen. Der Haupteffekt für die Banken besteht in der umfangreichen Steuerersparnis: versteuert werden muß nicht das „Betriebsergebnis" sondern nur der wesentlich niedrigere „Jahresüberschuß". Wenn bestimmte Kredite tatsächlich nicht oder nur teilweise zurückgezahlt werden wegen Insolvenz des Schuldners – siehe AEG – dann hat sich das für die Banken in der Regel schon in den Vorjahren steuermindernd niedergeschlagen. Vor allem die Großbanken haben dies in den letzten Jahren in erheblichem Umfang praktiziert: der oben erwähnte Posten „Abschreibungen . . ." stieg dort von 62 Mio. DM im Jahre 1978 auf 1673 Mio. im Jahre 1981.

Das in diesen wenigen und sicher nicht erschöpfenden Kennziffern zum Ausdruck kommende Ungleichgewicht zwischen dem finanziellen Bereich des Kapitals und dem Industriekapital muß als ein wichtiges erklärendes Moment für die anhaltende Wirtschaftskrise verstanden werden. Das anschwellende Gewicht der Finanzinstitutionen, ihr überproportional wachsender Zugriff auf Teile der gesellschaftlichen Wertschöpfung, beschränkt den Spielraum für produktive Investitionen und entzieht dem kapitalistischen Reproduktionsprozeß Kaufkraft.

Darüberhinaus zeigt sich, daß das hohe, nur zögernd nachgebende Zinsniveau zu einem gewissen Teil den monopolistischen Verhältnissen im Bankensektor zu verdanken ist. Kostensteigerungen wurden rasch in Form von höheren Kreditzinsen weitergegeben, Kostensenkungen dagegen nur zögernd. Insofern führt jede Änderung der Notenbankpolitik, die in gewissem Maße die Refinanzierungskosten der Institute bestimmt, zu Gewinnsteigerungen bei den Banken. Das in den 70er Jahren gestiegene Gewicht, das der Geldpolitik im Konzept der staatlichen Wirtschaftspolitik („Monetarismus") zugewiesen wurde, hat also in erster Linie die Ertragslage des Bankensektors auf Kosten des übrigen Kapitals erhöht. Wenn jetzt unter dem Druck der wachsenden Labilität der gesamten Geld- und Kreditverhältnisse die staatlichen Notenbanken Schritte zur Lokkerung der restriktiven Geldpolitik und zur Senkung des Zinsniveaus unternehmen, so wirkt sich das zunächst wiederum ertragsverbessernd für den Bankensektor aus, der die sinkenden Refinanzierungskosten nur zögernd weitergibt.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Warum habe ich als Amerikaner Angst Vor der Militärpolitik meines eigenen Landes?

(Wortlaut eines Flugblatts)

Der Verfasser des nachstehend dokumentierten Flugblatts ist gebürtiger Amerikaner. Er nahm als US-Offizier an den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen teil. Heute lebt E. Field Horine als Analytischer Psychologe und Fachpsychologe für Psychoanalytische Therapie in Konstanz. Die eindringliche Sprache seines in eigener Initiative verbreiteten Flugblatts verdient es u.E., überregional, und gerade auch in den USA, Gehör zu finden. E. Field Horines Initiative macht zudem erneut deutlich, daß der Protest gegen die neuen US-Raketen nicht als „Antiamerikanismus" abgetan werden kann. D. Red.

Autoren dieses Heftes

Dr. jur. Helmut RIDDER, geb. 1919; Professor für Öffentliches Recht und Wissenschaft von der Politik in Gießen; Mitinitiator des Krefelder Appells. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Georg FÜLBERTH*, geb. 1939 in Darmstadt, Professor für Wissenschaftliche Politik am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg, Mitglied des Bundesvorstands des „Bundes demokratischer Wissenschaftler" (BdWi); Buch-, Funk- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Regina BOHNE*, geb. 1915 in Kiel, Journalistin, zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, lebt in Hofheim/Ts. *** *Eva MICHELS*, geb. 1958 in Ringenberg/Krs. Wesel, Ausbildung zur Gemeinwesensarbeiterin (community organiser) in den USA, Studium der Politologie an der FU Berlin, Mitarbeiterin der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste; Buch- und Zeitschriftenbeiträge. *** *Jürgen HEINRICH*, geb. 1950 in Berlin, Studium der Sozialpädagogik und Sozialarbeit, Sozialpädagoge (grad.), Student der Erwachsenenbildung und Skandinavistik, freier Journalist; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Joachim EISBACH*, geb. 1950 in Leverkusen, Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln, jetzt an der Universität Bielefeld tätig. Mitarbeiter der Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik. *** *Joachim OLTMANN*, geb. 1957 in Bremen-Vegesack, studiert Politikwissenschaft an der Universität Marburg. ***

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. D. Walter Kreck, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,75 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,25), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 168,–; $ 36,–; Lit 36000,–; dkr 216,–; nkr 180,–; skr 162,–; yen 7200,–; £ 16,20. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 12/1982 der „Blätter" wird am 13. 12. 1982 ausgeliefert. ISSN 0006-4416

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Siebenundzwanzigster Jahrgang · Heft 11/1982

Herausgegeben von

RUDOLF HICKEL
JÖRG HUFFSCHMID
GERHARD KADE
WALTER KRECK
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
KLAUS NAUMANN
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Oktober 1982

1. 10. – B u n d e s t a g. Nach kurzer Debatte entscheidet das Parlament über den von CDU/CSU und FDP am 29. 9. eingebrachten Mißtrauensantrag gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) (vgl. „Blätter", 10/1982, S. 1154). Mit 256 gegen 235 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird Dr. Helmut Kohl, bisher Fraktionsvorsitzender von CDU/CSU, zum neuen Bundeskanzler gewählt. Noch am gleichen Tag vollzieht Bundespräsident Carstens offiziell den Amtswechsel. – Am 3. 10. erklärt Bundeskanzler Kohl in einem Fernsehinterview, seine Partei strebe nicht nur vorzeitige Bundestagswahlen am 6. März 1983 an, sondern auch Neuwahlen in Hamburg und Hessen (vgl. „Blätter", 7/1982, S. 770 f. und 10/1982, S. 1155). – Am 13. 10. gibt Bundeskanzler Kohl vor dem Parlament die Regierungserklärung ab.

2. – 3. 10. – N A T O. In Val David bei Montreal (Kanada) findet ein informelles Treffen der Außenminister statt, über das Einzelheiten nicht bekannt werden. Die Bundesrepublik ist wegen des Regierungswechsels in Bonn durch Staatssekretär Berndt v. Staden vom Auswärtigen Amt vertreten. – Vom 4. bis 5. 10. tagt in Paris das Koordinierungskomitee für den

Ost-West-Handel (COCOM), dem neben den NATO-Mitgliedstaaten auch Japan angehört. Die amerikanische Delegation fordert eine Überprüfung und verstärkte Anwendung der „COCOM-Liste", die Produkte und Technologien verzeichnet, deren Lieferung an die osteuropäischen Staaten untersagt ist.

4. 10. – Bundesregierung. Auf Vorschlag von Bundeskanzler Kohl ernennt Bundespräsident Carstens folgende Mitglieder der neuen Bundesregierung: Vizekanzler und Auswärtiges: Hans-Dietrich Genscher (FDP); Inneres: Friedrich Zimmermann (CSU); Justiz: Hans A. Engelhard (FDP); Finanzen: Gerhard Stoltenberg (CDU); Wirtschaft: Otto Graf Lambsdorff (FDP); Landwirtschaft: Josef Ertl (FDP); Innerdeutsche Beziehungen: Rainer Barzel (CDU); Arbeit: Norbert Blüm (CDU); Verteidigung: Manfred Wörner (CDU); Familie: Heiner Geissler (CDU); Verkehr: Werner Dollinger (CSU), Post: Christian Schwarz-Schilling (CDU); Städtebau: Oscar Schneider (CSU); Forschung: Heinz Riesenhuber (CDU); Bildung: Dorothee Wilms (CDU); Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Jürgen Warnke (CSU). Staatsminister im Bundeskanzleramt werden die CDU-Parlamentarier Philipp Jenninger, Friedrich Vogel und Peter Lorenz, Leiter des Presse- und Informationsamtes und Sprecher der Bundesregierung wird Diether Stolze, Mitherausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit". – Am 27. 10. verabschiedet das Kabinett den Entwurf eines zweiten Nachtragshaushalts 1982 sowie den Haushaltsentwurf 1983. Die Haushaltsvorlage für das kommende Jahr sieht u.a. einschneidende Kürzungen und Umschichtungen im Sozialbereich vor. Der Einzelplan 14 des Bundesministeriums für Verteidigung soll um 4,8 % erhöht werden.

– CDU/CSU. Die gemeinsame Bundestagsfraktion wählt mit 213 gegen 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen den früheren CDU-Spitzenkandidaten in Hessen und Bundestagsabgeordneten Alfred Dregger (vgl. „Blätter", 10/82, S. 1155) zum neuen Vorsitzenden. Dregger tritt in diesem Amt die Nachfolge von Helmut Kohl an.

– USA / UdSSR. Die Außenminister Shultz (USA) und Gromyko (UdSSR) setzen in New York ihren vertraulichen Meinungsaustausch mit einer zweiten Unterredung fort (vgl. „Blätter", 10/1982, S. 1155). – Am 6. 10. werden nach längerer Pause (vgl. „Blätter" 9/1982, S. 1027) die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Begrenzung und Verminderung strategischer Waffen (START) in Genf wieder aufgenommen.

5. 10. – China / UdSSR. In Peking beginnen Verhandlungen zwischen beiden Staaten über die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen. Delegationsleiter sind die stellvertretenden Außenminister Qian Qichen und Leonid Iljitschow. Die Fortsetzung der Gespräche, die schon nach wenigen Tagen beendet werden, ist in Moskau vorgesehen.

– Bolivien. Das Parlament wählt mit 113 von 146 Stimmen den im Exil in Peru lebenden Politiker Hernan Siles Zuazo zum Präsidenten. Siles Zuazo ist Kandidat der aus drei Linksparteien bestehenden Bewegung „Unidad Democratica y Popular" (UDP). Das erste entsprechend der Verfassung gewählte Staatsoberhaupt seit der Machtübernahme der Militärs im Juli 1980 (vgl. „Blätter", 8/1980, S. 898 f.) tritt sein Amt am 10. 10. an.

8. 10. – Hamburg. Bürgermeister v. Dohnanyi (SPD) erklärt die Verhandlungen seiner Partei mit Vertretern der Grün-Alternativen Liste (GAL) für gescheitert und befürwortet im Gegensatz zu seiner bisherigen Haltung (vgl. „Blätter", 10/1982, S. 1155) baldige Neuwahlen. – Am 24. 10. stimmt die Mehrheit von SPD und GAL in der Bürgerschaft für die Auflösung des Landesparlaments und die Ausschreibung von Neuwahlen für den 19. Dezember 1982. Die CDU hatte ihre Zustimmung zu einem entsprechenden Antrag der SPD von dem vorherigen Rücktritt des Senats unter Bürgermeister v. Dohnanyi abhängig gemacht.

– Polen. Das Parlament (Sejm) beschließt ein Gesetz, das Vorschriften für den Aufbau neuer Gewerkschaften nach Branchen und Handelsbereichen enthält. In einer Meldung der polnischen Nachrichtenagentur PAP heißt es, die neuen Gewerkschaften sollten „insbesondere das Prinzip des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln, die führende Rolle der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei beim sozialistischen Aufbau und die Verfassungsprinzipien" anerkennen. Die Registrierung der bisherigen Gewerkschaften wird durch das Gesetz für ungültig erklärt.

9. 10. – Blockfreie Bewegung. Am Sitz der Vereinten Nationen in New York wird in einem Kommuniqué die Einberufung der 7. „Gipfelkonferenz" der blockfreien Staaten für

den 7. bis 11. März 1983 nach Neu Delhi angekündigt. Die Konferenz sollte ursprünglich im Herbst d.J. in der irakischen Hauptstadt Bagdad stattfinden (vgl. „Blätter", 9/1982, S. 1027).

10. 10. – B a y e r n. Bei den Landtagswahlen können CSU und SPD ihre bisherigen Positionen knapp behaupten. Die FDP, die ebenso wie die Grünen an der Fünf-Prozent-Klausel scheitert, scheidet aus dem Landesparlament aus, dem damit nur noch zwei Parteien angehören. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis entfallen (Angaben in %) auf CSU 58,3 (1978: 59,1), SPD 31,9 (31,4), Grüne 4,6 (1,8), FDP 3,5 (6,2), NPD 0,6 (0,6), Bayern Partei 0,5 (0,4), Ökologisch-Demokratische Partei 0,4 (–), DKP 0,2 (0,3). Zusammensetzung des neuen Landtages (204 Abgeordnete): CSU 133 (129), SPD 71 (65) (vgl. die Ergebnisse der Wahlen vom 15. Oktober 1978 in „Blätter", 1/1979, S. 127). – Am 26. 10. bestätigt der Landtag mit 125 von 195 Stimmen Ministerpräsident Franz Josef Strauß für eine weitere Amtsperiode.

12. 10. – D D R / B R D. Der neue Staatsminister im Bundeskanzleramt, Philipp Jenninger, empfängt den Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, Botschafter Ewald Moldt. In einer Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung heißt es: „Diese erste Begegnung diente dem Meinungsaustausch über den Stand und die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR."

14. 10. – S c h l e s w i g–H o l s t e i n. Der Landtag wählt mit 37 gegen 34 Stimmen bei einer Enthaltung den bisherigen Innenminister Uwe Barsche (CDU) zum Ministerpräsidenten. Barschel ist Nachfolger des neuen Bundesfinanzministers Gerhard Stoltenberg (CDU).

19. 10. – U N O. Die Generalversammlung in New York wählt Pakistan, Nikaragua, Simbabwe, Malta, und die Niederlande zu neuen Mitgliedern des Sicherheitsrates für den Zeitraum 1983/84; Irland, Japan, Panama, Spanien und Uganda scheiden am 31. Dezember 1982 aus dem Rat aus. Nikaragua, dessen Wahl sich die USA bis zuletzt widersetzt hatten, erhält im zweiten Wahlgang 104 Stimmen gegenüber 50 Stimmen für die Dominikanische Republik.

21. – 22. 10 – W a r s c h a u e r V e r t r a g. Die Außenminister der Teilnehmerstaaten beraten auf einer Konferenz in Moskau über die internationale Lage und die bevorstehende Wiederaufnahme des Madrider Treffens der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. In einem Kommuniqué werden „entschieden jegliche Form der Einmischung von außen in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik Polen sowie die von den USA und einigen westlichen Ländern gegen sie angewandten Sanktionen" verurteilt.

– B R D / F r a n k r e i c h. Der französische Staatspräsident Mitterand hält sich in Begleitung mehrer Minister zu Konsultationen mit Bundeskanzler Kohl in Bonn auf. Nach den Gesprächen erklärt der Bundeskanzler vor der Presse: „Wir haben dabei nach 19 Jahren zum ersten Male auch eine Übereinkunft des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages aktiviert, der ja in seinem Text auch einen Hinweis auf eine Entwicklung zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik gibt."

26. 10. – S P D. Vor der Bundestagsfraktion erklärt der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, er werde bei den kommenden Bundestagswahlen nicht mehr als Spitzenkandidat seiner Partei zur Verfügung stehen. Schmidt nennt für seinen Entschluß politische und gesundheitliche Gründe. – Am 29. 10. empfehlen Präsidium und Vorstand der Partei dem kommenden Parteitag, den SPD-Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus von Westberlin und früheren Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel als Spitzenkandidat zu nominieren.

29. 10. – S p a n i e n. Mit einer absoluten Mehrheit (201 von 348 Sitzen im Abgeordnetenhaus) gehen die Sozialisten (PSOE) unter Felipe Gonzales aus den vorgezogenen Parlamentswahlen hervor. Stärkste Oppositionspartei wird mit 105 Sitzen die konservative Volksallianz (AP) unter dem ehemaligen Franco-Minister Fraga Iribarne. Die bisher regierende Zentrumsunion (UCD) des Ministerpräsidenten Adolfo Suarez erhält nur noch 16 Sitze. (Zu den Wahlen vom 1. März 1979 vgl. „Blätter", 4/1979, S. 385.)

30. 10. – U d S S R. Die Nachrichtenagentur TASS übt in einem Kommentar Kritik an Bundeskanzler Kohl, der die britische Premierministerin Thatcher im Anschluß an Konsultationen in Bonn bei einem Besuch in Westberlin am 29. 10. begleitet hatte. Der Bundeskanzler habe, so schreibt TASS, die Gelegenheit dazu benutzt, um die „illegalen Ansprüche der BRD auf Westberlin" zum Ausdruck zu bringen.

aufgelöst werden müssen. Der Haupteffekt für die Banken besteht in der umfangreichen Steuerersparnis: versteuert werden muß nicht das „Betriebsergebnis" sondern nur der wesentlich niedrigere „Jahresüberschuß". Wenn bestimmte Kredite tatsächlich nicht oder nur teilweise zurückgezahlt werden wegen Insolvenz des Schuldners – siehe AEG – dann hat sich das für die Banken in der Regel schon in den Vorjahren steuermindernd niedergeschlagen. Vor allem die Großbanken haben dies in den letzten Jahren in erheblichem Umfang praktiziert: der oben erwähnte Posten „Abschreibungen . . ." stieg dort von 62 Mio. DM im Jahre 1978 auf 1673 Mio. im Jahre 1981.

Das in diesen wenigen und sicher nicht erschöpfenden Kennziffern zum Ausdruck kommende Ungleichgewicht zwischen dem finanziellen Bereich des Kapitals und dem Industriekapital muß als ein wichtiges erklärendes Moment für die anhaltende Wirtschaftskrise verstanden werden. Das anschwellende Gewicht der Finanzinstitutionen, ihr überproportional wachsender Zugriff auf Teile der gesellschaftlichen Wertschöpfung, beschränkt den Spielraum für produktive Investitionen und entzieht dem kapitalistischen Reproduktionsprozeß Kaufkraft.

Darüberhinaus zeigt sich, daß das hohe, nur zögernd nachgebende Zinsniveau zu einem gewissen Teil den monopolistischen Verhältnissen im Bankensektor zu verdanken ist. Kostensteigerungen wurden rasch in Form von höheren Kreditzinsen weitergegeben, Kostensenkungen dagegen nur zögernd. Insofern führt jede Änderung der Notenbankpolitik, die in gewissem Maße die Refinanzierungskosten der Institute bestimmt, zu Gewinnsteigerungen bei den Banken. Das in den 70er Jahren gestiegene Gewicht, das der Geldpolitik im Konzept der staatlichen Wirtschaftspolitik („Monetarismus") zugewiesen wurde, hat also in erster Linie die Ertragslage des Bankensektors auf Kosten des übrigen Kapitals erhöht. Wenn jetzt unter dem Druck der wachsenden Labilität der gesamten Geld- und Kreditverhältnisse die staatlichen Notenbanken Schritte zur Lokkerung der restriktiven Geldpolitik und zur Senkung des Zinsniveaus unternehmen, so wirkt sich das zunächst wiederum ertragsverbessernd für den Bankensektor aus, der die sinkenden Refinanzierungskosten nur zögernd weitergibt.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Warum habe ich als Amerikaner Angst Vor der Militärpolitik meines eigenen Landes?

(Wortlaut eines Flugblatts)

Der Verfasser des nachstehend dokumentierten Flugblatts ist gebürtiger Amerikaner. Er nahm als US-Offizier an den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen teil. Heute lebt E. Field Horine als Analytischer Psychologe und Fachpsychologe für Psychoanalytische Therapie in Konstanz. Die eindringliche Sprache seines in eigener Initiative verbreiteten Flugblatts verdient es u.E., überregional, und gerade auch in den USA, Gehör zu finden. E. Field Horines Initiative macht zudem erneut deutlich, daß der Protest gegen die neuen US-Raketen nicht als „Antiamerikanismus" abgetan werden kann. D. Red.

WARUM . . .

habe ich, als welterfahrener*) gebürtiger Amerikaner älteren Jahrgangs (1915), ganz offen gesagt

A N G S T

vor der Militärpolitik meines eigenen Landes?

WARUM?

. . .Weil die neuen amerikanischen Atomraketen Pershing 2 ab Ende 1983 auf deutschem Boden, und *nur* hier, aufgestellt werden sollen – Waffen, die uns alle, Deutsche wie Amerikaner, viel stärker *gefährden* werden, als daß sie uns irgendwelchen zusätzlichen Schutz vor den Sowjets bieten könnten.

WARUM?

. . .Weil diese amerikanischen Waffen schon von ihrer verwundbaren, ungeschützten Aufstellungstechnik her ausschließlich zum *Erstschlag* geeignet sind, also *nur* zum atomaren *Angriff* eingesetzt werden können, und daher entweder zu einem sowjetischen Vorbeugungsschlag oder zu sonstigen äußerst gefährlichen sowjetischen Gegenmaßnahmen geradezu zwangsläufig herausfordern.

WARUM?

. . .Weil wir Amerikaner 1962 Atomraketen z.B. in der Türkei unmittelbar an der sowjetischen Grenze aufgestellt hatten, aber nachweisbar beinahe den Weltuntergang heraufbeschworen, da wir uns vor *unserer* Haustür auf Kuba sowjetische Raketen nicht bieten ließen; und weil die Sowjetunion 1983-84 noch viel Bedrohlicheres als das, was wir seinerzeit auf Kuba in vergleichbarer Weise nicht zu dulden bereit waren, von *unserer* Seite her wohl nicht hinnehmen wird: nämlich enorm treffgenaue Atomraketen, die *nach nur 5 bis 10 Minuten Flugzeit* ihre Führung, ihr Volk und ihr Land einäschern können.

WARUM?

. . . Weil für beide Supermächte die vielgepriesene „Abschreckung", längst ausgedient hat (ohne daß dies öffentlich zugegeben wird) und von amerikanischer Seite sogar nachweislich fallengelassen wurde zugunsten einer „Kriegsgewinn-"Strategie, deren in Fachkreisen erklärtes Ziel die „Enthauptung" der Sowjetunion ist – also der Mord an ihrer gesamten Führung sowie an –zig Millionen weiterer Menschen dort, wobei mit hoher Wahrscheinlichkeit Westeuropa ausgelöscht werden wird und unsere Militärplaner 20 Millionen Tote auch in USA kaltblütig in Kauf zu nehmen bereit sind.

WARUM?

. . .Weil außerdem nach Aussagen international bekannter (auch amerikanischer) Fachleute die längst bestehende Gefahr, daß durch einen im sowjetischen oder im amerikanischen Warnsystem auftretenden bloßen *Computerfehler* der Atomkrieg ausgelöst werden kann, *schon sehr groß* ist und mit den Pershing-2-Raketen bei einer für die Sowjets auf nur 5 bis 10 Minuten verkürzten Vorwarnzeit ins *Unermeßliche* wachsen wird.

DARUM:

. . .Widersetze ich mich mit allen mir zu Gebote stehenden gewaltfreien Mitteln der Stationierung dieser neuen amerikanischen Waffen in der Bundesrepublik, zumal die etwa 5000 hier schon bereitgehaltenen Atomwaffen und sonstigen Massenvernichtungsmittel (darunter unüberschaubare Mengen tödlicher Gase) die Bevölkerung dieses Landes weit höheren Risiken aussetzen, als daß damit den Deutschen oder uns Amerikanern größere Sicherheit gewährt würde.

DARUM:

. . .Widersetze ich mich grundsätzlich sowohl allen Atomwaffen als auch allen anderen Massenvernichtungsmitteln und trete (in vollstem Einvernehmen mit vielen Hunderttausenden meiner

*) Als Fachberater, späterhin auch Abteilungsleiter, fast 20 Jahre lang bei zwei Spezialorganisationen der UNO in Asien, Lateinamerika, Afrika und Europa tätig.

Landsleute in der amerikanischen Friedensbewegung) für erste, echte, bedingungslose und notfalls einseitige sowie umfassendste Abrüstungsschritte und für eine unverzügliche weltweite Wiederbelebung der Entspannungspolitik ein.

DENN:

. . . Nicht nur Atomwaffen, sondern auch die heute verfügbaren sogenannten konventionellen Formen von „Verteidigung", die einzeln oder zusammengenommen uns alle vernichten können, stellen keine wirkliche Verteidigungsmöglichkeit mehr dar; der heute herannahende Krieg ist nur noch als der *Wahnwitz kollektiven Selbstmords* oder als *kriminellster Völkermord* zu verstehen. *Und ganz abgesehen von alledem wird die Natur, deren undankbarer Gast auf der Erde wir Menschen sind, diesen übelsten Streich menschlicher Ignoranz und Verantwortungslosigkeit wohl nicht überdauern.*

DENN:

. . . Wenn wir Menschen uns nicht in der allernächsten Zeit gegen diesen ganzen unglaublichen *Wahnsinn* äußerst wirksam, tatkräftig und solidarisch zur Wehr setzen, so droht uns der schnelle oder der schleichende Atomtod in ganz Europa, in USA und in allen anderen Weltteilen mit jedem neuen Tag mehr noch als am Tag zuvor . . . Amerikanische Atomwissenschaftler von Weltrang sagen: „Die Uhren stehen heute auf 4 Minuten vor 12!"

*

PS: Wer bezahlt diese Stellungnahme? Von wem werde ich bezahlt? Bin ich etwa Kommunist? Wieso weiß ich denn so genau, wovon ich hier rede? Kann dies alles stichhaltig belegt werden? Warum sagen uns unsere Politiker hüben und drüben so *wenig* von all diesen ungeheuerlichen Gefahren für unser aller Überleben? Fragt mich doch! Ich werde, so gut ich kann, jederzeit sehr gerne Rede und Antwort stehen . . .Weitere Exemplare dieser persönlichen Stellungnahme können zu einem lediglich kostendeckenden Bezugspreis (100 Exemplare: DM 25,- inklusive Porto) bei mir bestellt werden. Verrechnungsschecks oder Banküberweisungen an Commerzbank AG Konstanz (BLZ 690 400 45) Konto-Nr. 2 778 355.
E. Field Horine, M. P. H. 7750 Konstanz 16 Zum Purren 23

Aus der großen Fülle verfügbarer Quellennachweise hier einige Beispiele:

1 BARNABY, Frank. „Mikroelektronik im Krieg." In: *„Auf Gedeih und Verderb* (Bericht an den Club of Rome). München: Europa-Verlag, 1982; S. 257-288.
2 COX, Arthur M., „When computers launch the missiles." *International Herald Tribune* (Paris), 9. 6. 82.
3 „Das geheime Pentagon-Programm ('Leitlinien-Dokument') zur umfassenden Kriegsvorbereitung 1984-1988." (Deutsche Übersetzung des Wortlauts eines Berichtes der *New York Times* vom 31. 5. 1982) in: *Blätter für dt. u. int. Politik*, 8/82; S. 1011-1016.
4 GRAY, Colin S. „The idea of strategic superiority." *Air Force Magazine* (Herausg., „Air Force Association", Washington, D. C.) März '82; S. 62-63.
5 GRAY, Colin S. und PAYNE, Keith. „Victory is possible." *Foreign Policy*, Heft 39, Sommer 1980. (NB: Vollständige Übersetzung ins Deutsche, *Blätter für dt. u. int. Politik*, 12/80; S. 1502-1510).
6 KENNEDY, Robert. *Dreizehn Tage: Wie die Welt beinahe unterging.* Darmstadt: Verlag Darmstädter Blätter, 1982.
7 LOWN, Bernard (Dr. med.) „Physicians and nuclear war." *Journal of the American Medical Association*, Vol. 246, Nr. 20 (20. 11. 81); S. 2331-2333.
8 MOLANDER, Roger. „How I learned to start worrying about nukes." *International Herald Tribune* (Paris), 25. 3. 82. (NB: Auszüge in deutscher Übersetzung brachte die Zeitschrift *STERN* in Nr. 14 vom 1. 4. 82).
9 PORRO, Jeffrey D. „The policy war: Brodie vs. Kahn." *The Bulletin of the Atomic Scientists*, Juni/Juli 1982; S. 16-19.
10 SCHELL, Jonathan. *Das Schicksal der Erde: Gefahr und Folgen eines Atomkriegs*, München: R. Piper & Co. Verlag, 1982.
11 THEMEL, Harald (Dr. med.). „Stell dir vor, es passiert unser 'Verteidigungsfall'." In: *Überleben: Zeitschrift für alternative Sicherheitspolitik*, Nr. 2, 1982; S. 10-11.
12 Vereinte Nationen. Die UNO-Studie: Kernwaffen. München: C.H. Beck'sche Verlags-Buchhandlung, 1982.
13 WERNICKE, Joachim (Dr. ing.) „Zur Forschungsförderung im wehrtechnischen Bereich der Elektronik". In: *Ossietzky-Tage '82.* Oldenburg: Presse- und Informationsstelle der Universität, 1982.
14 WICKER, Tom. „War to the death." *The New York Times*, 1. 6. 82. (NB: Deutsche Übersetzung in *Blätter für dt. u. int. Politik*, 9/82, S. 1136-1137).

Autoren dieses Heftes

Dr. jur. Helmut RIDDER, geb. 1919; Professor für Öffentliches Recht und Wissenschaft von der Politik in Gießen; Mitinitiator des Krefelder Appells. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Georg FÜLBERTH*, geb. 1939 in Darmstadt, Professor für Wissenschaftliche Politik am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg, Mitglied des Bundesvorstands des „Bundes demokratischer Wissenschaftler" (BdWi); Buch-, Funk- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Regina BOHNE*, geb. 1915 in Kiel, Journalistin, zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, lebt in Hofheim/Ts. *** *Eva MICHELS*, geb. 1958 in Ringenberg/Krs. Wesel, Ausbildung zur Gemeinwesensarbeiterin (community organiser) in den USA, Studium der Politologie an der FU Berlin, Mitarbeiterin der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste; Buch- und Zeitschriftenbeiträge. *** *Jürgen HEINRICH*, geb. 1950 in Berlin, Studium der Sozialpädagogik und Sozialarbeit, Sozialpädagoge (grad.), Student der Erwachsenenbildung und Skandinavistik, freier Journalist; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Joachim EISBACH*, geb. 1950 in Leverkusen, Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln, jetzt an der Universität Bielefeld tätig. Mitarbeiter der Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik. *** *Joachim OLTMANN*, geb. 1957 in Bremen-Vegesack, studiert Politikwissenschaft an der Universität Marburg. ***

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. D. Walter Kreck, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,75 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,25), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 168,–; $ 36,–; Lit 36000,–; dkr 216,–; nkr 180,–; skr 162,–; yen 7200,–; £ 16,20. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 12/1982 der „Blätter" wird am 13. 12. 1982 ausgeliefert. ISSN 0006-4416

Mitteilung des Verlages

Trotz weiter gestiegener Kosten wird der Abonnementpreis der „Blätter" für 1983 nicht erhöht. Die neuerliche Gebührenerhöhung der Bundespost können wir allerdings zu unserem Bedauern nicht auffangen. Wir müssen deshalb ab Januar 1983 die Versandkosten um DM 0,15 von bisher DM 0,50 auf DM 0,65 je Heft erhöhen. Pahl-Rugenstein-Verlag.

Bemerkungen

Von allen in den „Blättern" veröffentlichten Beiträgen könne bei Bestellungen ab 100 Expl. Sonderdrucke angefertigt werden. Bestellungen sind an den Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, zu richten. Eine Preisliste kann beim Verlag angefordert werden.

Vom „Sondermemorandum '82" der Arbeitsgruppe Alternativen der Wirtschaftspolitik können Sonderdrucke bestellt werden über die Anschrift der Arbeitsgruppe: Postfach 2249, 3550 Marburg. Der Preis pro Sonderdruck beträgt DM 1,50 plus Versandkosten. Größere Mengen des Sonderdrucks können auch beim Pahl-Rugenstein Verlag bestellt werden. Der Preis beträgt bei Abnahme von 10 Expl. DM 12,–, bei 50 Expl. DM 45,– und bei 100 Expl. DM 75,–. D. Red.

„Blätter"-Geschenkabo '83

Ein nützliches Geschenk

Ein Jahr lang jeden Monat neu

Wenn Sie ein Jahresabonnement 1983 der „Blätter" verschenken, schenken wir Ihnen ein Buch Ihrer Wahl aus dem Programm des Pahl-Rugenstein Verlags im Wert bis zu 20,– DM.

Bitte benutzen Sie die diesem Heft beiliegende „Blätter"-Bestellkarte, tragen Sie auf der Vorderseite die Adresse des/der Beschenkten ein, setzen Sie vor die Zeile „Name" das Wort „Für:" und vergessen Sie bitte nicht *Ihre* Unterschrift. Streichen Sie dann auf der Rückseite der Bestellkarte die Zeile „Senden Sie bitte ein kostenloses Probeheft . . ." und ersetzen Sie sie durch die Worte: „Rechnung bitte an:". Darunter tragen Sie in Blockschrift *Ihre* vollständige Postanschrift und in einer neuen Zeile Titel und Bestellnummer des von Ihnen gewünschten Buches ein. (Ggf. Verlagsgesamtverzeichnis anfordern.)

Der/die Beschenkte wird von Januar bis Dezember 1983 die „Blätter" erhalten. Das Geschenkabonnement ist also abweichend von den auf der Bestellkarte aufgeführten üblichen Bezugsbedingungen auf ein Jahr befristet.

Mitte Dezember wird dem/der Beschenkten das Heft 12/1982 und ein Begleitbrief des Verlages zugeschickt, in dem das Geschenkabonnement angekündigt und mitgeteilt wird, wer ihm/ihr die „Blätter" geschenkt hat.

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt 11/82
Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

01-314278-01-01 780
DIEDENHOFEN
ADOLF

NEUHAUSWEG 22

4170 GELDERN 1
##

Aktion Abo '83

Ein wichtiges Buch

für einen neuen Abonnenten*)

Für jeden neuen Abonnenten, der durch Ihre Vermittlung die „Blätter" bestellt, erhalten Sie kostenlos einen Titel Ihrer Wahl aus dem Programm des Pahl-Rugenstein Verlags im Wert von bis zu 20,– DM (Prospekt anfordern).

Die 80er Jahre haben als ein Jahrzehnt großer, grundsätzlicher Auseinandersetzungen begonnen. Die Frage Krieg oder Frieden stellt sich in neuer Schärfe. Vieles steht auf dem Spiel – all das, was an Fortschritten in Richtung Frieden und Abrüstung, Befreiung von Hunger und Unterentwicklung, in Richtung Demokratie und Emanzipation bisher erkämpft wurde bzw. heute durchsetzbar wäre.

In dieser Situation – das sagen alte und neue Leser – ist eine Zeitschrift wie die „Blätter" wichtiger denn je.

Die „Blätter" orientieren

– auf Schlüsselfragen, auf die politischen Brennpunkte der Auseinandersetzung, auf ihre Ursachen und Konsequenzen
– immer mit dem Blick auf das Wesentliche, auf Handlungsmöglichkeiten und Alternativen,
– auf Ansatzpunkte für ein effektives Zusammenwirken aller Strömungen der demokratischen Bewegung.

Die „Blätter" – ein „Zentralorgan der außerparlamentarischen Opposition"
(„Bayernkurier")

Vom Kampf gegen die Atombewaffnung in den 50er Jahren, gegen die Notstandsgesetze in den 60ern, für die Durchsetzung der Entspannungspolitik
bis zum Kampf gegen Neutronenbomben und „Nachrüstung", gegen alle Formen der Rechtsentwicklung, des Demokratie- und Sozialabbaus,
für die breite Entfaltung der neuen Friedensbewegung und für den überfälligen Durchbruch zur Abrüstung.

Die „Blätter", im dritten Jahrzehnt –
Monat für Monat für einen wachsenden Leserkreis: Analysen, Kommentare und Berichte, Dokumente und Chronik zu den wesentlichen Fragen der Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik, im westlichen und östlichen Ausland sowie in der Dritten Welt.

*) Wenn Sie einen neuen Abonnenten geworben haben, schicken Sie bitte die diesem Heft beiliegende „Blätter"-Bestellkarte ausgefüllt **und vom Abonnenten unterschrieben** an den Verlag. Sofern der neue Bezieher die „Blätter" für mindestens ein Jahr bestellt und sie im vergangenen Jahr nicht abonniert hatte, können Sie auf der Bestellkarte einen Buchwunsch angeben. Streichen Sie dazu auf der Rückseite der Karte die Zeile „Senden Sie bitte ein kostenloses Probeheft . . ." und ersetzen Sie sie durch das Wort „Werber". Darunter tragen Sie bitte in Blockschrift **Ihre** vollständige Postanschrift und in einer neuen Zeile Titel und Bestellnummer des von Ihnen gewünschten Buches ein.